BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 10 Köln, 25. Oktober 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Hermann Rauschning - Hans Rheinfelder
Renate Riemeck - Franz Paul Schneider
Ernst Schwarz - Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Hermann Rauschning, „Uns bläst der Wind ins Gesicht"* S. 799
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Der Geist von Camp David"* S. 806
- *Prof. Dr. Michael Seidlmayer, „Karl Jaspers und die ‚Neue Politik'"* S. 817
- *Dr. Johannes Dieckmann, Präsident der Volkskammer der DDR, „Abrüstung! Abrüstung! Abrüstung!"* S. 833
- *Dr. Achim v. Borries, „Der unbequeme Nachbar"* S. 843
- *Prof. Dr. J. L. Hromádka, „An der Grenze zwischen der westlichen und der östlichen Christenheit"* S. 850
- *Dr. Werner Gerth, „Gefährliche Reden und ‚voreilige Entscheidungen'"* S. 859
- *Klaus Ehrler, stud. phil., „Die deutsche Studentenbewegung gegen Atomrüstung vor neuen Aufgaben"* S. 863
- *Pfarrer Hellmut Traub, „Die vorgesetzten Mächte"* S. 868
- *Johannes Weidenheim, „Ein dunkler Engel wirft Schatten"* S. 873
- *Dr. Hans-Heinz Holz, „Selbstbewußtsein und Krise des Liberalismus" (II. Teil)* S. 875
- *„‚Der Tag' brachte es nicht an den Tag"* S. 883
- *Hans Lipinsky-Gottersdorf, „Das Epos der Revolution"* S. 888
- *Prof. Dr. Dr. Hans Bayer, „Vergeudeter Reichtum?"* S. 892
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 901

Dr. Hermann Rauschning

Uns bläst der Wind ins Gesicht

Das Wort von der Zukunft, die schon begonnen haben soll, mag für die technische Seite unseres modernen Daseins gelten, politisch sind wir noch immer mit der Liquidation der Vergangenheit beschäftigt, wenn nicht mit dem fruchtlosen Bemühen, uns in ihr zum Winterschlaf zu verkriechen. Aber ein Wind hat sich aufgemacht, der in die Richtung auf die Zukunft weht, und es sind wir, denen er ernüchternd und erkältend ins Gesicht bläst. Es kann sein, daß die Vergangenheit politisch für uns damit endet und die Zukunft damit beginnt, daß es hinfort kein Deutschland mehr geben wird, statt dessen aber zwei „deutsch sprechende" Staaten.

Tu l'as voulu, George Dandin, könnte man den deutschen Wirtschaftswunder-Bürgern zurufen, die sich mit derselben kritiklosen Verranntheit und unbelehrbaren Gefolgstreue hinter die Bonner Illusionisten geschart haben wie vor kurzem noch hinter den Braunauer Schamanentrommler. Sie haben es gewollt, die Politiker Bonns, die mit dem Wind des Kalten Krieges glaubten wie Sankt Brendan durch das Lebermeer segeln zu können, überzeugt, daß er nie umschlagen würde. Diese Blätter und wir, die wir seit Jahren darauf hingewiesen haben, daß sich der Wind eines Tages ändern und das deutsche Volk im Kalten allein lassen würde, daß es für Deutschland nicht gelte, auf der „richtigen Seite" aus der Perspektive der Vergangenheit stehen zu wollen, sondern mit den Kräften einer unaufhaltsam aufsteigenden neuen politischen Realität einer künftigen Ordnung zu dienen — wir hätten wohl ein Recht, auf den Illusionismus und die spießbürgerliche Sentimalität hinzuweisen, die sich mit soviel Selbstbewußtsein und Selbstgerechtigkeit für die einzig mögliche Realpolitik hielten, wenn es nicht um das Schicksal Deutschlands ginge und die Gefahr bestünde, daß Deutschland noch lebend begraben würde, daß deutsche Politiker sich dazu hergeben könnten, die Totengräber Deutschlands zu werden und sich mit einer radikalen Teilung abzufinden oder gar sie zu begrüßen.

Der Wind, der jetzt den Deutschen ins Gesicht zu blasen beginnt, weht aus dem Osten. Es bedarf keines Kommentares, was damit gemeint ist. Wir begrüßen ihn, wenn auch mit der Sorge, daß er nicht die Segel des deutschen Schiffes füllen wird. Wir begrüßen ihn, weil mit ihm endlich die Zukunft auch politisch beginnen kann. Kein deutscher Politiker sollte sich über die Größe der politischen Wende täuschen, die mit dem Amerikabesuch des sowjetischen Premiers nicht erst angekündigt, sondern bereits vollzogen ist. Kein Deutscher sollte sich durch das absichtliche Herunterspielen der Reise durch die Presse über die Nachhaltigkeit des Eindruckes beirren lassen, den Chrustschow im amerikanischen Volk hinterlassen hat. Mit Recht hat man gesagt, daß er Eingang in die amerikanische Familie gefunden habe. Der allgemeine Eindruck ist nicht allein die starke Vitalität, die scharfe Intelligenz, die Unbrechbarkeit des politischen Willens und Glaubens an die Richtigkeit der eigenen Mission, sondern vor allem — und das ist für die weitere Entwicklung ausschlaggebend — die Aufrichtigkeit seines Wollens zum Frieden und einer freundschaftlichen Koexistenz, wenn nicht sogar zu einer fruchtbaren Kooperation. Den Eindruck der Aufrichtigkeit und Vertrauenswürdigkeit des Friedenswillens seines Gastes hat Präsident Eisenhower bekundet; dasselbe tat der frühere Präsidentschaftskanditat der Demokraten Adlai Stevenson. Es ist Chrustschow gelungen, wenn nicht die Mehrzahl der amerikanischen Politiker und Wirtschaftler, so doch das amerikanische Volk in seiner Breite und Tiefe für sich und eine Beilegung des Kalten Krieges zu gewinnen.

Den größten Eindruck und die nachhaltigste Wirkung hat dabei — neben seiner vitalen Persönlichkeit und seiner, der amerikanischen Gepflogenheit sehr verwandten Art robuster politischer Kampftechnik —, Chrustschows Vorschlag vor den United Nations „Welt ohne Krieg" mit der Forderung, alle Armeen und Waffen abzuschaffen, gemacht. Es ist ein Vorschlag, der ganz besonders geeignet ist, die Phantasie des amerikanischen Volkes und seine Neigung, immer aufs Ganze zu gehen, zu fesseln. Chrustschow hat damit nicht einen vorübergehenden taktischen Erfolg eingeheimst, sondern eine nachhaltige psychologische Bewegung in Gang gebracht. Nichts wäre irriger, als sie zu bagatellisieren wegen der offenbaren Schwierigkeiten, ein so großes und revolutionäres Vorhaben zu realisieren. Man wird dabei auch an das TV-Gespräch Präsident Eisenhowers mit dem

britischen Premier MacMillan denken, in dem der Präsident das Friedensbedürfnis mit dem lapidaren Satz unterstrich: „Die Völker verlangen den Frieden so sehr, daß eines Tages die Regierungen ihnen besser aus dem Wege gehen und sie ihn haben lassen." (Es ist in diesem Zusammenhange nicht ohne Interesse, daß die Popularität Eisenhowers in offenbarer Verbindung mit der Friedenspolitik von ihrem im April vorigen Jahres erreichten Tiefpunkt von 49 % wieder auf 66 % gestiegen ist, wobei man sich erinnern wird, daß der bisherige Höchstpunkt im Juli 1955 während der Genfer Gipfelkonferenz mit 79 % erreicht wurde.)

Das, was diesen Staatsbesuch zu einem solchen Erfolge werden ließ, war die oft genug grobe Aufrichtigkeit des besuchenden Staatsmannes, der mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge hielt, sondern seine Überzeugung gerade und klar äußerte. Hier war endlich ein Staatsmann, der seine Karten offen auf den Tisch legte, statt nach dem Vorbild des bundesdeutschen Außenministers ein „sehr vorsichtiges Pokerspiel" spielen zu wollen. Es wurde dem Sowjetpremier nicht leicht gemacht. Politiker wie Presse schienen es darauf angelegt zu haben, ihn zu reizen und dazu zu bringen, nicht nur seinen Humor, sondern auch seine Nerven zu verlieren. Es ist sogar seitens des Präsidenten schon zu Beginn des Besuches zu ausgesprochenen Unhöflichkeiten gekommen, die von der Presse aufgegriffen und als Zeichen aufgefaßt wurden, nun ihrerseits dem Gast durch Stiche und Kniffe zuzusetzen, und ihn in Harnisch zu bringen, so daß einer der prominentesten Kolumnisten darauf hinweisen mußte, daß das nicht in Übereinstimmung mit der amerikanischen Tradition sei, sich einem Gast gegenüber so zu verhalten. Chrustschow hielt allen ungeschickten, provozierenden, überheblichen und oft geradezu albernen Anzapfungen gegenüber stand und bewies mit Humor, Schlagfertigkeit, Grobheit, Ausweichen und Offenheit ein derartiges Geschick, daß schon allein dies ihm die sportlichen Sympathien des amerikanischen Volkes eintrug.

In Washington hat man sich die Frage vorgelegt, ob Chrustschow durch die Begegnung mit dem amerikanischen Volk, durch die Fabriken, die er besuchte, die politischen Anschauungen, mit denen er sich auseinanderzusetzen hatte, beeindruckt worden sei. Hinter dieser Frage steht die etwas naive Annahme, als ob der sowjetische Premier über die Macht, den Reichtum und die Blüte Amerikas unzureichend informiert gewesen sei, so daß es eines wohltätigen Anschauungsunterrichtes bedurft hätte, um ihn die Grenzen der eigenen Leistung erkennen zu lassen und auf den ihm gebührenden Platz zu verweisen. Es überraschte die US-Offiziellen, feststellen zu müssen, daß der sowjetische Staatsmann mit seinem Besuch etwas ganz anderes im Sinn hatte und auch durchführte, nämlich statt die Wahrheit über Amerika zu lernen, die Wahrheit über Sowjetrußland zu lehren. Chrustschow kam es darauf an, die Mauer des Mißverstehens und des Mißtrauens, die zwischen dem Westen und dem wirklichen, dem in vierzigjährigem Ringen gereiften und gewandelten Rußland mit seiner eigenen Ordnung besteht, zu durchstoßen.

Der Besuch Chrustschows ist nicht nur ein diplomatischer Durchbruch, als was ihn Walter Lippman charakterisiert. Er ist vielmehr der Durchbruch der neuen politischen und sozialen Realität, die nicht nur von den großen technischen Mitteln der Daseinsgestaltung wie der Lebenszerstörung bestimmt wird, sondern von neuen politischen und sozialen Kräften, die nicht mehr hinter einem Cordon sanitaire oder einer Einkreisung durch Flugzeugbasen und modernen Maginotlinien abgekapselt gehalten werden können. Es bleibt tief unter dem wirklichen iveau des Geschehens, wenn vornehmlich in taktischen Erwägungen denkende Politiker die Größe der politischen Wende mit dem maulenden Mißmut regi-

strieren, Chrustschow habe den „Mantel der Respektabilität" gewonnen. Es würde den Widerstandswillen bisher den Sowjets feindlicher Regierungen verwässern, und was dergleichen scheeläugiger Betrachtungen sonst noch sind. Die Dulles'sche Politik ist endgültig zu Grabe getragen, mit allem, für das und gegen das sie sich zum Schaden des Westens, zum Verhängnis für Deutschland allzu lange stark gemacht hatte.

Besiegelt war das Schicksal schon vorher. Position für Position wurde sie durch die tatsächliche Entwicklung gegenstandslos: die „Rückrollpolitik" des sowjetischen Machtbereiches, die „Befreiung" der Satelliten. Schon der Besuch Vizepräsident Nixons bei den kommunistischen Polen zeigte, daß an die Stelle der „Befreiung" die „Freundschaft" mit dem faktischen, bestehenden, nicht einem fiktiven Polen getreten war. Durchlöchert war die Politik bereits, als der Westen ohne einzugreifen die Junigeschehnisse in Berlin und in Ungarn abrollen ließ. Es ist indessen mehr als nur eine außenpolitische Konzeption liquidiert worden. Der Besuch Chrustschows besiegelte eine weit folgenschwerere Wendung zu einer Entwicklung, die kaum noch aufzuhalten sein, sondern ihrer eigenen immanenten Folgerichtigkeit gehorchen und zu ihrem logischen Ende rollen wird. Die Frage, die sich dabei erhebt, ist: kann das Mißtrauen und das absichtlich gepflegte Mißverstehen der bisherigen Gegner abgebaut werden, ohne daß es zu einer Art psychologischer Selbstentwaffnung kommt? Muß dieser Zustand seelischer Wehrlosigkeit nicht durch ein unbezweifelbares wechselseitiges Vertrauen wettgemacht werden? Ist deshalb nicht eine bloße Koexistenz unzureichend? Bedarf es nicht vielmehr einer gepflegten Kooperation des Westens und Ostens? Was aber, wenn dieses Vertrauen nicht ein wechselseitiges ist, sondern ein einseitiges Wagnis bleiben sollte?

Man wird das große Risiko der neuen Politik auf beiden Seiten nicht verringern wollen. Man wird daher damit zu rechnen haben, daß Mißtrauen und Furcht vor absichtlicher Irreführung noch lange ein großes Gewicht behalten werden, und man wird die Kritik und das Unbehagen, das die neue Politik Eisenhowers in politischen Kreisen hervorgerufen hat, verständlich finden, ohne sie zu überschätzen. Denn es gibt in der Tat kein anderes Zurück aus diesem Wagnis, wenn das Vertrauen nicht gerechtfertigt sein sollte, als eine immense Verschlechterung der Lage und aller Wahrscheinlichkeit nach doch noch den Atomkrieg. Unter den heftigsten Kritikern der neuen Politik befinden sich Altpräsident Truman, sein Außenminister Dean Acheson und der junge demokratische Präsidentschaftsanwärter Kennedy, wobei es nicht an der pikanten Ironie fehlt, daß sie Exponenten einer Partei sind, der gerade eine gewisse „Weichheit" gegenüber Sowjeteinflüssen nachgesagt wurde. Was indessen von den Politikern, insbesondere von dem früheren Staatssekretär vorgebracht wurde, ist gegenstandslos und ohne Gewicht. Keiner von ihnen hat es zuwege gebracht, eine andere Alternative zur Verständigung aufzuweisen als alles beim Alten zu lassen, zu rüsten und dem wahrscheinlichen Atomkrieg entgegenzusehen.

Keiner war auch imstande, Mittel und Wege aufzuweisen, wie das machtpolitisch für den Westen sich ungünstiger gestaltende Gleichgewicht schnell und wirksam wiederherzustellen sei, und was mit einer solchen Besserung anderes hätte erreicht werden können als bestenfalls die Fortdauer, wahrscheinlicher aber eine Verschlimmerung des Kalten Krieges, sicher und gewiß aber nicht ein Nachgeben der Sowjets. Erinnern wir uns, daß zur Zeit der Berliner Blockade die Überlegenheit des Westens in der Luft überwältigend war und USA das Monopol der Atombombe besaß. Ein Jahr später begann es seinen Gürtel von Luftbasen um Sowjetrußland zu legen. 1952 konnten die USA als die größte Militärmacht der Welt gelten. Es hat dieses Übergewicht nicht für eine aggres-

sive Politik ausgenutzt. Nichts ist ein schlagenderer Beweis für den friedlichen Charakter der amerikanischen Politik. Aber es hat die Jahre unzweifelhafter Überlegenheit auch nicht dazu verwandt, die Initiative zu einem für den Gegner annehmbaren und nicht einer Kapitulation nahe kommenden Entspannungs- und Friedensangebot zu ergreifen. Hier liegt das offenbare Versäumnis der Politik des Westens, das zu der gegenwärtigen Umkehrung der Situation zur sowjetischen Initiative in einer für den Westen vergleichsweise ungünstigen Position geführt hat. Vielmehr hatte der Westen auf dem Höhepunkt seiner Macht die Friedensbereitschaft des Gegners in Erwartung weiteren Machtzuwachses und späterer günstigerer Ergebnisse nicht ermutigt. Er hat darüber die Initiative verloren und nicht mehr zurückgewinnen können. Als historischer Wendepunkt kann die Berliner Konferenz 1953/54 gelten. In den sechs Jahren seit 1953 hatten die USA ihr Übergewicht Position um Position verloren. Die zäh und zögernd unternommene Wiederaufrüstung der deutschen Bundespolitik hat an dem Gesamtergebnis nichts ändern können. Dazu kommt der sogenannte „lag" in den Fernraketen, der sich in den nächsten Jahren stark geltend machen könnte. (1960 stehen 30 interkontinentale Raketen USA's rund 100 der Russen gegenüber; 1961 70 gegen 500; 1963 130 gegen 1500.) 175 russische Divisionen stehen 14 USA's gegenüber. Rußland hat die zweitgrößte Flotte und eine erstrangige Luftwaffe. Angesichts einer solchen Stärke gewinnt denn auch das Angebot, Armeen und Waffen abzuschaffen, ein anderes Gewicht, als wenn es von einem rüstungsmäßig zweitrangigen Staat gemacht worden wäre.

Daß Sowjetrußland diese militärische Stärke so wenig für militärische Aktionen einsetzt wie 1952 die USA, ist das stärkste Zeugnis dafür, daß die Sowjets meinen, was sie bezüglich ihrer Friedenswilligkeit sagen. Es bestätigt das Urteil des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Moskau, des von Dulles nach den Philippinen verbannten Charles B o h l e n , daß die Sowjets sich auf eine lange Periode des Wettbewerbs mit der kapitalistischen Welt vorbereiteten. Schreckt der Westen vor einem solchen Wettbewerb zurück, kommentiert Drew P e a r s o n , so würde er sich scheuen, das grundlegende Prinzip des Kapitalismus zu befolgen, das nichts anderes als Wettbewerb ist.

Chrustschow trug seine Friedensoffensive aus einer „Position der Stärke" vor. Er wartete nicht eine entscheidende Überlegenheit ab und bestand nicht auf unannehmbaren Bedingungen für eine Beilegung des Kalten Krieges. Diese Mäßigung macht es höchst unwahrscheinlich, daß Sowjetrußland mit seiner Entspannungsinitiative den Westen in eine Falle locken will. Gewiß könnten die USA wenn es seine ganze Produktionskapazität für Rüstungen einsetzte, den Vorsprung der Sowjets zur Zeit noch schnell einholen. Gewiß lastet die Bürde der Rüstungen auf der Wirtschaft der bolschewistischen Länder sehr viel schwerer als auf der Wirtschaft Amerikas, das nur 10% seiner Produktion für Rüstungszwecke verwendet. Aber diese Bürde ist nicht so unerträglich, daß Rußland darunter zusammenbrechen müßte. Sein Aufstieg und die Ausdehnung der Konsumgüterproduktion würden verzögert werden, aber die vom Westen vielfach genährte Erwartung, durch den wirtschaftlichen Druck erreichen zu können, was durch militärische Mittel nicht möglich war, dürfte die ärgste Illusion der an Illusionen und Unterschätzung des Gegners nicht armen Politik des Westens sein.

Stünde hinter der Chrustschow'schen Friedenspolitik wirklich ein abgefeimter Plan, dem Westen eines Tages unter dem Druck überlegener Machtmittel ein Ultimatum zu stellen, wie ihm vielfach unterstellt wurde, so hätte sich der sowjetische Premier seinen Besuch nicht so sauer werden lassen brauchen. Er hätte nicht in so offener Weise seinen Glauben an die Überlegenheit des Bolschewismus ausdrücken brauchen. Er hätte alles vermieden, was in USA Anstoß und

Ärgernis hatte erregen müssen. Daß er gerade dies nicht scheute, kann als ein Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß er einen solchen versteckten Plan nicht hegt. Man kann sich bei allem und jedem, was Chrustschow in USA unternahm nicht des Eindrucks erwehren, daß die russische Führung die totale Änderung, der politischen Weltlage, die etwas anderes als eine allen Nationen zu Gute kommenden Kooperation aller ausschließt, klarer in all ihren Folgen zur Kenntnis genommen habe als die meisten der überwiegend in den politischen Kategorien des 19. Jahrhunderts denkenden Politiker des Westens. Das dürfte wohl auch die jüngste Äußerung Chrustschows belegen, die den von uns vertretenen Gedanken aussprach, Koexistenz reiche nicht aus. Es bedürfte der Kooperation. Das belegt vor allem auch der Nachdruck, den er auf wechselseitiges Vertrauen legt.

Vertrauen kann nur dort entstehen, wo Offenheit einander gegenüber herrscht, nicht dort, wo man seine Karten eng vor der Brust zu spielen sucht. Die Politik hat aufgehört ein Pokerspiel zu sein, wo Tricks und Bluffs unentbehrliche Hilfen sind. Die Offenheit, mit der Chrustschow seine Amerikareise durchgeführt hat, sollte beispielgebend für die Art der Aussprache auf der neuen Gipfelkonferenz sein. Vertrauen ist die einzige Alternative zum Krieg. Das ist keine perfektionistische moralische Sentimentalität. Es ist die Quintessenz der tatsächlichen Lage. Vertrauen ist aber weder eine Ware, die gekauft noch erhandelt werden kann. Vertrauen „schenkt" man. Vertrauen ist immer ein Risiko. „Sicher" geht nur das Mißtrauen. Wir aber leben in einer Welt, in der es keine Sicherheit mehr gibt noch geben kann, wenn das Fundament des Vertrauens fehlt.

Was aber besagt das alles für das deutsche Volk? Wir müssen darauf in einem späteren Artikel eingehender zurückkommen. In diesem Zusammenhang muß es genügen, darauf hinzuweisen, daß sich auch die Lage Deutschlands von Grund auf geändert hat. Dabei besteht die Gefahr, daß das deutsche Volk in völlige Isolierung und in eine Lage gerät, in der es zu dem eigentlichen Störenfried, dem Haupthindernis einer Verständigung der Weltmächte werden und als ein solches behandelt werden könnte. Die Linien einer solchen Entwicklung heben sich bereits dunkel am Horizont ab. Diese Entwicklung wird dann unvermeidbar, wenn sich seine politische Führung weiterhin der Erkenntnis der völlig gewandelten Lage verschließt oder wohl gar den Schritt vom Tragischen zum Lächerlichen geht, den ihr kürzlich erst Generalissimus Tschiang Kai Schek durch seine Erklärung vorgemacht hat, im nächsten Jahr würde die Rückeroberung und Befreiung Chinas begonnen werden. Das deutsche Volk hat — und das wird mit allem Nachdruck künftig klar zu machen sein, wenn es zu einer Abrechnung über die Fehler und Versäumnisse der ersten fünfzehn Jahre Nachkriegspolitik kommen wird —, die große Chance eines eigenen Beitrages zur Beilegung des Kalten Krieges versäumt, um stattdessen an der vordersten Front den unversöhnlichen Widerstand gegen die politische und soziale Ordnung des Ostens und den Konflikt zwischen Westen und Osten verschärfen zu helfen. Das deutsche Volk wird sich darüber klar sein müssen, daß das, was vor ein paar Jahren eine mögliche Lösung seiner Lebensfragen hätte werden können, gegenwärtig keine Möglichkeit mehr ist. Es wird einzusehen haben, daß alle Behelfe einer Entspannung, die in den vergangenen Jahren vergeblich vorgeschlagen und nicht einmal ernsthaft erwogen wurden, wie Neutralität, Bündnislosigkeit, atomfreie Zone, Rüstungsein-

schränkung keine Äquivalente mehr für Zugeständnisse sind. Die Entwicklung hat sie gegenstandslos gemacht. Das deutsche Volk hat die Zeit verpaßt, in der es etwas anzubieten hatte, was einen Entspannungswert gehabt hätte. Gegenwärtig steht es mit leeren Händen da. Es kann nicht mehr mit einem starken Westwind segeln. Ihm blasen vielmehr die verschiedensten widrigen Winde in das Gesicht. Seine machtpolitische Lage ist eine derartige, daß es je länger je mehr für die Politik des Westens operiert, zu einer Belastung für ihn wird. Was versäumt wurde, ist nicht wieder gut zu machen. Die Lage, die 1953/54 gelegentlich der Berliner Konferenz bestand, ist nicht wieder zurückzuzaubern. Immer klarer hebt sich dieser Zeitpunkt als der letzte ab, in dem nicht allein eine günstige Lösung der deutschen Frage möglich gewesen wäre, sondern in dem auch zum letztenmal die politische Initiative für Entspannung und Friede bei dem Westen hätte liegen können. Worauf es jetzt ankommt, ist, aus den Trümmern der Adenauer/Dulles-Politik zu retten, was noch zu retten ist. Wir können uns dabei kurz fassen; denn es bleibt im Grunde nichts anderes übrig, als was in diesen Blättern bereits früher als einzig noch mögliche Lösung empfohlen wurde. Was die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes anlangt, so bleibt keine andere Regelung übrig als die einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, an deren tatsächlicher Existenz als gleichberechtigte Faktoren nun nichts mehr zu rütteln sein wird. Auch wenn diese „Einheit" zunächst eine sehr fragwürdige Sache sein wird, sollte nicht der Ansatzpunkt für eine mögliche Evolution zu einer engeren Gemeinschaft und Kooperation verschmäht werden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist „überholt", ist „out of date", berichtete Walter Lippman. Sie ist es nicht. Überholt ist nur die Lösung, auf die sich bisher Bonn und die Westmächte versteift hatten. Sie ist nicht nur überholt; sie ist nach wie vor das Kernproblem des deutschen Friedens, auch wenn er mit den bestehenden zwei deutschen Staaten wird geschlossen werden; denn sie ist die einzige Basis, auf der auch die Berliner Frage endgültig gelöst werden kann. Das, was über Berlin als Ganzes und Westberlin als besonderes bestenfalls beschlossen werden kann, solange es ein wiedervereinigtes Deutschland nicht gibt, ist nur ein neuer provisorischer Status statt des bisherigen provisorischen. Darauf hat klar und deutlich eine Note Gromykos hingewiesen, die allerdings der Aufmerksamkeit der Presse in ihrer Bedeutung entgangen zu sein scheint.

Was die Frage der deutschen Ostgrenzen anlangt, so ist die von uns schon früher hervorgehobene Abneigung aller Mächte, über eine Revision der provisorischen Grenze auch nur zu sprechen, bestätigt worden. Präsident Eisenhower hat es bei seinem jüngsten Besuch in Bonn ausdrücklich abgelehnt, darüber zu sprechen. Auch hier werden die Deutschen der bitteren Wahrheit standzuhalten haben und aus bestimmten parteipolitischen Gründen genährte Illusionen aufgeben müssen. Ob je eine Möglichkeit bestanden hat, wenigstens die allergrößten Härten der neuen deutschen Ostgrenze zu beseitigen, bleibe dahingestellt. Eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 wäre vielleicht der Preis für einen freiwilligen Beitritt Ganzdeutschlands zum Orbit Sowjetrußlands gewesen, und selbst das ist recht fraglich. Eine auch nur teilweise Revision hätte nur durch Initiative Rußlands, nicht auf Grund eines Drukkes der Westmächte erfolgen können. Die Bonner Politiker haben alles getan,

um auch nur die Erwägung der Möglichkeit einer Revision von vornherein auszuschließen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, wird das Bonner Regime seine Hände in Unschuld für die Grenzziehung waschen können. Es kann froh sein, daß es durch den beabsichtigten Doppelfriedensvertrag das Odium der Preisgabe der deutschen Ostgebiete loswerden wird, weil dies unter die Kompetenz des anderen deutschen Staates gehört, der die Grenzregelung bereits längst anerkannt hat.

Gegen eins wird sich das deutsche Volk vor allem wappnen müssen, gegen Versuche, die mit Sicherheit unternommen werden, statt Verständigung und Kooperation der beiden deutschen Staatsgebiete im Rahmen einer allgemeinen Kooperation und Entspannung zu erstreben, die Gegensätze zu verschärfen und die Feindschaft wach zu halten. Es würden damit nur die Geschäfte immer noch unversöhnlicher Todfeinde des deutschen Volkes betrieben werden, die auch heute noch keine anderen „guten" Deutschen kennen als die Toten, und, wie ihr gelehriger Schüler, der bundesdeutsche Verteidigungsminister es mit dem Bolschewismus vorhatte, sie „vom Antlitz des Erdbodens wegzuwischen" wünschen. Seien wir vielmehr eingedenk, daß es in der Geschichte nie ein Ende gibt, sondern daß das, was wie ein Ende aussieht, zugleich ein Neubeginn werden kann.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Der Geist von Camp David

Es war zu erwarten, daß die Nutznießer des kalten und heißen Krieges alles daran setzen würden, um dem „Geist von Camp David" möglichst schnell den Garaus zu machen. Nachdem es ihren Beauftragten während der Amerikareise Chrustschows nicht gelungen war, ernste Zwischenfälle auszulösen, wurde gleich nach seiner Abreise eine weltweite Gegenaktion gestartet. Nicht als ob man sogleich mit Fanfarenstößen zu neuen Kreuzzügen aufgerufen hätte. Nein, die Generale des Pentagon und der Nato-Länder redeten und handelten ganz einfach so, als ob es kein Camp David und keine Proklamation der Koexistenz gegeben hätte. Die Rüstungsaktien an den Börsen erholten sich langsam wieder, die nach Chrustschows Abrüstungsrede in der Versammlung der Vereinten Nationen schwere Kurseinbrüche zu verzeichnen hatten. Die Zeitungen fanden ihre Sprache wieder und ließen durchblicken, daß der sowjetische Ministerpräsident nichts als eine wirksame Propagandaschau geboten hätte. In Bad Godesberg versammelten sich einige Tage später unter Assistenz der höchsten Bundesinstanzen die kältesten Krieger von diesseits und jenseits des Ozeans und forderten Verstärkung der atomaren Bewaffnung und Ablehnung jedes Disengagements. Und obgleich sich Chrustschow kurz darauf in Peking in loyalster Weise für Entspannung und Gewaltverzicht aussprach und eine Vermittlung zwischen Peking und Washington anbot, suchte eine militante Propaganda jede seiner Äußerungen in einen Beweis für das Wiederaufleben des kalten Krieges umzufälschen.

Es stehen ja auch hohe Werte auf dem Spiel. Nicht ideelle, aber höchste materielle Werte. Weit über 50 % des amerikanischen Staatshaushalts fließen heute in die Taschen der Rüstungsindustriellen, 500 Milliarden Mark — nach westlichen Berechnungen sind es „nur" 365 Milliarden! — werden jährlich in aller Welt für

Kriegsvorbereitungen ausgegeben. Über 100 Millionen Menschen, Uniformierte und Zivilisten, arbeiten unmittelbar für die Aufrüstung, für Hunderttausende von Berufsoffizieren ist die Aufrechterhaltung starker stehender Heere eine Existenzfrage. Wenn die ehrgeizigen Pläne dieses Sowjetmenschen verwirklicht würden, dann hätte sich der Menschengeist vergebens darum bemüht, Vernichtungsmittel von höchster Zerstörungskraft zu erfinden, umsonst wären die genialen strategischen Planungen der Generalstäbe entworfen worden, umsonst hätte man Hunderte von kostspieligen Luft- und Seebasen gebaut und Millionenarmeen für den großen und den kleinen Atomkrieg gedrillt. Wo blieben dann vollends die Hoffnungen auf einen siegreichen Kreuzzug gegen den Weltbolschewismus. Zwar schätzt sogar Mr. William Schlamm die Verluste eines kommenden Atomkrieges auf 100 Millionen Tote und 400 Millionen Schwerbeschädigte — vor allem in Deutschland! —, aber was zählt das schon, wenn durch dieses Opfer Recht und Freiheit gerettet werden. Eine Welt ohne Krieg, eine Welt ohne Waffen, — welch apokalyptische Vorstellung für die Militaristen aller Länder.

Was wird aus dem Abrüstungsvorschlag?

Wir glauben den Augenzeugen gern, die uns berichten, daß nach der Rede Chrustschows die Stimmung in der Generalversammlung der UN gedrückt gewesen sei und daß sie auf den Tiefpunkt sank, als die sowjetische Delegation die Diskussion ihres Vorschlages als Punkt 1 des Tagesprogramms forderte. Man habe, so schrieb der New Yorker Korrespondent der der Großindustrie nahestehenden „Deutschen Zeitung", unter den Delegierten Chrustschows Zudringlichkeit nicht nur als Lümmelei, sondern als dummen Streich, als einen unfairen Tiefschlag empfunden. Lediglich wegen des Eindrucks der sowjetischen Vorschläge auf die „ungebildeten Massen", so meint der Berichterstatter, mußten die Delegierten so tun, als ob sie diese Vorschläge ernst nähmen. — Merken wir uns dieses Wort, damit wir von der weiteren Entwicklung nicht allzu sehr enttäuscht werden. Wir werden alle amtlichen und nichtamtlichen Äußerungen zu den sowjetischen Vorschlägen daraufhin zu prüfen haben, ob sie ehrlich gemeint sind, oder bloß der Absicht entspringen, die eigene Ablehnung oder Skepsis mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung hinter wohlwollenden Phrasen zu verstecken.

Die Geschichte der Abrüstungsbemühungen erzählen, hieße eine Serie von Spiegelfechtereien aufdecken. Natürlich versichern Delegierte aller Länder bei solchen Gelegenheiten ihren Friedens- und Abrüstungswillen; aber in den Verhandlungen sind sie gewöhnlich bestrebt, anderen Mächten den Schwarzen Peter der Abrüstungssabotage zuzuspielen. So war es in den Tagen des Völkerbundes, wo meistens Frankreich die Rolle des Prügelknaben spielte, während die schon damals sehr weitgehenden Abrüstungsvorschläge des sowjetischen Delegierten Litwinow unbeachtet blieben, weil die Sowjets noch keine Großmacht waren. Nach 1945 war Moskau militärisch stark. Dennoch verkündete es weiter seine weitgehenden Abrüstungsvorschläge. Jetzt mußten sich die Westmächte schon glaubhafte Gegengründe einfallen lassen. Zwei Einwände waren es, mit denen sie im wesentlichen ihre Opposition bestritten: 1. die atomare Abrüstung müsse sich auch auf die konventionellen Waffen erstrecken und 2. jede Abrüstung sei ohne effektive Kontrolle unglaubwürdig.

Jetzt hat Chrustschow die Westmächte beim Wort genommen: Er schlug eine radikale Beseitigung der atomaren und der konventionellen Waffen vor, sowie eine allumfassende internationale Kontrolle. Chrustschow verdarb damit alle westlichen Abrüstungskonzepte, weil sein Vorschlag der weitaus präziseste und radikalste war, und selbstverständlich mußte er von jedem Sprecher, der nicht

als Friedensstörer gelten wollte, „grundsätzlich" begrüßt werden. Man konnte diesen Vorschlag nicht mehr mit dem neuerdings beliebt gewordenen Argument beiseite schieben, die Sowjetunion „brauche die Abrüstung, um ihren Siebenjahresplan durchzuführen". Es ging auch nicht an, diese Vorschläge ausschließlich als Propagandamanöver abzutun, denn man brauchte den Moskauer Regierungschef nur beim Wort zu nehmen, um ihn zu entlarven. Aber wozu gibt es Abrüstungs-Konferenzen, -Kommissionen und -Komitees, wozu militärische Fachleute, die solche Vorschläge so lange zerreden können, bis Chrustschows Appell an die „ungebildeten Massen" in Vergessenheit geraten ist.

Die westlichen Sprecher haben Chrustschows Vorschläge pflichtschuldigst begrüßt. Freilich erinnerte man in Paris an die „besonderen Verpflichtungen" für den Frieden in Algier, und der britische Verteidigungsminister machte vorsichtig darauf aufmerksam, daß England vertraglich gebunden sei, noch vier Jahre lang amerikanische Raketenstützpunkte auf seinem Boden zuzulassen und noch zehn Jahre lang an der Herstellung von Kernwaffen mitzuwirken. Eisenhower erklärte zwar seine grundsätzliche Zustimmung, und der amerikanische Delegierte auf der Genfer Atom-Stop-Konferenz, Botschafter J. Wadsworth, erklärte schlicht, daß eine völlige amerikanische Abrüstung und eine Aufgabe der amerikanischen Stützpunkte auf der Basis der Gegenseitigkeit durchführbar sei. Gleichzeitig aber gaben amerikanische Oberkommandierende im Mittelmeer und in Fernost die alte Weisheit von sich, daß man noch mehr und noch größere Atomwaffen gegen den Weltbolschewismus brauche. Eine willkommene Überraschung war diesmal die Stimme aus dem Vatikan: Der bei Papst Pius XII. in Ungnade gefallene und von Johannes XXIII. rehabilitierte langjährige Chefredakteur des „Osservatore Romano", Conte della Torre, begrüßte in einem Leitartikel die Moskauer Vorschläge, und das führende Organ des Jesuitenordens, „Civiltà Cattolica", begann mit einer gut dokumentierten Artikelserie über die Geschichte der Abrüstungsfrage.

Bonn wartet ab

Die Haltung des Bundeskanzlers Adenauer konnte eigentlich nicht zweifelhaft sein. Seit Jahren fordert er als wichtigen Schritt zur Entspannung eine kontrollierte Abrüstung aller Länder und Waffengattungen, und im Sommer des letzten Jahres gab er gegen die Atomrüstungsgegner die wirksame Parole aus: „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt". Unter diesen Umständen hat es befremdet, daß der Bundeskanzler bisher eine klare Stellungnahme zu den Moskauer Vorschlägen schuldig geblieben ist. Statt dessen bemängelten die Bundesminister Lemmer und Oberländer in einer offenbar überstürzten Stellungnahme das Fehlen von Kontrollvorschlägen; beide hatten die diesbezüglichen, von den meisten deutschen Zeitungen verschwiegenen Passagen der Chrustschowrede noch nicht zur Kenntnis genommen. Undurchsichtig war die Haltung des zuständigen Fachministers Franz-Josef Strauß. Zunächst gab der Minister, der gerade zum Raketeneinkauf in Kanada weilte, unverbindliche Auskünfte wie: „Man müsse immer fragen, wer den Vorschlag gemacht hätte", oder „Der Jahrtausende alte Traum einer Abrüstung ist bisher nie verwirklicht worden." Vor der Bonner Presse unterstrich er dann die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesrepubilk, sich jeder allgemeinen Abrüstungsverpflichtung anzuschließen, ja, er ließ sogar durchblicken, daß man mit der Zone der Kontrolle und der Rüstungsverdünnung durchaus in Mitteleuropa beginnen könne. Damit zog er sich die Ungnade seines Meisters zu, der jede Form von Disengagement als unzumutbare Diskriminierung der Bundesrepublik erneut scharf ablehnte. Diese nationale Empfindlichkeit ist höchst bemerkenswert für einen Regierungschef, der im Laufe sei-

ner Amtszeit an dem Zustandekommen zahlreicher militärischer, wirtschaftlicher und politischer Diskriminierungen mitgewirkt hat. Obwohl gerade wir Deutschen allen Anlaß hätten, jeden Abrüstungsschritt zu begrüßen, ist aus Bonn offensichtlich keine eigene Initiative zu erwarten. Man wird wahrscheinlich fortfahren, Waffen zu kaufen, Rüstungsindustrien aufzubauen und weitere Jahrgänge einzuziehen, und im übrigen abwarten, wie die Westmächte mit diesem unbequemen sowjetischen Vorschlag fertig werden.

Chrustschow hat als Realist sein Maximalprogramm durch Mindestvorschläge ergänzt. Darin sind vorgesehen: Schaffung von Kontrollzonen, Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium europäischer Staaten, Abschaffung aller militärischen Stützpunkte auf fremdem Territorium, ein Nichtangriffspakt zwischen Nato und Ostblock und Maßnahmen gegen Überraschungsangriffe. Obgleich diese Vorschläge bereits von Männern wie Eden, Gaitskell, Rapacki ins Gespräch gebracht worden sind und teilweise in das britische Abrüstungsprogramm übernommen wurden, liegt es auf der Hand, daß die Durchführung solcher Teilmaßnahmen politisch und kontrolltechnisch schwieriger ist als eine vollständige Abrüstung. Auch die Durchführung dieses Mindestprogramms würde die Nato-Mächte zum Verzicht auf viele liebgewordene Konzeptionen und auf wichtige Stützpunkte zwingen, auf denen die militärische Vormachtstellung der USA bis heute beruhte. MacMillan hat seine Zuneigung zu Disengagement-Plänen, die er aus Moskau mitbrachte, den guten Beziehungen zu Washington geopfert, und Eisenhower glaubt vorläufig kaum, sich mit solchen Projekten gegen die eigene militärische Kamarilla durchsetzen zu können, die zu Bonn besonders gute Verbindungen hat. Damit entschwindet die Hoffnung der deutschen Opposition, daß wenigstens auf diesem Wege eine Entspannung in Mitteleuropa zu erreichen sei.

Es bedrückt uns, zu sehen, daß wieder einmal die Bundesrepublik eine Chance zu versäumen droht, um ihren Willen zur Verständigung zu beweisen. Jetzt wäre für die Bundesregierung der Moment gekommen, um ohne ihr Gesicht zu verlieren, freiwillig und rechtzeitig auf die Atomrüstung zu verzichten und die konventionelle Wehrmacht zu beschränken, um damit den ersten eigenen Beitrag zur Abrüstung zu leisten. Die Mehrheit der Bevölkerung würde einem solchen Schritt bereitwilligst zustimmen.

Friedlicher Wettbewerb

Chrustschow hat auf seiner Amerikareise jede Gelegenheit benutzt, um seinen Gesprächspartnern klar zu machen, daß die Mächte an die Stelle des Wettrüstens und der Kriegsvorbereitungen den gewaltlosen Wettbewerb um die besten wirtschaftlichen und sozialen Leistungen setzen sollten. Es ist eine besondere Delikatesse, daß ausgerechnet ein Sowjetmensch den Amerikanern ihre eigene traditionelle Philosophie wieder ins Gedächtnis rufen muß, die durch Generationen gepflegt, wenn auch nicht immer befolgt wurde. Mittlerweile haben die Yankees von ihren Besiegten im wilhelminischen und nazistischen Deutschland das Denken in militärischen Kategorien übernommen, den Weg zur militärischen Weltbeherrschung eingeschlagen und sich dadurch die Zuneigung der halben Welt verscherzt. Nun behaupten die kalten Krieger aller Schattierungen, es handle sich nur um eine neue Form des Imperialismus und der Weltrevolution, wenn Moskau der Gewalt entsage und die Welt mit seiner Friedens- und Abrüstungspropaganda in Verwirrung stürze. Mr. Schlamm hat das so ausgedrückt, daß „der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert", „aber der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu füh-

ren." Damit sind die westlichen Thesen von Gut und Böse, von Engeln und Teufeln, von Freien und Sklaven völlig auf den Kopf gestellt.

„Der Westen muß den Fehdehandschuh eines friedlichen Wettbewerbs aufnehmen", so hat einer der Väter der Nato und des kalten Krieges, der frühere amerikanische Staatssekretär Dean Acheson, auf dem deutsch-amerikanischen Treffen in Godesberg erklärt. Er forderte die Bildung einer Art „Über-Nato", die sich nicht auf militärische Zusammenarbeit beschränken, sondern auch die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sichern solle. Im übrigen forderte der Staatssekretär a. D. die Fortsetzung der Rüstungen und die Beibehaltung jenes Status quo in Mitteleuropa, an dessen Zustandekommen und Zementierung er als engster Mitarbeiter Präsident Trumans entscheidenden Anteil hatte. Um diese These zu stützen, verstieg er sich zu der grotesken Behauptung, daß die Lage in Berlin völlig befriedigend sei. „Die einzige Anomalie besteht darin, daß die Russen überhaupt in Europa sind." So primitiv sind die geographischen und historischen Vorstellungen dieses einstigen Leiters der amerikanischen Außenpolitik!

Was wird aus Berlin?

Daß die Lage in der einstigen Reichshauptstadt seit 1945 anomal ist, das weiß in Berlin jedes Kind. Nur eine kurzsichtige Propaganda hat die Wirtschaftswunderdeutschen und ihre ausländischen Freunde das Gegenteil glauben machen können. Behutsam haben vierzehn Jahre lang besonnene Leute aus beiden Lagern die zahllosen Lücken und Widersinnlichkeiten des Berliner Status umschifft und in heimlichen Konferenzen die vielen Konfliktstoffe ausgeräumt, die stündlich in dieser unglücklichen Stadt zu einer Explosion führen könnten; einer Stadt, in der es zweierlei Verwaltung, dreierlei Staatsgrenzen, viererlei Kommandanten, fünferlei Sicherheitsstreitkräfte und ein vielfach verzahntes Versorgungs- und Verkehrssystem gibt. Zur Ordnung dieses Wirrwarrs stehen nur der reichlich durchlöcherte Potsdamer Vertrag mit ein paar provisorischen Militärabmachungen aus den Jahren 1944/45 und gewisse Faustregeln des Gewohnheitsrechtes zur Verfügung. Sie reichten nicht einmal aus, um den jüngsten „Flaggenzwischenfall" zu klären, der sich jeden Tag wiederholen kann.

In seiner Note vom 27. November hat Chrustschow erklärt, daß eine Neuordnung des Berliner Status unumgänglich sei. Da die Westmächte drei Jahre lang beharrlich allen sowjetischen Verhandlungsvorschlägen aus dem Wege gegangen waren, setzte Chrustschow für die Einleitung von Berlin-Verhandlungen eine Halbjahresfrist, die flugs von der westlichen Propaganda als „Ultimatum" ausgelegt wurde. Die Note hatte den Erfolg, daß sich die Außenminister vor Ablauf der Frist tatsächlich zur Klärung der deutschen Fragen in Genf versammelten. Bevor es jedoch dazu kam, redeten westliche Generale lautstark von Luftbrücke, Panzerdurchbrüchen und Atomeinsatz, und amerikanische Politiker und Meinungsforscher beruhigten die Berliner mit dem Versprechen, daß die Amerikaner nötigenfalls für ihre Freiheit sterben würden. Aber schon John Foster Dulles hatte es nicht mehr gewagt, „am Rande des Abgrundes zu balancieren". Er ließ eilends wissen, daß man bereit sei, Kontrolleure der DDR als sowjetische Beauftragte hinzunehmen. Inzwischen reiste Mikojan nach USA und MacMillan nach Moskau, es folgte ein Massenansturm amerikanischer Politiker, Journalisten und Touristen in die Sowjetunion. Man kam sich näher, man begann die sowjetischen Vorstellungen begreiflich zu finden und entwickelte in den USA sogar eigene Ideen für die Lösung der deutschen Frage.

In Bonn aber betrachtete man den bestehenden Berliner Status als das erreichbare Optimum und behauptete, jede kleinste Konzession werde einen Schritt in den Abgrund bedeuten. Die Frage wurde nicht einmal geprüft, ob nicht auf

einem anderen Wege, etwa durch eine international garantierte „freie Stadt" die Freiheit der zwei Millionen Westberliner ebenso gut oder wirksamer geschützt werden könnte. Angesichts dieser Bonner Widerstände flüchteten sich die Delegationen der Westmächte in interne Arbeitsberatungen, bei denen man sich in folgenden Punkten nahe kam: Atomverzicht der Berliner Besatzungsmächte, Beschränkung der Besatzungsstreitkräfte, Beseitigung oder Einschränkung der Agenten- und Propagandatätigkeit und Garantien für den ungehinderten Personen- und Güterverkehr von und nach Berlin. Daneben tauchten zahlreiche weitere Vermittlungsvorschläge auf: Schaffung eines exterritorialen Korridors, Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik, Verlegung des Sitzes der UN nach Berlin, Berlin-Status nach dem Muster Danzigs oder der Vatikanstadt, Unterstellung der Besatzungsstreitkräfte unter UN-Verwaltung, Schutz Berlins durch eine UN-Streitmacht neutraler Truppen etc. Das „Nein" der Bundesregierung zu jeder Änderung des Status quo ließ die Konferenz scheitern. Aber für Bonn war es ein Pyrrhus-Sieg. Die aussichtslose Lage der Konferenz war der letzte Anstoß für die Einladung Eisenhowers an Chrustschow. Sie führte eine völlig neue Lage herbei.

Berlin keine militärische Frage

In Camp David einigten sich die Gesprächspartner darüber, den Status Berlins zu revidieren; man hat verschiedene Lösungen der Berliner Frage besprochen. Von „Fristen" war keine Rede mehr, nachdem das Thema Berlin zum Thema Nr. 1 geworden war. Dieses bot der westlichen Presse den Anlaß, triumphierend zu verkünden, „daß Chrustschow sein Ultimatum zurückgezogen habe", für die Westdeutschen ein willkommener Vorwand, um sich aufs andere Ohr zu legen und weiterzuschlafen. Die durch die Bundesregierung betriebene Vogel-Strauß-Politik droht die Bevölkerung darüber hinweg zu täuschen, daß für Berlin sehr ernste Gefahren, und zwar politischer, nicht militärischer Art bestehen. Man hat bisher in Bonn den verhängnisvollen Fehler begangen, die Sicherheit Westberlins primär als eine militärische Frage zu betrachten. Die Besatzungseinheiten verfügen in West-Berlin von jeher nur über Streitmächte von symbolischer Bedeutung. Es ist letzten Endes gleichgültig, ob es 12 000 oder 1 200 Soldaten sind, die West-Berlin „beschützen". Die westlichen Drohungen mit Luftbrücke und Panzerdurchbruch dürften erst recht die Sowjets im Zeichen der Mondraketen mehr erheitert als erschreckt zu haben. Ein militärisches Ringen um Berlin würde nicht nur das Schutzobjekt selbst vernichten, es würde daraus trotz Kissingers schönen Thorien der große Atomkrieg entstehen, also der kollektive Selbstmord der Weltvölker um der Freiheit Berlins willen.

Auch mit völkerrechtlichen Waffen läßt sich der Status West-Berlins nicht erfolgreich verteidigen, da die bestehenden Vereinbarungen lückenhaft, veraltet und vielfach durchlöchert sind. Die Berufung auf die Rechte der Sieger hat 14 Jahre nach dem Krieg einen makabren Beigeschmack, und die von den Westmächten gegenüber Berlin übernommenen Verpflichtungen sind einseitige Proklamationen, aber keine internationalen Verträge. Westberlin wäre längst verloren, wenn die Bewohner es nicht mit ihrer Moral und ihrem Stimmzettel so imponierend vor aller Welt verteidigt hätten. Das beeindruckt auch Volksdemokratien, hier liegt die Wurzel für das Moskauer Anerbieten, einen mit allen nur denkbaren Kautelen gesicherten Sonderstatuts für Westberlin auszuhandeln.

Kein Zweifel, die Sicherung Berlins ist vorwiegend eine politische Frage, die nur mit politischen Mitteln gelöst werden kann. Da helfen keine Treuekundgebungen oder Propagandaweltreisen, sondern nur Gespräche und Verhandlungen mit den unmittelbar Beteiligten. Bis 1955 war das vor allem die Sowjetunion,

seitdem ist es, ob es uns gefällt oder nicht, die DDR. Gerade die Ablehnung solcher Gespräche und die zähe Verteidigung des Status quo haben die Bundesrepublik um die Möglichkeit gebracht, im Spiel um Berlin ein entscheidendes Wort zu sprechen. Es ist bedrückend zu sehen, wie die Bundesrepublik alle östlichen und westlichen Kompromißvorschläge zurückweist und sich dadurch in der Berlinfrage völlig isoliert. Der Flaggenzwischenfall zeigt, wie machtlos die Bundesregierung ist, wenn die DDR mit sowjetischer Billigung die in Berlin herrschende Rechtsunsicherheit dazu benutzt, ihren Einfluß zu erweitern. Wenn Bonn weiter an seinem Nein festhält, verspielt es seinen einzigen Triumph, die westliche Hilfsbereitschaft, und damit Berlin!

W u r d e d i e W i e d e r v e r e i n i g u n g b e g r a b e n ?

Anfang Oktober hat die DDR ihren zehnten Gründungstag mit rauschenden Kundgebungen und wehenden Fahnen gefeiert. Mit schwarz-rot-goldenen Fahnen, auf denen seit kurzem die Symbole Hammer, Zirkel und Ährenkranz zu sehen sind. Jeder, dem die Wiedervereinigung am Herzen liegt, nimmt das mit schmerzlichem Bedauern zur Kenntnis. Bei allem Respekt vor den Leistungen, die unsere deutschen Landsleute drüben in diesen Jahren vollbracht haben, hätten wir uns diesen Gedenktag als Kundgebung gemeinsamer nationaler Hoffnungen und weniger als Ausdruck sozialistischer Erfolge gewünscht. Wir müssen fürchten, daß sich die Politik der DDR in Zukunft weitgehend vom gesamtdeutschen Wege entfernt. Freilich müssen wir allen denen in der Bundesrepublik das Recht zu empörter Kritik absprechen, die in diesem Jahrzehnt nichts Ernstliches unternommen haben, um die nationale Spaltung überwinden zu helfen.

Am Vorabend der Feiern hat Ulbricht vor der Volkskammer erneut gesamtdeutsche Verhandlungen gefordert. Nachdem zwischen Eisenhower und Chrustschow eine Annäherung erfolgt sei, so führte Ulbricht aus, müßten jetzt auch Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungschefs möglich sein. Er wiederholte die Vorschläge seiner Partei: Verzicht auf Atomrüstung, atomwaffenfreie Zone, Nichtangriffspakt zwischen beiden deutschen Staaten, allmählicher Abzug der Besatzungstruppen und Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses. Viele Male haben die Instanzen der DDR Vorschläge ähnlicher Art an Regierung und Parlament der Bundesrepublik gerichtet, ohne Antwort zu erhalten. Auch diesmal hat es die Bundesregierung unterlassen, das Ostberliner Regime beim Wort zu nehmen. Sie hält an ihrer These fest, daß allein die Bundesrepublik im Namen aller Deutschen zu sprechen befugt sei, ein Anspruch, den schon Außenminister H e r t e r in Genf zurückgewiesen hat. Man leugnet in Bonn die Existenz eines zweiten deutschen Staates, obwohl dessen Gleichstellung am Genfer Konferenztisch einer de-facto-Anerkennung gleichkam. Alle vom Westen gemachten und von westdeutschen Oppositionsparteien unterbreiteten Vorschläge zu „Auftragsgesprächen" zwischen den beiden Regierungen wurden in Bonn abgelehnt. Obwohl die Moskauer Regierung seit dem Scheitern der Genfer Konferenz von 1955 die Wiedervereinigung als eine innerdeutsche Angelegenheit erklärt, verläßt man sich in Bonn darauf, daß die Sowjetregierung eines Tages unter dem Druck der Nato zurückweichen und die „Zone" räumen werde. Welche Illusion! Nachdem das atomare Gleichgewicht der Weltmächte hergestellt ist, nachdem in den Gipfelgesprächen die Grundsätze des Nichtangriffes und der Koexistenz vereinbart worden sind und Chrustschow seine Abrüstungsvorschläge verkündet hat, ist die deutsche Frage in den Hintergrund gerückt und auf Verhandlungen über den neuen Status Berlins reduziert worden. Wenn der amerikanische Außenminister keine Einwendungen mehr gegen einen

sowjetischen Sonderfrieden mit der DDR erhebt, so zeigt dies, wie weit das westliche Desinteressement an der Wiedervereinigung schon geht.

Westdeutsche Verzichtpolitik?

In Bonn wird diese neue Sachlage offiziell nicht zur Kenntnis genommen. Weiterhin wird die Behauptung aufrecht erhalten, als sabotierten nur Moskau und „Pankow" die Wiedervereinigung, während die Westmächte „zu ihrem Wort stehen". Die zahlreichen westlichen Treueerklärungen für Berlin werden dem Volk als Surrogat für vermeintliche Deutschlandversprechungen präsentiert. So glaubt man in unserer bundesdeutschen Kinderstube noch weithin an die bequeme Parole „freie Wahlen zuerst", so träumen unsere „Realisten" noch immer von den Erfolgsaussichten einer „Politik der Stärke" oder von der Wunderwaffe „revolutionärer Entwicklungen".

Viele Patrioten und ausländischen Freunde Deutschlands haben sich in den vergangenen Jahren Gedanken darüber gemacht, wie die nationale Spaltung am besten zu überwinden sei. Bei ihren Gesprächen mit politischen Widersachern haben sie den verzeihlichen Irrtum begangen, daß diesen Zweiflern die deutsche Einheit ein ebensolches Herzensanliegen sei wie ihnen selbst. Das Lippenbekenntnis zur Wiedervereinigung gehört nun einmal zum Brauchtum der westdeutschen Nachkriegswirklichkeit, ähnlich wie die Grenzrevision im Osten. Mit Anstecknadeln, Landsmannschaftstreffen und Kundgebungen beruhigt man sein Gewissen und die öffentlichen Zweifel. Leider bestimmen Selbsttäuschung oder Heuchelei das Verhalten vieler Bundesbürger gegenüber unserer nationalen Schicksalsfrage. Wer es wagt, die Dinge beim Namen zu nennen, wer es unternimmt, Vermittlungsvorschläge zu machen, der wird entweder totgeschwiegen oder die Gralshüter der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" fallen wie auf ein geheimes Stichwort über den Verwegenen her und diffamieren und verfolgen ihn als angeblichen Söldling Moskaus. Wer aber verkündet, daß es keinen friedlichen Weg mehr zur Wiedervereinigung gibt, wie dies Professor Eschenburg tut, oder daß er eine höhere, eine „abendländische" Konzeption besitzt, wie P. W. Wenger, der findet aufgeschlossene Ohren.

Sicherlich wird einmal die Zeit kommen, wo sich besser als heute dokumentarisch belegen und offener als heute aussprechen läßt, wann und von wem ein Verzicht zuerst gewollt und eingeleitet worden ist. Es gibt viele bequeme Umwege und Ausreden für den Verzichter. Eine solche Ausrede ist der Vorschlag, eine gesamtdeutsche Lösung auf eine unbestimmte Zukunft zu verschieben. In Wahrheit haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Wie wandelbar die Deutschen sind, haben wir seit 1918 nur zu oft erlebt. Man glaube doch nicht, daß die 17 Millionen in der DDR heute noch mit fliegenden Fahnen ins westdeutsche Lager übergehen würden, wenn ihnen die Sowjets freie Hand gäben. Gewiß, die Anhänger der SED bilden wohl nur eine Minderheit. Aber auch ihre Gegner haben sich in diesem Jahrzehnt vom Leben und Denken der Bundesbürger ebenso weit entfernt wie umgekehrt. Die meisten paßten sich der gegebenen neuen Gesellschaftsordnung an, die unversöhnlichen Gegner sind im Laufe der Zeit ausgewandert oder ihr Widerstand ist gebrochen. Die Möglichkeit wächst, daß sich die Mehrheit dieser Deutschen in absehbarer Zeit bei westlich-demokratischen Wahlen nicht für die Lebensform der Bundesrepublik entscheiden wird. Eher wohl für einen Sozialstaat, wie er 1945 Millionen von Deutschen aller Parteirichtungen in Ost und West vorschwebte.

Die Opfer und die Tapferkeit der zwei Millionen Berliner haben nur dann einen höheren Sinn, wenn sie die nationale Einigung vorbereiten, nicht aber erschweren. Die Berliner, denen jedes Pathos fremd ist, fühlen sich selber nicht

wohl in der Heldenrolle, in die man sie hineingesteigert hat. Sie würden lieber heute als morgen als normale Bürger eines einigen Deutschland leben. Sie kennen die wirkliche Lage, denn sie sind politisch wacher als ihre westdeutschen Landsleute. Wenn die Wiedervereinigung scheitert, dann waren alle ihre Opfer umsonst. Wenn die westlichen Versprechungen an Berlin und an die „Zone" mehr waren als ein gigantisches Täuschungsmanöver, dann muß jetzt endlich, vielleicht in letzter Stunde, gehandelt werden. Politisches Handeln heißt aber Verhandeln! Verhandeln mit den Instanzen der DDR mit Zustimmung der Großmächte. Ohne würdelosen Kleinmut, ohne feige Selbstaufgabe, aber mit der Entschlossenheit, das Gemeinsame über alle egoistischen Interessen, Vorurteile und Ressentiments zu stellen.

Es ist bedrückend, zu sehen, daß man in Bonn diese Notwendigkeit nicht erkennt. Wer die jetzt gebotene Chance nicht sieht, der ist blind, wer sie nicht will, der verrät sein Volk und Vaterland.

Die Oder-Neiße-Linie

Ist der Wille zur Wiedervereinigung für die Mehrheit der Westdeutschen nur noch ein Lippenbekenntnis, so wird der Glaube an eine Grenzrevision vollends nur noch künstlich wachgehalten. Daß die Oder-Neiße-Grenze erst in einem künftigen Friedensvertrag ihre völkerrechtliche Bestätigung finden kann, ist ebenso offensichtlich, wie die nicht mehr bestreitbare Tatsache, daß keine der Großmächte bereit ist, eine Revision dieser Grenzlinie zu unterstützen. Die Erklärungen aus dem westlichen Lager sind unüberhörbar deutlich, und wenn soeben der französische Ministerpräsident vor der Kammer de Gaulles Erklärung über die Unantastbarkeit dieser Grenze nochmals unterstrichen hat, so konnte das Bonner Dementi in Paris nur noch Achselzucken hervorrufen.

Auf internationaler Ebene besteht auf absehbare Zeit keine Aussicht mehr auf die Erfüllung der westdeutschen Revisionsforderungen. Da aber Minister und Abgeordnete im Namen der Vertriebenenverbände nachdrücklich den deutschen Revisionswillen proklamieren, dürfen wir uns nicht wundern, daß man in Ost und West nicht an die friedlichen Absichten der Bundesrepublik glauben will. Warum lehnt man die Normalisierung der Beziehungen zu Polen und sogar das Angebot eines Nichtangriffspaktes ab, wenn man entschlossen ist, die Revision nur auf friedlichem Wege zu erreichen? So absurd uns selber die Unterstellung kriegerischer Absichten erscheinen mag, das Ausland hat jene Jahre noch in frischer Erinnerung, in denen Adolf Hitler mit Friedensbeteuerungen an die Nachbarländer nicht sparte, um sie dann eines nach dem anderen zu überfallen. Wenn man bedenkt, wieviel Mißtrauen der Atombeschluß der Bundesregierung in Ost und West wachgerufen hat, und daß die Bundesrepublik heute schon wieder über die zweitstärkste Wehrmacht des Kontinents verfügt, so dürfen wir uns nicht wundern, daß die Alarmreden der polnischen und tschechischen Delegierten in der UN aufmerksame Ohren fanden. Dabei hätten wir bei einer weitsichtigen und maßvollen Ostpolitik gute Aussichten gehabt, uns die Polen zu Freunden zu machen und manche Erleichterungen und Korrekturen der bestehenden Grenzen auszuhandeln. Vorausgesetzt, daß wir durch einen Brückenschlag zur DDR überhaupt in die Lage versetzt worden wären, als gesamtdeutsche Grenznachbarn glaubwürdige Zielsetzungen zu vertreten.

Es ist bedrückend, zu sehen, wie Verbandsmanager und Sprecher der Regierungspartei aus Wahl- oder Prestigerücksichten bei den Vertriebenen weiter die Illusion wachhalten, als ob in einem künftigen Friedensvertrag die greifbare Möglichkeit bestände, die verlorenen Gebiete friedlich zurückzugewinnen.

Das politische Stalingrad

Es ist eine bedrückende Bilanz, die wir nach zehn Jahren deutscher Spaltung ziehen müssen. Nichts ist übrig geblieben von den außenpolitischen Konzeptionen, Illusionen und Doktrinen, mit denen die Bonner Regierung in das Spiel der Mächte eingetreten ist. Hier die Bilanz:

1. Die Politik der Stärke ist gescheitert, der kalte Krieg wurde abgeblasen, die Atomrüstung dritter Mächte ist gegenstandslos geworden;
2. die Geschlossenheit der Nato wurde durch die Entspannungspolitik des Kreml aufgelockert, sie ist zum Anachronismus geworden;
3. Die Wiedervereinigung ist zu einem Lippenbekenntnis entwertet, unsere Generation wird sie kaum noch erleben;
4. Die Grenzrevision im Osten ist nur noch ein Propagandaschlagwort. Sie wurde in Bonn faktisch abgeschrieben;
5. Westberlin ist in höchster Gefahr, nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen;
6. Die Bundesrepublik ist außenpolitisch so stark isoliert wie nie seit ihrem Bestehen.

Vor einigen Monaten hat der SPD-Vorstand bei der Veröffentlichung seines Deutschland-Planes warnend darauf hingewiesen, daß wir einem politischen Stalingrad entgegengingen. Dieses politische Stalingrad ist da. Damals, in dem unvergeßlichen Schreckenswinter 1943, rieten alle Feldmarschälle außer Hermann Göring dem Führer zum Rückzug von der Wolga; aber Hitler hielt starrsinnig an der Entscheidung fest, Stalingrad um jeden Preis zu halten. Die Katastrophe von Stalingrad wurde zur entscheidenden Wende des heißen Krieges. Auch auf dem Gipfelpunkt des heutigen kalten Krieges hat es an Warnern und Mahnern nicht gefehlt. Aber diesesmal stammten die Warnungen nicht von Offizieren, die zum Gehorsam verpflichtet sind, sondern von Politikern, für die in der Demokratie Kritik und Widerstand sittliche Pflicht sind. Die außenpolitischen Sachverständigen der Opposition durchschauen seit langem das Gewebe von Illusionen, Fiktionen und Doktrinen, mit denen die Hirne der Bundesbürger umsponnen wurden. Sie sahen voraus, wie die Politik des starren Durchhaltens auf der Nato-Linie zu einer Politik der verpaßten Gelegenheiten wurde. Sie durchschauen auch den Zweck der dramatischen Rückzugsgefechte, mit denen die Bundesregierung das Scheitern ihrer Außenpolitik noch zu verschleiern sucht.

Warum, so müssen wir fragen, ging die Opposition nicht rechtzeitig in eine entschiedene Abwehrstellung? Warum versäumte sie, rechtzeitig und laut die Alarmglocken zu läuten? Warum hat sie nicht ihre eigenen einsichtsvollen Vorschläge für Wiedervereinigung und Neutralität frühzeitig in einer Kundgebungswelle unter Aufbietung aller Kräfte zur Forderung der Bundesbürger gemacht? Zweifelte man an der Richtigkeit des eigenen Weges? Fürchtete man sich vor der Übernahme der riesengroß gewordenen Verantwortung? Es ist wohl nicht ernst zu nehmen, wenn ein oppositioneller Abgeordneter diese Zurückhaltung damit erklärte, daß man der Bundesregierung nicht die Verantwortung abnehmen wolle, eine verfehlte Außenpolitik auch selbst zu liquidieren. Es geht ja schließlich nicht um den Staat Konrad Adenauers, sondern um unser aller Schicksal. Der regierende Bundeskanzler ist nach der Verfassung nur das oberste Organ des souveränen Volkswillens.

Es ist gewiß richtig, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, übersättigt von Wohlstand, gleichgültig oder skeptisch abseits steht. Aber ganz so dumm und gedankenlos, wie manche Politiker zu glauben scheinen, ist die Bevölkerung nicht. Bei Meinungsumfragen der letzten Monate haben sich über 60 % der Bevölkerung für ein blockfreies Gesamtdeutschland ausgesprochen, über

70 % für Normalisierung der Beziehungen zum Osten, über 80 % gegen Atomrüstung und gegen die wahnwitzigen Thesen des Mr. Schlamm. Das zeugt für den gesunden Menschenverstand von Leuten, die nicht jeder Parole aufsitzen, aber, durch böse Erfahrungen gewitzigt, nicht alles sagen, was sie denken. Die Regierungspartei scheut vor dem Risiko zurück, den Wählern reinen Wein darüber einzuschenken, wie es wirklich um unsere nationalen Interessen steht. Warum machen sich die Oppositionsparteien mitschuldig an dieser verhängnisvollen Irreführung, anstatt den umgekehrten Weg zu beschreiten: Illusionen zu zertrümmern, deren Weiterleben zur nationalen Katastrophe führen muß. Achtzehn Monate hat die Opposition verstreichen lassen, ohne eine außenpolitische Generaldebatte zu erzwingen. In diesem Zeitraum stand die „Deutsche Frage" ganz vorn in der internationalen Diskussion, sie wurde in den verfassungsmäßigen Gremien Washingtons und Londons ausgiebig und mit großer Offenheit diskutiert. Scheute man sich vielleicht, der Regierung mitten im Kampf „in den Rücken zu fallen"? Mit dieser bequemen Parole haben sich von jeher autoritative Regierungen Gehorsam und Schweigen erzwungen. Nein, nicht Ruhe, sondern Unruhe ist die erste Bürgerpflicht, wenn es um unser Volk und seine Zukunft geht.

Seit den Tagen Bismarcks hat das deutsche Volk immer wieder auf das falsche Pferd gesetzt: Im ersten Weltkrieg auf die schimmernde Wehr und unsichere Verbündete, in der Wirtschaftskrise auf Adolf Hitler und seine Rattenfängerei, nach 1945 auf die Politik der Stärke und den erhofften Zusammenbruch der kommunistischen Welt. Statt dessen ist diese Welt schließlich so stark geworden, daß der Vormacht des Westens, den USA, nichts anderes übrig blieb als Koexistenz und Gewaltverzicht. Der Versuch kann lebensgefährlich werden, der Entspannungsachse Washington—Moskau eine Verlängerung der Achse Bonn—Paris nach Madrid und Lissabon entgegenzusetzen. Dadurch tauschen wir unsere Glaubwürdigkeit in der wirklich freien Welt gegen recht fragliche Machtfaktoren ein. Auch der Eifer, mit dem gerade jetzt in Bonn die politisch-wirtschaftliche Integration der Länder Kleinsteuropas, des einstigen Karolingischen Reiches, betrieben wird, ist ein zweifelhafter Ersatz für den Ausverkauf gesamtnationaler Interessen östlich der Elbe. Oder sollte, wie Eingeweihte zu wissen glauben, hier und nur hier das wahre Ziel der Bundesrepublik von Anfang an liegen? Dann würden alle vermeintlichen Fehler und Versäumnisse der Bundesrepublik in den vergangenen zehn Jahren in einen sinnvollen Zusammenhang rücken. Wir weigern uns, ohne evidente Beweise diese Möglichkeit ins Auge zu fassen.

Walter Lippman hat in einem Kommentar anläßlich seiner Europareise die aufsehenerregende Feststellung getroffen, es gehe nicht um die Revision der Oder-Neiße-Linie, sondern um den rechten Zeitpunkt, zu dem man den Deutschen die Aussichtslosigkeit dieser Hoffnung klarmachen könne. Die Zeit scheint nicht mehr fern, wo Walter Lippman das gleiche von den Problemen der Wiedervereinigung und der Zukunft der „deutschen Hauptstadt" behaupten wird. Das deutsche Volk gleicht heute einem Schwerverletzten, dem die Freunde so schonend wie möglich beibringen wollen, daß er nie wieder in den Vollbesitz seiner Kräfte und Gliedmaßen gelangen wird. Die Ärzte raten teils leise, teils laut zur rettenden Operation. Diese Operation, die gleichbedeutend mit Amputationen sein wird, heißt Friedensvertrag. Ohne ihn, darüber sind sich die Ärzte einig, wird der Schwerverletzte sterben. Daß die Operation so schonend wie möglich erfolgt und das Leben des Kranken rettet, das kann nur die Behutsamkeit der Ärzte und der Lebenswille des Patienten erreichen.

Prof. Dr. Michael Seidlmayer

Karl Jaspers und die „Neue Politik"

Unsere letzte Untersuchung in dieser Zeitschrift (Heft 8/1959, S. 623 ff.) galt den Grundthesen K. Jaspers' und P. Gundlachs S. J. „Die Selbstbehauptung der Freiheit, so heißt es bei Jaspers, ist nicht möglich ohne die Bereitschaft zum totalen Selbstopfer der Menschheit" — ein „Selbstopfer" freilich, das gegebenenfalls dennoch gegen den Willen der „überwältigenden Mehrzahl der Menschen", nur „durch das Wagnis ihrer Minderheit" vollzogen würde! Und in den verschlissenen „christlich-theologischen" Mantel Gundlachs eingehüllt, nennt sich diese selbe Forderung: „außerordentlicher, ja ungeheuerer Einsatz" zur „Manifestation der Majestät Gottes und seiner Ordnung in der Welt" im eventuellen Untergang eines ganzen Volkes oder auch der Welt insgesamt (wobei der gleiche „christliche" Theologe auch den — wenigstens theoretischen — Hinweis nicht vergißt, daß in dem Fall, „wo es sich um gestörte Rechtsordnung handelt, Verteidigungs- oder Angriffskrieg zuletzt keinen Unterschied machen"!).

Das sind gewiß bemerkenswerte neue Rezepte für die Auseinandersetzung der „freien (oder: „christlichen") Welt" mit dem Kommunismus! Man stelle sich nur einmal vor, die „christliche" Regierungspartei hätte die Atomrüstungsdebatte im Bundestag vor eineinhalb Jahren unter solchen Vorzeichen zu bestreiten gehabt, oder gar, ihre führenden Männer hätten im Wahlkampf des Sommers 1957 ihren Wählermassen die Aussichten auf eine solche, von einem „Volk mit moralischer Kraft" unter Umständen zu fordernde „Opfer"tat eröffnen müssen!! Heute kann also immerhin einer der maßgeblichsten und einflußreichsten katholischen Theologen diesen teuflischen Irrsinn nicht etwa bloß als seine höchst-eigenen Privatphantasien verkünden, sondern ihn als die — alle rechten Katholiken im Gewissen verpflichtende! — „Lehre des Papstes" ausgeben, und kein Bischof oder Kardinal (man könnte passenderweise etwa an den Bischof der sog. „Militärseelsorge" denken!) oder sonst ein Theologe, der in der offiziellen Kirche einiges Gewicht besäße, braucht es für angebracht zu halten, gegen ihn oder auch nur gegen diesen massiven — leichtfertigen oder skrupellosen — Mißbrauch des „ordentlichen Lehramts der Kirche" Einspruch zu erheben [1a]). Und demgemäß hat es auch das politisch führende Lager offenbar nicht mehr nötig, mit irgendeiner einigermaßen repräsentativen Stimme von solchen Ungeheuerlichkeiten abzurücken. Im Gegenteil: heute kann ein Mann, dem das Wohlwollen hoher offizieller Stellen nicht zu fehlen scheint (wenn man dabei natürlich auch seine vorsichtig abwehrenden Reserven nicht vergißt) — heute also kann dieser Mann in einer westdeutschen Fernsehsendung ungeniert erklären: „Und da will ich völlig mutig (!!) sagen, daß ich ihn (nämlich den Präventivkrieg) für moralisch vollkommen vertretbar halte. Deshalb bin ich für den Präventivkrieg. Ich sage, daß die Welt, die ich vertrete und verteidige, es wert ist, aufs Spiel gesetzt zu werden" (s. diese Zeitschrift, Heft 7/1959, S. 516). Zum Philosophen und Theologen gesellt sich da also als Dritter im Bunde der „realpolitische" Propagandist — ein Stück forscher natürlich und ein Stück „fortschrittlicher"! Wir werden uns mit diesem, ach so „mutigen" Herrn William (vormals: Willi) Schlamm und seinem, so recht „schlammigen" Machwerk, das sich „Die Grenzen des Wunders" betitelt, nicht auch noch abgeben [1]) — es ist ihm damit längst schon viel zu viel der „Ehre" angetan worden, und das beinahe einzig Bemerkenswerte (allerdings auch Alarmierende!) an ihm ist ja nur, daß es das westdeutsche Publikum den Buchhändlern förmlich aus den Händen zu reißen scheint. Es mag aber vielleicht nicht unnütz sein, wenigstens im Vorbeigehen anzumer-

ken, daß längst nicht alle „trojanischen Esel" nur von jenseits des Eisernen Vorhangs zu uns herüberkommen — diesen da z. B. hat uns die goldene Millionärstadt Zürich mit ihrem sog. „Europa-Verlag" beschert!

Das ist also die neue desperate Ideologie des „Alles oder Nichts", wie sie uns — keineswegs ohne Anklang zu finden! — heute von (scheinbar) so ganz verschiedenen Seiten her präsentiert wird. Irren wir uns, wenn wir sie als den geistigen Niederschlag jener totalen Hilflosigkeit deuten, vor die sich die uns seit Jahren angepriesene und vorexerzierte „Politik der (atomaren) Stärke", in der verrammelten Sackgasse angelangt, gestellt sieht??

I

Es liegt uns aber (wie schon zum Schluß der ersten Untersuchung unterstrichen wurde) selbstverständlich völlig ferne, Karl Jaspers' Philosophieren über das „politische Bewußtsein in unserer Zeit" nur auf diesen einzigen Nenner bringen zu wollen. Es ist alles eher als einfach, seinem Werk gerecht zu werden — ganz besonders, wenn man sich immer den großen Namen vor Augen hält, der hinter ihm steht! Abstrakte philosophische Betrachtungen und höchst konkret gemeinte politische Anweisungen; weltweite, „globale" Aspekte des geschichtlich Gewordenen wie des gegenwärtig Bestehenden und Erörterungen wiederum ganz bestimmter Einzelfälle und Einzelprobleme daraus; wertvolle (wenn auch nicht immer in gleichem Maße neue) Einsichten und offen zu Tage liegende, erstaunlich primitivierende Fehlurteile; hohe, überaus treffende politisch-ethische Leitgedanken — die dann leider nur zu oft ungenützt bleiben und so aus einer seltsam blassen und matten Atmosphäre des nur Allgemeinen und praktisch Unverbindlichen nicht herausfinden — und (bei allem hohen Respekt muß das gesagt werden) einfache Gemeinplätze und Plattitüden —: das alles liegt in dichtem Gemenge, in dem auch rechte Wiederholungen nicht fehlen, eng nebeneinander. So ist es auch nicht zu verwundern, daß nicht so selten Jaspers contra Jaspers zeugt und man sich also zu fragen hat, welcher von beiden nun eigentlich gilt (oder mehr gilt)? Jedoch, wie dem auch sei, alles soll nur der Erhellung dieser einen Grundsituation dienen: entweder am Ende doch wohl jenes drohende „Selbstopfer der Menschheit" im Ausweichen vor der „Gefahr der totalitären Herrschaft ... mit ihrer alle Freiheit und Menschenwürde vertilgenden terroristischen Struktur", oder aber, es werden „Kräfte des Menschen (erweckt), die aus solcher Tiefe hervortreten müssen, daß er selbst in seiner sittlich-vernünftig-politischen Erscheinung sich wandelt in einem Maße, daß es der Wendepunkt der gesamten Geschichte würde". Und eben diese Wandlung würde auch eine „neue Politik", die die „alte, noch gegenwärtige Politik" überwinden würde, mit sich bringen (S. 22, 480 ff.) — wobei jedoch die Bereitschaft zu jenem „Selbstopfer" (jedenfalls bis auf weiteres) unverändert zu bleiben hätte.

Lassen wir die Frage beiseite, ob eine solche grundstürzende Wandlung der bisherigen, fünf Jahrtausende zählenden Geschichte der Kulturmenschheit — als das Resultat einer grundstürzenden Wandlung des Menschen selbst — jemals zu erwarten oder zu erhoffen sei: die Antwort darauf wird immer eine Sache des Glaubens oder auch des Temperaments des Antwortenden bleiben (und, um zu sehen, wie nahe sich die äußersten Extreme manchmal kommen können, erinnern wir uns daran, daß eben dieser Glaube zu den Grunddogmen des Bolschewismus gehört!).

Wir greifen dafür sogleich einen, vielmehr wohl den Zentralpunkt der ganzen Problematik auf. Wie gebannt starrt Jaspers — darin sich von der kommunen Haltung beinahe der ganzen tonangebenden abendländischen Welt in nichts

unterscheidend — auf dieses eine Schreckgespenst „Totalitarismus", so wie es im kommunistischen Rußland verkörpert ist. Dieses Phänomen — das nun einmal, was wir auch dazu sagen mögen, eine weltgeschichtliche Realität geworden ist — ist für ihn einfach da, wie aus dem Boden gestampft, als der Inbegriff alles Bösen. Nirgendwo denkt Jaspers erstaunlicherweise daran, sich über die (wie man meinen möchte) nächstliegende Frage ernstlich Rechenschaft abzulegen, woher denn dieses System wohl gekommen sein könnte, oder ob es wirklich nur so grund- und ursachlos „vom Himmel gefallen" sei?? Wir legen hier keinen sonderlichen Wert auf die ja allgemein bekannte geistesgeschichtliche Situation, daß der Bolschewismus als theoretisches System völlig auf den Grundlagen aufbaut, die ihm die dialektische Philosophie Hegels bzw. deren Umwandlung durch den Marxismus bereitgestellt hat. Wir meinen auch nicht so sehr das interessante, gleichwohl bisher noch so gut wie unbeachtete Faktum, daß selbst für die totale Entprivatisierung und Kollektivierung der gesamten menschlichen Daseinssphäre, wie sie zur Zeit das kommunistische China (freilich auch schon wieder zu erheblichen Abstrichen genötigt) in seinen Volkskommunen versucht, gleichfalls der abendländische Geist schon längst das genaue (theoretische) Muster vorgezeichnet hat: was dort geschieht, ist de facto nichts anderes als der erstmalige Versuch, die „idealstaatlichen" Entwürfe des Renaissancezeitalters, die „Utopia" des Thomas Morus etwa oder den „Sonnenstaat" des Dominikaners Tommaso Campanella in die Wirklichkeit umzusetzen![2]). Dergleichen Dinge gehen schließlich mehr die geisteswissenschaftlichen Fachgelehrten an. Die für die Realität unserer gegenwärtigen Daseinsproblematik entscheidende Einsicht aber können wir etwa mit den Worten des bekannten russischen Religionsphilosophen Nikolai Berdjajew wiedergeben: „Der Kommunismus ist das Fatum (Schicksal) der christlichen Gesellschaft, zugleich aber auch das Gericht, das über diese Gesellschaft gehalten wird. ... Die Kraft des Kommunismus besteht darin, daß er, der mittelalterlichen Theokratie ähnlich, einen universellen Plan der Umgestaltung des Weltlebens hat ... Er kehrt zur Auffassung des Lebens als eines Dienstes zurück — eine Auffassung, die in der dechristianisierten bürgerlich-liberalen Epoche restlos (sagen wir dafür etwa: weitestgehend) verschwunden ist ... Die Bewahrung des (sozialen, wirtschaftlichen, geistigen) Status quo wird im Abendland als Freiheit empfunden, jede Änderung aber als Zwang aufgefaßt. Durch eine tragische Paradoxie der Freiheit selbst ist im Abendland das Prinzip der Freiheit zu einem Faktor der Trägheit geworden." Die Folge davon: „Der Kommunismus löst überall das versagende Christentum ab" (so die französische Zeitschrift „Christianisme social")[3]). Vertauschen wir aber — um uns mit dem Nicht-Christen Jaspers leichter verständigen zu können — ruhig das Wort „christlich" etwa mit dem Wort „bürgerlich" — an der Sache selbst ändert sich damit nichts! (Und wer kann denn auch — soweit es sich um das Christentum der offiziellen Kirchen handelt — diese beiden Begriffe in den letzten eineinhalb Jahrhunderten und noch bis heute tatsächlich so genau auseinanderhalten?). Die unheimliche Anziehungskraft des Kommunismus auf die Massen, die nichts zu verlieren, aber (vielleicht!) alles zu gewinnen haben, wächst ja in den einzelnen Ländern und Erdteilen progressiv in dem Maße, als die nichtkommunistische oder „freie" Welt — mag sie sich nun als „christlich", „bürgerlich-liberal", „kapitalistisch" oder auch „sozialistisch" oder wie immer sonst firmieren — es nicht fertig bringt, eine halbwegs tragbare Sozial- und Wirtschaftsordnung zu schaffen und in ihrem Bestand zu sichern. Man sehe nur darauf, welche Länder und Bereiche des europäischen oder des amerikanischen Kontinents den fruchtbarsten Nährboden für die kommunistische Propaganda abgeben — könnte

z. B. P. Gundlach nicht in Rom die Realitäten seiner „Weltordnung Gottes" und deren Ergebnisse und Folgen aus nächster Nähe studieren?! „Was aus dem Prinzip der totalen Herrschaft (und das heißt heute so viel als: der kommunistischen Herrschaft) getan wird, so dekretiert Jaspers, ist in jedem Fall schlecht... «Es wird doch auch Gutes geleistet», solche Auffassung ist Täuschung. Hier, wo es um das Prinzip des Lebens selbst (welchen Lebens?) geht, ist radikal, ohne Kompromiß Nein zu sagen, ist der luziferische Schein des Guten zu durchschauen — oder man ist dem bösen Prinzip schon verfallen" (S. 166). Das sind gewiß imponierend selbstsicher und apodiktisch vorgetragene Sätze — sie sind, angesichts der geschichtlichen Wirklichkeit des Ostens (Rußlands und Chinas) nicht minder erstaunlich simplistisch. Und verraten sie nicht etwas von der geheimen Flucht des „Abendlandes" vor dem eigenen bösen Gewissen, das sich auf so „halbstarke" Manier selbst wieder Mut zusprechen muß?? Weiß doch der gleiche Jaspers nur zwölf Seiten später genau, wie die Dinge tatsächlich stehen: „Nur wenn sie — die Freiheit — zu leisten vermag, was totale Herrschaft durch eisernen Zwang bewirkt, kann sie bestehen" (S. 178). Dieses Wort wenn Jaspers seinem ganzen politischen Philosophieren mit großen Buchstaben als Motto vorausgesetzt (und dann natürlich auch folgerichtig durchgehalten) hätte, dann hätte er eine kaum genug zu preisende Tat vollbracht, denn dann hätte er die „Trägheit" der Geister und Herzen vor die nüchterne Wirklichkeit unserer abendländischen Situation hingezwungen. Aber es bleibt eben auch nur eine jener Einsichten, die in den paar hundert Seiten des Buches in Schall und Rauch aufgehen.

Diese Frage aller Fragen: „Was die Freiheit zu leisten vermag ...?", hat bekanntlich ihre denkbar angespannteste Dringlichkeit in den Riesenkontinenten Asien und Afrika erreicht. Deren rund zwei Drittel der gesamten Erdbevölkerung ausmachenden Menschenmassen stellten bis vor einem Jahrzehnt noch — jetzt aber bereits unter Ausschluß von mehr als einer halben Milliarde Chinesen — jene Völkergruppe dar, die zum allergrößten Teil zwischen dem östlichen und dem westlichen Machtblock steht und — heute noch — stehen will. Diese „farbigen" Völker sind (woran heute ja kein vernünftiger Mensch mehr zweifelt) eben als das Hauptobjekt der Auseinandersetzung zwischen „Ost" und „West" das Weltproblem Nr. 1 geworden. Politisch: mit ihrem Nationalismus, dem sie sich nunmehr — getreu nach dem alten „abendländischen" Muster und Vorbild! — ergeben haben, fühlen sie sich wenigstens in dem Einen: der Todfeindschaft gegen jeglichen „Kolonialismus", in enger Kampfgemeinschaft verbunden. Und wirtschaftlich-sozial — der noch ungleich gefährlichere Aspekt, den sie darbieten — sind sie (mit wenigen Ausnahmen) die „unterentwickelten Völker".

In langen und umständlichen Erörterungen (1. Kap. des II. Teiles, S. 108—200) beschäftigt sich Jaspers mit dieser bis zum äußersten mit Explosivstoffen geladenen Weltsituation. Er gibt sich über die psychologischen Folgen des 400jährigen europäischen Kolonialismus keiner Täuschung hin: aus ihm ist „der Haß aller Völker des Erdballs gegen die Europäer" erwachsen. Und er fordert daher den „radikalen", den „großen Verzicht auf den Kolonialismus", einen Verzicht, der zusammen mit der „defensiven Selbstbehauptung des Abendlandes" auf eine neue „Weltordnung" hinzielen müsse (S. 107, insbes. 112 ff.). Es muß ein „wirkliches Freilassen ... ohne Hintergedanken ..., politisch und ökonomisch zugleich" sein, und wenn es auch die Sowjets anders halten, so „bleibt gegen die russische Einmischung (doch) nur die Nichteinmischung" (S. 121, 125, 137). Das sind sehr schöne Grundsätze. Aber ein paar Seiten später äußert sich Jaspers — um damit „ein Beispiel für den (von ihm vielmals und großenteils ja auch mit

Recht beklagten) N i c h t bestand einer abendländischen Ordnung" zu geben — zur Suezkrise von 1956 in dieser Weise: „Amerika setzte sich im Bunde mit Rußland gegen die freien Völker (England und Frankreich) durch ..." Es stellte sich „gegen ein gemeinsames abendländisches Interesse", nämlich „den Suezkanal wieder in den Besitz der rechtmäßigen Eigentümer zu bringen (das war bekanntlich jener hochexklusive Aktionärs-Club der Suez-Gesellschaft aus der Spätblütezeit des Kolonialismus!) ... Gestehen wir es: es war der schmachvollste und dümmste Augenblick der abendländischen Politik heute!" (S. 141, 178). „Radikaler Verzicht", „politisches u n d ö k o n o m i s c h e s Freilassen"?[4]). Und wieder ein Stück weiter (S. 183) lese man die detaillierten Anweisungen (sie können hier aus Raumgründen nicht wiedergegeben werden), die Jaspers für die „Ausbeutung des Sahara-Öls durch das Abendland" bereit hat: einen waschechteren „Kolonialismus" kann man sich kaum mehr wünschen — auch der „Opferwille der unternehmenden Menschen, wie er in der kolonialen Zeit lebendig war", ist dabei nicht vergessen! Nur, daß das Unternehmen jetzt nicht mehr ein nationales (französisches), sondern — Gott sei Dank! — nur mehr ein „abendländisches" sein darf, denn „die Sahara ist eine gewaltige Chance des Abendlandes"! (Läßt sich übrigens der alte symbolgesättigte Begriff „Abendland" noch gründlicher von innen heraus ruinieren, als es hier durch den Philosophen Jaspers geschieht?).

Die Wirtschaftshilfe an die „unterentwickelten Völker": natürlich, wo eine „unzweideutig verläßliche Bundesgenossenschaft" mit solchen Völkern möglich ist, da soll auch deren Wirtschaftskraft gestärkt werden (vgl. S. 138). Und sonst? Lassen wir Jaspers selbst das Wort: „Es ist ein U n h e i l, durch Wirtschaftshilfe einzugreifen, wo sie nur Geschenk bleibt und nicht in eigene Arbeitsspontaneität sich umsetzt ... Die Völker werden nur immer begehrlicher. «Unterentwickelten Völkern» ist materiell nicht zu helfen, wenn sie die Hilfe als Zündung der Selbsthilfe gar nicht wollen (welche Völker sind gemeint?). Aber es ist ihnen ihr Raum zu lassen, auf ihre Weise zu leben, zu hungern, in Massen geboren zu werden und hinzusterben. Sie haben das Recht zu ihrer Freiheit. Es ist ihnen jedoch nicht erlaubt, ihren Raum zu überschreiten; dies auf Gegenseitigkeit. Die Grenzen sind mit der Verteilung der Erde da" (S. 132 f., 134). Nun, wir denken ganz schlicht, sie werden sich — „Erlaubnis" hin, „Erlaubnis" her — um die „Gegenseitigkeit" den Teufel scheren ... Und dazu: wenn das „Abendland" (einschließlich natürlich der USA) diesen Völkern nicht wirksam die Wege zu einem „Leben, das des Lebens würdig gelebt werden kann" (S. 231), ebnet, dann wird das totsicher — aber auf s e i n e Weise — der kommunistische Totalitarismus besorgen, und er wird ihnen schon auch „das Arbeitsethos und die Initiative des Abendländers", die ihnen (wie Jaspers rügt) jetzt noch fehlen, beibringen — s o eben wiederum, wie e r das versteht. „Nur wenn die Freiheit zu leisten vermag ...", usw., siehe oben! Oder genügt das Exempel „China" immer noch nicht?

Nicht, daß Jaspers nicht wüßte, was auf dem Spiel steht. „Es ist unheimlich: sie (die „Nichtabendländer") scheinen die natürliche Beute totaler Herrschaft zu sein — aber nicht notwendig ... Wir müssen in Kauf nehmen, daß sie sich den Russen in die Arme werfen können" (S. 124, 135). Aber bei solcher Einschätzung jener Völker (bei der der Hochmut „abendländischer" Zivilisationstüchtigkeit sein gehöriges Wort mitredet!) bleibt ihm ja nichts mehr übrig, als dieser resignierende Fatalismus des „Unheimlichen". Die Sowjets verstehen es bekanntlich besser (vgl. dazu S. 187). Die Kinder der Welt, möchte man sagen, sind klüger als die Kinder des (sogenannten) Lichts ... D e n n s i e g l a u b e n a n s i c h u n d i h r e S a c h e.

Wir meinen gewiß nicht, daß es bei der Hilfe für die „unterentwickelten Völker" mit harten D-Mark und Dollars allein getan wäre, aber einige Dutzend oder auch ein paar hundert Milliarden würde sie allerdings erfordern. Es wäre immer noch nur ein bescheidener Bruchteil jener astronomischen Summen, die Jahr für Jahr in das bodenlose Danaidenfaß der Rüstung (und wie oft für Kriegsmaschinen, die nach ein, zwei Jahren schon wieder für den Schrotthaufen reif sind!) geschüttet werden[5]). Und wir scheuen nicht einmal vor der rückständigen Meinung zurück, daß die Aufgabe, in den größten Räumen dieser unserer Erde endlich „Ordnung" zu schaffen (es müßte noch lange keine „Weltordnung Gottes" sein!), für die Menschheit sehr viel vordringlicher und lebensentscheidender wäre als jenes — wiederum mit unzählbaren Milliarden Dollar zu bezahlende — hektische Wettrennnen in den Weltraum, zum Mond und zu den Sternen hinauf ... Diese Hilfe müßte, um nicht schon im Keim lebensgefährlich geschädigt zu werden, „ohne Hintergedanken", nämlich ohne alle Spekulationen auf direkte politische oder gar militärische Gegenleistungen von seiten jener Völker geschehen. Und sie würde sogar wirklich so etwas wie „Opferwillen" erfordern, denn die Aktien, die es da auf den Börsen diesseits und jenseits des Ozeans zu handeln gäbe, hätten einen anderen Kurswert als die Aktien der Rüstungsindustrie! Wir appellieren bei alledem gar nicht so sehr — dazu sind wir nicht töricht und utopisch genug! — an das christliche Gewissen und Verantwortungsbewußtsein des „Abendlandes" und Amerikas, nicht einmal an Erwägungen und Motive humanitär-ethischer Art; es würde schon genügen, wenn die nüchterne politische Räson das Heft in die Hand nehmen würde! Denn hier wäre „die gewaltige Chance des Abendlandes"! Mit einer solchen wahrhaft „neuen Politik" könnte es — vielleicht zwei Minuten vor Mitternacht! — in den Lebensnerv des totalitären Weltkommunismus treffen. Wir verübeln es gewiß niemand, wenn er das alles uns nicht glauben will — aber man könnte wenigstens den Alarmruf ernstnehmen, mit dem der Bundeswirtschaftsminister Erhard von seiner vorjährigen Fernasienreise zurückgekehrt ist! Natürlich nicht nur in schönen Reden und Kommuniqués für die Presse ...

II

So viel ist bereits sichtbar geworden: die letzte Formel, auf die Jaspers das ganze gegenwärtige Weltgeschehen reduziert, bleibt tatsächlich die „Radikalität des Entweder-Oder von Totalitarismus und Freiheit" (S. 377), die Radikalität der Todfeindschaft zwischen den beiden Welten des „Ostens" und des „Westens", die eine durch Rußland vertreten — während China in Jaspers' Blickfeld (als Folge eben seiner ganzen Unterschätzung der „farbigen" Völker) sehr stark in den Hintergrund tritt[6]) — die andere durch das „Abendland", zu dem Jaspers automatisch und uneingeschränkt die USA rechnet (vgl. S. 153: die USA das zweite „Vaterland" jedes Abendländers!). Für den politischen oder militärischen „Neutralismus" jeder Form und Art — sei es den der „nichtabendländischen Völker" oder den, der in Europa selbst zu Hause ist — hat er (wie es zunächst scheint) nur Worte des blanken Unverstehens, der Ablehnung und der Verachtung übrig — in der ganzen Skala von der einfachen, sachlichen Verurteilung bis zu bloßen bösartigen Beschimpfungen. „Irrtum", „Fiktion", „Schläue der Bedenkenlosen", „wegen seiner Blindheit und Charakterlosigkeit so verächtlich wie Verrat", „faktisch grundsatzlos", „faktisch selbstmörderisch und geistig treulos gegen das Abendland", „Schaumschlägerei moralisch-politischen Geredes", solches und ähnliches mehr bekommt man da zu lesen (S. 137—141, 149, 152, 271, 377; s. bes. auch S. 105 über Nehru!). Man sieht, das Vokabular ist reichhal-

tig. „Neutralismus" muß schon das Verkommenste und Gemeingefährlichste von der Welt sein. So möchte man meinen. Jedoch (wir haben das schon früher, Heft 8, S. 630, festgehalten), auch für Jaspers steht es immerhin fest, daß selbst die Todfeinde, d. h. die Vertreter „der totalitären und der freien Denkweise", miteinander sprechen s o l l e n und sprechen k ö n n e n: „Mag der Abgrund noch so tief sein, er muß überbrückbar sein durch das gemeinsame Menschsein. Der vernünftige Staatsmann wird die Aufgabe lösen, wie mit den Totalitären zu sprechen ist" (S. 336, 337, auch 173). Und — siehe da: bei solchen Kommunikationsversuchen vermag nun doch „der neutrale Staat" einige gute Maklerdienste zu leisten, vor allem eben diesen: „Er gibt den Ort her, an dem Todfeinde sich treffen können, wenn sie doch miteinander reden wollen." Ja, über die praktische Hilfsstellung hinaus kommt der Idee der Neutralität sogar ein hoher humanitär-ethischer Rang zu: „Es ist u n e r l ä ß l i c h, daß auch in der Kreuzzugsstimmung ... doch ein Ort bleibt, so winzig er sein mag, w o d e r M e n s c h a l s M e n s c h g i l t, weder verfallen an das Totalitäre noch an eine bestimmte Erscheinung der sich für vollendet haltenden Freiheit. Das Außerordentliche zu leisten, ist vielleicht unmöglich (wirklich?). A b e r e s i s t e i n e h o h e I d e e, d i e s a g t: E s i s t n i c h t z u e r t r a g e n, d a ß d i e M e n s c h h e i t i n z w e i T e i l e z e r f ä l l t, d i e n u r a l s B e s t i e n m i t e i n a n d e r k ä m p f e n" (S. 196, 197). Also doch nicht bloß „verächtliche Charakterlosigkeit" und „Schaumschlägerei moralisch-politischen Geredes"? Oder soll es wirklich so sein, daß e r s t d a n n, „wenn der Weltanschauungskrieg zum Untergang aller führt, die Einsicht möglich wird, daß der Mensch mehr ist als der Träger solcher Weltanschauungen" (S. 200)? Wir wissen es nicht. Wem das saubere D u r c h d e n k e n der Probleme — als Grundlage für die praktisch-politischen Zielrichtungen — erstes und unabdingbares Erfordernis ist, der hat es wirklich schwer, sich in d i e s e m Werk des Philosophen Jaspers zurechtzufinden.

Wenn, trotz solcher blitzartig aufleuchtender und ebenso wieder ins Dunkel zurücksinkender Einsichten, Jaspers' gesamtes Blickvermögen doch nur von diesem Einen: der Todfeindschaft zwischen jenen beiden Welten, beherrscht und gefesselt bleibt, so ist es nicht weiter zu verwundern, daß er auch bei der Beurteilung und Wertung der r e a l e n Erscheinungsformen, in denen sie sich repräsentieren, unbewußt immer wieder zweierlei Maßstäbe zur Hand nimmt. Sicher, er findet keineswegs alles in der „freien Welt" einfach schön und vollkommen, aber sagen wir etwa so: seine Kritik an der einen Seite ist auf Dur (vielmehr: „Durissimo") gestimmt, die an der anderen recht auf Moll — soweit sie überhaupt zu Wort kommt. Aus Raumgründen können wir dem hier im einzelnen nicht nachgehen. Doch z. B., wer (und das natürlich mit Recht) über die Unterjochung aller Freiheit durch den Totalitarismus oder über dessen „Methoden des Trugs und der Gewalt" (S. 137, ähnlich natürlich vielfach) so streng zu Gericht zu sitzen weiß, der müßte schon auch irgendetwas darüber zu sagen haben, daß es die „freie Welt" — in Europa schon und erst recht im Bereich jener „unzweideutig verläßlichen Bundesgenossenschaft" in Nah- und Fernasien — b e i s i c h s e l b s t mit der „Freiheit" und auch mit dem (inner- oder zwischenstaatlichen) Recht nicht immer gar so ängstlich genau nimmt (auf Beispiele einzugehen, dürfte sich wohl erübrigen). Nicht daß wir uns nun auf dem Felde der Politik (der Politik nämlich des „christlichen Abendlandes"!) als beckmesserisch genaue moralische Aufpasser betätigen wollten — wie sollte das gerade dem Historiker in den Sinn kommen! Jedoch, wer sich nun einmal „das Prinzip der Wahrhaftigkeit", nämlich „T a t s a c h e n anerkennen", als streng verbindliche Richtschnur erkoren hat (vgl. S. 43 u. 485), der darf auch solchen Erscheinungen im Bild der „freien Welt" nicht mehr nur mit schamhaftem Stillschweigen aus dem Wege gehen. Aber an

einem Punkt wird es allerdings absolut ernst: ein halbes dutzendmal führt uns Jaspers Ungarn als Muster- und Paradebeispiel der brutalen Vergewaltigung eines Volkes durch Rußland vor (S. 55, 71, 136, 143, 154, 178), jedoch, wenn sein Buch ein Namensregister hätte — der Name „Algerien" würde (so viel ich sehe) darin nicht vorkommen![7]). So müssen wir hier wohl oder übel Jaspers ein wenig ergänzen: ein fast fünfjähriger blutiger Unterdrückungskrieg, von Frankreich keineswegs nur unter der widerwillig-notgedrungenen Duldung von seiten aller anderen Staaten der „freien Welt" geführt; nach den allerbescheidensten Schätzungen (die folgenden Zahlen nach offiziellen französischen Angaben!) 100 000 Tote; Folterungsmethoden — ausgeführt durch reguläre Truppen! — die es an Sadismus mit besten totalitären Vorbildern aufnehmen können; Konzentrationslager mit über einer Million von Verschleppten, unter ihnen einige hunderttausend Frauen, Kinder, Greise, die dem Hunger, dem Schmutz und Krankheiten ausgeliefert sind (und unter den Völkern, die sich um die Linderung dieses Elends bemühen, stehen — gleichviel, aus welchen Motiven! — die Ostblockstaaten weit vornean!) ... Das ist heute eine der Hauptbilanzen jener großen „freien Nation" mit den hehren Parolen „Humanité" und „Liberté" — und bekanntlich des auserwählten Schoßkindes (das sich ja auch als solches benimmt!) des Bundeskanzlers in Bonn. Hier gibt es kein Ausweichen mehr. Ein „Abendland", das sich unablässig über Ungarn entrüstet, aber über Algerien das Tabu ausbreitet, meint nicht Freiheit, Recht, Menschlichkeit und Menschenwürde usw. (auch nicht die vergewaltigten Ungarn selber), sondern allein — mag das der einzelne begriffen haben oder nicht — den „Kalten Krieg" um jeden Preis: es lebt in der Lüge und Heuchelei. Und die christlichen Kirchen, die nach der anderen Seite hin so vernehmlich ihre Stimme zu erheben wissen, sich hier aber in tiefes Schweigen hüllen, nicht minder (von der politischen Gegenrechnung, die wir für Algerien zu bezahlen haben oder noch haben werden, zu sprechen, wäre noch verfrüht). Wie heißt es doch bei Jaspers? „Man muß das, was geschieht, nicht nur bei dem Gegner, sondern bei sich selbst der Verschleierung entziehen ... Der Kampf der beiden Welten ist der zwischen Lüge und Wahrheit, aber so, daß ... die freie Welt nicht wahrhaftig genug ist und dadurch schwach wird" (S. 481, 143). Wir hätten den einzigen, den aufrichtigen Wunsch gehabt, daß eine geistige Autorität wie Jaspers „wahrhaftig genug" und dadurch — der „freien Welt", dem (christlichen oder nichtchristlichen) „Abendland" zur Hilfe! — weniger „schwach" gewesen wäre.

In das Kapitel „Wahrhaftigkeit" gehört auch die Frage des „Kalten Krieges". Sie steht im allerengsten Zusammenhang mit der Frage der grundsätzlichen gegenseitigen Anerkennung oder Nichtanerkennung des territorialen Bestandes der beiden Machtblöcke, so wie er auf der Aufteilung Europas durch die verbündeten Sieger von 1945 — auf den Kriegseroberungen sowohl wie auf dem großzügigen Entgegenkommen der westlichen Alliierten Stalin gegenüber — basiert. Für Jaspers geht die ständige Unruhe des „Kalten Krieges" (so viel ich sehe) allein auf Rechnung Rußlands (vgl. S. 98, 165). Er stellt wohl die — wie so oft: theoretische! — Maxime auf: „Die Selbstbehauptung im eigenen Bereich darf keine, auch nicht die geringste offensive Handlung vollziehen, um diesen Bereich zu erweitern", um dann das entgegengesetzte Programm des „rolling back" („Zurückrollen" des Kommunismus) mit einer leichten Handbewegung abzutun (S. 144, 154). Aber so einfach geht das nicht! Die „Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa" (so der Bundeskanzler, und Herr Hallstein kommentierte einmal großzügig: „bis zum Ural"!) hieß das Ziel, das J. F. Dulles ebenso wie K. Adenauer mindestens geraume Zeit hindurch ausgesprochenermaßen und

sehr konkret vorschwebte: d a f ü r „müssen wir (vor Verhandlungen mit Rußland) erst stärker werden" (Adenauer)! Die Belege dafür sind immerhin so weit bekannt, daß sie auch Jaspers nicht entgangen sein sollten. Und erst aus jüngster Zeit stammt die Proklamation der „Woche der versklavten Nationen" und, ihren Sinn erläuternd, die formelle Erklärung eines amerikanischen Unterstaatssekretärs, daß die USA die sowjetische Herrschaft über Osteuropa n i c h t anerkennen, sondern den dortigen Staaten mit allen „legitimen Mitteln" zur Unabhängigkeit verhelfen wollten (AP-Meldung vom 2. Juli 1959). Bei uns aber hat es die zielstrebige — in ihrer Arroganz nun immerhin auch dem Auswärtigen Amt auf die Nerven fallende! — Obstruktion der Vertriebenenverbände mit Erfolg (wenigstens vorläufig) verstanden, sowohl die diplomatische Normalisierung des Verhältnisses zu Polen und der Tschechoslowakei wie einen formellen Nicht-Angriffspakt mit ihnen zu hintertreiben. Und jedermann weiß, daß solche Hinweise ja nur ein paar ausgewählte Notizen zu diesem Thema sind (Daß mit alledem die Oststaaten, ganz bes. Polen, nur wieder in eine verschärfte Abhängigkeit von den Sowjets hinein- bzw. zurück g e z w u n g e n werden, das ist freilich die politisch und von der „abendländischen" Perspektive aus gesehen mehr als widersinnige Kehrseite der Medaille!) Und was meint schließlich Jaspers selbst mit dem Satz: „Diese Vergewaltigung (der Oststaaten) wird von der freien Welt v o r l ä u f i g geduldet ..." (S. 154)? Zum Prinzip der „Wahrhaftigkeit" gehört für ihn doch auch dieses: „seine eigenen wirklichen Motive aussprechen", und „noch den Tropfen Unwahrheit in der wahren Beschuldigung" will er verabscheuen (S. 43, 485) ... Das sind sehr schöne Grundsätze — aber die Praxis?

Auch die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik — „bis an die Zähne", wie es der Bundeskanzler haben will („Welt" vom 15. April 59)! — kann an diesen Aspekten nicht vorbeigehen. Sie ist, wie uns Dutzende oder Hunderte von Erklärungen aller Art versichern, einzig und allein zur „Verteidigung" gegen einen zu befürchtenden sowjetischen Angriff da (sofern es eben im atomaren Krieg „Verteidigung" gar eines so kleinen Landes wie des unseren überhaupt gäbe!) — und zu nichts anderem, z. B. also auch nicht, um sie als Druckmittel zur Abänderung der politischen Verhältnisse einzusetzen. Die einfache logische Folgerung wäre, daß der Westen durch die vorbehaltlose Anerkennung des Status quo in Osteuropa (wobei die Wiedervereinigung als Sonderfall durchaus ausgeklammert werden könnte) den Sowjets als Gegengabe für eine Abrüstung die volle Gewähr und Sicherheit dafür geben müßte u n d l e i c h t g e b e n k ö n n t e, daß dem tatsächlich so sei und auch in der Zukunft so bleiben werde. Statt dessen beliebte der Bundesverteidigungsminister (der bekanntlich mit seiner atomaren Aufrüstung auch wieder „politisch verhandlungsfähig" werden und „mitreden" können möchte!) soeben wieder, in Kanada für das „rolling back" in Reinstkultur zu Felde zu ziehen und ihm gleich auch den unverblümten Rüstungshintergrund zu geben: jede Änderung der militärischen Verhältnisse in Mitteleuropa, ja der ganze Abrüstungsvorschlag C h r u s t s c h o w s sei „sinnlos" und wertlos, wenn nicht die Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs zugleich ihre politische Freiheit erhielten (dpa/upi-Meldung vom 27. September 1959)! Nichts als „Verteidigung"?? Der verflossene Philologe Fr. J. S t r a u s s dürfte immerhin so viel von der deutschen Sprache verstehen, daß in ihr „Verteidigung" nun einmal Schutz des Bestehenden gegen einen Angriff bedeutet — u n d s o n s t n i c h t s! Eine solche Zusicherung des Westens an Rußland wäre aber erst der P r o b e f a l l für dessen wirkliche Abrüstungsbereitschaft oder -Nichtbereitschaft (im europäischen Raum): erst dann, wenn es die umgekehrte Verpflichtung (also eigene Abrüstung unter vorbehaltloser Anerkennung des Status quo in Westeuropa) ablehnen würde, e r s t d a n n k ö n n t e (wenn man von aller

übrigen Problematik der Atomkriegsfrage einmal absieht) eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik eventuell politisch und moralisch als gerechtfertigt angesehen werden — aber nicht vorher! (Und hier ist auch nochmals das moraltheologische Problem Atomrüstung (innerhalb der kath. Kirche) zu berühren. Wenn es P. Gundlach wirklich ernsthaft um die „Lehre Pius' XII." zu tun gewesen wäre, dann hätte er auch sagen müssen, daß der Papst die sittliche Erlaubtheit der Anwendung von Atomwaffen ausschließlich auf die „eng verstandenen Notwendigkeiten der Verteidigung" — also eben der Sicherung eines bedrohten Status quo — beschränkt hat, und daß er umgekehrt ebenso ausdrücklich auch nur die „Androhung ihres Gebrauches zur Durchsetzung konkreter (politischer) Forderungen, seien diese berechtigt oder nicht" — also zur Abänderung des Status quo unter irgendeinem Titel — als unsittlich verworfen hat. Aber das gehört eben auch zu jenen Stücken der päpstlichen Lehrweisungen, denen P. Gundlach nun einmal keinen Geschmack abgewinnen kann — und mit denen er daher die Gewissen seiner Hörer und Leser lieber gleich gar nicht behelligt!).

III

Was hat Jaspers als „neue Politik" vorzuschlagen? „Der Weg der Verantwortung (diese Hervorhebung von J. selbst) ist: vom jeweils Nächsten ausgehen ..., jeden Ansatz fördern, jeden Keim wachsen lassen ..., im Realen der Gegenwart schon die Möglichkeit der Zukunft mit wahrnehmen und im Rahmen der gegenwärtigen Realitäten schon auf sie hin denken und handeln. Dieser Weg ist nicht der mittlere zwischen zwei Extremen, sondern der höhere über dem Verfallen an die beiden Blindheiten, die man Idealismus und Realismus nennt" (S. 486, dazu 106, 251). Gestehen wir es unumwunden: vortrefflicher, meisterhafter läßt es sich kaum mehr sagen. Die reale Anweisung für den „modernen (!) Staatsmann" im Hier und Jetzt heißt dann so: „Die Waffentechnik, das Wettrüsten, die Weltstrategie steht unausweichlich im Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit ... Auf dem Wege zur neuen Politik darf er in dieser alten Politik des Krieges nichts versäumen ... (Das) verlangt die ganze Energie für das Instrument, das nie zur Anwendung kommen soll (vgl. dazu die Meinung Jaspers', wie wir sie schon Heft 8, S. 625 f., festgehalten haben!) ... Die Vorbereitung auf das Äußerste, den Krieg, ist zur Selbstbehauptung unausweichlich. ... Daher ist das Forschen und Erfinden der Techniker in bezug auf Bomben und alle wirksame Waffentechnik — „alle": also auch die chemischen und bakteriologischen Ausrottungsmittel?! — zu fördern, ohne andere Einschränkung als die, die in Gegenseitigkeit unter wirklich sichernder Kontrolle stattfindet". Gewiß, „mit jedem Schritt zum reinen gewaltlosen Kampf hin wird die Weise des neuen Kampfes schon ein Schritt zur Kriegsüberwindung ... (und) die neue Politik wagt es, den Weg, den sie selber geht, dadurch für alle als den gemeinsamen zu begünstigen, daß sie auf Machtmöglichkeiten — auf welche zum Beispiel? — verzichtet" (für das Ganze S. 480—486). Aber dergleichen Dinge gehen jetzt offenbar noch nicht, irgendeinmal vielleicht würden sie fällig werden ... Als gegenwärtiger, konkreter, real greifbarer „Weg der Verantwortung" bleibt nur das Andere: die end- und ziellose Schraube der Wettrüstungsspirale. Und daher „geraten (auch) die Forscher, die die Herstellung von Bomben mit immer weiter gesteigerter Zerstörungskraft zu verhindern (suchen), in die Rolle von Staatsverrätern" (S. 266).

Jedoch, wie steht es mit jener „Möglichkeit der Zukunft, die schon im Realen der Gegenwart mit wahrzunehmen ... und auf die hin schon zu denken und zu handeln" ist? Die seinerzeitige Forderung nach einer einseitigen, aber bedingten und zeitlich befristeten Einstellung der Atombombenversuche z. B. hätte immerhin (viele meinten es wenigstens), ein allererster (und wahrhaft bescheidener!) „Ansatz" oder „Keim" zu irgendeinem Fortschritt sein können. Für Jaspers ist die Sache mit der schlechten Zensur: „Simplizität rational-moralischen Denkens" erledigt. Denn „die Einstellung der Bombenversuche — übrigens ein höchst wünschenswerter Akt im Sinne der Gesundheitsfürsorge (!) — ist wirkungslos für das Wesentliche, bevor die Wandlung zu einer neuen Lebensverfassung nicht im Gang ist" (S. 225 f.). Daß sich eben in einem solchen Akt der gute (wenn auch erst noch so schüchterne!) Wille zur „Wandlung", daß sich hier ein „Ansatz" und „Keim" zu jener „neuen Lebensverfassung" sichtbar und wirksam bekunden könnte — diese Überlegung liegt dem Theoretiker der „neuen Politik" offenbar meilenweit fern.

Ein anderer Ansatz und Keim, der die Atomrüstung weitgehend wenigstens „einfrieren" lassen könnte, wäre der freiwillige Verzicht der westlichen Staaten darauf, sich mit Gewalt in den jetzt bestehenden „Atomklub" eindrängen zu wollen. Jaspers weiß sehr wohl um die verheerenden Folgen, wenn die A- und H-Bomben auch in die Hände der kleineren Nationen geraten: „dann wird die Welt noch ganz anders (als jetzt) auf dem Vulkan leben" (S. 236 f.). Nun ist es heute bekanntlich an vorderster Stelle Frankreich, das — unverhehltermaßen allein, um seine verblichene „Gloire" mit diesem Talmiglanz etwas neu aufzupolieren — um jeden Preis seine eigene Atombombe haben muß; Jaspers hat für diese so skrupellose wie engstirnige Großmannssucht — die im flagranten Widerspruch zu allen, von ihm mit so heiligem Eifer beschworenen „abendländischen" Gemeinschaftsinteressen handelt — auch nicht ein bescheidenes Wort der Mißbilligung übrig.

Wiederum andere Ansätze und Keime im Sinne des „jeweils Nächstliegenden" wären jene verschiedenen, von nicht eben lauter unintelligenten Politikern entworfenen Pläne zur Schaffung einer atomwaffenfreien und sonst rüstungsbeschränkten Zone vor allem in Mitteleuropa („Disengagement"), wie sie unter den Namen Pfleiderer, Eden, Kennan, Rapacki bekannt sind. Selbst höchste Militärs, die auch nicht gerade auf den Kopf gefallen sind, wie Montgomery oder der britische Luftmarschall Slessor, haben sich nachdrücklich hinter solche Pläne gestellt, und mit der Erklärung, daß ein Rückzug der Nato-Truppen über den Rhein strategisch keinen Unterschied zur jetzigen Lage schaffen würde, hat ja erst vor kurzem der Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee in Europa die Katze tatsächlich etwas unvorsichtig weit aus dem Sack gelassen! (dpa/upi-Meldung vom 9. Mai 59). Alles was Jaspers zu der Sache zu sagen hat, ist dies: „Was im Rahmen der (allein möglichen) Weltstrategie ... eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, was eine atomwaffenfreie westdeutsche Bundesrepublik bedeutet, ist eine partikulare militärische Frage" (S. 271) (In Parenthese: zur „neuen Politik" gehört auch (höchst vernünftigerweise!), daß „der Staatsmann die Eigengesetzlichkeit militärischen Denkens der Politik unterordnen, ... daß er die unbedingte Führung haben muß" (S. 482!). Damit ist auch diese Frage erledigt.

Dagegen widmet Jaspers der Erklärung der „18 Göttinger" neun Seiten im Kleindruck (S. 268—277). Machen wir es kurz: jeder, dem es aufrichtig um das hohe Ansehen des Denkers und Menschen Jaspers zu tun ist, kann nur den (nun freilich vergeblichen) Wunsch haben, daß wenigstens diese neun Seiten mit ihrem stupenden Unverstehen und mit ihren einfach böswilligen Zweideutigkei-

ten, Unterstellungen und Verdächtigungen[8]) niemals gedruckt worden wären. Nur mehr mit hilfloser Verblüffung wird man einen der Hauptvorhalte, die Jaspers gegen die Achtzehn bereit hat, zur Kenntnis nehmen: ihr Nein (zur Atombewaffnung der Bundesrepublik) „ist nicht nur ein Nein, das in der Verborgenheit vom freien Einzelnen getan wird, sondern die Forderung des Neins des Staates. Das persönliche Nein ist unangreifbar, solange es reiner Gewissensakt ist, daher ... sichtbar nur würde, wenn andere es in die Öffentlichkeit zögen ..." (S. 274). Wir glaubten, Jaspers' ganzes Buch sei allein der flammenden Verteidigung der „Freiheit" und damit der Verantwortlichkeit des Einzelnen in seiner „sittlich-politisch-vernünftigen Erscheinung" für das Ganze gewidmet — will er uns nun doch auch noch Anweisungen für das Verhalten unter einer „totalitären Herrschaft" geben?

Alles also, was bisher vom „jeweils Nächsten" aus an „Ansätzen" oder „Keimen" zu einer Wandlung der „alten Politik" — die ja auch für Jaspers letzten Endes untergangsreif ist! — real sichtbar geworden ist, unterwirft er seinem strengen Verdikt. Aber das allein ist natürlich noch nicht entscheidend. Jaspers könnte ja auch andere, vielleicht noch bessere, einleuchtendere Vorschläge haben — nur: konkret, gegenständlich, anfaßbar müßten sie sein!! Wir glauben, aufmerksam genug gelesen zu haben, um sagen zu können: nein, er hat sie nicht. Seine „neue Politik" hängt irgendwo oben in den Sternen, an irgendeinem Tag X mag es ihren hohen Maximen beschieden sein, Gültigkeit zu erlangen — wenn nicht zuvor jenes „Selbstopfer der Menschheit" eingetreten ist! Was soll das „Abendland", was soll die mißhandelte, geängstete Menschheit damit anfangen??

IV

„Das Wettrüsten, die Weltstrategie im Mittelpunkt" des politischen Denkens und Handelns: das ist — sagen wir das ganz unmißverständlich — der intellektuell wie ethisch billigste, bequemste und damit auch, auf die „Möglichkeit der Zukunft" gesehen, fragwürdigste, sterilste Weg des Kampfes mit dem totalitären Kommunismus. Es ist das Ausweichgeleise, das an einer echten, inneren, substantiellen Auseinandersetzung mit jener anderen Welt vorbei führt, und zwar — das Verhängnisvollste daran! — in der Weise, daß sich das Gewissen dabei vortrefflich beruhigen kann: „Wir tun doch alles nur Mögliche ...!" Gleichviel, ob das unbedingt so sein müßte oder nicht: es ist so. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte (was wahrlich nicht der Fall ist!): ein Mann von so hohem geistigen Rang und von so hoher geistiger Autorität wie Jaspers liefert ihn. Und eben hier liegt für alle einsichtigen Atomrüstungsgegner der entscheidende (oder mindestens ein entscheidender) Grund dafür, daß sie gegen diese „alte Politik" (die sog. „Politik der (atomaren) Stärke) so erbittert anrennen — und bisher so erfolglos, denn niemand läßt sich nun einmal gerne sein „gutes Gewissen" und seine „Sicherheit" stören!

Es gäbe aber schon eine wahre „neue Politik" — sie liegt sozusagen vor der Tür! Natürlich, sie müßte Vieles tun, was alle Träger und alle unentwegten Herolde und Gläubigen jener „alten Politik" nur tief schockieren könnte — aber es ist nun einmal so, daß man den neuen Wein nicht in die alten Schläuche gießen kann ...

Eine solche „neue Politik" würde — wenn das wirklich noch eigens gesagt werden muß — nicht so töricht sein und sich einbilden, auf eine gewisse solide Machtgrundlage verzichten zu können. Aber sie würde sich nicht weiterhin von der Hysterie der bloßen Zahlen- und Größenordnungen des sog. „militärischen Potentials" narren oder tyrannisieren lassen (als ob es darauf ankäme,

daß ich 500 Superbomben habe, wenn ich es nicht verhindern kann, daß mich der andere mit „bloß" 200 kaputt macht!); sie würde z. B. auch unerbittlich darauf sehen, daß der jetzt bestehende Dreier-„Atomklub" auf keinen Fall — weder offen noch versteckt! — gesprengt würde (und sie hätte damit sowohl Rußland wie die (noch einigermaßen vernünftigen!) Neutralen — sie hätte damit die ganze Welt auf ihrer Seite!). Sie würde nicht eine „Welt s t r a t e g i e" mit ihrem ebenso unersättlichen wie oft (zum mindesten politisch) fragwürdigen Sammeleifer für Militärpakte und „Stützpunkte" in aller Welt (Standardbeispiel: Formosa!) als das Allheilmittel betrachten und in den „Mittelpunkt" ihres Denkens und Handelns stellen, sondern sie würde ganz einfach Welt p o l i t i k sein wollen, und deren stärkstes Rückgrat müßte eine sozial ausgerichtete Weltwirtschaft sein, die es freilich auf diese oder jene Weise fertig bringen müßte, dem Großkapital und der Großindustrie auch „Opfer" abzunötigen. Eine solche Weltpolitik würde den u n b e d i n g t e n P r i m a t vor allem andern beanspruchen.

In gleicher Weise würde sich die „neue Politik" im europäischen Raum das Gesetz ihres Handelns nicht mehr von der „Eigengesetzlichkeit militärischen Denkens", d. h. von der „Strategie" der Nato-Generale diktieren lassen; sie würde sich daher z. B. auch nicht mehr länger von dem Schreckgespenst düpieren lassen, das man künstlich (und w i e mühselig und fadenscheinig, s. oben!) aus einer atomwaffenfreien und sonst rüstungsbeschränkten Zone in Mittel- und Osteuropa fabriziert (Und für das — schon erheblich aufrichtigere! — Motiv, daß der Nichtbesitz atomarer Waffen eine „Diskriminierung" des betreffenden Staates bedeute, würde ihr erst recht jegliches Verständnis abgehen!). Sie würde eben vielmehr einfach auch „abendländische" P o l i t i k betreiben. Sie würde also z. B. und zu allererst die bisherige sog. „Politik" gegenüber den Satellitenstaaten (und damit auch die impotente „Hallstein-Doktrin", in deren Zwangsjacke ja das Auswärtige Amt selber schon insgeheim stöhnt!) liquidieren. Sie würde insbesondere die verheerenden Sünden der letzten drei Jahre (p o l i t i s c h e und sozusagen „abendländische" Sünden!) gegen das Gomulka-Polen wieder gutzumachen versuchen (wobei sie wiederum — in diesem Spezialfall sogar ganz offen — das Auswärtige Amt in Bonn zum Bundesgenossen hätte). Gerade hier ist ja „im Realen der Gegenwert" ein Punkt gegeben, an dem man um den Weg von der „alten" zu einer „neuen Politik" überhaupt nur mehr entgegen jeder eigenen besseren Einsicht herumkommen kann. Diese neue Politik würde sich dabei aber aller Hintergedanken, etwa Polen oder die anderen Satellitenstaaten von i h r e m kommunistischem System „befreien" zu wollen, entschlagen (womit auch den Ungarn noch am bestmöglichen gedient wäre!) und sie würde ihre neuen Positionen auch nicht unter dem Gesichtspunkt territorialer Revisionswünsche beziehen.

Ganz allgemein gesagt: die neue Politik würde sich über den wahren weltgeschichtlichen Charakter des Kommunismus (s. oben Abschnitt I) keinen billigen und selbstbetrügerischen Illusionen hingeben und also auch allen weiteren Träumereien von seinem zu erwartenden inneren Zerfall absagen (womit sie sich selbst schon mit dem Vicepräsidenten der USA einig wissen dürfte!). Sie würde sich durch keine Spekulationen, den Kommunismus (bzw. das, was alles unter dem Schlagwort „Kommunismus" geht!) doch noch auf irgendeine Weise wieder aus der Welt schaffen zu können, irritieren lassen, sie würde auf jeglichen — offenen oder versteckten — „rolling back"-Gedanken verzichten und auch jenen unverbesserlichen geistlichen kalten oder halbheißen „Kreuzzugs"-Kriegern vom Schlag etwa des Kardinals S p e l l m a n eine unverblümte Absage erteilen. Sie würde dementsprechend bindend zum Ausdruck bringen, daß sie sich aller politisch-militärischen Manipulationen und D r u c k - u n d D r o h m i t t e l zur Abänderung

des Status quo strikte enthält. Und im Rahmen dieser Politik würde auch das Anliegen der Wiedervereinigung Deutschlands zum allermindesten keinen schlechteren Platz finden (wie sollte das auch noch möglich sein!), als in der Politik einer atomar hochgerüsteten Bundesrepublik mitsamt ihrer, sagen wir einmal vorsichtig: unsinnigen Zumutung an die Sowjets, dann gegebenenfalls auch noch Ostdeutschland der Nato großmütig zum Geschenk anzubieten! Diese neue Politik würde sich dazu auch nicht in der kindischen — weil wiederum nur selbstbetrügerischen — Fiktion gefallen, daß alles, was im sozial-wirtschaftlichen Bereich jenseits des Eisernen Vorhangs geschehen ist und geschieht, nur des Teufels sei und daher — etwa im Fall einer Wiedervereinigung — mit Stumpf und Stiel wider ausgerottet werden müßte und könnte (worüber man sich z. B. bei einem erleuchteteren Ordensgenossen des P. Gundlach, bei P. Nell-Breuning S. J., einige Auskünfte erholen mag!).

Die führenden Politiker und Militärs sind bereits heute fast allgemein der Überzeugung — nicht einmal der Bundeskanzler kann sich da mehr ausschließen! — daß der Kommunismus im Ernst nicht mehr daran denken kann und daran denkt, die „Weltherrschaft" durch physische Gewalt an sich zu reißen. So würde die neue Politik sich erst recht diese Einsicht zu eigen machen und sich also darnach ausrichten, daß die entscheidende Auseinandersetzung mit ihm auf anderen Kampffeldern als denen des Atomkriegs (bzw. der uferlosen Atomrüstung) auszufechten ist. Im Wissen um die ungeheuere innere Dynamik des Kommunismus — die ihn anderseits selbst wieder fast zwangsweise auch eigenen inneren Entwicklungen unterwirft! — würde sie also versuchen, ihr eine gleich oder ähnlich starke innere Dynamik entgegenzusetzen; es müßte nur eine echte Dynamik sein und nicht bloß jene „Trägheit", die nichts weiß, als sich in der haargenauen Bewahrung des Gewohnten zu verkrampfen, oder die bei jenen billig simplifizierenden Massenpropagandaschlagern, die in ihrer trostlosen Impotenz nur die Sicht auf den wahren Ernst der Situation verrammeln können, ihr Genüge findet. Das wäre dann eine wahrhaftige „Politik der Stärke", denn sie wäre vom echten, lebendigen Vertrauen des „Abendlandes" zu sich selbst und zur Kraft seiner substantiellen Werte (zu denen z. B. die Hochformen des Kapitalismus gewiß nicht gehören!) getragen!

Schließlich: die neue Politik würde sich verpflichtet wissen, den christlichen Glauben gegen den Mißbrauch, die Schändung und die unheilvolle Diskreditierung durch das Politische wirksam in Schutz zu nehmen; sie würde daher am besten (eben als Politik) das Wort „christlich" möglichst nicht mehr in den Mund nehmen — solange jedenfalls nicht, als sie nicht in der Welt reale Ergebnisse vorzuweisen hätte, die vor den Anforderungen einer christlichen Ethik (im Gesamtbereich der politisch-wirtschaftlich-sozialen Ordnungen) einigermaßen bestehen könnten. Sie würde aber auch darauf verzichten, sich des „unteilbaren militärischen Gehorsams" ihrer Soldaten mittels einer sogenannt „christlichen Heeresseelsorge" zu versichern, die offenbar nichts weiß als die billigen, alle christliche Eigenverantwortung nur einschläfernden Sprüche vom „getrösteten Gewissen", mit dem der Soldat selbst das atomare Verderben über Zehntausende von Frauen, Kindern und sonstigen Unschuldigen (gleichviel, ob des eigenen oder eines fremden Volkes) auslösen könne oder müsse, wenn „der Befehl" es verlangt. Zum allermindesten aber würde sie es sich strikte verbitten — ob das die verantwortlichen Kirchenführer nun begreifen oder nicht begreifen würden! — daß ihre Soldaten der „seelsorglichen Betreuung" durch die gleichen Männer ausgeliefert werden, die offenbar „getrösteten Gewissens" schon die hinterhältig verlogene Kriegsrüstung des „Führers" und so-

dann dessen Verbrecherkrieg selbst bis zum grausigen Finale unentwegt mit den Segnungen ihrer Soldatenfibeln, Weihnachtsansprachen und sonstigen Erlassen an die Heeresangehörigen begleitet und „christlich" sanktioniert haben. Sie würde — gleichviel, wo ihre Träger selbst „weltanschaulich" stünden — all dergleichen unerträglich finden, weil sie die Heilsbotschaft Christi in wahrer innerer Ehrfurcht endlich vor allen Versuchungen, sich selbst zur willigen Handlangerin der Politik und des Krieges zu erniedrigen, bewahren wollte. Sie würde „christliche Politik" sein, gerade indem sie es sich versagt, das Christentum für ihre Zwecke einzuspannen.

Und zuletzt: diese neue Politik müßte und könnte heute noch, hier und jetzt begonnen werden — an „Ansätzen im Realen der Gegenwart" würde es ihr gewiß nicht fehlen.

Und würde sie sich dann etwa einbilden, im Gegensatz zur „alten Politik" den Erfolg sozusagen in der Tasche zu haben? Ganz gewiß nicht — ganz gewiß wäre auch sie ein Wagnis. Aber was für ein vernünftiger Mensch glaubt heute noch, daß jene andere Politik der „Sicherheit" (nur „keine Experimente"!) etwa kein Wagnis wäre?! Alle Zukunft ist unberechenbar und „die Unberechenbarkeit erzwingt das Wagnis" (Jaspers S. 488). Aber dieses Wagnis wäre ein Wagnis zum Leben — sogar zu einem „lebenswürdigen Leben"! — und nicht zum Tod, zu jenem „Selbstopfer der Menschheit" oder (nach Gundlach'scher Diktion) zum Untergang eines ganzen Volkes oder auch der Welt selber. Um so viel höher aber, als das Leben über dem Tod steht, um so viel höher auch das eine Wagnis über dem anderen. Und dieses Wagnis würde auch manifestieren, daß „die Majestät Gottes und seiner Ordnung in der Welt" nicht ein böser Moloch ist, der unzählige Hekatomben von Menschenopfern verschlingen will... Es würde sogar, soweit das uns Menschen gegeben sein kann, über die von der rechthaberischen Anmaßung sog. „Weltanschauungen" mißhandelte und gequälte Menschheit wenigstens einen blassen Schimmer einer wahrhaften göttlichen Majestät zu verbreiten vermögen.

Anmerkungen

[1a]) Angemerkt sei, daß sich P. Grundlach gegenüber meiner, „für einen wirklichen Wissenschaftler tödlichen" Anklage auf „grobe und substantielle Verfälschung" der Lehre Pius' XII. weiterhin in diskretes Stillschweigen gehüllt hat. — Von Seiten eines theologischen Kollegen wurde mir unterdessen vorgeworfen, der Titel meines letzten Aufsatzes: „Eine Theologie ... der atomaren Selbstvernichtung" sei wohl effektvolle „Journalistik", aber eines auf Sachlichkeit bedachten Gelehrten unwürdig. Der Titel besteht trotzdem uneingeschränkt zu Recht. Der Verweis auf eine ethisch mögliche oder sogar ethisch hochstehende Selbst- und Menschheitsvernichtung ist keineswegs nur ein falscher Zungenschlag, der Gundlach nebenbei passiert wäre und an dem ich mich dann schadenfroh eingehängt hätte, er ist vielmehr integrierender Bestandteil seiner Kriegslehre, Gundlach räumt alle objektiven Sperriegel gegen eine unbegrenzte Ausdehnung des totalen Krieges — wie den Begriff „Verteidigung" (als real möglicher Schutz eines Bedrohten), die Unterscheidung zwischen „Kombattanten" und Zivilbevölkerung („Untergang eines ganzen Volkes"!), die grundsätzliche Unerlaubtheit bestimmter bloßer Massenvernichtungsmittel — in der Hauptsache eben das, was er von der „Lehre Pius' XII." und auch von der üblichen scholastischen Kriegslehre unterschlagen hat — ausdrücklich beiseite; damit ist als logisch unabweisliche Konsequenz eben der Weg zu jener letzten Totalzerstörung (wenn sie nur in rechter „Gesinnung" geschähe!) freigegeben — selbst wenn Gundlach dies nicht noch expressis verbis getan hätte. Und das Recht bzw. die Pflicht eines moralisch intakten Volkes zu diesem eventuellen letzten Schritt wird ausdrücklich „theologisch" begründet. Insoweit ist Gundlachs Kriegslehre eine völlig in sich geschlossene Einheit. „Zwar ist es Wahnsinn — doch es hat Methode".

[1]) Es genügt, etwa auf das skandalöse Kapitel „Der Kern-Skandal" zu verweisen. Im Schlußkapitel, in dem Schlamm seine Rezepte für eine Politik der „Aggression" zum besten gibt, vergißt er („mutig", wie er nun einmal ist) auch nicht die schlichte Anweisung an die Bundesrepublik, daß sie nach der „unter allen Umständen zu realisierenden Befreiung" Ostdeutschlands — der Ausdruck „Wiedervereinigung" ist als „defaitistisch" streng verpönt — „alle jene Deutschen, die Hochverrat begangen haben, vor Gericht zu stellen" habe!

[2]) Damit soll nicht behauptet werden, daß der östliche und fernöstliche Kommunismus dieses „Ideal" einer absoluten Verkollektivierung des Menschen direkt vom „Westen" bezogen habe; es bleibt nichtsdestoweniger beachtenswert, daß nach einer Feststellung von Fr. Heer — der m. W. bisher überhaupt als einziger diese Zusammenhänge oder mindestens Parallelen gesehen hat — der „Sonnenstaat" des Campanella 1947 von der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau neu herausgegeben worden ist!

[3]) Die Zitate entnehme ich (ebenso wie die Angabe über Fr. Heer in der vorigen Anmerkung) der instruktiven Schrift von G. D. Heidingsfelder, Der Kampf zwischen Christentum und Kommunismus, Schriftenreihe des Arbeitskreises für angewandte Anthropologie e. V., Göttingen, 1956, S. 33, 55, 67 und Motto auf dem Titelblatt.

[4]) Man wird hier hoffentlich nicht eine Sympathieerklärung des Verfassers für Nasser argwöhnen wollen! Es ist immer nur das alte Lied: was die „Freiheit" an Notwendigem nicht selbst leistet, das wird ihr eben mit Gewalt abgezwungen. An diesem eigenen Versagen ändert auch keine nachträgliche moralische Entrüstung etwas. — Man kann zum Ganzen übrigens mit Nutzen auch Jaspers S. 128 vergleichen: „Wir dürfen uns in der freien Welt nicht mehr düpieren lassen durch wirtschaftliche Forderungen, die unantastbar seien ... (wie diejenige) Edens: « der Suezkanal ist die Lebensader Englands », und die gegenwärtige These: « Europa braucht unbedingt das Öl des Vorderen Orient »"!

[5]) Einige Zahlenangaben und sonstige wertvolle Hinweise zu diesem Thema in der Broschüre von Fr. Katz, Hunger und Sicherheit, Schriftenreihe ... (wie oben Anm. 3), 1959.

[6]) Doch darf mit voller Zustimmung die Bemerkung S. 218 notiert werden, daß „die UNO ... ohne China nicht die UNO bleibt" (dazu auch S. 207).

[7]) Die einzige — mehr als sanfte — Andeutung, die ich fand, S. 125: „Wo (der Verzicht auf koloniale Herrschaft) noch nicht geschehen ist, da ist ständig Unruhe (Vorderer Orient, Nordafrika, in den afrikanischen Gebieten)."

[8]) So schwere Vorwürfe müssen wohl mit einigen Beispielen belegt werden: „Will dieses Nein (zur deutschen Atombewaffnung) ... sozusagen mit dem Ethos manipulieren?" (!) — Die Bundesrepublik und ihre Regierung „wird ohne Gefahr diskreditiert" (dieses „Motiv" in verschiedenen Variationen wiederkehrend). — „Sie fühlten ... offenbar keine politische Verantwortung für diese Politik (der Bundesrepublik) im ganzen". — Natürlich fehlt auch nicht der billige Schlager von der „Politik des « ohne mich »". — Die spätere Bekräftigung des Manifests war „das Verhalten von Männern, die trotzig zu ihrer Sache stehen, nicht von Forschern, die erwägen und prüfen." — Daß die Göttinger (wegen ihrer Weigerung, sich an der Herstellung von Atombomben zu beteiligen) eigentlich „Staatsverräter" sind, wissen wir bereits (s. oben). — Der rechte Mann für Jaspers ist dagegen offenbar der H-Bomben-Fanatiker Edward Teller (s. S. 268).

Dr. Johannes Dieckmann, Präsident der Volkskammer der DDR

Abrüstung! Abrüstung! Abrüstung!

Der Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 18. September 1959 erweist sich mehr und mehr als ein elementarer Einschnitt in der Weltpolitik. Ein Beitrag der beiden Teile Deutschlands zur militärischen Entspannung erscheint heute als unabdingbare Voraussetzung zur friedlichen Lösung der deutschen Probleme. Wir haben deshalb den Präsidenten der Volkskammer der DDR, Dr. Johannes Dieckmann, gebeten, uns speziell hierzu seine Ansicht zu übermitteln. Wir glauben, daß ein genaues Studium dieser Ausführungen, ungeachtet aller politischen und soziologischen Differenzen, dennoch zeigt, daß Ansätze dazu vorhanden sind, auf dem Gebiete der militärischen Entspannung in Europa den notwendigen deutschen Beitrag zu leisten. D. Red.

Die Geschichte der Versuche, durch internationale Vereinbarungen zur Abrüstung zu gelangen, kann an dieser Stelle nicht geschrieben werden. Es erscheint aber notwendig, wenigstens an die Genfer internationale Abrüstungskonferenz vom Februar 1932 zu erinnern. Zu jener Zeit fand im Fernen Osten ein „notariell noch nicht beglaubigter und registrierter" japanisch-chinesischer Krieg statt und waren weite Gebiete Chinas von den japanischen Eindringlingen okkupiert worden. Zu jener Zeit schickten die Hitler, Papen, Neurath usw. sich an, eine internationale Legitimation für ihre längst heimlich betriebene Aufrüstung, die „Rüstungsgleichheit", zu erhalten, welche Forderung Hitler Ende Dezember 1931 in einer Rundfunkrede u. a. wie folgt „begründete": „Die Entscheidungsschlacht gegen den Kommunismus wird in Deutschland geschlagen werden. Als Erlöser der Menschheit von der bolschewistischen Pestbeule muß Deutschland gleiche Rechte erhalten. Die 6 Millionen Kommunisten in Deutschland sind eine kommunistische Gefahr für ganz Europa", und Brüning erklärte: „Das deutsche Volk erwartet die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker." — So verschieden im Ton, so gleich in der Sache forderten also Hitler wie Brüning Rüstungsgleichheit = Rüstungsfreiheit für Deutschland als geheuchelte „Voraussetzung" für eine allgemeine Abrüstung. Acht Tage nach dem Ende dieser Konferenz — am 31. Juli 1932 — zog Hitler mit 230 von 607 Mandaten in den neugewählten Reichstag ein, und unter dem Eindruck dieses nazistischen Wahlsieges unterstützte die englische MacDonald-Regierung im November 1932 Deutschlands Aufrüstungsforderung. Einen Monat später schlossen sich die USA, Frankreich und Italien dem britischen Schritt an. In Genf war man zusammengekommen, um den von Litwinow als Sprecher der Sowjetunion vorgetragenen Vorschlag einer allgemeinen und restlosen Abrüstung zu beraten — und am Ende stand: die Aufrüstung der aggressiven Länder, vor allem Deutschlands, das nur zu bald darauf eine Beute Hitlers, seines Terrors und seines Krieges wurde.

Unvorstellbar schrecklich und grauenvoll war, was dann in der unmittelbaren Folge der völlig gescheiterten Genfer Abrüstungs-Konferenz und der dem militaristischen und faschistischen Deutschland von 1932/33 zugestandenen Aufrüstung geschah. Am Ende lagen Europa und weiteste Teile der übrigen Welt in

Blut und Wunden. Daß dies nie, nie wieder geschähe, vereinbarten die Siegermächte der Antihitlerkoalition im Sommer 1945 vor den Augen und Ohren der aus allen Fugen geratenen Welt das Potsdamer Abkommen, von dem Alexander Uhl in der New-Yorker Zeitung „P. M." (Post Meridiem) am 6. 8. 1945 richtig sagte: „Wenn man den Versailler Vertrag und das Potsdamer Abkommen miteinander vergleicht, so findet man tiefgreifende Unterschiede in den Absichten und den tatsächlichen Bestimmungen. Hier die Konzeption einer neuen Weltordnung, mit Rußland als anerkannter Weltmacht und aus der Berücksichtigung der Lehren aus den Mißverständnissen der letzten 20 Jahre, — dort (im Versailler Vertrag) grimmige Sprache, aber zu viele Hintertüren, Versagen in der Zerstörung des deutschen Militarismus und zwei miteinander unvereinbare Absichten: Deutschland zu schwächen und es gleichzeitig als Bollwerk gegen Revolutionen und „bolschewistische Gefahr" zu erhalten. Das Potsdamer Abkommen hat hingegen nur ein Ziel: Friede!"

Churchills Name steht nicht unter diesem großen Dokument des Friedens; noch während der Potsdamer Verhandlungen setzte das britische Volk Attlee auf seinen Platz. Es wäre auch ein Hohn gewesen, wenn das Potsdamer Programm einer wahren Befriedung von dem Manne unterzeichnet worden wäre, der später in seinen Memoiren ausgeplaudert hat, was schon in und auch schon vor Potsdam seine wahre Meinung war: „Beunruhigung" über den amerikanischen Befehl, die deutschen Flugzeuge zu zerstören (im Telegramm an Eisenhower), und Warnung, in bezug auf Waffen und anderes Kriegsmaterial ebenso zu verfahren: „Wir werden alles dies eines Tages vielleicht dringend brauchen" (Churchill-Memoiren, Band VI, 2. Buch, Stuttgart 1954, pg. 263), und seine Anweisung an Lord Ismay, den Chef des britischen Luftstabes, „noch kriegsverwendungsfähige" deutsche Flugzeuge und Ersatzteile in britischen Händen nicht zu vernichten (ebenda, pg. 265). Schon vorher hatte er dem britischen Oberbefehlshaber in Europa, Lord Montgomery, befohlen, „die deutschen Waffen sorgfältig zu sammeln und sie so zu stapeln, daß sie leicht wieder an die deutschen Soldaten ausgegeben werden können". Warum er das befahl, begründete Churchill in einer Rede in Woodford am 23. 9. 1954 wie folgt: „Wir hätten ja mit den deutschen Soldaten zusammenarbeiten müssen, falls der sowjetische Vormarsch angedauert hätte"!

Am 2. August 1945 wurde das Potsdamer Abkommen, dem bald darauf Frankreich beitrat, im Cecilienhof von Truman, Stalin und Attlee unterzeichnet, — ein Abkommen mit dem Ziele der Befriedung Deutschlands, der Abrüstung, der internationalen Zusammenarbeit, der Sicherung des Friedens. Ein gutes Vierteljahr später aber schon, am 6. September 1945, forderte Truman vom amerikanischen Kongreß „aus Gründen der nationalen Sicherheit" die Errichtung amerikanischer Militärstützpunkte in aller Welt — und damals waren allein die USA im Besitz atomarer Waffen. Im gleichen Monat — September 1945 — trat in London erstmalig der im Potsdamer Abkommen verankerte Rat der Außenminister zusammen. Sonderbeauftragter Trumans auf dieser Sitzung war John Foster Dulles, der über diese Londoner Tagung später (Life, 8. 5. 1950) schrieb: „In diesem Monat wurde die amerikanische Nachkriegspolitik des „No appeasement" geboren."

Und endlich: Nach der von Adenauer autorisierten Adenauer-Biographie von Paul Weymar erklärte Dr. Konrad Adenauer am 5. Oktober 1945: „Das Beste wäre, sofort aus den drei westlichen Zonen

einen Bundesstaat zu bilden und ihn wirtschaftlich so eng wie möglich mit Frankreich und Belgien zu verflechten."

Diese wenigen, beliebig zu vermehrenden Beispiele mußten gerade an dieser Stelle, bei der Erörterung des Abrüstungsproblems, angeführt werden, weil deutlich gemacht werden muß, welche Kräfte es sind, die die verhängnisvolle Entwicklung des „Weg vom Potsdamer Abkommen!", von dem großen Programm des Friedens, gestaltet haben, — einer Entwicklung, die planmäßig zur Spaltung Deutschlands, zur Nato, zur allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik und zum Beschluß der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen führen mußte. Die Antwort des Ostens war der Warschauer Vertrag. Das Friedensziel des Potsdamer Abkommens schien in weiteste Ferne gerückt zu sein, und die Völker in aller Welt trugen nie schwerer an den ihnen auferlegten Rüstungslasten denn heute, 14 Jahre nach dem Ende des mörderischen Hitlerkrieges. Hunderte von mit atomaren Waffen ausgerüsteten Bombern umkreisen von ihren amerikanischen Militärstützpunkten aus pausenlos die Grenzen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder. Würde auch nur einer dieser Flieger dem Wahn verfallen, dazu berufen zu sein, „Weltgeschichte zu machen", oder würde auch nur einer von ihnen versehentlich einen falschen Hebel bedienen und die atomare Waffe auslösen, so bräche in wenigen Minuten über die Menschheit ein Unheil von Ausmaßen herein, gegen die Dantes Höllenschrecken geradezu harmlos anmuten würden. Die bald 3 Milliarden Menschen auf der Erde leben ihren guten, weniger guten oder auch schlechten Tag zumeist ohne jegliche Vorstellung von der Ungeheuerlichkeit der Gefahr, von der sie jeden Tag bedroht sind. Es ist an der Zeit, es ist höchste Zeit, diesem frivolsten aller Spiele mit dem Leben auf der Erde ein Ende zu bereiten. Palliativmittelchen sind hier nichts mehr nütze, denn es geht um das Ganze.

Einem Chronisten obläge es nun, erst noch die zahlreichen, fast zahllosen Vorschläge der letzten Jahre zu registrieren, die sämtlich das Ziel hatten, die Völker von den Rüstungslasten zu befreien und ihnen ein friedliches Leben zu sichern. Darauf sei hier verzichtet, weil sie — so historisch bedeutsam sie bleiben — ohne Erfolg geblieben sind. Darum möge die Beschränkung auf diejenigen Vorschläge erlaubt sein, die heute im Mittelpunkt der internationalen Diskussion über das Abrüstungsproblem als der wichtigsten aller gegenwärtigen Menschheitsfragen stehen. Zu diesen gehören u. a. der Rapacki-Plan, der jüngste sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. 1. 1959 und vor allem anderen der von N. S. Chrustschow den Vereinten Nationen vorgelegte Plan einer allumfassenden stufenweisen Abrüstung. Erhebliche aktuelle Bedeutung ist auch den Vorschlägen vom 1. Oktober dieses Jahres zuzusprechen, mit denen sich die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag in Bonn sowie an alle demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Westdeutschlands gewandt hat. Da sie — früher oder später — Ausgangspunkt gesamtdeutscher Verhandlungen sein werden, seien sie hier, soweit sie sich auf die Abrüstung beziehen, im Wortlaut wiedergegeben:

1. Beide deutschen Staaten treten für die sofortige Beendigung aller Kernwaffenversuche für alle Zeiten ein und werden selbst keine derartigen Versuche durchführen. Sie verpflichten sich, in keiner, wie immer gearteten Form an Kernwaffenversuchen anderer Nationen teilzunehmen oder sie zu befürworten.

2. Beide deutschen Staaten verzichten auf Atomrüstung. Sie verpflichten sich, keine Kernwaffen, chemischen und biologischen Waffen auf ihrem Territorium oder anderswo herzustellen oder sich an ihrer Herstellung zu beteiligen. Sie verzichten darauf, solche Waffen auf irgendeine Weise von anderen Staaten zu erwerben.

   Beide deutschen Staaten erklären ihre Bereitschaft, an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilzunehmen.

3. Beide deutschen Staaten vereinbaren einen sofortigen Rüstungsstop. Sie einigen sich über den Umfang einer anschließend durchzuführenden Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen und die verbleibende Stärke der Streitkräfte und Rüstungen sowie über deren Standort. Beide deutschen Staaten verzichten auf die Wehrpflicht und verpflichten sich, die Auffüllung ihrer Streitkräfte nur auf freiwilliger Grundlage vorzunehmen. Beide deutschen Staaten betrachten die Beschränkung ihrer Streitkräfte als einen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung.

4. Beide deutschen Staaten setzen sich für den etappenweisen Abzug der auf ihrem Territorium stationierten Streitkräfte dritter Staaten ein. Im Zusammenhang mit dem Abzug der ausländischen Streitkräfte werden auch die ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden beseitigt.

5. Beide deutschen Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten der Nato und den Staaten des Warschauer Vertrages.

6. Beide deutschen Staaten verpflichten sich, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf ihrem Territorium jede Form der Kriegspropaganda, das Erheben von territorialen Forderungen gegenüber anderen Staaten und die Schürung des Hasses gegen andere Völker zu unterbinden.

In der diese und zwei weitere Vorschläge enthaltenden Entschließung der Volkskammer heißt es zum Schluß, daß sämtliche Fraktionen der Volkskammer der Hoffnung Ausdruck geben, es möge sich ein offener Meinungsaustausch über die Schritte zur Entspannung der Lage durch den Rüstungsstop in Deutschland entwickeln.

Dem sei gegenübergestellt, was das Protokoll des Bonner Bundestages (18. Sitzung vom 20. März 1958) über Ausführungen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer und des Ministers Strauß verzeichnet. Ersterer erklärte u. a.: „... Es handelt sich um die Einführung von Raketenwaffen und um die Frage der nuklearen Waffen im Bereich der Nato ... Wenn ein wichtiger Teil der Nato (also die Bundesrepublik. — D. Verf.) nicht Waffen gleicher Stärke wie der potentielle Gegner besitzt, ist sie bedeutungslos und zwecklos geworden." Und Strauß: „... Es gibt heute für die militärische Vorbereitung zur Verhinderung eines Krieges nur mehr einen einzigen Fall, das ist der Fall Rot, und sonst keinen Fall mehr auf der ganzen Welt!"

Besondere Beachtung in der Reihe der Vorschläge zur Entspannung der weltpolitischen Situation und mit dem Ziele des Auseinanderrückens der militärischen Machtblöcke verdient die von dem Außenminister der Volksrepublik Polen, Rapacki, am 2. Oktober 1957 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgetragene Anregung, eine atomwaffenfreie Zone in Europa

zu schaffen. Die Diskussion über diese wertvolle Anregung ist noch in vollem Gange. Der Plan ist auf manche Einwände, weit mehr aber noch auf Sympathie und freundliche Aufnahme gestoßen. Während die Regierung der Sowjetunion — hier sei besonders der Brief des Ministerpräsidenten Chrustschow an Präsident Eisenhower vom 11. Juni 1958 erwähnt —, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und danach auch die übrigen volksdemokratischen Staaten den Rapackiplan begrüßten und ihm Unterstützung zusagten, wurde der polnische Entspannungsvorschlag in der westlichen Welt zunächst fast allgemein totgeschwiegen oder aber mit alles andere als überzeugenden Gründen abgelehnt. In jüngerer Zeit haben die Besprechungen des polnischen Außenministers bzw. der polnischen Regierung mit den Außenministern skandinavischer Staaten zu einer erheblichen Ausweitung des Kreises der Befürworter des Rapackiplanes geführt. Der Plan selbst hat im Laufe der internationalen Diskussion gewisse Modulationen und Erweiterungen erfahren. Er bildet nach wie vor und in steigendem Maße Gegenstand der internationalen Auseinandersetzung über die Möglichkeit der internationalen Entspannung in Europa. Er wird weiterhin ein wichtiger Prüfstein für die Aufrichtigkeit des Willens zur Entspannung, zur Abrüstung und zum Frieden bleiben.

Hier sei erwähnt, daß bereits im Jahre 1955 in Warschau auf einer Tagung der Internationalen Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage, an der Parlamentsmitglieder der verschiedensten Parteien aus Deutschland, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakischen Republik und der Sowjetunion teilnahmen, von französischer Seite die Frage eines Abzugs der Besatzungstruppen aus dem mitteleuropäischen Raum zur Aussprache gestellt wurde. Als hierbei die Vertreter der Republik Frankreich an die Vertreter der Sowjetunion die Frage stellten, ob sie bereit wären, im Falle des Abzugs der Besatzungstruppen aus beiden deutschen Staaten die sowjetischen Truppen auch aus Polen zurückzuziehen, erklärte der Sprecher der Sowjetunion schon damals ohne Zögern ihre Bereitschaft dazu. Diese wichtige Erklärung der Vertreter der Sowjetunion hat seinerzeit leider nicht die genügende internationale Beachtung gefunden, die sie verdient.

Um so stärker sind seit dem Herbst letzten Jahres die Noten der Regierung der UdSSR Gegenstand der internationalen Diskussion geworden, die am 18. September 1958 von der Sowjetregierung an die Regierungen der drei Westmächte und der beiden deutschen Staaten gerichtet wurden und die die schnelle Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zum Inhalt hatten. Diese Noten waren die Antwort der Regierung der UdSSR auf die in einer Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. September 1958 enthaltenen Vorschläge über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland. In dieser Antwortnote der Sowjetunion heißt es u. a.:

„Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde die souveränen Rechte der deutschen Nation in vollem Maße wiederherstellen, würde zum Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands führen und äußere Bedingungen schaffen, die eine friedliche Entwicklung Deutschlands garantieren und es vor jeglicher äußeren Einmischung bewahren würden.

Am Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland ist nicht nur das deutsche Volk interessiert, sondern auch alle Völker, die nach der Erhaltung des Friedens

streben und dadurch beunruhigt sind, daß in letzter Zeit Versuche unternommen werden, das Fehlen eines Friedensvertrages dazu zu benutzen, die westlichen Teile Deutschlands in die Vorbereitungen zu einem Atomkrieg einzubeziehen. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde diesen abenteuerlichen Plänen, die voll verderblicher Folgen für das deutsche Volk selbst sowie für die anderen europäischen Völker sind, ein Ende machen,"
und an anderer Stelle:

„Es ist völlig offensichtlich, daß die Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland nicht ohne die Teilnahme deutscher Vertreter denkbar ist. Die Erzielung eines Übereinkommens zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik in der Frage der Teilnahme an der Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland würde nach Meinung der Sowjetregierung eine der entscheidenden Voraussetzungen für die erfolgreiche Lösung dieser Frage sein. In diesem Zusammenhang begrüßt die Sowjetregierung den Vorschlag der Regierung der DDR über die Bildung einer Kommission von Vertretern beider deutscher Staaten.

Indem sie sich von den in der vorliegenden Note dargelegten Erwägungen leiten läßt, hat die Sowjetregierung ebenfalls eine Note an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik gerichtet, in der sie ihren Standpunkt im Zusammenhang mit der neuen Initiative der DDR zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland zum Ausdruck brachte.

Die Sowjetregierung erklärt, daß sie ihrerseits alles, was von ihr abhängt, für eine schnelle Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland unternimmt."

Auch die krampfhaftesten Versuche der dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland widerstrebenden Kreise der Bundesrepublik und der westlichen Großmächte haben es nicht zu verhindern vermocht, daß im Sommer dieses Jahres nach vieljähriger Pause die Außenminister der Vertragsstaaten des Potsdamer Abkommens in G e n f wieder zu einer K o n f e r e n z zusammentraten, auf der die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland im Mittelpunkt der Beratungen stand, und daß in dieser Konferenz erstmalig die Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnahmen und zu Worte kamen. Wenn diese Konferenz auch die anfangs zu hoch gespannten Erwartungen der friedliebenden Menschen nicht hat erfüllen können, so stellt sie doch gegenüber der Situation in den vorhergehenden Jahren insofern einen wichtigen Fortschritt dar, als durch die Tatsache ihrer Durchführung vor aller Welt die unabweisbare Notwendigkeit internationaler offizieller Verhandlungen über das Thema Friedensvertrag mit Deutschland von allen beteiligten Staaten anerkannt wurde. Damit war ein wesentlicher Schritt vorwärts zur Lösung der einschlägigen Fragen — nicht zuletzt der Fragen der Abrüstung — getan. Die Konferenz lieferte in ihrem Gesamtverlauf und vor allem in der zweiten Phase einen wichtigen Beitrag zur Realisierung des brennenden Wunsches der Völker, durch internationale Verhandlungen die weltpolitische Atmosphäre zu entgiften, was nach Lage der Dinge nur durch einen offenen Meinungsaustausch am Verhandlungstisch möglich ist. Diese Genfer Konferenz der Außenminister war nach langen, langen Jahren wieder die erste Außenministerkonferenz, die nicht mit ärgerlichen Mißverständnissen und Verstimmungen endete. Da es sich als nicht möglich erwies, die der Konferenz gestellte Aufgabe schon auf dieser ersten Zusammenkunft der bevollmächtigten

Vertreter der beteiligten Staaten zu lösen, schloß die Konferenz mit einem versöhnlichen, der Sache des Friedens zuträglichen Kommuniqué und mit dem gemeinsamen Beschluß, die Verhandlungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Rebus sic stantibus darf dieses Ergebnis der Genfer Außenministerkonferenz alles in allem als entschiedener Fortschritt gewertet werden.

Es bedurfte jedoch eines großen neuen Anstoßes, um die noch auf der Genfer Außenministerkonferenz sichtbar gewordenen Hürden der Vorbehalte und Mißverständnisse zu überwinden. Diesen Anstoß hat der sowjetische Ministerpräsident N. S. Chrustschow mit seinem die ganze Menschheit tief bewegenden Appell auf der Vollsitzung der Vereinten Nationen am 18. September dieses Jahres gegeben. Die von Chrustschow dort vorgetragene Erklärung der Sowjetregierung zur Abrüstungsfrage hatte — in Stichworten — folgende Feststellungen und Vorschläge zum Inhalt:

1. Eine einzige Wasserstoffbombe hat mehr Zerstörungskraft als alle Sprengstoffe des zweiten Weltkrieges.
2. Das Wettrüsten bedeutet keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit.
3. Um zu einer wirksamen Abrüstung zu gelangen, müssen die Voraussetzungen für eine umfassende Kontrolle der Abrüstungsmaßnahmen geschaffen werden.
4. Der sicherste Weg zur praktischen Lösung des Abrüstungsproblems als des wichtigsten internationalen Problems unserer Zeit ist die allgemeine und vollständige Abrüstung aller Staaten. Dies bedeutet den Verzicht sämtlicher Staaten auf Unterhaltung jeglicher Streitkräfte außer kleinsten Kontingenten für den inneren Schutz (Miliz, Polizei), die nur mit leichten Schußwaffen ausgerüstet sind und keine andere Aufgabe als die Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb eines jeden Landes haben. Das bedeutet, daß die Landstreitkräfte, Kriegsflotten und Luftstreitkräfte aufhören werden zu bestehen, daß die Generalstäbe und die Kriegsministerien aufgelöst und die Militärschulen geschlossen werden, daß die ausländischen Militärstützpunkte auf den Territorien anderer Staaten beseitigt werden, daß sämtliche Atom- und Wasserstoffbomben vernichtet werden, daß ihre weitere Produktion eingestellt wird und daß die Energie des spaltbaren Materials ausschließlich für friedliche Zwecke Verwendung findet, daß militärische Raketen aller Reichweiten liquidiert werden und die Raketentechnik nur als Mittel für den Verkehr und für die Erschließung des kosmischen Raumes zum Wohle der gesamten Menschheit bestehen bleibt, daß Kanonen, Panzer, Geschosse und Torpedos umgeschmolzen und Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge verschrottet werden, daß Vorräte an chemischen und bakteriologischen Mitteln der Kriegführung konsequent, spurlos und für immer vernichtet werden. —

   Dieses radikale Programm, so erklärte Ministerpräsident Chrustschow, ist der sicherste Weg, um die Menschheit von den sie schwer bedrückenden Rüstungslasten und von der Gefahr eines neuen schrecklichen Weltkrieges zu befreien.
5. Diese Vorschläge sind der Ausweg aus dem Teufelskreis des Mißtrauens zwischen den Staaten.
6. Die Annahme dieser Vorschläge würde es Dutzenden von Millionen Menschen ermöglichen, zur friedlichen Aufbauarbeit zurückzukehren, und die Wirtschaft würde allgemein aufblühen. Die gewaltigen Mittel für die Militärausgaben der

Nato würden für den Bau von Staudämmen, Hüttenwerken usw. zur Verfügung stehen.

Zur Realisierung dieses kühnen Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung schlug Ministerpräsident Chrustschow vor, die allgemeine und vollständige Abrüstung in einem Zeitraum von vier Jahren durchzuführen, und zwar wie folgt in drei Etappen:

„Erste Etappe:

Unter entsprechender Kontrolle wird die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der UdSSR, der USA und der Volksrepublik China auf je 1 700 000 Mann und die Großbritanniens und Frankreichs auf je 650 000 Mann verringert.

Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der anderen Staaten ist auf einen Stand zu vermindern, der auf einer Sondertagung der UNO-Vollversammlung oder auf einer Weltkonferenz über allgemeine und vollständige Abrüstung vereinbart wird.

Die Rüstungen und die Kriegstechnik, die den Streitkräften der Staaten zur Verfügung stehen, sind in einem Umfang zu reduzieren, daß die verbliebene Menge der Rüstungen mit dem festgelegten Stand der Streitkräfte übereinstimmt.

Zweite Etappe:

Restlose Auflösung der den Staaten verbliebenen Streitkräfte.

Liquidierung aller Militärstützpunkte auf fremden Territorien. Die Truppen und das Militärpersonal werden von den fremden Territorien in den Bereich ihrer nationalen Grenzen zurückgeführt und aufgelöst.

Dritte Etappe:

Vernichtung aller Arten von Kern- und Raketenwaffen.

Liquidierung des materiellen Bestandes der Luftstreitkräfte.

Das Verbot der Herstellung, des Besitzes und der Aufbewahrung von Mitteln für einen chemischen und bakteriologischen Krieg tritt in Kraft. Sämtliche Vorräte der Staaten an chemischen und bakteriologischen Waffen müssen aus dem Arsenal ausgeschieden und unter internationaler Kontrolle vernichtet werden.

Wissenschaftliche Forschungen für Kriegszwecke und für die Schaffung von Waffen und Kriegsmaterial werden verboten.

Die Kriegsministerien, Generalstäbe und alle militärischen und militarisierten Institutionen und Organisationen werden abgeschafft.

Jegliche Aushebungen und militärische Ausbildung werden eingestellt. Die Staaten sind verpflichtet, die militärische Ausbildung der Jugend durch Gesetz zu verbieten.

Entsprechend ihren Verfassungsregeln treffen die Staaten gesetzgebende Maßnahmen, die den Militärdienst in jeder Form — den obligatorischen und freiwilligen Militärdienst, durch Werbung und so weiter — aufheben und die Wiederherstellung jeglicher militärischer und militarisierter Institutionen und Organisationen in offener oder geheimer Form verbieten.

Die Bereitstellung von Mitteln für militärische Zwecke in jeder Form sowohl im Staatshaushalt als auch durch gesellschaftliche Organisationen hört auf. Die Mit-

tel, die durch eine allgemeine und ständige Abrüstung frei werden, müssen für die Kürzung oder die völlige Abschaffung der Steuern der Bevölkerung, für die Unterstützung der nationalen Wirtschaft und für umfassende wirtschaftliche und technische Hilfe für die schwachentwickelten Länder verwendet werden.

Zur Kontrolle über die Verwirklichung der Maßnahmen zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung wird ein internationales Kontrollorgan gebildet. Der Umfang der Kontrolle und Inspektion richtet sich nach dem Stand der etappenweisen Abrüstung der Staaten.

Nach Vollendung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die die Auflösung aller Arten von Streitkräften sowie die Vernichtung aller Waffenarten, darunter der Massenvernichtungswaffen (der Kern- und Raketenwaffen, der chemischen und der bakteriologischen Waffen) umfassen muß, wird das internationale Kontrollorgan freien Zugang zu allen Kontrollobjekten haben.

Die Kontrollorganisation kann ein System der Luftbeobachtung und der Luftaufnahmen über den Territorien der Staaten festlegen.

Im Verlauf der Ausführung des Programms zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung behalten die Staaten bis zur Auflösung aller Streitkräfte innerhalb der verschiedenen Gattungen ihrer Streitkräfte das Verhältnis bei, das zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abrüstungsvertrages bestand.

Die Staaten verwirklichen das Programm zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung in strikter Befolgung der im Vertrag angegebenen Termine, und die Ausführung des Programms kann nicht unterbrochen oder von der Erfüllung irgendwelcher vertraglich nicht vorgesehener Bedingungen abhängig gemacht werden.

Für den Fall, daß der eine oder andere Staat versucht, den Vertrag über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu umgehen und zu verletzen, muß in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen werden, die vorsieht, daß die Frage seiner Verletzung unverzüglich vor dem Sicherheitsrat und der UNO-Vollversammlung entsprechend ihren Vollmachten behandelt wird."

Endlich erklärte die Sowjetregierung für den Fall, daß die Westmächte zur Zeit — aus welchen Gründen immer — zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung nicht bereit sein sollten, ihre Bereitschaft, entsprechende Teilmaßnahmen über Abrüstung und Festigung der Sicherheit zu vereinbaren. Als die wichtigsten dieser Schritte bezeichnete die Sowjetunion

1. Die Schaffung einer Kontroll- und Inspektionszone bei Reduzierung der ausländischen Truppen auf den Territorien der entsprechenden Länder Westeuropas;
2. die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;
3. den Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium der europäischen Staaten und die Liquidierung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien;
4. den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Partnerstaaten der Nato und den Partnerstaaten des Warschauer Abkommens;
5. ein Abkommen über die Verhütung eines plötzlichen Überfalls eines Staates auf einen anderen.

Von dem alten Generalfeldmarschall von Moltke stammt das berühmte oder besser berüchtigte Wort, der Friede sei „ein Traum — und nicht einmal ein

schöner". Es wird wohl niemanden in der Welt geben, der der Meinung wäre, daß die Regierung der Sowjetunion und ihr Ministerpräsident weltferne Träumer seien; die ganze Welt hat sie als realistisch denkende und handelnde Menschen kennen gelernt. Der allumfassende Abrüstungsplan der Sowjetunion ist mithin ein durch und durch realistischer Plan. Die ersten Auswirkungen dieses kühnen Abrüstungsprogramms sind bereits sichtbar geworden. In dem Kommuniqué über die Gespräche zwischen Chrustschow und Eisenhower in Camp David heißt es: „Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und der Präsident der Vereinigten Staaten stimmten überein, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung die wichtigste der Fragen ist, die heute vor der ganzen Welt stehen. Beide Regierungen werden alle Anstrengungen unternehmen, um eine konstruktive Lösung dieses Problems zu erreichen,"

und weiter: „Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und der Präsident der Vereinigten Staaten stimmten überein, daß alle ungelösten internationalen Fragen nicht durch Gewaltanwendung, sondern mit friedlichen Mitteln auf dem Verhandlungswege geregelt werden müssen."

Wenn so die führenden Staatsmänner der Sowjetunion und der USA in wenigen Stunden schon zu einer grundsätzlichen Übereinstimmung über die Notwendigkeit und auch über die Möglichkeit der Lösung der Abrüstungsfrage gelangen konnten, so ist damit vor aller Welt der Beweis dafür erbracht worden, daß es nur des allseitigen guten und ernsten Willens bedarf, um die heute lebende Menschheit von dem Alpdruck eines Atomkrieges und überhaupt neuer Kriege zu befreien. Das weltweite zustimmende Echo, das die Vorschläge Chrustschows und die eben zitierten Feststellungen im Chrustschow-Eisenhower-Kommuniqué gefunden haben, läßt die Hoffnung zu, daß wir an einer Wende der Weltpolitik stehen, daß vor der ganzen Menschheit die Perspektive eines Lebens ohne Heere und Waffen, eines Lebens in gesichertem Frieden aufleuchtet. Nicht zuletzt wird es Sache des mit einer verhängnisvollen militaristischen Tradition belasteten deutschen Volkes sein, entscheidend dazu beizutragen, daß diese Perspektive Wirklichkeit wird. Die Deutsche Demokratische Republik ihrerseits hat ihre volle Bereitschaft zur Mitarbeit an der Realisierung des umfassenden Abrüstungsplans der UdSSR unverzüglich erklärt. Das deutsche Volk in Ost und West erwartet, daß dies auch seitens der Bundesregierung geschieht. In dieser Stunde, die eine Sternenstunde der Menschheit werden kann, sind alle möglichen und unmöglichen Vorbehalte und Einwände gegen die umfassende Abrüstung null und nichtig. Ein neues Zeitalter zieht herauf: das erste Zeitalter des Friedens in der leidvollen Geschichte der Menschheit. Darum muß ungeachtet der unterschiedlichen Meinungen und politischen Ansichten, die bis in die Frage der Existenz zweier deutscher Staaten und der Praktizierung der Demokratie gehen, die Frage der Abrüstung als das politische Problem Nr. 1 erkannt und behandelt werden. Es ist realistisch und notwendig, dieses Lebensproblem unseres ganzen Volkes in Ost und West gemeinsam anzupacken, jede Gemeinsamkeit hierin zu fördern und so zu einer tatsächlichen militärischen Entspannung beizutragen. Von hier aus würden sich sodann auch weit bessere Ausgangspositionen für die friedliche Lösung der deutschen Frage ergeben.

Dr. Achim v. Borries

Der unbequeme Nachbar

I

Die weltpolitische Entwicklung der letzten Wochen gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß, allen internen Widerständen und Störversuchen in beiden Lagern zum Trotz, die psychologische und politische Entspannung zwischen den Vormächten des West- und des Ostblockes weiter fortschreiten und in absehbarer Zeit zu verbindlichen Abrüstungs-Verhandlungen führen wird. In den USA ist seit dem Besuche Chrustschows die Bereitschaft zu einem militärpolitischen Waffenstillstand weiter gewachsen und mit ihr die Einsicht in die Unvermeidlichkeit langfristiger weltpolitischer Kompromisse. Können sie auch den Ost-West-Konflikt nicht auf Anhieb schlichten, so vermögen doch allein sie diesen tiefgreifenden Gegensatz rechtzeitig zu mildern, ehe er in eine neue Weltkriegs-Katastrophe umschlägt! An die Stelle des Rüstungswettlaufes zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion tritt je länger desto mehr, zumal in den „unterentwickelten Ländern", der wirtschaftliche und politische Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Washington bereitet sich gleichzeitig darauf vor, um des Friedens willen in Europa den politischen Status quo auf lange Sicht zumindest stillschweigend anzuerkennen.

Für die Bundesrepublik bedeutet dieses Ende des „Kalten Krieges" das Ende ihrer fragwürdigen Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der deutschen Einheit unter westdeutschen Vorzeichen und mit politischer und militärischer Hilfe der Westmächte! Der Zusammenbruch dieser Bonner Wiedervereinigungs-Politik, die in Wahrheit gar nichts anderes als reine Nato-Politik war, läßt sich heute nicht mehr übersehen. Durch eine bewußte Forcierung des „Kalten Krieges" (Nato-Bindung, Atom-Rüstung etc.) sollte die Sowjetunion zur Preisgabe Ostdeutschlands, zur Liquidation der DDR gezwungen werden. Der „Kalte Krieg" hat aber in Wirklichkeit dazu geführt, daß aus der Teilung die Spaltung Deutschlands geworden ist. Infolge der Fortsetzung dieser Nato-Politik durch Bonn bis ins Jahr 1959, das heißt infolge der strikten Verweigerung jeder realistischen und besonnenen Diskussion über einen deutschen militärpolitischen und politischen Preis für einen Rückzug der Sowjetunion aus Ostdeutschland, infolge dieses Versäumnisses gibt es heute angesichts der weltpolitischen Machtverhältnisse überhaupt keinen Preis mehr für eine einseitig westdeutsche Lösung des Wiedervereinigungs-Problems. Es gibt nur noch die Alternative: Kompromiß mit Pankow oder absolute Spaltung!

Die Sowjetunion betrachtet heute die Existenz zweier deutscher Staaten als eine weltpolitische Tatsache und als den Ausgangspunkt für eine Lösung des Wiedervereinigungs-Problems. Es steht nicht in der Macht der Bundesrepublik, sie zu einer Änderung ihrer Einstellung in dieser Frage zu veranlassen, nachdem Bonn es jahrelang mutwillig versäumt hat, sie für eine andere ihr zumutbare Lösung des Deutschland-Problems zu interessieren! Infolge der völligen Unzulänglichkeit der Methoden, mit denen er gegenüber der vierten Besatzungsmacht vertreten wurde, war der politische „gesamtdeutsche Anspruch" des westdeutschen Teilstaates seit Jahren schon eine bloße Fiktion, an die man sich in Bonn verzweifelt klammerte. Die weltpolitische Entwicklung der letzten Monate hat nun aber dazu geführt, daß auch die Verbündeten Bonns, die Westmächte ihm mehr oder weniger unmißverständlich ihre — bisher verbal noch aufrechterhaltene, politisch längst nur noch formelle! — Unterstützung entziehen und sich anschicken, über ihn zur Tagesordnung der Abrüstungsgespräche überzugehen!

Das heißt: sie bereiten den Kompromiß mit der Sowjetunion auf der Grundlage der nicht mehr angefochtenen Existenz zweier deutscher Staaten vor. Es ist eine neue Selbsttäuschung, wenn man in der Bundesrepublik glaubt, sie täten es schweren Herzens! In persönlichen Diskussionen mit Deutschen geben westliche Gesprächspartner so höflich wie freimütig zu verstehen, daß es ihren Nationen nicht eben schwer wird, aus der selbstverschuldeten nationalpolitischen Not der Deutschen jetzt in aller Offenheit eine weltpolitische Tugend zu machen und daß weite Schichten in ihren Ländern in der Existenz zweier deutscher Staaten grundsätzlich, zumal aber unter den heutigen welt-politischen und welt-wirtschaftlichen Umständen die beste denkbare „Lösung" des Deutschland-Problems sehen! Der chimärische westdeutsche Anspruch auf eine Wiedervereinigung einseitig im Sinne Bonns steht heute dem Friedens- und Entspannungs-Interesse des Ostens und des Westens entgegen; er wird von den Westmächten auf dem Altare dieser Entspannung endgültig geopfert werden! Die Erklärungen Staatssekretär Herters über die amerikanische Haltung im Falle des Abschlusses eines separaten Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR waren aufschlußreich und sie haben nicht ohne Grund in Bonn zu zahllosen nervösen Reaktionen geführt. „Erläuterungen", Beschwichtigungen, Konsultationen und Dementis konnten den Eindruck nicht mehr ändern, den die Äußerungen Herters im In- und Ausland hervorgerufen hatten: den, daß die Sinneswandlung der offiziellen amerikanischen Deutschland-Politik weiter fortschreitet[1]). Für die Regierung Adenauer ist diese Entwicklung zunächst vor allem aus psychologischen und propagandistischen Gründen sehr peinlich: verliert sie doch mit der — von Anfang an nur formellen! — Unterstützung ihres fiktiven ‚gesamtdeutschen Anspruches' durch ihre Verbündeten nun endgültig den, längst umstrittenen, vermeintlichen ‚realpolitischen' Rechtstitel und den nationalpolitischen Heiligenschein ihrer forcierten Nato-Politik, die seit Jahr und Tag nur Teilstaat-Politik gewesen ist und — wie man heute annehmen muß — auch gar nichts anderes sein sollte! So werden die Unzulänglichkeit und Unglaubwürdigkeit der Bonner Wiedervereinigungskonzeption heute so deutlich wie nie zuvor. Und der Augenblick ist nicht mehr fern, da Ost und West beide diese Konzeption als ein so lästiges wie lächerliches Überbleibsel aus der Zeit des „Kalten Krieges" betrachten und verabscheuen, aus ihren Empfindungen aber gegenüber den Deutschen auch kein Hehl mehr machen werden!

Nicht nur der Ostblock und die weltpolitisch neutralen Staaten in Asien, Afrika und Skandinavien sprechen heute (der „Hallstein-Doktrin" zum Trotz!) von zwei deutschen Staaten: die westliche Welt selbst tut es faktisch bereits. Zwischen Großbritannien und der DDR bestehen intensive Wirtschafts- und Kulturbeziehungen; für das Verhältnis Frankreichs zur DDR gilt dasselbe. Ob diesen Beziehungen die formelle politische ‚Anerkennung' etwas früher oder später folgt, ist

---

[1]) Bemerkenswert sind die Hinweise des Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung in Bonn auf die zunehmende Nervosität in der Bundeshauptstadt angesichts der zahlreichen Symptome einer außenpolitischen Sinnesänderung in Washington: „Es bleibt allerdings das etwas unbehagliche Gefühl zurück, daß sich die Fälle von mißverständlicher Formulierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik seltsam häufen, und man wirft in Bonn die psychologisch interessante Frage auf, ob die durch Erschöpfung (!), durch Mangel an Konzentration oder Präzision bedingten „Fehlleistungen" in den Erklärungen amerikanischer Politiker möglicherweise ein Indiz dafür seien, daß diese Politiker an ihrer gegenwärtigen Haltung zum Problem der deutschen Teilung im innersten Herzen zu zweifeln beginnen." (NZZ, 1. 10. 59) Das ist wahrhaftig vorsichtig formuliert — und klingt doch wesentlich anders als die offiziellen und offiziösen Bonner Versicherungen, man habe „volles Vertrauen . . ."

belanglos angesichts des Umstandes, daß außenpolitisch der Absolutheitsanspruch der Bundesrepublik bereits eine Absurdität ist und die weltpolitische Entwicklung in Zukunft weniger denn je die von Bonn gewünschte Richtung einschlagen wird. Es kann auch nicht übersehen werden, daß in zahlreichen Staaten in Europa und Asien vorläufig überhaupt nur die DDR „Deutschland" repräsentiert. Der ostdeutsche Teilstaat ist heute eine außenpolitische Realität und er macht der Bundesrepublik in der ganzen Welt ernsthaft Konkurrenz!

II

Die DDR begegnet heute der Bundesrepublik aber nicht nur in der nichtdeutschen Welt als eine außenpolitische Tatsache, sie tritt ihr auch in Deutschland selbst gegenüber und entgegen. Die Zeit der so selbstbewußt-übermütigen wie fadenscheinigen Bonner Wiedervereinigungs-„Forderungen" ist vorbei. Die offensive Deutschland-Politik der heutigen Bundesregierung mußte einmal zusammenbrechen und sie ist jetzt zusammengebrochen. Denn sie gründete sich nicht auf die begrenzte — nur in Westdeutschland stets überschätzte! — politische Substanz der Bundesrepublik selbst, sondern auf die scheinbar „ewige", in Wirklichkeit aber vorübergehende anti-sowjetische militärpolitische Konjunktur im Westen in den Jahren des „Kalten Krieges". Sie war faktisch nicht Wiedervereinigungs-, sondern ausschließlich Militär-Politik! Diese ungehemmte Aufrüstung des westdeutschen Teilstaates und sein Ausbau zum Nato-Vorposten hat die Etablierung eines militanten kommunistischen Regimes nicht verhindern können, ja dessen Ausbau und Aufrüstung indirekt seit Jahren gefördert! Das Ergebnis ist eindeutig: in dem Augenblick, da die Bundesrepublik den zehnten Jahrestag ihrer Gründung feiert (als „Vorstufe und Vorläufer Gesamtdeutschlands"!), gibt es in Deutschland ein vorerst unabänderliches Nebeneinander von zwei deutschen Staaten und, schwerwiegender noch, von zwei deutschen Gesellschafts-Systemen als deren Grundlagen. Die Bundesrepublik ist national-politisch in die Defensive geraten, seit sie nicht mehr aus einem „Kalten Krieg" für ihre eigenen sehr bedingten und problematischen Zwecke Gewinn ziehen kann. Ihre doktrinäre Politik des Als-ob-nicht gegenüber der DDR bringt sie nun in Deutschland selbst von Tag zu Tag häufiger in peinliche, beinahe demütigende Situationen — wie etwa den Flaggen-Streit in Westberlin und Stuttgart; sie zahlt damit heute den Preis für eine zehnjährige nationalpolitische Selbstüberschätzung (verbunden mit einer schamlosen Selbstgerechtigkeit!), die auf einer weltpolitischen Fehlspekulation beruhte.

Unter den neuen Umständen von 1959 ist — abgesehen von dem unerläßlich gewordenen Beitrag, den beide deutsche Staaten zu einer militärpolitischen Entspannung zwischen Ost und West um des Friedens willen werden leisten müssen — zunächst nur eine einzige positive, wenn auch relative Lösung des „Deutschland-Problems" denkbar: aus dem faktischen Nebeneinander muß ein bedingtes Miteinander der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik werden. Mehr kann man realistischerweise von den Regierungen in Bonn und Pankow zunächst nicht erwarten; dies aber muß man nachdrücklich von ihnen verlangen! Die DDR ist heute ein inner-deutsches Faktum so gut wie ein außen-politisches, und jede westdeutsche „Wiedervereinigungs"-Politik ist unsinnig, die noch immer dieses Faktum einfach überspringen oder von ihm absehen zu können glaubt. Die Ablehnung eines gewissen aktiven Miteinanderlebens der beiden deutschen Staaten zugunsten eines weiterhin von hemmungsloser Aufrüstung begleiteten rein passiven Nebeneinanders — wie bisher — bedeutet unter den heutigen Umständen nichts anderes mehr, als den offenen

Verzicht auf jede Wiedervereinigungs-Initiative überhaupt, auf jeden Versuch, die Spaltung Deutschlands, die unmittelbar nicht aufzuheben ist, wenigstens zu mildern, das heißt zu verhindern, daß sie absolut und endgültig wird. Eine solche Politik bereitet der absoluten Verselbständigung der beiden deutschen Teilstaaten und damit einer totalen Entfremdung zwischen den Deutschen hüben und drüben den Weg. Genau das ist aber der Kurs, den — allen platonischen gesamtdeutschen Beteuerungen zum Trotz! — einflußreiche Kreise in Bonn heute einschlagen. Auf eine politische oder gar militärische Liquidation der DDR können sie nicht mehr hoffen; an einem bedingten, realistischen Miteinander sind sie nicht interessiert oder sie haben Grund es zu scheuen, obwohl es von ihnen keineswegs eine Selbstaufgabe verlangt! So streben sie faktisch das absolute Auseinander an, eine „Einigelung" und „Abschirmung" der Bundesrepublik, die Verhinderung jedes Kontaktes zwischen ihr und der DDR. Die Bundesregierung scheut nicht vor dem Versuch zurück, ihre wachsende außenpolitische Disqualifizierung durch eine Verstärkung des innenpolitischen Druckes auf alle die politischen Kräfte in Westdeutschland zu kompensieren, die sich gegen das totale Auseinander in Deutschland wenden[2]). Der westdeutsche Teilstaat wird ideologisch verabsolutiert, seine heutige gesellschaftliche und politische Ordnung für sakrosankt erklärt, jeder grundsätzlichen Diskussion und Kritik entzogen. Im Namen der „Freiheit" soll ein neuer „Eiserner Vorhang" zwischen der Bundesrepublik und der DDR gezogen werden. Das Ziel ist nicht die Sicherung der „Freiheit", sondern die unbedingte Sicherung der parteipolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Vorherrschaft dieser Kreise in der Bundesrepublik! —

Auf die so verzweifelten wie vergeblichen Versuche Bonns, die DDR nach wie vor als politische quantité negligeable zu behandeln, reagiert die Regierung in Ostberlin mit etwas krampfhaft anmutenden Demonstrationen ihres wachsenden nationalpolitischen Selbstbewußtseins und mit dem angestrengten Bemühen, sich „nun erst recht" überall und bei jeder Gelegenheit als „souverän" in Szene zu setzen; ein Übereifer, der eher peinlich als notwendig wirkt, bedarf es seiner doch kaum, um die Existenz und das politische Eigengewicht der DDR deutlich zu machen; dafür läßt er sich umso leichter — zu Recht oder Unrecht — „separatistischer" Absichten verdächtigen. Freilich haben diejenigen Kreise in Bonn, die heute die DDR eines solchen „Separatismus" zeihen, nicht die geringste Legitimation dazu: sind doch sie selbst als „bundesdeutsche" Separatisten vorangegangen. Ihre absolute, selbstgerechte Intransigenz der DDR gegenüber hat einen ostdeutschen Separatismus geradezu provoziert! Die DDR schickt sich bereits an, die Repräsentation „Deutschlands" ebenso ausschließlich für sich zu beanspruchen, wie es bisher die Bundesrepublik getan hat. Man wird allerdings in Pankow wissen, daß dieser Anspruch zunächst ein rein ideologischer bleibt. Gerade darum muß befürchtet werden, daß auch dort gewisse Kräfte nur noch an der Verabsolutierung und „Zementierung" ihres Teilstaates interessiert sind, solange die Bundesrepublik nicht kommunistisch wird. Die Tendenz zu einer absoluten ideologischen „Abschirmung" wird so in beiden deutschen Teilstaaten immer stärker. Intensiven Kontakten und freimütigen Diskussionen stehen beide Regierungen ablehnend oder doch überaus mißtrauisch gegenüber, weil diese den Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR die nationalpolitische Relativität der beiden heute in Deutschland existierenden Staatsgebilde zum Bewußtsein bringen müssen.

---

[2]) Nach vertrauenswürdigen Pressemeldungen wird in Bonn nicht allein ein gesetzliches Verbot des Hissens der neuen Staatsflagge der DDR in der Bundesrepublik erwogen, sondern auch ein Verbot der Verwendung des Begriffes „DDR" diskutiert!

III

Man verkennt indes die besonderen Schwierigkeiten einer Lösung des Wiedervereinigungs-Problems, wenn man nur von dem faktischen Nebeneinander und dem anzustrebenden relativen Miteinander der beiden deutschen Staaten spricht, und nicht auch von dem durch sie repräsentierten antagonistischen Nebeneinander zweier — ihrem Wesen und ihrer heutigen Struktur nach — internationaler Gesellschaftsordnungen in Deutschland. Deren Gegensatz auf nationalpolitischer Ebene resultiert aus dem weltpolitischen Antagonismus von Kapitalismus und Kommunismus. Beide deutschen Staaten sind heute nicht nur Mitglieder über-nationaler Militärblöcke, sondern sie sind auch bereits über-nationalen Wirtschafts- und Gesellschafts-Systemen integriert: die Bundesrepublik dem westlich-kapitalistischen, die DDR dem östlich-kommunistischen. Die Grenze zwischen diesen beiden Systemen geht in Mitteleuropa durch Deutschland! Und die de-facto-Anerkennung des politischen Status quo durch die Weltmächte heute bedeutet nicht zuletzt auch eine de-facto-Anerkennung dieser Grenze auf lange Sicht! Die bisher primäre militärpolitische Rivalität zwischen beiden Systemen aber — an der auch die beiden deutschen Staaten aktiv teilgenommen haben — wird mehr und mehr von einem intensiven wirtschaftlich-gesellschaftlichen Wettbewerb zwischen ihnen abgelöst, der auch in Deutschland bereits eingesetzt hat und in den nächsten Jahren das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestimmen wird. Und erst der Ausgang dieses langfristigen Wettbewerbes wird eine Vor-Entscheidung über die Lösung des Wiedervereinigungs-Problems bringen!

Die Bundesrepublik sieht sich heute zu einer Auseinandersetzung herausgefordert, die sie gewonnen wähnte, ehe sie überhaupt begonnen hatte! Allzulange hat man sich in Westdeutschland an die Wunschvorstellung geklammert, das wirtschaftliche und gesellschaftliche System der abschätzig als „Satellit Moskaus" deklarierten kommunistischen DDR sei prinzipiell nicht funktions-, dieser Staat darum von vornherein nicht lebens-fähig. Man glaubte, es werde eines Tages endgültig zusammenbrechen und dieser schleichende oder offene Zusammenbruch, verbunden mit anhaltender Unzufriedenheit der Bevölkerung, werde den Zusammenbruch auch des politischen Systems der DDR nach sich ziehen. Und es gründete sich gerade auf die durch das „Wirtschaftswunder" scheinbar erhärtete Überzeugung von der „prinzipiellen" Überlegenheit des westdeutschen kapitalistischen Wirtschafts-Systems das starke nationalpolitische Selbstbewußtsein Bonns. Die wirtschaftliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten hat je länger desto mehr die Grundlagen dieses Selbstbewußtseins erschüttert. Weit davon entfernt, zusammenzubrechen, ist das kommunistische Wirtschafts-System der DDR nach Überwindung seiner — vor allem in den, verglichen mit Westdeutschland relativ ungünstigen wirtschaftlichen Gegebenheiten Ostdeutschlands begründet! — Anfangsschwierigkeiten leistungsfähig und expansiv geworden, während die „Freie Marktwirtschaft" — vor allem hinsichtlich des Problems der sozialen Sicherheit! — viel von ihrem früheren Glanz verloren hat. Die DDR tritt heute der Bundesrepublik außenpolitisch bereits als erfolgreiche Wirtschaftsmacht entgegen. Ihrer anhaltenden wirtschaftlichen Emanzipation im Rahmen des Ostblockes entspricht ein Anwachsen ihres außenpolitischen Eigengewichtes und innenpolitisch eine psychologische Konsolidierung des Regimes. Das System ist keineswegs frei von Fehlerquellen und Engpässen (Über-Bürokratisierung, Über-Zentralisierung etc.). Und mit dem Hinweis auf seine wirtschaftliche Funktions-Fähigkeit allein läßt sich vorläufig die entscheidende Frage nach seiner gesellschaftlichen Substanz noch nicht beantwor-

ten[3]), so unerläßlich jene als Voraussetzung eines sinnvollen gesellschaftlichen Organismus selbstverständlich ist. Die ökonomische Potenz der sozialistischen Produktions-Ordnung in Ostdeutschland kann heute nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Sie hat vor allem dank der plan-wirtschaftlichen Integration der DDR in den Ostblock in letzter Zeit rapide zugenommen. Diese Integration kommt heute dem politischen System und der Bevölkerung der DDR wirtschaftlich zugute. Das bedeutet, daß sich die bürgerlich-kapitalistische Bundesrepublik nunmehr auf eine langfristige inner-deutsche Nachbarschaft und Rivalität eines nicht allein ‚lebensfähigen', sondern gerade auf die Dauer wirtschafts- und sozialpolitisch zweifellos dynamischen — das heißt: „attraktiver" werdenden! — sozialistischen Gesellschaftssystems einstellen muß. Erst in den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob die heutige wirtschaftlich-politische Ordnung des westdeutschen Teilstaates krisenfest und konkurrenzfähig ist! Und gleichzeitig wird es sich herausstellen, ob die heute in der Bundesrepublik gesellschaftlich und politisch herrschenden Kräfte bereit sind, diesen Wettbewerb mit dem Sozialismus, dem sie sich nicht entziehen können, ohne Einschränkungen der politischen Freiheit in Westdeutschland, also ohne eine neue „faschistische" „Flucht nach vorn" zu führen! Die entscheidende innenpolitische u n d nationalpolitische Prüfung steht der westdeutschen Demokratie noch bevor! Die Erfolge und Chancen jenes anderen Systems lassen sich heute nicht mehr verschweigen; und aus seinem großen nationalpolitischen Ehrgeiz gerade auf wirtschaftlichem Gebiet macht es kein Hehl[4]). Sollte es überhaupt jemals an diese Möglichkeit ernsthaft gedacht haben, so verbieten heute die weltpolitischen Gegebenheiten

---

[3]) Der wirtschaftliche Aufstieg der DDR ist von einer psychologischen und ideologischen Entwicklung begleitet, die zu einem naiven kleinbürgerlichen Ökonomismus zu führen droht. Ein berechtigtes und im Augenblick zweifellos begründetes ökonomisches Selbstbewußtsein beginnt sich von dem Gesamtkomplex der humanistischen Postulate zu emanzipieren, der ursprünglich dem Sozialismus sein geschichtliches Recht gegeben hat. Ein sozialistisches Bewußtsein, das faktisch auf eine sozialistische Konsum-Ideologie reduziert ist, steht dem „bourgeoisen" Bewußtsein näher als der Tradition des Sozialismus!

[4]) Die bürgerliche Züricher TAT hat erst kürzlich die Westdeutschen vor einer Unterschätzung der wirtschaftlichen Potenz der DDR gewarnt: „... Inzwischen arbeitet Ostberlin fieberhaft daran, seine bereits beträchtliche wirtschaftliche Kraft weiter zu stärken und womöglich in absehbarer Zeit die ökonomisch noch weit im Vordergrund liegende Bundesrepublik einholen und überholen zu können. Das ist der Sinn des neuen Siebenjahresplanes, der nicht zufällig unmittelbar vor Beginn der Zehnjahresfeier mit großem Gepränge zum Gesetz erhoben wurde. Man neigt in der Bundesrepublik vielfach dazu, diesen Plan als bloße Propaganda und als unerreichbare Utopie abzutun. Freilich mag man daran zweifeln, daß er sein Ziel erreichen wird, bis 1965 den Verbrauch an den wichtigsten Konsumgütern pro Kopf der Bevölkerung über den der Bundesrepublik hinauszusteigern und damit den Bürgern der DDR einen höheren Lebensstandard zu sichern als er in Westdeutschland besteht. Aber man sollte nicht übersehen, daß die Massen im Reiche Ulbrichts heute schon ganz erheblich besser leben als vor einigen Jahren. Und daß sich auch die überbürokratisierte und oft erschreckend schwerfällige „sozialistische" Ökonomie im Reiche Ulbrichts zu Leistungen fähig gezeigt hat, die man hier nur allzuleicht unterschätzt. Der auffällige Rückgang der Flüchtlingsziffern in den beiden letzten Jahren ist wohl zu einem guten Teil schon eine Wirkung eines allmählich sich hebenden Lebensniveaus. Davon wird hier (in Bonn) allerdings nur selten gesprochen. Es gibt wenig Bundesbürger, die sich darüber Rechenschaft ablegen, daß z. B. die DDR heute schon, im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl, an sechster Stelle unter den Industriestaaten der Welt rangiert. In der westdeutschen Presse herrscht immer noch die Tendenz, ökonomische Fehlschläge und Schwierigkeiten der DDR sorgsam und minutiös zu verzeichnen, aber über das dort Vollbrachte mit ein paar vagen und allgemeinen Bemerkungen hin-

Ostberlin, auf eine militärische „Eroberung" Westdeutschlands in absehbarer Zeit zu hoffen. In dieser Hinsicht ist es in derselben Situation wie, mit anderem Vorzeichen, Bonn. Es gehört aber auch ein beträchtliches Maß politischen Unverstandes dazu, anzunehmen, was gewisse Bonner Kreise heute in erster Linie darum behaupten, um a l l e Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR denunzieren und verhindern zu können: das DDR-Regime erwarte den Sieg des Sozialismus in Westdeutschland vor allem von einer konspirativen kommunistischen „Unterwanderung"! Vielmehr hat dieses Regime sein nationalpolitisches Fernziel und die Wege, auf denen es dieses Ziel zu erreichen hofft, erst kürzlich mit beträchtlichem Selbstgefühl beim Namen genannt: das bürgerlich-kapitalistische Westdeutschland soll wirtschaftlich und gesellschaftlich überholt und auf d i e s e Weise für das sozialistische Gesellschaftssystem gewonnen werden[5]). D a s ist die Front, an der die DDR jetzt wirklich zum „Angriff" angetreten ist. Und der Bundesrepublik bleibt nichts anderes mehr übrig, als diesen „Angriff" mit denselben friedlichen, konstruktiven Mitteln zu „parieren", mit denen er von der anderen Seite geführt wird. Quo vadis, Bundesrepublik? Hic Rhodus, hic salta! An d i e s e r Front wird in den nächsten Jahren die Entscheidung über die politische Ordnung und die Wiedervereinigung Deutschlands, das heißt über dessen endgültige nach-Hitlersche Daseinsform fallen. Und erst der Ausgang dieses gesellschaftlichen Ringens in der Epoche der weltpolitischen Koexistenz von Kapitalismus und Kommunismus, das zwischen den beiden deutschen Staaten gerade begonnen hat, wird auch den tiefen nationalpolitisch-gesellschaftlichen Widerstreit beenden, der dem heutigen Antagonismus von Bundesrepublik und DDR g e s c h i c h t l i c h zugrundeliegt, und über den endlich freimütig gesprochen werden muß, wenn die Spaltung Deutschlands nicht ein Definitivum werden soll!

Fortsetzung folgt.

---

wegzugehen. Das ist eine Tendenz, die sich bitter rächen kann; es war noch nie eine gute Politik, den Gegner zu unterschätzen, und wer sich darauf kapriziert, der mag eines Tages mit einem starken Schock aus seinen Illusionen aufgeschreckt werden ..."

Die Tat, 9. Oktober 1959.

[5]) Nach dem neuen Siebenjahresplan strebt die DDR bis 1965 eine Ausweitung der Produktionsmittel-Erzeugung um 95 Prozent gegenüber 1958, der Konsumgüter-Erzeugung um 77 Prozent seit 1958 an. Die Industrieproduktion soll von 59 Milliarden DM-Ost 1958 auf 110 Milliarden DM-Ost im Jahre 1965 erhöht werden, das Volkseinkommen von 63 Milliarden DM-Ost 1958 auf etwa 100 Milliarden im Jahre 1965.

Prof. Dr. J. L. Hromádka

An der Grenze zwischen der westlichen und der östlichen Christenheit

Der folgende, unwesentlich gekürzte Aufruf wurde von Prof. Dr. J. L. Hromádka im Nachrichtenblatt der „protestantischen Kirchen in der Tschechoslowakei" im Juni d. J. veröffentlicht. Es sind Erwägungen zur „Prager Friedenskonferenz", die sich in erster Linie an die christlichen Kirchen im Westen richten, mitzutun bei einer größeren Friedenskonferenz, die für 1961 geplant ist. Die Prager Konferenz ist jüngeren Datums, sie ist 1957 ins Leben gerufen und hat sich in großer Schnelligkeit zu einer bedeutenden Zusammenkunft orthodoxer und protestantischer Kirchen im Osten entwickelt. Bei der letzten Tagung waren Vertreter der Kirchen von Minsk und Tallin (Reval) bis Sibiu (Hermannstadt) und Sofia anwesend, dazu kamen eine Reihe namhafter Vertreter aus dem Westen, wobei das kräftige und teilweise kritische Mitwirken der Theologen und Laien aus England, USA, Frankreich und Holland besonders bemerkenswert erschien. Es ist für die Menschen des Westens ein Erlebnis, wenn sie zum ersten Mal hinter den „eisernen Vorhang" gukken und feststellen, daß dort nicht das Reich der Tiere und Dämonen beginnt, sondern daß sie sich von einer beglückenden Menschlichkeit umfangen sehen. Natürlich, es gibt dort Dinge, die sind uns ungewohnt, und es gibt Dinge, die sind nicht schön. Aber diese Prager Konferenz war etwas, was wir getrost eine beschämende Realität und eine beglückende Hoffnung nennen dürfen. Sie war, was sie war, durch die Menschen, die dort ihren Glauben an die Einheit der Menschheit wieder fanden und bestätigten.

Es wird nicht erwartet, daß unsere Leser zu allem Ja und Amen sagen, was Professor Hromádka schreibt. Hromádka ist immer noch ein Mann des Gespräches, der Diskussion. Aber darauf möchte ich doch aufmerksam machen, daß dies eine Stimme von drüben ist, und zwar eine höchst prominente Stimme von drüben, die nach uns ruft. Hier finden wir das Verstehen, das unser wartet, wenn einmal der eiserne Vorhang hochgehoben wird. Und er wird in Nichts zerfallen, indem von hier und von dort so gedacht und so gesprochen wird. Man nehme alles in allem. Es ist das Wort eines tschechischen Christen an uns, der beim Einzug der Nazis in Prag verloren war, hätten sich nicht Freunde seiner angenommen und ihn über die Grenze gebracht. Er hat dann mit großem Erfolg in den Staaten als theologischer Lehrer gewirkt, bis er in seine Heimat und seine Kirche zurückkehren konnte. Nach 1945 hat Karl Barth in einer noch heute bedeutenden Schrift: „Zur Gesundung Deutschlands" geschrieben: „Deutschland braucht Freunde"; Hromádka ist einer und zwar einer der leidenschaftlichsten. Wenn wir doch glauben könnten, daß es viele solcher Menschen drüben gibt! Wenn so ein Wort einmal in unseren großen Tageszeitungen abgedruckt würde, wäre das nicht ein Ereignis? Ist das nicht eine neue, uns immer wieder vorenthaltene Sprache? Würden, wenn sie das hören, nicht viele denken: Wir träumen. Nein, wir träumen nicht. Diese Stimme, die uns hier erreicht, kann uns morgen aus Polen oder aus der Slowakei oder auch aus der UdSSR erreichen. Der Ruf ist längst auf dem Plan, wir müssen nur das Wachs aus den Ohren nehmen.

Professor Dr. J. Hromádka ist am 3. Oktober d. J. zum Ehrendoktor der Evangelischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität promoviert worden. W. v. Humboldt und Fr. Schleiermacher waren Zeugen dieses festlichen Aktes. Wir aber geben seinen Ruf weiter, dem er hier Ausdruck gibt: Wenn doch die offiziellen Kirchen sich nicht immer noch dem verschlössen, was zu unser aller Frieden dient! Allzulange sind sie hinter der öffentlichen Meinung hergetrottet und haben den Sturz in den Abgrund nicht aufgehalten. Sie sollten aber dort zu finden sein, wo es gilt, wie Winkelried eine Bresche zu schlagen in die Phalanx der tödlichen Speere.

Prof. D. Hans-Joachim Iwand

I. Um die Solidarität der Verantwortung und Hoffnung

Es wird nicht schaden, wenn wir einige Worte über die Entstehung und die Motive der Prager Christlichen Friedenskonferenz sagen.

Die ersten Schritte unternahmen wir im Herbst 1957 an der gemeinsamen Beratung der Evangelisch-theologischen Fakultät in Bratislava und der Comenius-Fakultät in Prag. Zu dieser Zeit war schon eine intensive theologische und organisatorische Arbeit unserer Brüder im Gange, besonders in Westdeutschland, um die Kirchen angesichts der drohenden Kriegsgefahr und besonders der Pläne zur Aufrüstung der westdeutschen Armee mit allen modernen und also auch nuklearen Waffen aufzuwecken. Wir wollten ihre Sorge so tief wie möglich begreifen. Wir ließen alle lokal-politischen und auch nationalen Motive beiseite und versuchten zum rein menschlichen, ja allzumenschlichen Grund dieser unheilvollen Situation durchzudringen.

Es handelt sich wirklich nicht um politische Fragen, wenigstens nicht in erster Linie. Stellen wir uns vor, daß zwölf bis vierzehn Jahre nach Kriegsende der Versuch gemacht wird, einen Teil des besiegten Volkes mit atomaren Waffen auszurüsten, in einen Mächteblock einzureihen und als Drohung gegen das Volk zu benützen, das von der Zerstörung des Krieges mehr als alle anderen betroffen wurde. Stellen wir uns auch vor, daß in die Führung der neu gegründeten deutschen Armee Generäle gestellt wurden, die im letzten Krieg unter der Fahne Hitlers einen Ausrottungskrieg gegen das Volk geführt haben, das so viel gelitten hat und das wiederum von den politischen Vertretern Westdeutschlands als „Todfeind" bezeichnet wird. Als Brüder im Glauben, in der Liebe und Hoffnung verstanden wir unsere Freunde, die die Last der Verantwortung für die jüngste Vergangenheit auf sich nahmen, und die sich bewußt sind, daß der Weg des deutschen Volkes zu einer besseren Zukunft nur der Weg der Einkehr und wirklichen Freundschaft mit den östlichen Nachbarn sein kann.

Wir, die wir dicht an der Grenze zwischen Ost und West leben und unmittelbar die enervierende Spannung des Kalten Krieges fühlen, sehnten uns nach engster Mitarbeit mit unseren theologischen und persönlichen Freunden in Deutschland und nach einer solchen Atmosphäre zwischen unseren Ländern und Kirchen, die eine Verheißung einer besseren Zukunft sein würde. Wir wissen, wie kompliziert die internationale Situation ist, und wie unmöglich ist es, Noten für Betragen auszuteilen, die Menschen in Schafe und Böcke aufzuteilen. Wer nur ein wenig die Geschichte der letzten fünfzig Jahre kennt, weiß, wie sehr die Völker der europäischen und amerikanischen Zivilisation in die Sünden und Irrtümer der Vergangenheit verflochten sind und wie heute die Folgen dessen zum Vorschein kommen, was unsere älteren Brüder und Väter getan oder zu tun versäumt haben. Trotzdem sind wir der Meinung, daß der Beschluß, in Westdeutschland eine Armee zu bilden, sie in einen der Machtblöcke einzureihen, sie unter den Befehl von Generalen zu stellen, die führend waren im Feldzug gegen Osteuropa, und sie mit den modernsten Waffen auszurüsten, der verkehrteste Schritt der Nachkriegspolitik und eine Quelle vergiftender Spannung zwischen den Völkern ist.

Wenn wir unsere Freunde in Westdeutschland in dieser Weise verstehen, die so schmerzhaft die Nachkriegsentwicklung in ihrem Lande erleben, wollen wir damit nicht sagen, daß sie allein die Last der Verantwortung tragen. Wir wollen uns ihnen in der Solidarität der Sünde anschließen und einen Teil ihrer Last auf uns nehmen. Wir sehnen uns danach, daß wir auf dem steinigen Pfad der Nachkriegswelt gemeinsam mit ihnen schreiten und mit ihnen auch die Befreiung erleben, die die Frucht wahrer Buße ist. Wir erschrecken vor der Möglichkeit, daß der Eindruck entstehen könnte, als ob wir uns ein wenig gerechter oder unschuldiger fühlten. Es wäre das größte Unheil der heutigen Christenheit, wenn sie sich in Gerechte und Ungerechte teilen würde, besonders wenn sie versuchen würde, die gemeinsame Verantwortung für die Schwierigkeiten der heutigen Welt loszuwerden, ja wenn sie anfangen würde, sich für die nahe und entfernte Vergangenheit

zu rechtfertigen. Unser Versuch, die Vertreter der ost- und westeuropäischen Kirchen zu gemeinsamer und wirklich brüderlicher Aktion gegen die größte heutige Gefahr zu sammeln, entsprang dem Bewußtsein der Solidarität in der Sünde und in der Schuld, in der Verantwortung und den Aufgaben, der Buße und der Hoffnung.

Wir sagten jedoch, daß unsere Beratungen und Konferenzen auf das abzielen, was in diesem Augenblick am wichtigsten und auch am gefährlichsten ist, d. i. auf die immer wachsende Aufrüstung, und besonders auf das Vorhandensein von nuklearen Waffen und die fortgesetzten Versuche mit diesen Waffen. In den christlichen Kirchen werden Stimmen laut, daß ein sofortiges Verbot der nuklearen Waffen und der Versuche mit ihnen nicht möglich ist und daß die atomare Abrüstung mit der Lösung von politischen und ideologischen Streitfragen verbunden werden müsse. Einige führende Persönlichkeiten der heutigen Christenheit sagen sogar, daß die Massenvernichtungswaffen unausweichlich sind, solange die Streitfragen zwischen den Großmächten, die schweren heutigen sozialpolitischen, kulturellen und ideellen Gegensätze nicht bereinigt sind. Wir lehnen diese Ansicht ab. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß die atomare Aufrüstung die Hysterie zwischen den Völkern steigert und schnellere Schritte zu Friedensverträgen unmöglich macht. Wir können beobachten, daß jeder, wenn auch noch so kleine Schritt zur Beschränkung der Aufrüstung und zu einem Übereinkommen über die Einstellung der Versuche sofort die Spannung lindert, die Angst bannt und den Weg zu friedlicher Verständigung freimacht. Unser Entschluß, nicht zu warten und unverzüglich ein allchristliches Übereinkommen gegen die nukleare Aufrüstung anzustreben, fließt aus unserer tiefen Überzeugung, daß das sofortige Verbot der Atomwaffen und der nuklearen Versuche ein wirksamer und entscheidender Schritt zum friedlichen Zusammenleben aller Völker ist. Wenn alle christlichen Kirchen ihre Stimme auf die Waage dieses Bestrebens legen, können sie wirkliche Friedensstifter und Brückenbauer zwischen den Völkern werden.

Wir wußten allerdings von allem Anfang an, daß unser Schritt manchem Mißtrauen, Mißverständnis, ja sogar verdächtigendem Widerstand begegnen wird. Wir leben ja im Zeitalter des Kalten Krieges, der auch tief in die christlichen Kirchen eingedrungen ist. Die Kirchen sind nicht besser daran als die sog. weltliche Gesellschaft. Man kann sogar sagen, daß sie der Hysterie des Kalten Krieges mehr erlegen sind als die sogenannte Welt. In ihnen wird der Kalte Krieg in die Dimensionen der mythischen Vorstellungen, ja der Dämonologie präzisiert. Das dunkelste Zeichen der heutigen Zeit ist der Verlust dessen, was wir Souveränität des Glaubens nennen. Es ist vielleicht unsere schwerste Aufgabe, die Augen für das Evangelium zu eröffnen, für die Botschaft Jesu Christi, der durch diese Welt schreitet, Dämonen und Teufel vor allem aus den Menschenherzen, aus unseren Heiligtümern und Kirchen vertreibt, und der uns gerade an diejenigen Orte führt, von denen sich die selbstgerechten Christen und die selbstzufriedenen Kirchen abgewendet haben. Das Evangelium Jesu von Nazareth erinnert uns daran, daß sich ein gläubiger Christ keine Grenzen festsetzen darf, an denen sein Dienst, ein Dienst in bußfertiger Liebe und im Bewußtsein der Solidarität in der Schuld und in der Erlösung haltmachen sollte. Nichts ist verkehrter, als eine Kreuzzugsfront gegen diejenigen aufzurichten, die wir unter dem Druck einer politischen Hysterie oder unserer sozialen und kulturellen Interessen dämonisiert haben.

II. Um gegenseitiges Vertrauen

In den Anfängen unserer Bemühungen haben wir offen erklärt, daß es sich um ein Experiment handelt. Wir wollten ein Wort zu der heute größten Gefahr

sagen. Gleichzeitig wollten wir die Zusammenarbeit auf breiterer ökumenischer Basis denjenigen Kirchen ermöglichen, die bisher aus irgendwelchen Gründen abseits standen. Wir suchten den Weg zu ihnen und bemühten uns, die zweckmäßigsten Mittel einer solchen Zusammenarbeit zu finden.

Verschiedene Äußerungen, die aus den westlichen Kirchen kamen, besonders auch aus ökumenischen, weckten den Eindruck, daß der gläubige Christ verborgen und offen den entstehenden sozialistischen Staaten widerstehen müßte. Bewußt und vielleicht noch mehr unbewußt, hielt ein großer Teil unserer Brüder im Westen es für selbstverständlich, daß die Kirche nur in sozialen und politischen Formen leben kann, die sich in den letzten Jahrhunderten in Westeuropa und in Amerika entwickelt haben. Die osteuropäische Welt mit ihren tiefen sozialen, politischen und auch ideologischen Veränderungen war und ist den westlichen Durchschnittschristen, aber manchmal auch den hervorragenden Theologen, ganz fremd.

Das ist keine Beschuldigung, keine Verurteilung. Es ist ein schlichtes Konstatieren der Wirklichkeit, wenn ich sage, daß uns die westlichen Christen — bis auf kleine Gruppen von Brüdern und einige seltene Persönlichkeiten — in unserem geistigen Kampf nicht geholfen haben und daß aus ihren Kundgebungen mehr ein starres Gesetz als das lebendige Evangelium zu uns geklungen ist. In der Verborgenheit des Herzens — das haben wir oft sehr stark und mit Schmerzen gefühlt — wurden vor allem diejenigen für zuverläßliche christliche Bekenner gehalten, von denen bekannt war, daß sie in politischer Resistenz gegen die sozialistischen Staaten leben. Gerade dadurch wurde das Mißtrauen gesteigert, wurden unsere Kirchen von der ökumenischen Arbeit ferngehalten und der übrigen Christenheit entfremdet. Vergessen wir nicht, daß in der heutigen Welt, in der die politische Spannung so tief greift, die Öffentlichkeit die Kirchen in politischer Perspektive sieht und auch dasjenige politisch deutet, was ursprünglich rein geistlichen Sinn hatte. Je mehr sich die Kirchen politisieren lassen, desto mehr steigern sie die Atmosphäre des Mißtrauens gegen alle Kundgebungen christlichen Zeugnisses. So entsteht ein verhexter Zirkel, aus dem sich die Kirchen und die Vertreter des öffentlichen Lebens nur schwer zu befreien vermögen.

Im Hintergrund unserer Arbeit und unserer ökumenischen Bemühungen steht das Streben nach innerer Freiheit des Christen und nach Lauterkeit des Evangeliums, das alle Starrheit kirchlicher Formen, moralischer Konventionen und politischer Vorurteile bricht. Im Namen des Evangeliums versuchen wir unsere Kirchen einander näher zu bringen und sie für das zu mobilisieren, was heute am dringlichsten ist, d. h. für den Kampf gegen die Kriegshysterie, gegen das Gefühl der Schicksalhaftigkeit, gegen die Atomwaffen, den Kalten Krieg und für ein wirkliches Verständnis der Völker untereinander. Mit einer einfachen Formel ausgedrückt: es geht uns auf der einen Seite um das Evangelium und um den Frieden zwischen den Völkern auf der anderen Seite. Das ist die Grundlage unserer Tätigkeit und das wirksame, überzeugende Mittel und Ziel unserer ökumenischen Mitarbeit in concreto der Prager Christlichen Friedenskonferenz.

Daß sich so viele Kirchen in unserem Bereich zur Mitarbeit angemeldet und den Brüdern aus anderen Kirchen die Hand gereicht haben, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist eine Gnade und ein Vorrecht, daß wir uns gefunden und einander verstanden haben und für das Wohl der Kirchen, unserer Völker und der ganzen Menschheit an die Arbeit gingen. Nirgends sonst sind in der Nachkriegszeit in einer Versammlung so viele verantwortliche Vertreter der osteuropäischen Kirchen zusammengekommen. Welche Gelegenheit für die westlichen Brüder, in gemeinsamen Besprechungen das Leben dieser Kirchen kennenzulernen, in ge-

meinsamer Gefahr zu helfen und sich von dem bereichern zu lassen, was in diesen Kirchen lebendig und schöpferisch ist!

Wir informierten über unsere Pläne und Ziele Kirchen, Kirchengruppen und führende Persönlichkeiten in den meisten westeuropäischen Ländern. Wir wandten uns auch an einige christliche Weltorganisationen, die meisten mit dem Sitz in Genf. Aber wir bemerkten eine eigenartige Zurückhaltung, wenn nicht sogar Mißtrauen, als ob es sich um eine kirchlich oder ökumenisch nicht legitime Veranstaltung handelte, der gegenüber man entsprechend vorsichtig sein muß. Sogar viele von den Brüdern, von denen wir überzeugt waren, daß sie Verständnis für uns haben, haben entweder überhaupt nicht oder nur sehr zurückhaltend geantwortet. Wir hatten das Gefühl, daß sie sich nicht durch etwas kompromittieren wollen, was aus einem in mancher Hinsicht proskribierten und verdächtigen Bereich kommt. Ich kann mich in die Situation dieser Brüder hineindenken. Ich weiß, daß es nicht so einfach ist, unsere Bemühungen zu verstehen, weil wir schon mehr als zehn Jahre in einer Atmosphäre von Mißtrauen, erstarrten Ansichten, Mißverständnis und Propaganda leben. „Was kann von Nazareth Gutes kommen?" (Joh. 1, 46). Für die Sache selbst war es vielleicht von Vorteil, daß die Anzahl der Mitarbeiter in den Anfängen nicht so groß war. Alles, was bleibende Wirkung haben soll, muß organisch und ohne Hast wachsen. Ich will aber sagen, daß wir von der übermäßigen Zurückhaltung, Reserviertheit und Vorsichtigkeit ein wenig beunruhigt waren. Als ich über unsere Pläne in einem engen Kreis ökumenischer Arbeiter vorigen Sommer und Anfang dieses Jahres referierte, wurden meine Worte mit so eisiger Kälte aufgenommen, daß es mich im Inneren gefroren hat. Ich meinte, daß jede Initiative begrüßt werden sollte, von wo auch immer sie kommt — besonders aber aus einem Bereich, von dem die Menschen überzeugt sind, daß er der Kirche und dem Christentum ungünstig, ja sogar feindlich ist. Wenn aus diesem Bereich Brüder aus den verschiedensten Kirchen und Völkern zusammenkommen, um den übrigen Brüdern die Hand zu reichen, sollte das mit freudiger Hoffnung begrüßt werden, auch wenn manche Fragen und Zweifel auftauchen sollten. Vielleicht sind wir selbst an dieser Kälte und diesem Mißtrauen mitschuldig. Wir denken aber, daß aus unserer Einladung zur Mitarbeit aufrichtige Sehnsucht nach brüderlicher Gemeinschaft mit denen, die wir eingeladen haben, ausstrahlte. Das was ich schreibe, will keine Rekrimination oder gar bittere Klage sein. Ich fühle jedoch das Bedürfnis, daß unter uns Klarheit herrsche und daß sich unsere Brüder auch ihrer Verantwortung für uns bewußt werden sollen. Wenn ein großer Teil der christlichen Welt in der Überzeugung lebt, daß es in den sozialistischen Ländern keine Voraussetzungen für eine lebendige und wachsende Kirche gibt, ist es um so wichtiger, daß sich unsere Brüder an Ort und Stelle und im Umgang mit einer so verhältnismäßig großen Anzahl von Kirchenvertretern überzeugen, wie sich die Dinge verhalten. Vor allem ist es notwendig, an Ort und Stelle zu beobachten, von welchen Motiven derjenige bewegt ist, dem gegenüber wir Mißtrauen haben, und mit Rat beizustehen, wo Differenzen und Mißverständnisse entstehen.

Wir sehnen uns danach, daß uns die Kirchen als solche Vertrauen entgegenbringen. Wir wissen jedoch, daß der Weg vorwärts wahrscheinlich nicht über die offiziellen Kirchenvertreter führen wird und daß uns nur die Persönlichkeiten oder Gruppen tätige Beihilfe leisten werden, die den Glaubensmut besitzen, die etwas riskieren, und die das vorsichtige Mißtrauen auf ein Minimum herabsetzen. Es geht wahrlich um den Mut, die Angst und das Mißtrauen zu durchbrechen und den Schritt in weniger bekannte Regionen zu wagen.

III. Buße tun und den Kalten Krieg einstellen!

In erster Linie handelt es sich um den Buß- und Fürbittetag, um den Tag, den wir mit dem Namen Hiroshima und dem 6. August verbunden haben. Von mehreren Rednern auf der Konferenz wurde geltend gemacht, daß wir etwas unternehmen, das im vorhinein den Schein von Unwahrhaftigkeit wecken muß. Ist hinter unserem Aufruf zur Buße nicht das heuchlerische Bestreben verborgen, auf die amerikanischen Brüder den Schatten verborgener und nur religiös maskierter politischer Beschuldigung zu werfen? Rufen wir nicht zur Buße in Verbindung mit etwas, für das wir keine aufrichtige Buße tun können und das uns nur als ein schlaues Mittel zur moralischen Schwächung derer dient, die uns politisch fern sind oder an der gegnerischen Front stehen? Täuschen wir nicht Buße vor, um pharisäisch dem Bruder seine Sünden vorzuwerfen? Wir verstehen diese Einwände und Fragen sehr gut. Wir mußten uns ernstlich mit ihnen auseinandersetzen. Und doch wurde der Buß- und Fürbittetag am Tag von Hiroshima nach langer Verhandlung einmütig angenommen. Warum ist das geschehen: Es gibt im Gedenken an die Opfer von Hiroshima eine tiefe christliche Solidarität. Wir denken dabei nicht, aus welchem Land oder aus welchem Volk die Vernichtung auf die zwei japanischen Städte kam. Wir hatten ungezählte Gespräche mit Freunden aus asiatischen und afrikanischen Völkern. Und wir fühlten immer wieder, daß am Grund ihrer Seele ein Gefühl der beleidigten menschlichen Würde lebt. Der asiatische Mensch wurde zum Objekt der Vernichtungswaffe. Und es waren weiße Christen, die diese Vernichtung gebracht haben. Und es sind weiße Christen, die sich mit der Möglichkeit bechäftigen, diese Waffe auch in Zukunft zu gebrauchen. Weiße Christen — das sind auch wir. Wo sind die Grenzen unserer Verantwortung? Wann dürfen wir uns die Hände waschen im Gefühl der Unschuld?

Es kommt uns vor, daß wir nicht einen Schritt weiterkommen können, wenn wir uns nicht daran erinnern werden, was wir, Glieder christlicher Völker, aneinander und besonders an anderen Völkern Böses getan haben. Ich darf sagen, daß ich selbst in meinem Inneren und in meinem Gewissen immer wieder den Schauer darüber empfinde, was an Millionen unserer jüdischen Menschen getan wurde. Eine lange Reihe deutscher Freunde beugt sich unter der Bürde dieses ungeheuren Unglücks, das eine furchtbare Reihe nicht nur von Greisen, sondern Frauen und auch Kinder getroffen hat. Aber wer von uns ist da ganz ohne Schuld? Unsere Völker wurden von der Krankheit des Antisemitismus gekennzeichnet. Diese Krankheit hat im deutschen Volk unter der Herrschaft des Nazismus ungeheuerliche Ausmaße angenommen. Aber wir, die wir wissen, was Solidarität in der Sünde ist, und die in die Fußspuren von Jesus von Nazareth bis an den Grund des menschlichen Verderbens und Machtlosigkeit treten, können nicht durch diese Welt schreiten, als ob wir an jener Katastrophe unbeteiligt wären.

Das geht mir durch den Sinn, wenn ich an den Buß- und Fürbittetag denke. Durch die Fürbitte wollen wir uns für die Zukunft verpflichten. Durch die Buße sind wir von der Last der Vergangenheit frei geworden, aber nur dann, wenn wir die Vergebung als Verpflichtung zu wirksamerem Dienst am Menschen empfangen. Der Tag von Hiroshima bedeutet für uns: Nie wieder Hiroshima! Wir werden aus Gottes Gnaden alles tun, daß sich ein 6. August 1945 nie wiederholt, daß er sich nicht in noch furchtbarerem Ausmaß wiederholt. Es geht um unsere Mithilfe in dem verantwortungsvollen Kampf gegen alle und jedwede Versuche, einen Atomkrieg vorzubereiten und die Atomwaffen zur Drohung und Einschüchterung zu benützen. Wir sind der Ansicht, daß in dieser Angelegenheit die überwiegende Mehrzahl unserer Brüder aus dem Westen mit uns übereinstimmt.

Dankbar hören wir Berichte von zahlreichen Aktionen gegen die Gefahr eines Atomkrieges. Wir meinen jedoch, daß unsere Stimme noch wirksamer werden sollte und daß wir uns von den vereinzelten, jedoch bedeutenden Einzelpersonen distanzieren sollten, die die Gefahr eines Atomkrieges nicht ernst nehmen oder sogar mit ihr im frommen Wahn geistreich spielen.

Die Frage des Kalten Krieges ist einfach und ist doch für viele unserer Brüder nicht selbstverständlich. Bisher ist es nicht gelungen, diese Frage zum Gegenstand gründlicher Untersuchungen auf ökumenischem Boden zu machen. Immer wird noch die Ansicht ausgesprochen, daß unsere Stimme gegen den Kalten Krieg ein Ausdruck unseres Wunsches ist, den berechtigten ideologischen und politischen Kampf zwischen den Völkern, besonders zwischen den zwei großen Machtgruppen, zum Stehen zu bringen. Aber das, was wir Kalter Krieg nennen, ist etwas ganz anderes als ein geistiger, ideeller, kultureller und politisch-sozialer Wettbewerb zwischen den Völkern. Das Leben steht nicht still. Wir stehen inmitten großer historischer Umwälzungen. Die heutige internationale Konstellation bildet keinen Abschluß der Vergangenheit, sondern eine Voraussetzung und ein Vorzeichen dessen, was morgen und übermorgen kommen wird.

Wir sehnen uns nach keinem status quo. Im Gegenteil. Wir sind uns unserer Verpflichtung bewußt, verantwortungsvoll über die morgigen Beziehungen zwischen den Völkern, über den morgigen Bau der Gesellschaft nachzudenken und die wirksamsten Mittel zum Eingreifen in diese historische Entwicklung zu suchen. Aber der Kalte Krieg macht diese verantwortungsvolle Arbeit und eine gesunde Zukunft unmöglich. Er streut in die Seelen der Völker vernichtende Mikroben. Er zersetzt die sittlichen Beziehungen zwischen den Menschen, verbreitet Mißtrauen und Verdacht, schafft Gräben zwischen den Kirchen, so daß sie einander immer weniger verstehen können. Die technischen Errungenschaften geben den Kalten Kriegern ungeahnte Mittel zur Vergiftung der menschlichen Beziehungen in die Hand.

Wenn uns vorgeworfen wird, daß wir uns durch den Kampf gegen den Kalten Krieg unkritisch auf eine Seite stellen, ist das ein ernstes Mißverständnis. Wir geben zu, daß ein jeder von uns durch die Umwelt, in der wir leben, gekennzeichnet ist. Das können wir nur dadurch verhindern, daß wir zusammenkommen, gemeinsam die Situation erwägen und uns fragen, was getan werden muß. Die Teilnehmer der zweiten Tagung in Prag vom 16. bis 19. April 1959 werden bezeugen, daß alle Voraussetzungen zu fruchtbaren Gesprächen, zu gegenseitiger Kontrolle und zu wirklichem Verständnis gegeben wurden. Eine Meinung muß gegen die andere gestellt werden, eine Interpretation gegen die andere, damit die Menschen einander verstehen und in gegenseitigem Vertrauen den Weg zur Abhilfe suchen. Die Wirklichkeit des Kalten Krieges ignorieren und ihn gleichwohl rechtfertigen, heißt ihm erliegen und nach und nach sein Opfer werden. Wer ist mehr dazu berufen, mit dem historischen Prozeß zu ringen, sich von alten falschen Bindungen freizumachen und ihn in die rechte Richtung zu weisen, als der gläubige Christ und eine lebendige Kirche. Wir behaupten, daß in der Frage des Kalten Krieges auf dem Boden der ökumenischen Bewegung nicht alles getan worden ist, was getan werden konnte. Unser Entschluß, dieser Frage erhöhte und planmäßige Aufmerksamkeit zu schenken, ist darauf abgezielt, die ökumenische Gemeinschaft zu festigen und ihren Weg mit größerer Wirksamkeit fortzusetzen.

Unsere Brüder in vielen westlichen Ländern gehen von der Voraussetzung aus, daß die Struktur der Kirchen auch in unserem Bereich mit der vorhergehenden vorsozialistischen, bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Epoche verbunden ist und daß man verhältnismäßig leicht in die Herzen ihrer Mitglieder Mißtrauen

zum sozialistischen Umbau der Gesellschaft einsäen kann. Diese Voraussetzung ist in mancher Hinsicht richtig. Die traditionellen Kirchen waren innerlich nicht auf den Antritt des Sozialismus vorbereitet. Sie waren deshalb nicht vorbereitet, weil die lebendige, befreiende Stimme des Evangeliums in ihnen von der Tradition, Konvention und dem Stil des vergangenen Lebens übertönt wurde. Die Schmerzen und Schwierigkeiten dieser Kirchen im Bereich des sozialistischen Antrittes entspringen dieser Tatsache. Eine große Aufgabe der Theologen, Kirchenführer und auch der einfachen Glieder der Gemeinde ist demgegenüber das eifrige Bestreben um die rechte Freiheit im Evangelium, um einen offenen Blick für diese neue Situation und das Suchen neuer Wege, damit die Botschaft von Jesus mit souveräner Freiheit, Liebe und Hoffnung den Bauplatz der neuen Gesellschaft treffe. Wieviel Mut hat es gekostet, das Ja des Evangeliums den Menschen, die für die Zukunft verantwortlich sind, zu sagen! Nur dieser Mut kann Möglichkeiten erschließen, damit die christliche Botschaft ein wirksames Korrektiv und ein biblisch-legitimes Gericht über die Mängel, Irrtümer und Sünden der neuen Gesellschaft werde. Aber der Kalte Krieg, der auch in das kirchliche Geschehen und in die ökumenische Gemeinschaft eingedrungen ist, hat deshalb soviel Schaden angerichtet, weil er mit billigen Mitteln die Herzen gläubiger Christen in der sozialistischen Sphäre verwirrt, ihnen den Glaubensmut und die dienstbare Liebe genommen und diejenigen diffamiert hat, die einen Neuanfang versuchten. Gerade deshalb wurden große Schäden für die Christenheit der ganzen Welt angestiftet. Der prophetische Dienst der Kirche wurde entstellt und ihr priesterlicher Dienst entweder unmöglich gemacht oder geschwächt.

Zum Schluß noch einige Worte über unseren Entschluß, im Jahre 1961 eine gesamtchristliche Friedensversammlung einzuberufen. Wir gaben die Bezeichnung „Konzil" auf, damit wir keine falschen Vorstellungen wachrufen und nicht eine Bezeichnung mißbrauchen, die einen ausgeprägten historischen Sinn und für unsere orthodoxen und altkatholischen Brüder auch eine dogmatische Bedeutung hat. Worum handelt es sich? Was hatten die Brüder im Sinn, die sich auf der Prager Apriltagung entschlossen (auch einmütig), eine solche Versammlung vorzubereiten? Ich erinnere, daß Freunde zugegen waren, die am Anfang mit einem solchen Plan nichts anzufangen wußten und Bedenken hatten gegenüber der Möglichkeit, ein gesamtchristliches Treffen vorzubereiten und einzuberufen. Ich will auch bemerken, daß überhaupt niemandem eingefallen ist, eine Konkurrenzveranstaltung neben der dritten Plenarversammlung des Weltkirchenrates oder neben dem vorbereiteten römisch-katholischen Konzil zu organisieren.

Unsere Entscheidung ist keine Konkurrenzgeste und keine Propagandaaktion. Wir standen vor der großen Last der gegenwärtigen Lage und stellten uns die einfache Frage, ob es nicht unsere Pflicht ist, die Stimme der ganzen Christenheit hörbar zu machen, um zu zeigen, daß die gläubigen Christen trotz all ihrer Unterschiede im Augenblick der großen Entscheidungen gemeinsam sprechen können. Unsere Brüder auf der ganzen Welt und in allen ökumenischen Gruppen werden über jeden Schritt genau informiert werden. Ja, sie werden um Rat und Hilfe gebeten werden. Wir hoffen, daß sie uns verstehen werden und daß sie uns nach ihren Möglichkeiten ihre Hilfe gewähren. Wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, die Mithilfe der offiziellen Kirchen in allen Kontinenten zu gewinnen. Wir freuen uns darüber, daß die Kirchen und Ökumenischen Räte einer ganzen Reihe osteuropäischer Länder uns unterstützen. Wir hoffen, daß uns die traditionellen Friedenskirchen und besonders die Organisationen oder Gruppen helfen werden, die schon in allen sog. christlichen Ländern für die konzentrierte Friedensarbeit entstanden sind. In allen Ländern gibt es Persönlichkeiten, die sich zur Mitarbeit melden und uns ihren Rat anbieten. Wenn wir erreichen, daß Ver-

treter der Kirchen, die bisher außerhalb der ökumenischen Organisation stehen, mit Vertretern der historischen Friedenskirchen und mit Gruppen von Christen zusammenkommen, die es sich zur Aufgabe genommen haben, die öffentliche Weltmeinung für die Abrüstung und die Verständigung der Völker zu mobilisieren, und wenn sich dann noch Einzelpersonen aus allen Kontinenten anschließen, die in dieser Hinsicht schon etwas geleistet haben, dann kann eine solche „gesamtchristliche" Versammlung einen wichtigen Schritt für die Christen der ganzen Welt, für die ökumenische Bewegung und für die Menschheit überhaupt bedeuten. Es ist jedoch notwendig, daß diese Aktion von jedem Beigeschmack einer einseitigen Propaganda oder einer Konkurrenzabsicht frei bleibt. Unsererseits wollen wir alles tun, damit — wie Prof. Heinrich Vogel, Berlin, mahnt — unsere Musik rein bleibt. Aber es ist auch wichtig, daß unsere Brüder, die beiseite stehen, in unserem Bestreben keine verdächtigen und falschen Motive sehen wollen und daß sie uns apriori nicht mit Mißtrauen begegnen.

Wir werden für jeden Rat und besonders auch für kritische Bemerkungen, dankbar sein. Die Ereignisse in der Welt schreiten in schnellem Tempo vorwärts. Heute, elf Jahre nach der ersten Plenarversammlung des Weltkirchenrates in Amsterdam, stehen wir in einer ganz neuen oder wenigstens grundsätzlich veränderten internationalen und ökumenischen Situation. Die Ereignisse in China haben tief in unsere Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Welt eingegriffen. Die Tatsache, daß bisher kein Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen wurde und daß das deutsche Volk in zwei souveräne Staaten aufgeteilt ist, gibt der heutigen Weltproblematik einen beunruhigenden Charakter. Der Fortschritt der wissenschaftlichen Entdeckungen und der technischen Erfindungen, die der Menschheit immer stärkere Vernichtungswaffen in die Hand geben, die Entstehung von neuen, selbständigen Staaten in Asien und Afrika — das alles macht unsere Verantwortung dringend und unaufschiebbar.

Meine Ausführungen über die Sendung der Prager Christlichen Friedenskonferenz könnten leicht den Eindruck wecken, daß wir uns nur für politische und internationale Fragen interessieren. In Wirklichkeit sind wir uns bei jeder Entscheidung über unsere Pläne bewußt, daß nur eine Kirche des wahren Glaubens, die tief in der Botschaft von Jesus Christus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, verankert ist, das gegenwärtige Geschehen richtig verstehen, die Solidarität mit dem Menschen in seiner Sünde und Hoffnung, Gericht und Verheißung miterleben und das richtige Wort für den heutigen Augenblick finden kann. Unser Bestreben ist ein Bestandteil unseres Kampfes um die lebendige Kirche Christi, die inmitten dieser Welt mutig kämpft und dem heutigen Menschen innerhalb und außerhalb der kirchlichen Mauern die Fülle ihres liebenden Glaubens und ihrer Hoffnung anbietet. Laßt uns einer den anderen im Lichte des Evangeliums anschauen! In diesem Licht werden wir uns einander besser und richtiger verstehen, wenn uns auch Unterschiede im Blick auf die heutigen Ereignisse und auf die zukünftige Entwicklung der Menschheit voneinander trennen.

Dr. Werner Gerth

Gefährliche Reden und „voreilige Entscheidungen"

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, „voreilige Entscheidungen" zu treffen im Hinblick auf die kommenden Ost-West-Gespräche. Das war eine Feststellung in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zu Anfang dieses Monats. Ferner war da zu hören, daß der Zeitpunkt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Oststaaten noch nicht gekommen sei. Im gleichen Atemzug wurde aber „Übereinstimmung" darüber erzielt, die polnischen Mitglieder der interparlamentarischen Union zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik einzuladen.

Diesen Wunsch des Ausschusses scheint aber der Bundeskanzler keineswegs akzeptieren zu wollen, denn ein zu gleicher Zeit gegebenes Interview war ein Schuß vor den Bug seiner Parteifreunde, die eine Lockerung der Spannungen und Aufnahme von Ost-West-Kontakten befürworten. Mit dem Pathos des starken Mannes schlug der Bundeskanzler die Türe wieder zu, die der Ausschuß des Bundestages ein wenig geöffnet hatte, als er sich für eine Einladung polnischer Parlamentarier einsetzte. Die Bundesregierung denke nicht daran, sagte Dr. Adenauer, die Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Polen und der Sowjetzone anzuerkennen. Er sagte nichts von Verhandlungen. Mit der Jovialität eines Biedermannes ließ er aber durchblicken, daß seiner Meinung nach vielleicht doch bessere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten möglich seien, weil die Liberalisierung des Lebens in der Sowjetunion doch zu gewissen Erleichterungen in Polen und in anderen osteuropäischen Ländern geführt habe.

Der Bundeskanzler sagte damit wieder einmal genau das, was die Polen nicht hören mögen. Er griff mit diesem Interview genau so daneben wie mit seiner Ansprache zum Jahrestag des Kriegsbeginns. Die Reaktion der polnischen Regierung und der polnischen Öffentlichkeit auf die an die Adresse Polens gerichteten Bemerkungen hatten in Bonner Regierungskreisen „Enttäuschung ausgelöst", wie es so schön in den halbamtlichen Äußerungen hieß. Wie habe man, so argumentierten die Herren in Bonn, die Worte Adenauers falsch auslegen können, er habe doch „nur die Wahrheit" gesagt und seine ehrliche Überzeugung für ein friedliches Zusammenleben der Völker bekundet. Nun kommt es allerdings sehr darauf an, wie dieses Bekenntnis formuliert wird — die Polen sprachen von „Krokodilstränen" — und außerdem zeugt es nicht immer von diplomatischem Geschick, „nur die Wahrheit" zu sagen.

Wenn die Polen auf die neuen, unfreundlichen Äußerungen des Bundeskanzlers nicht gleicherweise reagierten, so deshalb, weil sich inzwischen die politische Lage zu ihren Gunsten ein wenig verschoben hat und weil es letztlich nach der Zwiesprache zwischen Eisenhower und Chrustschow auf die Haltung des deutschen Bundeskanzlers gar nicht mehr so sehr ankommt. Die Gespräche liegen außerhalb seiner Reichweite, die Dinge gehen bereits einen etwas anderen Gang trotz unfreundlicher und unüberlegter Reden und Interviews.

Der Bundeskanzler war schlecht beraten, als er seine Bereitschaft zur Verständigung mit Polen in ein so dürftiges Gewand kleidete, das so nichtssagend aussah und außerdem noch einige fundamentale Schönheitsfehler im Schnitt und in der Machart erkennen ließ, wie sie selbst eine schlechte Schneiderin nicht übersehen hätte. Schon uns deutschen Hörern dieser Ansprache mußte die „Verständigungsbereitschaft" Adenauers fraglich erscheinen, um so mehr den Polen. Zuvor hatte es der Bundeskanzler stets vermieden, den Polen freundliche Worte zu

sagen. Er glaubte aber, besonders nach den Gesprächen mit Eisenhower, nun auch etwas sagen zu müssen, um seine Bereitschaft anzudeuten, eine versöhnlichere Linie einzuschlagen. Sollten die Polen ihm da nicht mit Mißtrauen begegnen, dann mußte er seine Worte so wählen, daß eine wirkliche innere Bereitschaft zu spüren war. Dies brachte er aber nicht fertig. Vielleicht wollte er es auch gar nicht. Vielleicht wollte Dr. Adenauer brüskieren, wie die Polen sofort vermuteten. Sollte hinter den sich bewußt schlicht gebenden Worten nicht ein anderer Sinn liegen? So gingen die polnische Regierung und die polnische Öffentlichkeit mit der Sonde des Mißtrauens an die Rede des Bundeskanzlers heran. Und da offenbarte sich entweder seine erschütternde Unkenntnis der Mentalität des polnischen Volkes oder eine durch nichts zu bemäntelnde Böswilligkeit.

Die späteren Äußerungen Adenauers zu den deutsch-polnischen Beziehungen lassen deutlich werden, daß er aus der ersten polnischen Reaktion keinerlei Folgerungen gezogen und seine Anschauungen nicht revidiert hat. Deshalb lohnt es sich, einmal näher auf diese Reaktionen einzugehen.

„Ein besonderes Wort aber muß heute dem Volke gelten, das durch den Einfall der Truppen Hitlerdeutschlands und der Sowjetunion das erste Opfer des Krieges geworden ist". Schon dieser erste Satz war ein schwerer psychologischer Fehler. Die Polen daran zu erinnern, daß auch die Russen in den Kampf gegen den polnischen Staat eingegriffen hatten, sowie die Nennung Hitlerdeutschlands in einem Atemzug mit der Sowjetunion mußte die polnische Regierung und Öffentlichkeit verschnupfen.

Das polnische Volk trägt nämlich schwer an dieser Hypothek aus dem zweiten Weltkrieg. Es will nicht daran erinnert werden. Es versucht den Verlust seiner Ostgrenze zu überwinden und die Freundschaft zur UdSSR zu pflegen. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem sich das polnische Regime in einem Umbruch befindet, in dem es neue, andere Wege geht als der große russische Bruder, muß die Bemerkung des Bundeskanzlers als ein Affront empfunden werden, als Versuch, einen Keil zwischen Polen und die Sowjetunion zu treiben.

In dem Oktober-Interview hat der Bundeskanzler zwar nur von einer Liberalisierung in der Sowjetunion gesprochen, die eine Änderung in den anderen Ostblockstaaten zur Folge habe. Vielleicht ist es ihm nur möglich, über diese Brücke, über diese Fiktion, seine Haltung gegenüber den kommunistischen Staaten zu revidieren. Aber diese Bemerkung geht genau so an den wirklichen Problemen vorbei wie seine früheren Äußerungen.

In der Jahrestagrede wußte der Bundeskanzler sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem Hitlerdeutschland und der Bundesrepublik. Warum, wenn er schon „nur die Wahrheit" sagen wollte, fand er nicht einen anderen Ausdruck für die Stalinära, in der mit Hitler paktiert wurde? Dann wäre die Wahrheit wenigstens gemildert worden. Richtiger allerdings wäre es gewesen, die Sowjetunion in diesem Zusammenhang ganz aus dem Spiel zu lassen, denn um eben dieser Wahrheit willen, die von den Sprechern der Bundesregierung so herausgestellt wurde, muß doch gesagt werden, daß Hitler der erste Angreifer war und Stalin nur die günstige Gelegenheit wahrnahm, um für sich und die Sowjetunion Vorteile herauszuholen.

Das polnische Regime ist auch unter Gomulka kommunistisch, daran haben die polnischen Staats- und Parteiführer nie einen Zweifel gelassen, wenn auch Spannungen zwischen ihnen und den Führern der Sowjetunion bestanden und bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind aber nicht so groß, um daraus ein mögliches Ausscheren Polens aus dem Ostblock ableiten zu können. Es mag dahin gestellt bleiben, ob die Entwicklung dahin zielt oder nicht, ob sie vielleicht wünschenswert wäre. Jedenfalls darf man sie heute in die Konzeption einer rea-

len Politik nicht einbeziehen. Für die polnische Regierung geht es darum, jeden Schein zu vermeiden, der zu derartigen Meinungen eines Loslösens vom Ostblock führen könnte. Daß ausgerechnet der Bundeskanzler hier „nichtsahnend" eine wunde Stelle berührt hatte, wird ihm zumindest in Polen nicht geglaubt.

Denn seine Ansprache wies noch andere Schönheitsfehler auf. So hieß es in ihr: „Darum sage ich aus innerer Überzeugung, daß dieses Deutschland, das neue Deutschland, einmal ein guter Nachbar Polens werden wird". Können die guten Beziehungen nicht sofort hergestellt werden? fragten die Polen, bei denen es nicht an der Bereitschaft dazu fehlt. Aber da ist ja noch die Hallstein-Doktrin, die es dem Bundeskanzler unmöglich macht, sofort mit der Anbahnung besserer Beziehungen zu beginnen. Selbst in Bonner Regierungskreisen diskutiert man zwar eine Aufweichung dieser Doktrin, um doch mit einigen kommunistischen Ländern in diplomatische Beziehungen treten zu können. Solange aber Dr. Adenauer an ihrer Grundkonzeption festhält, solange ist von seiner Seite kein ernsthafter Versuch zu erwarten.

Eine belgische Zeitschrift schrieb kürzlich: „Adenauer ist unruhig, er fürchtet, daß er mit ansehen muß, wie Eisenhower sich mit Chrustschow direkt verständigt und das deutsche Problem ganz offen zur Sprache bringt". Das ist geschehen, und das Köfferchen Adenauers, in dem er seinen eigenen kleinen Berlinplan hatte, ist nicht geöffnet worden, denn dieser Berlinplan lief auf nichts anderes heraus als den status quo mit geringen Modifikationen. Der Bundeskanzler ist beunruhigt, auch wenn ihm vom amerikanischen Außenminister H e r t e r einige Beruhigungserklärungen gegeben wurden. Fünf Jahre lang hätte Adenauer das Berlin-Problem gern auf Eis gelegt, denn innerhalb von fünf Jahren kann sich allerlei ereignen. Mit einem solchen Stillhalte-Moratorium in der Tasche könnte sich der Kanzler den Rücken freikaufen für die nächste Bundestagswahl, bei der dann seine Kanzlerschaft wieder gesichert wäre. Berlin und Deutschlandfrage, Verständigung mit Polen und den anderen Ostblockstaaten spielten dann nur noch eine untergeordnete Rolle und könnten ruhig auf Eis liegen bleiben.

Das wird dem Bundeskanzler allerdings kaum mehr gelingen, denn die Zeit, da er noch ernsthaft ins Gespräch kommen konnte, ist vorbei. Das spürt er selber, wenn er resigniert feststellt, „was nun kommt, wissen wir nicht, wir müssen es abwarten".

Der polnische Ministerpräsident C y r a n k i e w i c z hatte eine Redewendung des Bundeskanzlers sogar als „perfide" bezeichnet, nämlich jene Erklärung: „Unser Bestreben wird es sein, Verständnis, Achtung und Sympathie zwischen dem heutigen Deutschland und dem polnischen Volk zu begründen". Wieder machte der Kanzler feine Unterschiede, und die Polen spürten sie. Wie er eingangs seiner Jahrestags-Ansprache Hitlerdeutschland und die Sowjetunion koppelte, so verband er das „heutige Deutschland und das polnische Volk" in einer Gegenüberstellung. Warum, so fragten sich die Polen, spricht der Bundeskanzler eigentlich nicht gleichmäßig vom deutschen und polnischen Volk oder Deutschland und Polen, warum nennt er einmal das Land und im anderen Falle das Volk? Da stecke wieder eine Spitzfindigkeit dahinter. Deutschland, das heißt die offizielle deutsche Regierung, wolle wohl mit dem polnischen Volk, aber nicht mit dessen Regierung Freundschaft schließen.

Der Bundeskanzler mußte es sich gefallen lassen, daß andere dieselben geistigen Vorbehalte bei ihm suchten, wie er sie in Äußerungen anderer ständig vermutet. Er brauchte sich also keineswegs darüber zu verwundern. Da er zudem schlau ist und im allgemeinen durchaus weiß, was er spricht, dürften die polnischen Vermutungen sehr wohl ins Schwarze treffen. So bleibt also für ein „Verwundern" über die polnische Reaktion wenig Raum.

Aber viel mehr noch, als das, was Adenauer gesagt hatte, wurde ihm angekreidet, was er nicht gesagt hatte. In seiner Ansprache war weder etwas von diplomatischen Beziehungen noch von der Oder-Neiße-Linie gesagt worden. Das hat der Bundeskanzler inzwischen mehrfach nachgeholt und genau in dem Sinne, wie es die Polen vermuteten.

Aber die Bundesrepublik wird letztlich nicht darum herum können, anders als es Adenauer möchte, sich mit der Oder-Neiße-Grenze zu beschäftigen, wenn überhaupt eine deutsche Entscheidung noch ins Gewicht fallen soll. Wir werden die Gebietsverluste hinnehmen müssen, wie Polen seine Gebietsverluste gegenüber der Sowjetunion hingenommen hat. Die acht Millionen Polen, die im ehemaligen deutschen Raum angesiedelt wurden, haben hier inzwischen eine neue Heimat gefunden. Der Reisende, der mit dem Zug von Frankfurt an der Oder nach Warschau fährt, wird an der Bahnstrecke kaum noch Zeichen des Krieges finden. Die Felder sind bestellt, soweit das Auge reicht, die Ruinen sind verschwunden, die Häuser sind größtenteils bewohnt. Auch bei einem Flug über die ehemaligen deutschen Gebiete erkennt man viele bestellte Felder. Die „polnische Wüste", wie diese Gebiete vielerorts genannt werden, ist wenigstens teilweise keine Wüste mehr, sondern wieder gutes und bestelltes Kulturland. Die polnische Nachrichtenagentur brachte einen Bericht über die Lage in diesem Teil Polens, über die Bevölkerungsbewegung in den polnischen West- und Nordgebieten. Danach beträgt die Bevölkerung hier etwa 7,5 Millionen Menschen. Bereits 80 Städte an der Oder und Ostsee haben ihre Einwohnerzahl der Vorkriegszeit überschritten.

Es ist also die Zeit abzusehen, wo in dem gesamten Gebiet die Bevölkerungszahl aus deutscher Zeit überschritten sein wird. Das muß man wissen und damit muß man rechnen, wenn man das Problem der Oder-Neiße-Linie behandeln und diskutieren will. Wenn die deutschen Heimatvertriebenen ihr Recht auf ihre Heimat fordern, dann müßten es die polnischen Heimatvertriebenen — die Polen sprechen von Rücksiedlern — auch tun. Das sind aber Utopien. Allerdings befürchten die Polen, daß der Bundeskanzler und Kreise der Heimatvertriebenen solche Pläne hegen, deshalb einen Keil zwischen Polen und die Sowjetunion treiben möchten, um ihre Revisionsgedanken auch ins polnische Volk tragen zu können. Das wird von der polnischen Regierung als ein Spiel mit dem Feuer betrachtet, als eine Provokation Polens, auch wenn deutscherseits immer wieder versichert wird, daß keiner an eine gewaltsame Zurückeroberung denke. Wie denn sonst? fragen die Polen. Keiner weiß eine Antwort darauf.

Im Pressedienst der SPD wurde davon gesprochen, daß die Reaktion der polnischen Regierung auf die Adenauer-Rede zu erwarten gewesen sei. Mit Radiobotschaften allein lasse sich keine Wendung in der Politik herbeiführen. Es sei aber endlich an der Zeit, den „Scherbenhaufen der verfehlten Polenpolitik der Bundesregierung" zu beseitigen und mit konkreten Vorschlägen aufzuwarten. Das ist die Meinung vieler Deutscher. Der Bundeskanzler aber bemüht sich noch immer, den Scherbenhaufen durch neue Äußerungen und Interviews zu vergrößern. In einem Leitartikel der englischen Zeitschrift „The Economist" waren kürzlich folgende Sätze zu lesen: „Das Versäumnis der Ära Adenauer war, die für Westdeutschlands Grundlagen entscheidenden Beziehungen zum Westen mit seinen nationalen Zielen im Osten nicht in Übereinklang gebracht zu haben".

Bei einem Gespräch des Verfassers mit dem polnischen Außenminister Rapacki im Sommer dieses Jahres meinte Rapacki, daß die Zeit nicht für eine Verständigung zwischen den beiden Völkern und Regierungen arbeite, sondern

daß sie sich je länger je mehr voneinander entfernten. Die Atombewaffnung der Bundesrepublik schaffe neue Schwierigkeiten. Es müsse bald verhandelt werden. Liebenswürdig lächelnd gab er zu verstehen, daß er jederzeit bereit sei. Und diese Bereitschaft vermißten die Polen bisher in allen Äußerungen und Handlungen Adenauers und seiner Minister. Wenn Verteidigungsminister Strauss die Abrüstungsvorschläge Chrustschows mit wohlwollender Geste als möglich bezeichnet, wenn Adenauer selbst vorsichtig die Vorschläge mit dem Hinweis kommentierte, er glaube, daß sie Chrustschow ehrlich meine, so sind das keine begeisterten, nicht einmal klare Zustimmungen, sondern diplomatisch umschriebene Ablehnungen. Der Bundeskanzler fühlt sich alles andere als wohl bei einer weltweiten Abrüstung. So erscheinen auch alle seine Äußerungen hierüber, mögen sie auch noch so ehrlich gemeint sein, in einem schiefen Licht.

Damit hat er sich aber auch den Zugang zur Mentalität der polnischen Regierung und der polnischen Öffentlichkeit versperrt, die in der Abrüstung, ob nach dem Rapackiplan des Disengagements oder dem Chrustschowplan einer weltweiten Abrüstung, den Schlüssel sieht zur Bereinigung aller mitteleuropäischen Konflikte und zur Herstellung günstiger West-Ost-Kontakte. Dem Bundeskanzler bleibt nun allerdings nicht mehr viel zu tun, als abzuwarten, was Eisenhower und Chrustschow, eine Gipfelkonferenz oder ein Außenministertreffen beschließen werden. „Voreilige Entscheidungen" können so oder so nicht mehr fallen, aber auch Reden des Bundeskanzlers werden an den auf uns zukommenden Entscheidungen und Ereignissen kaum noch etwas zu ändern vermögen.

Klaus Ehrler, stud. phil.

Die deutsche Studentenbewegung gegen Atomrüstung vor neuen Aufgaben

Zum Beginn der internationalen Zusammenarbeit gegen die Atomgefahr

Die deutsche Studentenbewegung gegen Atomrüstung hat seit ihrem Entstehen im März 1958 drei Phasen durchlaufen, die zusammen die nationale Periode des deutschen Antiatomkampfes bilden. Allen drei Phasen sind zwei auf das Schicksal Deutschlands gerichtete Bezüge gemeinsam: der Protest gegen die atomare Ausrüstung deutscher Streitkräfte; die Durchführung dieser Widerstandspolitik als Versuch, die endgültige Teilung Deutschlands in zwei Staaten zu verhindern.

Auf nationaler Ebene war unserem Kampf kein direkter Erfolg beschieden. Der erfolgreiche Beginn einer neuen Ära internationaler Verständigungspolitik, den die Genfer Konferenz dieses Jahres und das ihr folgende internationale politische Besuchsprogramm bezeichnen, eröffnet uns zugleich die Möglichkeit, unseren Kampf in zweiter Instanz auf der Ebene der internationalen Zusammenarbeit mit den Atomrüstungsgegnern in aller Welt zu gewinnen. Damit stehen wir vor der Notwendigkeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Man kann einen politischen

Kampf nur dann mit Aussicht auf Erfolg führen, wenn man die Forderungen der jeweiligen Periode und Phase erkennt, sachlich argumentierend erhebt und mit dem Einsatz aller moralischen und materiellen Kräfte erfüllt. Ein Rückfall in die Methoden des Antiatomkampfes der nationalen Periode würde daher unseren Protest gegen den Leichtsinn der Atompolitik nur wirkungslos machen. Wir dürfen der Bundesregierung nicht länger auf dem Wege der atompolitischen Isolation folgen — auch nicht mit unserem umgekehrten Oppositions-Vorzeichen. Nur so können wir sie wirksam von ihrem atomaren Alleingang abhalten: indem wir sie auf das Parkett der internationalen Argumente und Gegenargumente zwingen, nachdem ihr unsere nationalen Argumente keine bemerkbare Gewissensbelastung geworden sind. So schmerzlich es uns sein muß, den Antiatomkampf nun nicht mehr in erster Linie zugleich als Rettungsversuch für die Möglichkeit der Wiedervereinigung, sondern jetzt vordringlich nur als Rettungsversuch vor dem internationalen Atomchaos führen zu können, so unabweisbar notwendig ist es, jede Romantik unzeitgemäßer Parolen und Forderungen zu vermeiden.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal kurz die drei Phasen der nationalen Periode:

1.) März bis Juni 1958: Unter dem Eindruck des Bundestagsbeschlusses vom 25. März 1958 zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr bildete sich die tiefbreite Welle der deutschen Antiatombewegung. Bemerkenswerter Auftakt war der Berliner Schweige- und Protestmarsch der 5000 Jugendlichen und Studenten zur Ostpreußenhalle mit Bürgermeister K r e ß m a n n an der Spitze. Ihm folgten viele spontane Kundgebungen, Mahnwachen und Demonstrationen im ganzen Lande unter großer Anteilnahme der Bevölkerung. Diese Phase der spontanen Aktionen gipfelte in der politischen Zielsetzung von Volksbefragungen auf Länderebene, von Studentenbefragungen auf Universitätsebene. Das Verfassungsgericht in Karlsruhe setzte mit seinen einstweiligen Verfügungen gegen die entsprechenden Ländergesetzentwürfe dieser ersten Phase ein jähes Ende. So konnten auch nur in Hamburg und Kiel Studentenbefragungen durchgeführt werden. Beide ergaben ein Votum gegen die Bundesatomrüstung.

2.) Juni 1958 bis Januar 1959: Damit war dem Willen des Volkes ein wichtiges Organ seiner Kundgebung und Ausdrucksmöglichkeit genommen, ein großer taktischer Rückschlag eingetreten. Die zunächst nur lose gebildeten studentischen Antiatomausschüsse blieben mit einigen Jugendgruppen die einzigen aktiven Träger der Antiatombewegung. Sie sahen sich vor der Notwendigkeit, sich im lokalen Rahmen zu sammeln und zu organisieren sowie überlokale Verbindungen untereinander zu suchen. Waren bisher politische, konfessionelle und andere Studentenvereinigungen die Träger der studentischen Antiatombewegung, die sich in den Antiatomausschüssen zusammengefunden hatten, so galt es in dieser Phase, sich speziell unter dem Aspekt des erschwerten Meinungskampfes in festen Studentengruppen zu organisieren, deren Hauptaufgabe in der ständigen Durchführung geplanter Mahn- und Warnaktionen lag. Die Bemühungen dieser Phase der planenden Organisation und geplanten Aktionen gipfelten in der Durchführung des großen Studentenkongresses gegen Atomrüstung in Berlin im Januar 1959, der von Studentenpfarrer M o c h a l s k i im Juni 1958 angeregt worden war.

3.) Januar bis Mai 1959: Das große Echo auf die Manifestationen des Kongresses schon während seines Verlaufes kennzeichnet den Erfolg der bis dahin geleisteten Arbeit der Studentenbewegung gegen Atomrüstung. Gleichzeitig aber bildete es den Auftakt ihrer folgenden Krise und Neugestaltung. Nicht zufällig erregte die Wiedervereinigungsresolution des Kongresses das allgemeinste Aufsehen. Sie

wurde nahezu im letzten Moment gefaßt, in dem es angesichts der internationalen Lage möglich war (zwischen Genf 1955 und Genf 1959), eine staatenbündische Lösung der Wiedervereinigungsfrage zu realisieren. Leider ist unser allgemeines politisches Sehvermögen nur erst so weit entwickelt, daß es bestenfalls in den Endstadien einzelner Entwicklungsphasen einen Schimmer der jeweiligen Realität wahrnimmt. Mit dem anschließenden Plänemachen ist es dann meist zu spät. Im Falle des Studentenkongresses empörte sich die offizielle Öffentlichkeit sogar über diesen späten Realismus, als bringe er eine unerhörte revolutionäre Neuerung. Die Teilnehmer des Kongresses mußten erfahren, daß die Störung politischer Zweckromantik (lies: Wiedervereinigung ohne zeitliche und institutionelle Zwischenstufen!) den Vorwurf staatsgefährdenden Verhaltens einbringt. Unter dem Druck herber Kritik von Regierung und auch Kreisen der Opposition zog sich ein Teil der Studentenbewegung aus dem Bereich der politischen Auseinandersetzung zurück, um in rein wissenschaftlich-aufklärerischer Arbeit vor der Atomrüstung schlechthin zu warnen; der größere Teil begab sich mit der Aufrechterhaltung seines Bekenntnisses in eine polemische Abwehrstellung. Diese Krise brachte die Gefahr kontemplativer Stagnation einerseits, des Einfrierens in negativer Opposition andererseits.

Schon aber hatten sich im Anschluß an den Kongreß neue Kräfte geregt, die durch ihn wie in einem klärenden Gewitter gleichsam geweckt wurden. Eine neue Generation der Studentenbewegung begann, ihr neue Kraft und Gestalt zu geben. Professoren, Schriftsteller, Assistenten und Studenten, durch den Kongreß zusammengeführt, blieben und wirkten weiter zusammen. Im Schatten manipulierter Kritik und Verdächtigungen bildete sich eine neue Arbeits- und Kampfgemeinschaft. Die Grundlagen eines neuen philosophischen und moralischen Denk- und Wertsystems als Voraussetzung „richtigen" Urteilens und Handelns im Atomzeitalter wurden erarbeitet[1]; die aktuelle Atomstrategie Kissingers kritisch diskutiert; die gewonnenen Ergebnisse zum Teil in einem Organ der Studentenbewegung (DAS ARGUMENT, Westberlin) publiziert. Besonders wichtig war die richtige historisch-politische Einordnung der Atomproblematik für das produktive Verständnis der Gegenwart: wir durften sie nicht allein unter der Perspektive der deutschen Frage, sondern mußten sie vor allem im Hinblick auf die Gefahr der Atomrüstung vierter und, wie man sagt, n-ter Länder beurteilen; ferner vor allem die größte Spannung unserer Zeit in dem Riesenunterschied der hochindustrialisierten und der ungenügend entwickelten (ehemals und noch kolonialen) Länder erkennen lernen. Dieser „Internationalisierung" unserer Blickrichtung am Ende der dritten Phase der nationalen Periode der Studentenbewegung entsprach auch der reale Verlauf der Weltpolitik: nach Macmillans Moskau-Reise war der Weg nach Genf geebnet. Damit konnte die Studentenbewegung nach ihrer Phase der Krise, der Sammlung der philosophischen und politischen Weltorientierung erneut in aller Weite und Breite an die Öffentlichkeit treten. Mitte Mai ließ ihr größerer, politisch aktiver Zweig (Göttinger Zentrale) der Genfer Konferenz durch ihre gewählten Vertreter zwei Denkschriften überreichen, in denen die antiatomare Grundforderung als Voraussetzung aller politisch möglichen Lösungen festgehalten und erhoben wurde.

Besonders eindrucksvoll war das gemeinsame Auftreten von Vertretern der englischen und deutschen Studentenbewegungen gegen Atomrüstung in Genf. In einer „Gemeinsamen Erklärung" wurde insbesondere der Gedanke der Begründung eines „Clubs der nicht nuklear gerüsteten Länder" unterstrichen und

---

[1]) besonders im Anschluß an Günther Anders. Vergl. hierzu seine Ausführungen „Der Sprung — Betrachtungen zur atomaren Situation", „Blätter" 8/1958.

befürwortet, im Anschluß daran auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder des afro-asiatischen Blocks hingewiesen.

Damit trat die Studentenbewegung in ihre internationale Periode ein. Als ihr Hauptmotto kann das Thema eines Vortrags gelten, den der berühmte amerikanische Nobelpreisträger Linus Pauling Anfang Juli 1959 vor Studenten in Westberlin und unmittelbar danach in Ostberlin gehalten hat: „Kein Krieg mehr" — ganz schlicht in der Aussage, ganz unbedingt in der Forderung und Feststellung.

Jetzt gilt es, unsere zu neuer Klarheit erhobenen Erkenntnisse und Forderungen situationsgerecht auf die Gegenwart und nahe Zukunft anzuwenden, damit wir nicht mehr hinter dem Schritt der Zeit einherhinken.

Unsere Grundforderung bleibt diejenige der allgemeinen Existenzerhaltung. Politische Auseinandersetzungen verschiedener Interessengruppierungen und Systeme müssen also immer unter Einschluß der Erhaltung der Existenz der Gegenspieler geführt werden. Das zwingt uns zu einer konsequenten Entwicklung des Denk- und Handlungsprinzips der Einschließlichkeit. Die Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, und sei es auch nur im weltverseuchenden „Test", ist der Endabschnitt der Menschheitsepoche der Ausschließungen und der Ausschließlichkeit schlechthin. Nach der vorletzen Stufe der begrenzten Ausschließung und Vernichtung in den Gaskammern der KZ ist die Atomrüstung wirklich der absolut letzte Schritt zur völligen Ausschließung der Menschenwelt vom Dasein. Wir dürfen aber nicht nur die letzte Stufe abbauen, wir müssen, da der atomare „Sündenfall", die Möglichkeit der Atomrüstung überhaupt, nicht wieder rückgängig zu machen ist, auf allen Ebenen des Denkens und Handelns das Prinzip und die Methode der Einschließlichkeit zum Siege führen.

Die Politiker der höchsten Ebene haben das glücklich erkannt. Helfen wir, daß die Erleuchtung des Gipfels auch auf die hohen und mittleren — provinziellen — Ebenen der Weltpolitik fällt. Stellen wir keine zu engen und speziellen Forderungen![2]). Denn damit verletzten wir schon das Prinzip der Einschließlichkeit. Beharren wir aber um so fester aus unseren Grundforderungen: Existenzwirklichkeit für alle, Atommonopol nur für die US- und SU-Streitmacht, Aufbau der Entwicklungsländer zur Beseitigung der Hauptspannung unserer Welt.

Politisch bedeutet das Phänomen einer Gipfeldiplomatie der Vernunft auch eine Umwertung der Rolle der mittleren und kleineren Staaten in und zwischen den Blöcken. Konnte es früher scheinen, als sei es den sog. neutralistischen Ländern aufgegeben, eine entscheidende Mittlerrolle zwischen den Hauptexponenten der beiden Weltlager einzunehmen und möglichst viele der gebundenen Länder in ihrem Sinn zu beeinflussen, bis schließlich im optimalen Falle beide Blöcke sich in der neutralen Mitte „aufgelöst" haben würden, so muß es nun nach dem Vorgang der Gipfelbesitzer eher umgekehrt laufen: von allen den blockgebundenen Ländern beider Lager ist — wie seinerzeit bei der Anspannung der Verhältnisse — eine besonders strenge Solidarität und Disziplin bei der schrittweisen Ab- und Entspannung der Verhältnisse gefordert, unter Vermeidung aller Spannungsvorgänge, wie sie insbesondere in den Grenz- und Randzonen am beharrlichsten sind. In dieser Korrespondenz der hemisphärischen Disziplinen, in dieser Übereinstimmung der Erkenntnisse und Forderungen auf den höchsten politischen Gipfeln in Ost und West liegt die Gunst der Stunde für unsere studentische Antiatombewegung, die es nun wieder auszuweiten gilt. Der internationale Bereich unserer positiven Aussichten und politischen Beziehungen muß im nationalen

---

[2]) „Keine Obstruktion durch Koppelung lösbarer Fragen mit vorläufig unlösbaren." (Flugblatt der studentischen Atomausschüsse zur Genfer Konferenz.)

Rahmen zu wirkungsvoller Geltung gebracht werden. Wir dürfen auch keinesfalls unerwartete, plötzliche Verbündete verschmähen, die vielleicht gar aus der CDU uns zuwachsen könnten: wir müssen im Geiste der Einschließlichkeit nicht nur um die Existenzerhaltung auch der Atomrüster ringen, sondern denen ihr Gewissen stärken helfen, die es bisher nur dem Kanzler zugestanden und sich selbst davon dispensiert haben. Der Jubel, der Eisenhower in Bonn empfing, war ein Vertrauensvorschuß unseres Bundesvolkes auf die Wirksamkeit der Disziplin, mit der die spannungsfördernden Sonderwünsche unserer Landesführung demnächst zum Stillstand gebracht werden müssen, wenn sie nicht freiwillig darauf verzichtet. Mit unseren Landsleuten im Osten sollten wir zuerst auch auf internationalem Feld parallel- und zusammenarbeiten; das macht nicht befangen und reduziert die Ressentiments; danach können wir uns auch auf deutschem Boden freier wieder begegnen[3]).

International vordringlich aber ist die Hilfe für Algerien, politisch und menschlich. In einer Ironie des Schicksals ist diese Wunde — nicht nur des Westens, sondern der Welt — nahe dem Schauplatz der geplanten Sahara-Atom-Tests gelegen. Helfen wir, beide Katastrophen zu verhindern: die der Ausweitung des Unheils in und vielleicht eines Tages — als Folge der französischen Politik — durch Algerien und den verhängnisvollen Schritt Frankreichs zur Atomrüstung.

Auf längere Sicht ist uns die Bildung eines umfassenden Netzes internationaler Verbindungen mit allen Antiatomgruppen in aller Welt aufgegeben. Auch Länder, in deren politischer Perspektive die Atomrüstung noch nicht aufgetaucht ist, müssen an unserer weltweiten Bewegung teilnehmen. In einer Atmosphäre internationaler antiatomarer Solidarität wird die Konstituierung eines Länder-Clubs der Nicht-Nuklearen am ehesten voranschreiten können.

Zu Ostern 1960 wird in London ein internationaler Kongreß der Studentenbewegungen gegen Atomrüstung stattfinden, auf dem insbesondere die Verhinderung der Atomrüstungen n-ter Länder und die Lage der afro-asiatischen Völker behandelt wird. Die alles einschließende Atomdrohung wird uns zu alles einschließenden Anstrengungen führen, sie zu überwinden.

Linus Pauling nannte die Alternative: Atomkrieg oder Weltregierung. Er empfahl den Eintritt bzw. die Aufnahme aller Staaten in die UNO. Jetzt ist es an der Zeit, alle diesbezüglichen Reserven fallenzulassen: China gehört ebenso in die Weltorganisation wie die beiden deutschen Teilstaaten und die allzu vorsichtige Schweiz.

Wohl haben wir Studenten keine materiellen Mittel einzusetzen. Aber wir können unsere moralischen und geistigen Energien in diesen großen Kampf investieren, unsere Unruhe der in falscher Ruhe und trügerischer Sicherheit sich wähnenden Welt mitteilen, Unkonventionelles unkonventionell begreifen und gestalten, die erstarrten Formen und Fronten von Regierung und Opposition in Bewegung bringen und die Welt ein neues Gesetz der Anpassung lehren: nicht mehr wir Menschen haben uns einer allumfassenden Kriegswirklichkeit einzufügen: vielmehr muß fernerhin alle Wirklichkeit an ihrem Beitrag zur Erhaltung und Gestaltung menschlicher Existenz gemessen und danach gerichtet werden. Diese weltweite Umkehrung des Welt-Mensch-Anpassungsverhältnisses soll uns dereinst von den Extremen atomarer Angst und atomaren Leichtsinns befreien. Die unaufhebbare Last des „atomaren Sündenfalls" wird dann ihr moralisches Gegengewicht finden in einer Tugend, die ständig unser aller atomare Sorge wahrnimmt.

---

[3]) Vergl. Dr. Werner Gerth „Militärische Entspannung ohne Wiedervereinigung?", „Blätter" 7/1959, S. 557.

Pfarrer Hellmut Traub

Die vorgesetzten Mächte

D. Otto Dibelius, Bischof von Berlin-Brandenburg und Vorsitzender des Rates der Ev. Kirche in Deutschland, hat an den Landesbischof Lilje in einem ausführlichen, zwar persönlichen aber weitverbreiteten Schreiben zu dessen 60. Geburtstag die Anfrage und Aufforderung gerichtet, die schwerwiegende und berühmte Ermahnung des Apostels Paulus aus dem Römerbrief (13, 1) neu und „richtig" zu übersetzen. In der Lutherübersetzung lautet sie: Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Ohne Zweifel, diese Frage ist sehr begründet; denn in dem, was Paulus sagt, klingt weder das an, was wir mit „Untertänigkeit" noch mit „Obrigkeit" ohne weiteres verbinden. Der Apostel schreibt nämlich — und der Unterschied springt in die Augen —: Jedermann ordne sich den vorgesetzten Gewalten unter (oder: ein). Trotz aller Problematik, die mit dem im Urtext benutzten Wort (exousiai) gegeben ist, ist diese Übersetzung und ihr Bezug auf die Staatsgewalt, damals die römische, eindeutig und undiskutierbar. Desto unverständlicher und — trauriger ist die Richtung, in welche Dibelius mit seinem Übersetzungsvorschlag weist: Jeder füge sich in die Ordnungen (?!) ein, die von der rechtmäßigen Gewalt eingesetzt sind, oder: Rechtmäßige Gewalt soll bei jedermann Gehorsam finden. Auf dem „rechtmäßig" liegt für Dibelius der entscheidende Ton. Und gerade das — ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit dessen, was man „rechtmäßig" („legitim") auf dem Gebiet der Staatsgewalt nennen kann — steht nun einmal und entscheidend nicht da. Es würde eine willkürliche Eintragung und Veränderung des Bibeltextes bedeuten. Es geht nicht primär um eine Verständnisfrage, sondern bei solchem Vorschlag um eine Veränderung des Textes selber. Damit würde die „Grundlage, ... wie es (das Evangelium von Jesus Christus) in der heiligen Schrift des alten und neuen Testamentes gegeben ist" (Grundordnung der EKiD) angetastet werden.

Wie begründet Dibelius seinen Vorschlag? Er beginnt mit einem kurzen Hinweis auf die Aufgabe der Gewalten. Sie besteht darin, das Gute zu belohnen und das Schlechte zu strafen. Diese begründe das Wesen der politischen Gewalt. Ihre Durchführung — „daß die Machthaber ... belohnen und bestrafen werden" — läßt Dibelius die „Voraussetzung" des Paulus für die staatlichen Gewalten sein. Zu dieser Behauptung kann Dibelius nur deshalb so schnell und ungebrochen kommen, weil er — und das ist wiederum unverständlich und traurig — die von Paulus gegebene eigentliche und entscheidende Begründung der Ermahnung zur Unterordnung übergeht. „Denn", heißt es im Römer-Brief, „es gibt keine Gewalt, wenn nicht von Gott; die faktisch vorhandenen aber sind von Gott geordnet". Es geht in Römer 13 nämlich gerade nicht — das ist die eindeutige Voraussetzung des Verständnisses dieser Welt — um eine christliche Staatslehre, sondern um die Verkündigung, daß Gott in seinem in Christus an der ganzen Welt geübten Erbarmen staatliche Gewalt in der Welt aufgerichtet hat. Daraufhin blickend und so um Christi willen gilt es, sich unter- und einzuordnen und nicht zu widersetzen; letzteres würde nämlich heißen, sich der Anordnung Gottes selber widersetzen. Indem Dibelius diese eine und echte Begründung des Gebotes, sich unterzuordnen, stillschweigend übergeht, ja übergehen will, kann er direkt in der „Aufgabe" der staatlichen Mächte ihr Wesen, und in deren Durchführung ihre Legitimität festsetzen. Durch diese Auslassung ist er in der Lage, das Gebot unmittelbar von einer handzuhabenden christlichen Staatslehre abhängig zu machen.

Keiner sollte meinen, daß es sich bei diesen beiden Willkürlichkeiten lediglich um den kirchlichen oder theologischen Bereich handele. Was sich hier zeigte, sind die eigentlich entscheidenden und auch in ihrer Bedeutung katastrophalen politica. Das zeigt sich an den dann folgenden breiten Ausführungen: die Begründung für den Vorschlag des Bischofs stammt nämlich aus der Sphäre politischer Urteile.

In der Begründung geht Dibelius von dem Begriff der „Obrigkeit" aus. Er stellt fest, daß es sie („die Sache, die das Wort bezeichnet") „heute in Deutschlind nicht mehr gibt". Denn heute geht es „um das System", die Demokratie, „die sich auf Parteien aufbaut". In ihm gibt es nur „gebrochene Autorität". Wir beachten gleich, daß Obrigkeit von ihm mit Autorität identifiziert wird. Im totalen Staat aber, den Dibelius sofort mit der DDR gleichsetzt, wäre es „ein Hohn auf die deutsche Sprache", das Wort Obrigkeit, „so wie der Deutsche das Wort empfinden muß", für die Machthaber zu benutzen. Während Dibelius, wenn auch nicht Obrigkeit, so doch das, was Römer 13 steht, für die Demokratie gelten lassen will, so kann es sich in Bezug auf den totalen Staat nur „um die Frage handeln, ob und wieweit Römer 13, so wie es Paulus geschrieben hat — nicht wie es L u t h e r übersetzt hat! — auf diese Machthaber noch angewandt werden kann!" Abgesehen davon, daß es doch wohl um Paulus und nicht um die Übersetzung oder Luther geht, so bleibt die Echtheit dieser „Frage" unklar; denn 5 Zeilen zuvor schrieb Dibelius in bezug auf den totalen Staat: „Das ist die radikale Verneinung von allem, was Römer 13 geschrieben hat". Und dasselbe wiederholt er 3 Seiten später. Eine „Frage" scheint demnach doch nicht für ihn zu bestehen. Nochmals: unter dem totalen Staat versteht er konkret die DDR, so, daß er für sie konsequent die Ermahnung der Unter- und Ein-Ordnung unter die staatlichen Gewalten nicht gelten lassen kann. Er demonstriert das dann auch freimütig und breit an dem Beispiel einer Übertretung der Verkehrsordnung.

Was ist für Dibelius nun die „Obrigkeit"? Obrigkeit — „begnadetes Sprachgefühl wählte das Wort", „der Reformator, wie er leibt und lebt!", ohne die „Nüchternheit" der Engländer; ein „schönes" Wort, in dem „Seele und Gemüt" ist — kennzeichnet Dibelius als etwas, was man „nicht machen kann". Er vergleicht sie mit der väterlichen Autorität. Er übernimmt ungeprüft die bedenkliche Verbindung der Obrigkeit mit dem 4. Gebot (Du sollst Vater und Mutter ehren). Sie ist das, das einfach „da ist" und „wir müssen uns ihr willig beugen". „Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, Kurfürst von Brandenburg ... Das ist Obrigkeit!" Es bleibt hier vieles völlig unklar, was sich Dibelius denken mag: Z. B. sagt er, Paulus sei „kein Positivist" — er sagt das freilich gegenüber der DDR! — was heißt aber: „sie (die Obrigkeit) ist da"? oder: Er nennt auch die „Türken" als mögliche rechtmäßige Obrigkeit, behauptet dann aber (wiederum gegenüber der DDR), daß die Obrigkeit „bewußtes Werkzeug Gottes" sein müsse? und die Türken? „Dahinter steht, durch alles hindurchscheinend, Gottes Wille". Wirklich, auch bei den Türken? Und was soll das heißen: „hindurchscheinend"? Es scheint hier unmöglich, wirkliche Klarheit dessen zu erreichen, was der Bischof im Sinn hat. Nur eines ist klar: hier schlägt sein Herz; hier, bei solcher „Obrigkeit" ist für ihn das, worum es im Römerbrief geht, weitgehend vorhanden.

Aber solche Obrigkeit gibt es heute nicht mehr in Deutschland. „Nur die Kirche, altmodisch, wie sie glücklicherweise ist, bewahrt das Wort noch ..." In der Demokratie gibt es keine Obrigkeit; denn dort gibt es die die Staatsordnung aufbauenden Parteien. Und die von ihnen gesetzten Machthaber handeln oft so, daß „ich tun werde, was ich kann, daß ihr bei der nächsten Gelegenheit von euren Thronen herunterkommt!" So ist hier dem Begriff der Obrigkeit „die

Autorität im alten Sinne" herausgebrochen; denn solches eben geschilderte Verhalten geht mit Autorität nicht Hand in Hand. Er spricht konkret: „Der Regierende Bürgermeister von Berlin, wenn er zu einer anderen Partei gehört als ich, kann für mich nicht in dem Sinne Autorität sein, wie es für Martin Luther der Kanzler Brück war und der Kurfürst, der hinter seinem Kanzler stand". Im weiteren versucht Dibelius dann die voll anzuerkennende Staatsautorität von der schwächlichen Autoritätsstellung der einzelnen Träger zu unterscheiden. Was jeder „in seinem Amt ist ..., das ist er durch die Mächte, die hinter ihm stehen". Und deshalb „geht es um das System". Aber dieses System ist nur gebrochene Autorität und so für ihn nicht voll Obrigkeit, bzw. das, was er als Obrigkeit bezeichnet wissen möchte.

Obgleich Dibelius das eigentliche Problem erst bei der Frage nach der Unterordnung im totalen Staate sieht, so scheint mir schon in diesen Ausführungen zum Verhalten des Christen in der Demokratie die wichtigste Entscheidung zu fallen. Wir stellen einige Fragen: Geht es wirklich bei der Demokratie um eine Staatsordnung, „die sich auf Parteien aufbaut"? Sind diese nicht vielmehr, wie immer sie auch sein mögen, nur das Mittel, die Beteiligung des einzelnen Volksgliedes an der Staatsmacht und der staatlichen Verantwortung zu ermöglichen und sicher zu stellen? Ist es gerade diese Beteiligung, die für Dibelius die Anwendung des Begriffes „Obrigkeit" hier fraglich macht, sollte denn das etwa für ihn auch für die echte biblische Ermahnung in Römer 13 gelten? Oder sollte es gerade bei der Ermahnung zur Unter- und Ein-Ordnung rechtverstanden um eine solche echte Beteiligung gehen? Sind die jeweils Regierten nicht immer, so oder so, und zwar unvermeidlich, auch aktiv Beteiligte? Und steht der Staat mit seinen Mächten, wie auch immer, neben der Gemeinde im Raum der Herrschaft Christi? Vielmehr aber und entscheidend: Ist nicht die Frage: „Wie kann jemand, auf dessen Sturz ich hinarbeite, für mich Autorität sein?" einfach falsch gestellt? Denn es geht ja bei dem Gebot der Unterordnung gar nicht primär um die Frage der Autorität — sie ist hineingetragen —, sondern um die Unterordnung. Diese Unterordnung ist nicht um der Autorität von jemandem zu üben, sondern allein um Christi willen! Die Frage zuerst nach der Autorität zu stellen, beruht auf dem oben angezeigten Mißgriff: die paulinische Begründung des Gehorsams in der gnädigen Anordnung Gottes übergangen zu haben. Es scheint mir, daß man, wenn man schlicht die Ermahnung zur Unter- und Einordnung im Auge behalten hätte, auch das Verhältnis zwischen Regierung bzw. Mehrheit und Minderheit in einem ganz anderen Licht erkennen könnte, in einem Licht, das dann auch hintennach die Autorität als eine Frucht hätte erwachsen lassen können. Wo sie aber den Ausgang bilden sollte, kann sie nur zum Verderben gereichen. Dieser Verderb zeigt sich schon dort an, daß man unter dem Einfluß des Luthertums bei der „Obrigkeit" fast nur an die vollziehende Gewalt gedacht hat, wie es auch Dibelius dem Paulus als „offenbar", aber doch zu Unrecht unterstellt.

Zu der letzten Reichspräsidentenwahl erschien ein Aufruf von Horst Michael, der unter der Überschrift: „Der Reichspräsident ist Obrigkeit" die Wahl des noch amtierenden — als „Obrigkeit"! — Reichspräsidenten, nämlich Hindenburgs, propagierte. Gerade mit solcher Aufforderung war das von der Bibel geforderte Sich-Unter- und Einordnen unter die Staatsgewalt und so die freie und verantwortliche Beteiligung des Christen vertan zugunsten eines statischen und toten Autoritätsverhältnisses. Im Prinzip ist mit dem Obrigkeitsbegriff „ungebrochene Autorität" der Demokratie die Axt an die Wurzel gelegt — schlimmer, ist die Kraft der biblischen Ermahnung zerstört.

Es ist mir deshalb letztlich nicht ganz klar geworden, was Dibelius dann, wenn er wirklich als rechte Obrigkeit das gelten lassen will, was einfach „da ist", auch

wenn sie „von schlechten Menschen dargestellt wird" oder von ungläubigen „Türken", von dem totalen Staat so böse reden lassen kann. Man denke an die absoluten (z. T. bewußt gottlosen) Obrigkeiten des XVIII. Jahrhunderts, von denen doch gilt: „Für die herrschende Klasse — nicht für den Menschen als solchen! — ist es wichtig, daß eine gewisse Ordnung herrscht. Wenn jeder geht und fährt und baut und Geschäfte macht, wie er will, dann ist diese Herrschaft nicht aufrecht zu erhalten. Deshalb — grundsätzlich n u r deshalb! — muß Ordnung sein". Und das ist für Dibelius die Zeichnung der DDR.

Für die Frage nach dem Sich-Unterordnen unter die staatlichen Mächte im totalen Staate sieht Dibelius das Kriterium darin, daß „die Ordnung, die die Machthaber im Auftrag Gottes aufrechterhalten, durch die Gebote Gottes bestimmt sein muß, bewußt oder unbewußt, daß sie legitime Ordnung sein muß . . ." Die Legitimität der Ordnung läßt er durch die Gebote Gottes bestimmt sein. Er denkt dabei an Verse in Römer 13: Willst du dich vor der Obrigkeit nicht fürchten, dann tue das Gute, und du wirst Lob von ihr haben. Gottes Dienerin ist sie für dich zum Guten. Wenn du aber Böses tust, so fürchte dich; denn nicht umsonst trägt sie das Schwert . . . Das „Gute" und das „Böse" heißt es freilich dort. Dibelius aber sagt: in der Heiligen Schrift steht klar und deutlich für jedermann, was gut und böse ist. Da gibt es kein Schwanken, kein Problem. „Und Nicht-Christen und Nicht-Juden wissen es auch". Man könnte solcher Beweisführung gegenüber zunächst einmal faktisch fragen wollen: Wußte denn die römische Staatsmacht, der gegenüber Paulus die in ihr den Antichrist sehenden Christen zur Unterordnung aufruft, etwas vom Gebot Gottes? Wollte sie „bewußt" Dienerin sein? Woher sollte denn überhaupt eine staatliche Macht als solche etwas von dem Gebot Gottes wissen? Doch bleiben solche Fragen zweitrangig dem gegenüber, daß es hier um die Verkündigung von Gottes Erbarmen geht, der in dieser Welt mit den staatlichen Mächten ein Signal seines Zorngerichtes aufgerichtet hat und damit auch seiner Haltung und Bewahrung vor allem Chaos. Es geht um den Trostbefehl Christi an die Seinen, — an die Seinen unter den Römern, wie ehmals unter den Assyrern und nachmals unter den Franken und den absoluten Regenten und worunter auch immer.

Diese erbarmende Tröstung sagt den C h r i s t e n : wenn du das Gute tust, brauchst du dich nicht zu fürchten. Sie sagt ihm zu: auch die staatlichen Mächte stehen in Christi Herrschaft und Reich. Sie ermahnt sie d e s h a l b , nicht in Distanzierung zu existieren. Sie gibt ihnen — und darin ist sie so tröstlich und so kräftig — nicht das göttliche Richteramt über das, was „gut" und was „böse", in die Hand, sondern ihnen, den Christen, das Lebensgebot. Das schenkt mit s e i n e m ‚Du sollst' oder ‚Du sollst nicht' die Grenzen des Tuns — und zwar i n n e r h a l b dieser staatlichen Mächte. Von dem Gehorsam gegen sie und dem Gebet für sie wird aber der Christ niemals entbunden sein können. Es kann nur gefragt sein und muß ständig — wo auch immer — neu gefragt werden, in welcher Gestalt dieses Sich-Unterordnen vollzogen sein muß. An dieser Stelle, im festen Halten der Weisung zur Unterordnung und des Betens für die „Obrigkeit" war es freilich nötig, daß guter Rat erteilt worden wäre. Denn „wir dürfen nicht darum beten und wir dürfen es auch nicht wollen, daß uns der Gehorsam gegen Gott auch in diesem weltlichen Bereich . . . erspart bleibe" (B a r t h).

Weil dieses verfehlt ist, ist in der Schrift des Bischofs alles verfehlt. Aus der christlichen Verkündigung ist hier letztlich wirklich eine „bourgeoise Vorstellung", wie er selber sagt, geworden — übrigens aber nicht eine „zweitausendjährige"! Deshalb ist das Beispiel von der Überschreitung von Verkehrsvorschriften, die Dibelius im Westen mit schlechtem Gewissen vornehmen würde, im Osten würden aber solche Vorschriften „keine verpflichtende Kraft" hierfür

haben, „weil ich es nicht für legitim erachten kann, nicht nur peinlich, sondern auch, es muß so gesagt sein, gefährlich und böse. Deshalb ist die folgende Charakteristik der „sozialistischen Sittlichkeit": „... Die christlichen Begriffe von gut und böse sind überholter Plunder. Lügen ist gut, wenn das Regime davon Vorteil hat; es ist schlecht, wenn es den Machthabern schadet. Treubruch wird belohnt, wenn er im Interesse des Staates liegt; er wird bestraft, wenn er dem Staate Nachteil bringt. Und dies alles ... als Norm, als Regel, als Grundsatz ..." — nicht nur unklug, sondern einfach blind. Gerade der, der Römer 13 im Ohr hat, wird — ohne gut böse, und böse gut zu nennen — a n d e r s, ich möchte sagen: g e s c h l a g e n e r den großen geschichtlichen Ereignissen und Mächten gegenüberstehen. Er würde an ihnen erschrecken vor der eigenen Schuld, der Schuld der Christen — gerade derer, die Römer 13 zu einer Autoritätsobrigkeit verzauberten — und das nicht allgemein und in Erklärungen, sondern in der konkreten Situation. —

Zuletzt noch eine Anmerkung zu der Anklage, daß die Anordnungen des totalen Staates „unter bewußter Ausschaltung Gottes" erlassen sind. Wir möchten fragen: Ist d a s Christentum, das damit rechnet, Gott könne „ausgeschaltet" werden? Aber ebenso: ist das Christentum, das meint, mit dem sog. „christlichen Staat" entgegen auftrumpfen zu können? Gott ist nicht in den Händen der staatlichen Machthaber, weder so noch so! Ist es denn nicht schon lange an der Zeit, sich zu überlegen, ob nicht die „bewußte Ausschaltung Gottes" von Seiten derer, die ja wirklich nicht an ihn glauben und glauben zu können meinen, besser sein dürfte als der falsche Zauber eines christlichen Staates, der den k o n k r e t e n Anspruch Christi zugunsten seines Machtwillens ebenso zur Seite schiebt? Und sollte nicht bekannt sein, daß auch eine gottlose Obrigkeit gutes Weltregiment sein kann? Luther wußte das wenigstens. — „Bewußtes Werkzeug Gottes" — schaudert uns Christen nicht, wenn wir allein an — uns denken! Welches Gesetz wird hier auferlegt! Paulus aber verkündet die g u t e Botschaft, eine Siegesmeldung, das Evangelium, in dessen Kraft auch die staatlichen Mächte Gottes Diener sind — von Gott so geordnet und nicht von uns als solche zu messen. Unter ihnen werden die Christen „mit der Gewalt und dem Recht ihrer Bedürftigkeit, ihres Lebens aus dem göttlichen Erbarmen" leben.

Inzwischen hat der Bischof Lilje in seinem Sonntagsblatt eine (wenn auch nicht ausdrückliche, so doch) offensichtliche und bestimmte Absage erteilt, ebenso ist eine scharfe von Dozenten, Professoren und Pfarrern aus Berlin und Brandenburg erfolgt und anderen mehr. Trotzdem ist hier nochmals darauf eingegangen worden, nicht in der Meinung, Besseres zu bieten, sondern unter dem Druck der Verständnislosigkeit gegenüber diesem Schreiben in dieser unserer Notlage und der tiefen Trauer. Da es um die Sache geht, werden wir, jeder an seinem Fleck, nicht müde werden dürfen, erneut die Verkündigung zu hören, sie zu bedenken und sich, von ihr getröstet, uns frei und kräftig beteiligt zu wissen auch an dem weltlichen Werk des Staates.

Johannes Weidenheim

Ein dunkler Engel wirft Schatten

Über der Bundesrepublik Deutschland kreist der Engel der Schande. Wohin sein Schatten fällt, lähmt er alle die schönen sittlichen und politischen Kräfte, die sich vor noch nicht einmal anderthalb Jahrzehnten (oder ist es schon eine Ewigkeit her?) aus Ruinen, Hunger und Elend aufmachten, um aus diesem Deutschland ein für allemal ein Land der Humanität zu formen.

Hier ist die neueste Geschichte zum Beweis dessen, wie wenig das gelungen ist und wie sehr wir noch, sobald wir Zustände außerhalb unseres Landes kritisieren, dem Mann vergleichbar sind, der mit Steinen wirft, obwohl er in einem Glashaus sitzt:

Am 13. April 1945 faßten sich zwei Bürger der schönen Stadt Schwäbisch Gmünd in angeheitertem Zustand ein Herz und riefen auf offener Straße die Worte: „H i t l e r verrecke! Es lebe Oberst S t a u f f e n b e r g ! Es lebe die Freiheit!"

Die Freiheit stand in Gestalt der anrückenden alliierten Truppen schon vor der Tür, aber die beiden Bürger sollten sie nicht mehr erleben: Der Kreisleiter von Schwäbisch Gmünd, ein gewisser O p p e n l ä n d e r , ließ sie für diese Worte auf eigene Faust und ohne Gerichtsverfahren erschießen.

Aber, so höre ich sagen, wen interessiert denn so etwas heute noch? Was ist in jenem furchtbaren April 45 in Deutschland nicht alles passiert! Es war schließlich nicht nur Krieg, sondern sogar schon Kriegs-Kehraus, und in solchen chaotischen Verhältnissen ...

Moment: Wir reden hier nicht von den Dingen, die „damals passiert", sondern von denen, die „heute noch Ereignis" sind. Und der Fall Oppenländer ist heute noch Ereignis:

Kreisleiter Oppenländer war bis 1937 L e h r e r , zuletzt sogar Rektor gewesen, — nun, und heute ist er eben wieder Lehrer — um es nur ja gleich zuzugeben —, und zwar nicht irgendwo in der ägyptischen oder argentinischen Emigration, sondern im gleichen lieben Musterländle, in dem er damals zwei Menschen erschlagen hat.

Oppenländers Glück: daß er sich an Menschen, nicht aber am eigentlichen Heiligtum unserer spätbürgerlichen Restauration vergriffen hatte: am Geld. Vor wenigen Jahren las ich von einem Lehrer bei uns, der hatte als Kassier eines Vereins irgendeine vierstellige Summe veruntreut. Er wurde ganz folgerichtig eingesperrt und für immer der Schule verwiesen, und ich glaube auch durchaus nicht, daß man einen solchen Übeltäter je wieder auf unsere Jugend loslassen wird. Der zweifache Totschläger Oppenländer hingegen — — Doch wir wollen nichts verschweigen: B e a m t e r ist auch er nicht wieder geworden, o nein, das hätte unser Berufsbeamtenethos nie zugelassen; die Besoldung nach A 4 c 2 mit Pensionsanspruch und so weiter ist verwirkt, ein für allemal, Ordnung muß sein, und so finden wir den Mann denn als kleinen A n g e s t e l l t e n am Werk, der sich, gesellschaftlich genau abgesetzt, wie das bei uns nun einmal so ist, mit einer Besoldung nach der TOA und dem Damoklesschwert des Kündigungsrechts über seinem Haupt begnügen muß.

Was das allerdings w i r k l i c h , im Wirken, im Einwirken auf die Jugend und in der verantwortlichen, selbständigen Führung einer Schulklasse für einen Unterschied machen soll, wird uns und den Schülern, um die es geht, wohl kaum jemand verständlich machen können; Lehrer bleibt Lehrer, ob als Beamter oder als Angestellter. Und wer weiß: wäre Oppenländer nicht schon ein Jahr vor sei-

ner Bluttat — genau: im Mai 1944 — auf eigenen Antrag aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden — wahrscheinlich doch, um ganz und für immer nur der Partei zu dienen —, hätte er, wie zahlreiche andere Beispiele lehren, nicht einmal den Genuß der Versorgungsansprüche einzubüßen brauchen.

Aber was reden wir hier immer von Oppenländer! Um ihn geht es im Grunde gar nicht, und wenn die Presse die Sache als „Fall Oppenländer" deklariert, so ist das vollkommen falsch. Es ist ein „Fall Landesregierung" — nicht der erste, auch nicht einer, der nur in Stuttgart hätte passieren können — und etwa in Düsseldorf nicht —, und wahrscheinlich auch nicht der letzte (wo sollen wir diesbezüglich Optimismus hernehmen? Etwa aus unseren Erfahrungen?).

In einem Rechtsstaat muß auch ein Totschläger nach verbüßter Strafe wieder eine Chance bekommen — selbst wenn er nicht bereut hat. Kann sein: Oppenländer hat bereut; dann hätte er auf Weiterleben, auf Arbeit und Brot sogar einen moralischen Anspruch. Ihn aber an die Schule zurückzulassen, an die Stätte, die uns um unserer Zukunft willen die sauberste, heiligste zu sein hat, ist eine Schande, eine Perversion, eine Barbarei.

Denn nicht nur, daß dieser Lehrer getötet hat, — er hat für das Bekenntnis getötet: „... Es lebe Graf Stauffenberg!" Damit hat er auf den Geist des 20. Juli schießen lassen, auf den aus christlichen und sozialistischen Strömen genährten Widerstand gegen den Unmensch, — also auf den einzigen hellen Fleck in der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945, auf den ein deutscher Lehrer heute — sofern er sich nicht überhaupt davor drückt — bei der Behandlung jener Periode seine deutschen Schüler verweisen kann, um die Ehre der deutschen Väter vor ihren Söhnen wenigstens teilweise zu retten.

Dürfen diejenigen, die einen solchen Reaktionär wieder in die Schulstube gelassen haben, sich wundern, wenn sie in den Verdacht geraten, sie hielten ganz im stillen alle die öffentlichen Weihereden zum 20. Juli vielleicht doch nur für erlauchtes Geschwätz?

Kreisleiter Oppenländer war am 1. Dezember 1947 wegen zweier Verbrechen der Tötung zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, wegen „guter Führung" aber bereits 4 Jahre und 15 Tage danach wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Mag einem die Aufeinanderfolge der Termine schon hier etwas rasch erscheinen, so wird sie im nächsten Akt dieses Trauerspiels noch um ein Vielfaches übertroffen: Am 2. Februar 1956 hat Oppenländer ein Gnadengesuch an das Stuttgarter Justizministerium gerichtet mit der schlichten Bitte, ihm die „Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter" zurückzugeben — und schon am 19. März (nicht etwa des folgenden, sondern des gleichen Jahres), also 6 Wochen danach, wurde ihm seine verloren gegangene „Fähigkeit" im Wege der Gnade wieder verliehen!

Diese affenartige Geschwindigkeit ist eigentlich das Unerhörteste, das Unheimliche an dieser sonst keineswegs einmaligen Geschichte. Es war eben wieder Oppenländers Glück: mit irgendeinem anderen Antrag — zum Beispiel auf Festsetzung der Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich oder gar auf Wiedergutmachung — hätte er das Tempo unserer Behörden von einer ganz anderen Seite kennen gelernt.

Und schließlich war es Oppenländers Glück, daß der Staat Lehrer brauchte: der „Entlausungsschein" des Justizministers verschaffte ihm auch beim Kultusminister Gehör, und so ist der Mann also wieder Lehrer geworden, — ein kleiner Volksschullehrer zwar nur, aber man kann es drehen und wenden, wie man will: gerade der kleine Volksschullehrer gehört zu den wichtigsten Persönlichkeiten eines Staates. Was der unten verbockt, macht oben die schönste demokratische Verfassung nicht wieder wett.

Aber Oppenländers Glück wird Oppenländers Unglück werden: Die Geschichte ist ans Tageslicht gekommen, und der Mann wird nun kaum noch Ruhe finden. Man wird darüber schreiben, man wird mit dem Finger auf ihn zeigen, man wird untersuchen, man wird den Brunnen, in den das Kind gefallen ist, zudecken, und man wird den kleinen Volksschullehrer entlassen — so hoffen wir, so fürchten wir aber auch, denn man wird nur i h n entlassen, obwohl er längst nicht mehr der Hauptschuldige ist. Die Hauptschuldigen sitzen anderswo — und auf alle Fälle weiter oben.

Dr. Hans-Heinz Holz

Selbstbewußtsein und Krise des Liberalismus

II. Teil*)

III.

a) Die liberale Freiheitsidee, wie wir sie im vorigen Heft dargestellt haben, ist die Basis der bürgerlichen Gesellschaftsbildungen gewesen. Sie liegt der französischen Revolution ebenso zugrunde wie den us-amerikanischen Staaten und der US-Bundesverfassung[34]). Die verfassunggebende Versammlung der Paulskirche war davon inspiriert, und die Schöpfer des Grundgesetzes der Bundesrepublik (das allerdings nicht so demokratisch ist, wie es scheinen möchte[35]), weil es für illiberal-undemokratische Machinationen genügend Spielraum läßt) folgten in vielem ihrem Beispiel, waren ja auch zum Teil Liberale der Gesinnung und der Parteizugehörigkeit nach. Die Verfassungstexte fixieren indessen einen historischen Status der bürgerlichen Gesellschaft, der nicht mehr der gegenwärtige ist. Die Ideologie bleibt hinter der gesellschaftlichen Wirklichkeit zurück. Im Herzen der liberalen Struktur des bürgerlichen Staates entstehen zutiefst illiberale Tendenzen und Kräfte. Diese sind nicht etwa Wirkungen der traditionellen Gegner der Liberalität, sondern Konsequenzen der bürgerlich-liberalen Ökonomie und Politik. Hier entsteht ein Widerspruch in der politischen Doktrin des Liberalismus, aus dem heraus der Liberalismus heute notwendig in eine Krise geraten ist. Die liberale Doktrin ist Aporien ausgesetzt, die es nun zu untersuchen gilt.

1. Jede rechtsstaatliche Ordnung, in der allein auch die liberale Freiheit verwirklicht werden könnte, ja die deren Bedingung ist, drängt zur Institutionalisierung der in ihr und durch sie geordneten Beziehungen. An die Stelle frei und verantwortlich tätiger Mitbürger treten dann die Untertanen, deren Verhältnis zueinander und zum Staat mannigfachen Regulierungen unterworfen ist, durch welche ihre Selbständigkeit gehemmt wird. Diese Verfestigung menschlicher Aktionen zu Institutionen wird durch die komplexe Struktur der modernen technifizierten Wirtschaft noch verstärkt. Die Konzentration großer Massen von Menschen in Industriebezirken erfordert eine hochgezüchtete Organisation, die nun ihrerseits selbständig funktioniert und für die die Individuen nur mehr Glieder des Verbandes sind, in dem sie stehen. Die Produktionsbedingungen der Groß-

*) I. Teil in Heft 8/59

industrie lassen diese zu einem Staat im Staate werden, dessen Leitung von den in sie eingegliederten Individuen nicht mehr übersehen, geschweige denn kontrolliert oder mitbestimmt werden kann. Man denke etwa daran, wie auf der Basis riesiger Betriebe (z. B. Krupp, Farbwerke Hoechst, Bayer Leverkusen, Siemens) eigene Städte entstanden sind, deren Existenz ausschließlich vom Wohl und Wehe der betreffenden Unternehmen abhängt. Nicht nur, daß dieses Zusammenleben von Angehörigen des gleichen Werkes einen ungeschriebenen Kodex von Verhaltensformen schafft, aus denen der einzelne unter Gefahr der Isolierung und damit der Schädigung seines beruflichen Fortkommens nicht ausbrechen darf: die Freiheit beruflicher Entfaltung steht hier der Freiheit der Entfaltung individueller Besonderheiten im Wege, wie man dies nur im Mittelalter, vielleicht noch in der bürgerlichen Kleinstadt gekannt hat; es ist verderblich, ein „outcast" zu sein. Diese Herausbildung eines neuen strengen Kodex ist gegen Karl-Hermann F l a c h festzuhalten, der meint: „In der Anonymität einer modernen industriellen Massenansiedlung beispielsweise hat der einzelne mehr Raum zur spezifisch eigenen Lebensgestaltung als innerhalb einer Kleinstadt oder einem Dorf, wo sich die alten Bindungen länger erhalten haben. In der Masse kümmert sich niemand darum, wie einer gekleidet geht, womit er seine Freizeit verbringt, was er seine Kinder lehrt, ob eine Hochzeit standesgemäß gefeiert wird oder im kleinen Kreise. Der Mensch genießt weitgehend die Freiheit gegenüber bestimmten Gesellschaftskonventionen." Dieses Bild traf zu Beginn der Großstadtentwicklung zu, gilt heute aber nur noch sehr begrenzt.

Doch das ist nur der eine Aspekt. Der andere ist der, daß ein freiwilliges Ausscheiden aus solchen übergreifenden Verbänden nur noch sehr schwer möglich ist. Man kann dabei ruhig den Extremfall außer acht lassen, daß einige Unternehmen bereits dazu übergegangen sind, ihre qualifizierten Kräfte durch hohe Kautionen und Konventionalstrafen an sich zu fesseln. Die Bindung, die durch werkseigenen Wohnungsbau, Einzahlungen in werkseigene Versicherungskassen, Aussicht auf Altersversorgung, Vorfinanzierungen und Kreditwesen innerhalb des Betriebes entstehen, hemmen entscheidend die Freizügigkeit. All das sind echte soziale Errungenschaften, denen keineswegs ein illiberaler Geist zugrunde zu liegen braucht, die vielmehr einer durchaus liberalen Sozialität entspringen mögen, aber in der Tat zu einer Einschränkung der liberalen Freiheit führen.

Mit dem Anwachsen der Zahl derart organisierter Menschen wird auch die Berücksichtigung ihrer Individualität in immer geringerem Maße möglich. Das Ordnungsschema überwuchert die Einzelfälle, auf die es angewandt werden muß. Zur Massengesellschaft gehört wesensnotwendig die Bürokratie, gleichgültig, auf welcher Gesellschaftsstufe Massen organisiert werden[36]). Das Paradox entsteht, daß die zur Sicherung der Freiheit aufgewendeten Mittel die Freiheit selbst ersticken. Das bürokratische System hat sein Eigenleben[37]). Das gilt gleicherweise für die Bürokratisierung des Staatsapparates wie für die der Wirtschaftsunternehmungen. Ausdruck dieses Zustandes ist die Statistik als Kontrollorgan sozialer, d. h. die menschliche Gemeinschaft betreffender Maßnahmen. Diese Feststellung ist nicht kritisch gemeint: es gibt einen Zustand der Vergesellschaftung, in dem die Statistik normative Funktionen übernehmen muß; nur widerspricht ein solcher Zustand eben dem liberalen Freiheitsbegriff, obwohl er aus seiner Praxis hervorgeht. Insonderheit läßt die bürokratische Schematisierung der Gesellschaftsvorgänge der gesellschaftlichen Initiative des einzelnen keinen Raum mehr. Private und gesellschaftliche Initiative können nicht mehr zur Dekkung gebracht werden. Das Beispiel kleiner Kommunen lehrt uns, wie eine solche Deckung, wie individuelle Abweichungen von den großen Schemata aussehen können, welch lebendiges Bild demokratischer Entfaltung möglich ist, wo die

Organisation das Individuum noch nicht verschlungen hat. Zugleich lehrt uns aber auch die Reaktion der institutionellen Träger des Gesellschaftslebens auf solche Abweichungen von der Schemanorm, wie beschränkt die Möglichkeiten liberaler Freiheitsentfaltung (selbst innerhalb liberaler Parteien, die hierin, wenn auch zögernd, dem Zug der Zeit folgen) sind[38]).

Dem einzelnen bleiben so wenig Chancen zur verantwortlichen Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Er muß sein Recht auf Mitgestaltung, das ihm die bürgerlichen Revolutionen erkämpft haben, an Organisationen delegieren — an Parteien vor allem, an Gewerkschaften und sonstige Verbände, die zum Teil partielle Interessen vertreten[39]). Die Ausübung der delegierten Macht ist dem Einfluß und der Kontrolle des einzelnen weitgehend entzogen. Selbst der Schematismus der Wahl läßt ihm kaum eine Wahl — denn die Gesetze des politischen Machtkampfes vor Abstimmungen erfordern solche Aufwendungen, daß nur wohl organisierte Gruppen überhaupt Aussicht auf Erfolg haben. So bleibt dem Wähler immer nur dasselbe kleine Angebot, es gibt für ihn kaum eine Möglichkeit der Variation, darum auch nur eine geringfügige Variabilität im ganzen. Die Demokratie wird zur Institution der Parteienherrschaft, bei der der einzelne ebenfalls nur noch statistischen Belang hat.

2. An den Parteien, aber keineswegs nur an ihnen und nicht einmal zuvörderst an ihnen, zeigt sich die Gefahr der Machtzusammenballungen. Die Koalitionsfreiheit führt dazu, daß bestimmte Sonderinteressen sich über das gerechtfertigte Maß hinaus durchsetzen können. Der Einfluß der Industrieverbände, der Gewerkschaften, der Bauernverbände übersteigt bei weitem ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung, auch ihren Anteil am Gesamthaushalt der Nation. Welche Bedeutung wenige Großbanken, bei denen die Kapitalmacht liegt, welche bestimmende Funktion einige Großkonzerne, Trusts und Kartelle besitzen, braucht hier nicht mehr belegt zu werden. Dagegen schützen auch keine Antitrust- und Kartellverbotsgesetze. In weiteren Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist der Wettbewerb einschneidend eingeschränkt, wenn nicht gar ausgeschlossen. Und zwar nicht durch staatliche, dirigistische Maßnahmen, sondern durch Gruppenbildungen innerhalb der freien Wirtschaft selbst. Die behinderte Wettbewerbsfreiheit versetzt dem Liberalismus alter Prägung einen vernichtenden Schlag. Zugleich aber sind diese Machtzusammenballungen im politischen und ökonomischen Bereich eine schwere Beeinträchtigung der politischen Freiheit des einzelnen. Die Lobby regiert, nicht mehr der Wähler.

3. Hand in Hand geht damit die Meinungslenkung. Echte Meinungsbildung beruht auf zwei Faktoren: Kenntnis der Tatsachen und Urteilsfähigkeit hinsichtlich der Tatsachenbewertung. Die Urteilsfähigkeit ist nicht naturgegeben, sondern muß geschult werden in der Auseinandersetzung mit Argumenten pro und contra. Tatsachenkenntnis und Argumentationen, die nicht an Vorurteile appellieren (oder diese wecken), sondern auf prüfbaren Gründen und Schlüssen beruhen — das sollte eine Presse, die nicht nur frei ist, sondern auch für die Freiheit wirkt, dem Leser bieten. Stattdessen haben sich Interessengruppen aller Art der sogenannten Massenmedia bemächtigt. Angefangen von der Ablenkung der Interessen des Staatsbürgers auf Belanglosigkeiten (man absorbiert damit sein Aufnahmevermögen) bis zur werbetechnisch raffinierten Überredungskunst, mit der Meinungen erzeugt werden sollen, sind Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film usw. zu Instrumenten im Dienste interessierter Gruppen geworden. Gewiß gibt es immer noch Möglichkeiten einer differenzierten Meinungsbildung; es besteht in den Demokratien keine (oder nur eine sehr hintergründige) Lenkung der Informationsmittel. Wohl aber erzeugen bestimmte Verhältnisse einen Konsens, der sich dann unter dem Anschein differenzierter Darstellung dem Publikum um

so fester aufprägt. Denn auch die unabhängigsten Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung unterliegen dem Zwang der Rücksichtnahme auf Geldgeber, staatliche Instanzen, Kirchen usw., so daß sie bereits in der Auswahl der Tatsacheninformation einer offiziös gewünschten Sprachregelung unterliegen. Es wäre ein Irrtum zu meinen, daß Konkurrenz (etwa zwischen mehreren Rundfunk- und Fernsehanstalten) diese Situation bessern könnte. Denn auch die konkurrierenden Unternehmungen wären auf die nämlichen Hintergrundsmächte angewiesen. Ein als Körperschaft des öffentlichen Rechts wohl ausgewogenes Rundfunkmonopol mit allerlei institutionellen Regulativen — unabhängig vom Staat und von Geldgebern — könnte z. B. eine bessere Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks gewährleisten als konkurrierende Anstalten (wie wir sie aus den USA kennen). Allerdings auch wieder nur im Rahmen einer allgemeinen Konformität, die dem Perhorreszierten kein Recht läßt (ein simples und unverfängliches, weil unpolitisches Beispiel: es wäre wohl kaum möglich, eine Fernsehreportage über eine Freikörperkultur-Vereinigung zu senden!).

So erzeugen die Massenmedia, nicht nur politisch, sondern in jeder Hinsicht, ein genormtes Denken, eine nivellierte Meinung[40]). Der Freiheit der Meinungsäußerung, auf die gerade die liberale Demokratie solchen Wert legt, wird damit der Boden entzogen: denn sie setzt eine ungehinderte Meinungsbildung mit Zugang zu allen Fakten und gegeneinander stehenden Argumenten voraus. Gerade diese Art der Meinungsbildung kann aber ein Massenmedium nur sehr unvollkommen bewirken, selbst wenn es die beste Absicht hätte. Denn sie würde differenziertes Ansprechen erfordern, während die Abstimmung auf die undifferenzierte Masse von Hörern, Lesern oder Zuschauern notwendig einen nivellierenden Durchschnitt erzeugen muß. Immer wieder zeigt sich, daß das Problem der liberalen Freiheit mit dem der differenzierten Individualität zusammenhängt. Und gerade dieses ist ein ungelöstes Problem unserer Epoche.

4. Die liberale Demokratie kann auch die Schaffung neuer Privilegien nicht verhindern. Das hat zunächst nichts mit der Herausbildung von Eliten[41]) zu tun, die natürlich immer kraft ihrer Funktion und Leistung mit bestimmten Vorrechten ausgestattet sind. Zu Privilegien werden diese funktionellen Prärogativen erst dadurch, daß sie von der Funktionserfüllung gelöst und institutionalisiert werden. Wir haben in der ersten Hälfte dieser Untersuchung schon auf die Neukonstitution von Privilegien im Rahmen der bürgerlichen Demokratie hingewiesen. Im Kern reduziert sich diese Privilegierung auf erbliche Eigentumsbildung, die dem Besitzenden, nicht dem Erwerbenden den Vorrang gibt. Die Übertragung der aus Leistung entsprungenen Rechte, die sich im privaten Eigentum verdinglichen, eben auf diese Dinglichkeiten selbst macht den Besitz zu einem vom Menschen unabhängigen Fetisch: ein Vermögen vermag etwas, gleichgültig, wem es zufällt[42]).

So entsteht auf der Basis des erblichen Privateigentums — einer entscheidenden Rechtsbasis der bürgerlichen Gesellschaft — eine neue Privilegiertenschicht, die sich nicht mehr durch Leistung, sondern durch Besitz ausweist. Wenn Gerhard Daub die „soziale Frage" in sehr optimistischer Betrachtungsweise als „gelöst" ansieht („Die Unterschiede sind nur noch Nuancen. Der Millionär fährt im 300 SLR mit Chauffeur, die Verkäuferin im Liegewagen der Sozialtouristik ins Skiparadies"[43]) — und in dieser Art werden von ihm die sozialen Abstände weiter nivelliert), so übersieht er dabei diese neue Privilegienbildung. Diese geht vielmehr so weit, daß es genaue hierarchische Abstufungen im gesellschaftlichen „Rang" gibt, die zwar immer wieder einmal durchbrochen werden, aber eben doch als verbindliche Schemata (das Durchbrechen gilt ja als exzeptionell und als etwas anrüchig) maßgebend sind. Diese Sachlage wird dadurch noch kompliziert-

ter, daß organisierte Mächte ihren Angehörigen Vorrechte verschaffen (Einfluß der Kirchen, der Gewerkschaften, der Parteien, aber auch der studentischen Verbindungen usw.). Auch dieser Einfluß beruht letzten Endes darauf, daß diese Gruppen im ökonomischen Gesamthaushalt einen Faktor darstellen (was bedeutet es etwa für die eingespielten Einnahmen, wenn die kirchlichen Bewertungsstellen einen Film empfehlen oder ablehnen). So wird ein gestaffeltes System von Ungleichheiten geschaffen, in dem die liberale Übereinstimmung von Freiheit und Gleichheit nicht mehr aufgeht.

5. Neben diesem hierarchischen Ordnungssystem gibt es allerdings eine Gleichheit, die fast alle betrifft (mit Ausnahme der krisenfest Reichen): die Unsicherheit hinsichtlich des Bestandes. Diese Unsicherheit, die eine prinzipiell ökonomische ist, hat zwei Aspekte, einen natürlichen und einen gesellschaftlichen. Es gibt unvorhersehbare natürliche Risiken, denen jeder ausgesetzt sein kann: Arbeitsunfähigkeit durch Invalidität, Tod des Familienernährers, Naturkatastrophen usw. Angesichts solcher menschlicher Katastrophen werden alle Freiheiten in Frage gestellt, weil sie nicht mehr ausgeübt werden können. Ein umfassendes System von Sicherungen — Sozialversicherungswesen, Rentenansprüche, private Assekuranzen etc. — baut gegen solche Unberechenbarkeiten vor; dennoch bleibt der weniger Wohlhabende ihnen in größerem Maße ausgesetzt. Dieses System von Sicherungen schließt allerdings zum Teil erhebliche Eingriffe in die persönliche Entscheidungsfreiheit ein (Pflichtversicherung!). Hier sind liberale Prinzipien, denen zufolge der einzelne selbst vorsorgen müßte, bereits seit langem durchbrochen, weil sie sich in der Gesellschaft, in der jeder von jedem abhängt und alles mit allem verknüpft ist, nicht als praktikabel erwiesen haben. Liberales Denken wehrt sich zwar mit aller Macht gegen den „Versorgungsstaat", doch bleibt die Frage offen, wo der nicht mehr zu negierende Sozialstaat in den Versorgungsstaat übergeht. Dieser Übergang ist gleitend — und der vollkommene Sozialstaat müßte schließlich der komplette Versorgungsstaat werden. Das ist aber auf der Basis der liberalen Demokratie nicht mehr möglich, setzt vielmehr eine totale Vergesellschaftung voraus: der Anteil am Sozialprodukt kann dann nicht mehr dem einzelnen beliebig zufallen, wenn ihm andererseits nicht mehr beliebige Sicherungen gegen die Risiken, die aus der individuellen Labilität entspringen, freigestellt sind, sondern notwendige und geregelte Sicherheitsansprüche aus dem Gesamtaufkommen der Nation geboten werden.

Einschneidender noch als die natürlichen Risiken sind für den einzelnen indessen die sozialen: Wirtschaftskrisen mit Einnahmeschwund und Arbeitslosigkeit, Geldentwertung, gar Krieg. Hiergegen gibt es keine Versicherung, ja die Versicherungen werden selbst davon betroffen. Es ist völlig offen, ob die Sicherung der Freiheit auf der Basis einer ungehemmten privaten Wirtschaftsinitiative möglich ist. Heute gibt es ja nirgendwo mehr Wirtschaft ohne dirigistische Eingriffe. Das Problem der ökonomischen Balance kann hier nicht erörtert werden. Die erlebte Gefährdung der individuellen Freiheit durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch des einzelnen hat jedenfalls entscheidend dazu beigetragen, daß das Verlangen nach Sicherheit der Existenz sich mit dem Freiheitsbegriff unserer Zeit untrennbar verband. Eine durch soziale Krisen in ihrem Bestand ungesicherte Daseinsweise wird heute fast durchgängig nicht mehr als frei angesehen, weil sie ja gerade unter dem Druck der Drohung von Not, also in Unfreiheit steht.

b) Die Bedrohung der bürgerlichen Freiheiten aus dem Wesen und aus der Betätigung der Freiheit selbst führt sich also letztlich auf die Ambivalenz der privaten Eigentumsbildung zurück, die mit der Entwicklung differenzierter Gesellschaftsformen seit der Urzeit untrennbar verknüpft ist. Gerade das Recht auf privaten Besitz und auf freien Erwerb privaten Besitzes gehört zu den

Wesenselementen des liberalen Freiheitsbegriffs. Der Liberalismus macht den ungehinderten Vorgang unbeschränkter Eigentumsbildung geradezu zum Kriterium der Freiheit[44]), wobei die konkurrierenden, nach Eigentum strebenden Individuen unter einem Minimum von gesetzlichen Regelungen innerhalb einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung nur dem Recht des Stärkeren zu folgen brauchen. Solidarität gibt es da nur, wo sie der Mehrung oder Erhaltung des eigenen Besitzes nutzt. Die Ordnung schrankenloser Eigentumsbildung (mit dem dabei auftretenden Akkumulationseffekt) hat ihre immanenten Regeln, die „Sentimentalitäten" nicht zulassen und Humanität nur als Luxus in ihre Rechnung einbeziehen können[45]). Der Wettbewerb der Eigentumsbildung führt den Menschen auf einen Urzustand freiheitlicher Willkür (oder willkürlicher Freiheit) zurück, der zwar durch bestehende gesellschaftliche Regeln gemildert ist, unter den Bedingungen verschärfter Konkurrenz jedoch leicht ausartet. Dieser Zustand birgt schließlich Risiken in sich und beschwört Situationen herauf, die eine um so absolutere Reglementierung des gesellschaftlichen Daseins erfordern, so daß schrankenlose Freiheit in äußerste Unfreiheit umschlägt[46]).

Jedoch schon in viel unmittelbarerer Hinsicht trägt Eigentum zur Selbstbeschränkung der Freiheit bei. Als immobiler Besitz fesselt es an einen Ort und hebt damit relativ die Freizügigkeit auf. Die Bedingungen des Eigentumserwerbs hemmen die allseitige Selbstentfaltung und tragen zur Verengung der Persönlichkeitswerte bei. Neue Privilegien entstehen, verpflichten ihre Träger aber auch auf bestimmte Verhaltensnormen. Unter den Bedingungen des konkurrierenden Eigentumserwerbs verwirklicht sich die dialektische Umkehrung von Herr und Knecht, die schließlich keinem von beiden die Freiheit läßt[47]). Denn der Herr, also der Eigentümer, in dessen Auftrag und für den der Knecht arbeitet, gerät in Abhängigkeit vom Knecht, weil er ohne diesen seinen Besitz nicht mehr fruktifizieren (= „genießen") könnte; so wird der Herr unfrei. Der Knecht aber dient in seiner Arbeit dem Herrn, ohne das ganze Ergebnis seiner Arbeit genießen zu können, weil der Herr als Eigentümer ihm einen Teil abfordert[48]). Er ist also seinerseits unfrei. Dieses gegenseitige Verhältnis der Unfreiheit muß in dem Augenblick entstehen, in dem das Eigentum die unmittelbaren Grenzen des persönlichen Genusses übersteigt und damit zu einer Institution von eigenem Leben und eigener immanenter Gesetzlichkeit wird. Damit wird es dem Menschen entfremdet[49]), wird es unmenschlich, antimenschlich, es raubt dem Menschen die ihm wesenseigene Freiheit. Diese Antinomie, daß das Eigentum dem Menschen einerseits die Freiheit äußerer Unabhängigkeit gibt, ihn jedoch andererseits seiner Freiheit unmittelbar und mittelbar entkleidet, ist auf dem Boden einer liberalen Gesellschaftsordnung mit unbegrenztem konkurrierendem Eigentumserwerb nicht aufzulösen. Hier liegt die fundamentale Antinomie des klassischen Liberalismus.

c) Im Liberalismus selbst liegen also die Momente, die über ihn, zum mindesten in seiner traditionllen Form, hinausdrängen. Die zentrale Frage für den Liberalismus als politische Bewegung, als politische Partei der Gegenwart ist also die, wie die offenbaren Widersprüche überwunden werden können, die die Anwendung der klassischen Prinzipien des Liberalismus in unserer Zeit hervorruft. Es ist dies eine theoretische Grundfrage, der keine auch noch so pragmatisch ausgerichtete Parteipolitik entgehen kann, wenn sie nicht schließlich dem Vorwurf der Unklarheit erliegen will. Das Bewußtsein von der aporetischen Struktur des klassischen Liberalismus mag für viele Liberale selbst durch das Pathos verdeckt werden, mit dem sie an den bejahenswerten Grundideen ihrer Lehre festhalten und diese unter veränderten Bedingungen zu bewahren trachten. Das ändert aber nichts daran, daß nur die Auseinandersetzung mit der in fortschreitender historischer (technischer, ökonomischer und politischer) Entwicklung neu ent-

standenen Situation diese Grundideen in eine aktuell wirksame, heute geschichtsmächtige Form überführen kann. Die Doktrin des Liberalismus muß offen für eine sich wandelnde Wirklichkeit, sie muß entwicklungsfähig bleiben, andernfalls würde sie konservativ, also das Gegenteil ihrer selbst werden. Konkret bedeutet das: die liberale Doktrin muß durch Vorstellungen und Theorien aufgefüllt werden, die der speziellen gesellschaftlichen Lage der Gegenwart angemessen sind und die gegebenenfalls Modifikationen traditioneller Vorstellungen erfordern. Dieser Vorgang einer theoretischen Fortentwicklung, die die Basis der unabdingbaren Werte der Liberalität (vgl. dazu den ersten Teil dieser Abhandlung im vorigen Heft) nicht verlassen darf, sie aber verbreitern muß, wird sich in Diskussionen der Theoretiker und Praktiker des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens vollziehen müssen, in Diskussionen, bei denen das Pendel zu Extremalpositionen ausschlagen darf, um sich dann auf der „mittleren Linie", die für den Liberalismus so kennzeichnend ist, einzuspielen[50]).

1. Eine der wichtigsten Erweiterungen ist die in der Atlantik-Charta der drei antifaschistischen kriegführenden Mächte bereits vollzogene, aus dem Geiste wahrer Humanität (die sich mit wahrer Liberalität stets decken sollte) geborene Deklaration, derzufolge F r e i h e i t v o n N o t u n d F u r c h t zu den Grundrechten des Menschen gehören sollen. Die Formulierung ist zwar sehr allgemein und schafft nicht (wie etwa die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte oder die UNO-Charta) einklagbare Rechtstitel. Sie ist aber, gerade weil sie so weit gehalten ist, trefflich geeignet, den Katalog der liberalen Grundfreiheiten um wesentliche Gesichtspunkte zu ergänzen.

Die Freiheit von Not schließt nämlich einerseits jene äußere Existenzsicherheit ein, die unter den klassischen Prinzipien des Liberalismus nur unvollkommen gewährleistet werden konnte, läßt aber doch andererseits das private Eigentum als einen Schutz gegen Not unangetastet. Freiheit von Not meint also eine Sicherheit, die nur die Gesellschaft dem einzelnen geben kann, wofür indessen der einzelne der Gesellschaft wiederum bestimmte Rechte übertragen muß. Es wäre nun für die liberalen Theoretiker zu klären, w i e nach ihrer Auffassung dieser wechselseitige Vorgang des Gebens und Nehmens, wie der Modus der Vergesellschaftung der einzelnen im Interesse gegenseitiger Sicherheitsleistung aussehen soll. Das ist keine leicht zu lösende Problematik, die genau die Abgrenzung zwischen dem progressiven Liberalismus und dem Sozialismus betrifft. Das Bekenntnis zu den atlantischen Freiheiten jedenfalls würde dem Liberalismus die ihm aus der Zeit des Manchestertums anhängende Bedeutung einer „Ausbeuterideologie" nehmen und ihn wieder in die seiner Herkunft und seiner Grundhaltung nach ihm zukommende Position einer humanitären Bewegung einsetzen.

2. Zum zweiten würde die Erweiterung der liberalen Lehre vom Staat (deren äußerstes Extrem die These vom „Nachtwächterstaat" war) die Ausbildung einer Staatslehre verlangen, in der die oben genannten freiheitsbedrohenden Mächte institutionell eingedämmt sind. In dieser Hinsicht ist am ehesten eine Weiterentwicklung des Liberalismus zu erwarten. Zwar steht die (grundsätzlich richtige) Auffassung, daß die Gesetzgebungsarbeit der Legislative möglichst eingeschränkt, die Zahl der gesetzlichen Regelungen möglichst gering gehalten werden soll, einer Ausdehnung der staatlichen Befugnisse entgegen; zumal jede Erweiterung der exekutiven Macht (wenn nicht dem Parlament strenge Kontrollmöglichkeiten eingeräumt werden) eine neue Freiheitsbedrohung in sich schließt. Indessen gibt es gegen die Praxis der antidemokratischen, illiberalen Machtzusammenballungen (wie die Kartellbildungen und die Einflußnahmen der Verbände zeigen), gegen die Risiken der Existenzunsicherheit, gegen die Gefahren der Überfremdung der meinungsbildenden Media kaum einen Schutz außer durch starke legis-

lative Regelungen. Die Gefahren der Institutionalisierung und die Auswüchse der Bürokratisierung werden noch am ehesten durch dauernde parlamentarische Kontrollen zu bannen sein. Der Presse kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

So muß sich das Selbstbewußtsein des Liberalismus, das in der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Traditionen sich betätigt und bestätigt, in der Ausarbeitung zeitgemäßer Grundlagen der liberalen Politik und Gesellschaftslehre bewähren. Erst dann wird man sehen, ob der Liberalismus die Krise überwinden kann, in die er durch die Veränderung der Struktur seiner gesellschaftlich-ökonomischen Grundlagen geraten ist und in der sich die Grundlagenkrise der bürgerlichen Gesellschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts spiegelt.

Anmerkungen:

[34]) Der Einfluß liberaler Auffassungen auf die amerikanischen Verfassungen geht vor allem über Locke und Montesquieu.

[35]) Vgl. dazu W. R. Beyer, Probleme einer staatsrechtlichen Ordnungslehre, a.a.O.

[36]) Wir kennen die Bürokratie in Altägypten ebenso wie in der Neuzeit, in kapitalistischen Staaten ebenso wie in sozialistischen.

[37]) Vgl. C. A. Emge, Bürokratisierung in philosophischer Sicht, Abhandlungen der Akademie für Wissenschaften und Literatur (Mainz).

[38]) Wenn Wolfgang Döring immer wieder — sachlich durchaus mit Recht — eine straffere Organisation der FDP fordert, so ist damit doch andererseits ein fortschreitender Abbau der Liberalität nach innen verbunden.

[39]) VdK, Heimkehrerverbände, Bund der Steuerzahler, Vertriebenenverbände usw. machen sich zu Sprechern von Gruppen, in denen der einzelne verschwindet.

[40]) Aus liberaler Sicht kritisiert Gerhard Daub diesen Zustand höchst temperamentvoll, aber nicht unzutreffend. In „liberal", Heft 1, S. 19 ff.

[41]) Eliten gehören zu jeder Gesellschaft, weil jede Gesellschaftsorganisation Probleme der Lenkung und Führung aufwirft, die nach einem Prinzip, eben dem die Elite konstituierenden, gelöst werden. Für die Beurteilung der Struktur und die Klassifikation eines Gesellschaftstypus ist das Eliteprinzip wesentlich.

[42]) Dabei vernachlässigen wir den variablen Spielraum, der durch die Subjektivität des Besitzers hinzukommt. Selbstverständlich kann man ein Vermögen verprassen oder erhalten, durch Fehldispositionen verlieren oder durch richtigen Einsatz vermehren. Hier kommt es — für die Konstitution von Privilegien — jedoch nur darauf an, daß das Vermögen an sich T r ä g e r von Privilegien ist, nicht der Mensch.

[43]) a.a.O., Seite 21.

[44]) So Dehler und Erbe, a.a.O.

[45]) Auf die literarische Widerspiegelung dieses Konfliktes zwischen Humanität und Besitzstreben, zwischen der Freiheit zum Menschsein und der Freiheit ökonomischen Wettbewerbs sei hier nur am Rande hingewiesen, z. B. bei Dickens, bei Maupassant, bei Thomas Mann usw.

[46]) Diesen Umschlag deduziert aus Prinzipien Thomas Hobbes im „Leviathan", wo die strengste Ordnung als notwendige Antithese zur unbeschränktesten Freiheit und als aus dieser unvermeidlich entspringend aufgezeigt wird.

[47]) Die allgemeine Charakteristik dieses Verhältnisses bei Hegel in der „Phänomenologie des Geistes" behält für die Beschreibung dieses Sachverhaltes uneingeschränkte Gültigkeit. Insbesondere die französische Hegelforschung (Jean Hyppolite, Alexandre Kojève) hat das herausgestellt. Die neueste Auslegung und Anwendung des Hegel'schen Grundgedankens findet man bei Jean Paul Sartre und Albert Camus. Georg Lukacs hat den Zusammenhang des Hegel'schen Schemas von Herr und Knecht mit der klassischen englischen Nationalökonomie geklärt und Hegels dialektische Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Anwendung der ökonomischen Theorien seiner Zeit erläutert. Auf diesen Nachweis sei hier besonderer Wert gelegt, weil damit das Hegel'sche Schema von Herr und Knecht sich als die Selbstbewußtwerdung der liberalen Ökonomie erwiesen hat. Daß die aporetische Dialektik von Herr und Knecht schon relativ früh im bürgerlichen Bewußtsein auftaucht, zeigt die Reflexion über dieses Verhältnis in Leibniz' Manuskript

„Die natürlichen Gesellschaften". In einer demnächst zu publizierenden Abhandlung „Herr und Knecht bei Leibniz und Hegel" habe ich diese Problemlage näher untersucht. Darauf sei hier verwiesen.

[48]) Man sieht, wie die Mehrwertlehre bei Karl Marx dem Hegel'schen Schema entspringt.

[49]) Seit Hegel spielt die Theorie der Entfremdung eine zentrale Rolle im geschichtlichen Selbstbewußtsein. Marxismus und Existentialismus sind nur die hervorstechendsten Philosopheme, die sich über dieser Theorie aufbauen. Auch die neuere bürgerliche Kulturkritik bedient sich ihrer; im Grunde wirkt hier (schon bei Hegel) ein Rousseau'sches Denkschema nach — vgl. Kurt Weigand, Einleitung zu seiner Ausgabe der kulturkritischen Schriften Rousseaus, Hamburg 1955.

[50]) Daß die mittlere Linie kein arithmetisches Mittel sein kann, auch keine „dritte Kraft" zwischen Konservatismus und Progressimus (ein Liberalismus, der nicht progressiv wäre, verlöre seinen Sinn), sondern eine aristotelische „Mitte" der Vernunft (wir dürfen sagen: einer vernünftigen Erfahrung und einer erfahrenen Vernunft), versteht sich von selbst.

„Der Tag" brachte es nicht an den Tag

Einblick in ein freies Redaktionsbüro in Westberlin

Im nachfolgenden veröffentlichen wir einen Artikel „Agenten des Lebens" des Studentenpfarrers an der Technischen Universität West-Berlin, der am 9. August 1959 in der West-Berliner CDU-Zeitung „Der Tag" erscheinen sollte. In dieser, Bundesminister L e m m e r nahestehenden Zeitung schreibt Pfarrer W e c k e r l i n g seit drei Jahren in vierwöchigem Turnus das „Wort zum Sonntag".

Aus dem im Anschluß an den Artikel veröffentlichten Schriftwechsel zwischen dem Autor und der Redaktion wird deutlich, weshalb „Der Tag — Unabhängige Zeitung für Deutschland" entgegen den mit dem Verfasser bestehenden vertraglichen Vereinbarungen den Artikel nicht zum Abdruck brachte. D. Red.

I.

Agenten des Lebens!

Ein ostasiatischer Staatsmann hat vor einiger Zeit angesichts der atomaren Bedrohung des Lebens ein hartes Urteil gefällt über die westliche Welt (und das heißt von dort aus gesehen, über die „christliche Welt"): „Wir in Asien sehen euch nicht als Retter der Zivilisation oder als Wegbereiter der Zukunft. Wir sehen euch als Agenten des Todes — unseres Todes".

Haben wir abendländischen Menschen uns diesem Urteil gebeugt, oder haben wir uns ihm entzogen in der Meinung, daß es nicht zutrifft? Das wache Gewissen wird sich nicht mit angeblichen Notwendigkeiten und unvermeidlichen Entwicklungen abfinden. Es sieht in der Vergeßlichkeit, die zu einer schnellen Beruhigung und zu einem sträflichen Abschalten führt, eine große Gefahr. Darum ist es wichtig, lebenswichtig, die Tage nicht zu vergessen, die sich jetzt zum 14. Mal jähren:

Am 6. August fiel die erste Atombombe auf Hiroshima und am 9. August eine zweite auf Nagasaki, die zusammen über 300 000 Menschenleben auslöschten. Viele Tausende trugen lebenslängliche Schädigungen davon. Diese Massenvernichtungsmittel beendeten den zweiten Weltkrieg, sie eröffneten aber zugleich den Kalten Krieg mit dem „Frieden durch Abschreckung".

In Deutschland waren damals die Menschen benommen vom Zusammenbruch und vom Hunger. Die in England internierten deutschen Atomphysiker gehörten zu den ganz wenigen, die begriffen, welche Weltstunde geschlagen hatte.

Diese Bomben waren ursprünglich für Berlin vorgesehen. Ob wir uns heute klar sind, daß das Ringen um den Status unserer Stadt gegenstandslos wäre, wenn die Bomben tatsächlich auf Berlin gefallen wären? Die meisten Bewohner existierten heute nicht mehr.

Das Gebet, das vor dem Start der Unheilsmaschine gesprochen wurde, ist erhalten. Ein Berliner Theologe konnte nicht anders, er mußte es als Gotteslästerung bezeichnen. Und ein anderer Theologe aus unserer Stadt hat unter dem Eindruck eines Besuches der Unglücksstätten ausgerufen:

Als das Feuer fiel vom Himmel
fiel auf Hiroshima,
brannten Menschen, brannten Tiere,
es brannten die Steine,
die Luft verbrannte,
die Berge rauchten,
das Meer verhüllte
sein leuchtendes Antlitz —
o Hiroshima!

Doch im Ofen,
in der Hölle,
seht ihr nicht den Kreuzesstamm?
Seht den Menschen,
euren Bruder,
seht das Heil, das Gotteslamm!

Dieser Eine hat gesagt: Ich lebe und ihr werdet auch leben. Er ist durch seinen Tod zum Agenten des Lebens geworden. Er sorgt dafür, daß sich aus der Unzahl von Todesagenten eine wachsende Schar von Agenten des Lebens herausbildet.

Wer dem Urteil jenes Staatsmannes und erst recht dem Urteil von Golgatha nüchtern und realistisch Rechnung tragen will, der wird sich zur „Agentenzentrale" des Lebens halten.

Agent des Lebens ist, wer sich nicht nur für das eigene Leben und Überleben interessiert, sondern anderen eine Hilfe zum Leben bietet. Agent des Lebens ist, wer sich nicht nur im privaten Lebensbereich an diese Regel hält, sondern darüber hinaus an seinem Teil mitwirkt, daß die Luft nicht noch mehr verseucht wird durch neue Experimente, daß den bisherigen Opfern mit allen Mitteln geholfen wird. Agent des Lebens ist auch, wer mithilft, die Aktion für die Hungernden der Erde zu einer Position zu machen, die sich in den Etats unserer Staatsbudgets sehen lassen könnte.

Agent des Lebens ist, wer Regierende und Regierte ohne Resignation dem anbefiehlt, der nicht nur Ko-existenz, sondern Pro-existenz, nicht Verderben, sondern volles Genüge bringt und meint.

Keiner möchte im Grunde Agent des Todes sein — warum zögern wir noch, ungeteilten Herzens und mit ganzer Kraft bei der Agentur des Lebens mitzuwirken?

Rudolf Weckerling

II.
Der Schriftwechsel

DER TAG, Berlin
12. August 1959 Ihre Nachricht 11. 8. 59

Sehr geehrter Herr Pfarrer W e c k e r l i n g !

Wir haben in den letzten Tagen vergeblich versucht, Sie telefonisch zu erreichen, um Ihnen zu sagen, warum Ihr „Wort zum Sonntag" diesmal nicht abgedruckt worden ist. Wir haben tatsächlich übersehen, daß in dieser Woche der Evangelische Kirchentag in München beginnt, und mußten unbedingt „Das Wort zum Sonntag" auf dieses Ereignis abstellen. Wie gesagt, es war unser Versäumnis, Sie rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen, aber leider sind wir selbst erst zu spät dahinter gekommen.

Wir werden Ihnen jedoch ein Ausfall-Honorar anweisen und bitten Sie, doch unter allen Umständen für Sonntag, den 23. August, also bitte bis spätestens Donnerstagvormittag, ein neues „Wort zum Sonntag" zu schreiben. Eine nachträgliche Veröffentlichung Ihrer Ausführungen zu Hiroshima verbietet sich aus Aktualitätsgründen.

Indem wir Sie bitten, für unseren Standpunkt Verständnis zu haben, zeichnen wir

mit vorzüglicher Hochachtung!
DER TAG
gez. Friedrich Z a n g e r

*

Rudolf W e c k e r l i n g , Berlin
17. August 1959

Sehr geehrter Herr Z a n g e r !

Für Ihren Brief vom 12. 8. bin ich Ihnen dankbar. Noch mehr für Ihren fernmündlichen Kommentar, der meine Vermutung bestätigt, daß der Ausfall meines Artikels am 9. 8. seinen entscheidenden Grund in der Hiroshima-Thematik hat.

Sie haben angedeutet, daß mein Beitrag der politischen Linie, die Sie Gott sei Dank hätten, widerspräche. Sie könnten es sich nicht leisten, durch widersprüchliche Äußerungen die Leser zu verwirren.

Ich machte Sie darauf aufmerksam, daß ich vor Jahren mit dem damaligen Chefredakteur, Herrn Gries, offen über diesen Punkt gesprochen habe und er mir für einen evangelischen Pfarrer beim „Wort zum Sonntag" unabdingbare Freiheit der Meinungsäußerung zugestand. Senator Tiburtius hat mir gegenüber wiederholt seine Freude darüber ausgesprochen, daß durch meine Beiträge die freiheitliche Haltung Ihres Blattes deutlich unter Beweis gestellt werde. Bis zu dem jüngsten Vorkommnis hatte ich auch selbst den Eindruck, daß im „Tag" kein „linientreues" oder konformistisches „Wort zum Sonntag" verlangt würde.

Für mich ist abgesehen von der persönlichen Enttäuschung hinsichtlich der Pressefreiheit die Ablehnung meines Manuskriptes auch aus dem Grunde eine sehr schwerwiegende Sache, weil die Leitung der Evangelischen Kirche alle Pfarrer angewiesen hatte, des Hiroshima-Ereignisses zu gedenken.

Sie haben mich nun aufgefordert, für den 23. 8. etwas Neues und Anderes zu schreiben. Dazu sehe ich mich außerstande, denn ich kann nur das Eine tun, wenn ich wie bisher das Andere nicht lassen muß. Es gibt nur e i n Wort zum Sonntag, das sich nicht auf die Seele und den individuellen Bereich beschränkt, sondern auch die Gestalt eines „politischen" (nicht politisierenden) Zeugnisses hat. Was

ich jetzt im August zu sagen habe, halten Sie in Händen. Nach erneuter Durchsicht des Manuskripts halte ich auch jetzt noch seinen Abdruck für möglich und nötig. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich dieser Ansicht anschließen wollten.

Mit freundlicher Begrüßung
Ihr sehr ergebener
gez. Rudolf W e c k e r l i n g

*

DER TAG, Berlin (Chefredaktion)
26. August 1959

Sehr verehrter Herr Pfarrer W e c k e r l i n g !

Herr Z a n g e r unterrichtete mich davon, daß zwischen Ihnen und uns eine kleine Kontroverse entstanden ist. Da ich ganz besonders daran interessiert bin, daß Ihre Mitarbeit bei unserer wöchentlichen Betrachtung „Das Wort zum Sonntag" keiner Mißdeutung unterliegt, möchte ich Ihnen mit ein paar Sätzen auf Ihren Brief vom 17. 8. 1959 antworten.

Es hat sich bei Ihrem „Wort zum Sonntag", das die Hiroshima-Thematik hatte, tatsächlich um einen echten, aktualitätsbedingten Redaktionsentschluß gehandelt. Wir hielten es für notwendig, zum Beginn des Evangelischen Kirchentages den uns in letzter Stunde zugänglichen Aufsatz von Landesbischof D i e t z f e l b i n g e r zu bringen.

Was darüber hinaus aber die von Ihnen angeschlagene grundsätzliche Linie anlangt, so möchte ich Ihnen sagen, daß wir die Freiheit des Wortes gerade auch in der Spalte „Das Wort zum Sonntag" ganz besonders schätzen. Sie wissen, wie sehr wir das in jeder Weise bei allen Ihren Beiträgen getan haben. Aber es gibt selbstverständlich für eine Zeitung Grenzen, die in ihren selbstgewählten politischen Aufgaben liegen. Da kann es einmal vorkommen, daß die Meinung eines Mitarbeiters so stark im Widerspruch zur Grundhaltung der Zeitung steht, daß man dem Mitarbeiter den besten Gefallen mit dem Verzicht auf seinen einzelnen Beitrag in dieser Frage tut. Wenn in dem speziellen Falle Ihres Hiroshima-Beitrages nicht der aktuelle Bezug auf die von der Kirche empfohlene Thematik bestanden hätte, hätten wir uns sicherlich auch über eine Modifikation Ihres Beitrages verständigen können. Das ist eben dadurch unmöglich geworden, weil der Hiroshima-Gedenktag zurückliegt.

Ich möchte Sie sehr bitten, sehr verehrter Herr Pfarrer W e c k e r l i n g , daß Sie unsere Überlegungen mit den Ihren so weit kombinieren, daß Ihnen diese einmalige Kollision nicht zu einem ständigen Ärgernis wird. Gerade weil wir Ihre Art der Betrachtung besonders schätzen, möchten wir das sehr für unsere Zeitung wünschen.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Ihr
gez. Dr. K. W. B e e r

*

Rudolf Weckerling, Berlin
31. August 1959
An die Chefredaktion „Der Tag"

Sehr geehrter Herr Doktor B e e r !

Besten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 28. 8. Leider kann ich Ihren Vorschlag, weiter zu machen, als wäre nichts geschehen, nicht annehmen. Über Formalitäten möchte ich nicht streiten (ob Sie z. B. nicht an anderer Stelle oder am eigentlichen Kirchentags-Sonntag, dem 16. 8. den Beitrag von Bischof D i e t z -

felbinger hätten bringen können), aber es bleibt die Tatsache, daß Sie in Ihrer Zeitung nicht nur eine Erinnerung an Hiroshima bewußt unterdrückt haben, sondern auch sonst, soweit ich sehe, Ihre Leser kaum mit den Problemen und Gefahren der Massenvernichtungsmittel befassen. In diesem Sinne hat sich der britische Forscher Sir Robert Watson-Watt auf der letzten „Pugwash-Konferenz" über die Presse beklagt.

Abgesehen von dieser meiner staatsbürgerlichen Mitverantwortung, ist für mich eine eindeutige Stellungnahme zu der atomaren Menschheitbedrohung unlöslich mit meinem Auftrag als Prediger des Evangeliums verbunden. Ich kann mich von der Mitverantwortung für die Erhaltung des menschlichen Lebens nicht dispensieren und darf an meinem Teil der Meinung nicht Vorschub leisten, als könne man in dieser Frage passen oder sich dem jeweiligen trend oder irgendwelchen Erfordernissen anpassen.

Ich habe selbst an einer theologischen Erklärung im vorigen Oktober mitgewirkt, an die ich mich gebunden weiß. Ich darf sie auch meinen Mitchristen und Zeitgenossen nicht vorenthalten. Die entscheidenden Sätze lauten:

In der Wahrnehmung solcher Mitverantwortung müssen wir bekennen: Die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung kann nur in faktischer Verneinung des Willens des seiner Schöpfung treuen und den Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar. Der Standpunkt der Neutralität in dieser von uns als Sünde erkannten Sache ist mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar. Jeder Versuch, solches Handeln und solche Neutralität theologisch zu rechtfertigen, wird zur Irrlehre, bewirkt Verführung und setzt den Willen des dreieinigen Gottes außer Geltung.

Wer diese unsere Warnung vor den Massenvernichtungsmitteln als Einladung zum Glauben an die Verheißung des Evangeliums versteht, der hat uns recht verstanden.

Diese unter dem Wort Gottes gewonnene Erkenntnis verbindet uns in der Gemeinsamkeit des Zeugnisses und der Tat und verpflichtet uns zu entsprechendem Handeln.

Sie verstehen jetzt vielleicht: „diese einmalige Kollision", wie Sie es nennen, wird für mich nur dann „nicht zu einem ständigen Ärgernis", wenn Sie sich bereit erklären, meinen Beitrag zum 9. 8. (evtl. im zeitlichen Bezug etwas umgearbeitet) zu bringen. Damit wäre mir die Möglichkeit eröffnet, in der bisherigen Weise meine Mitarbeit fortzusetzen.

Mit freundlicher Begrüßung
Ihr sehr ergebener
gez. Rudolf Weckerling

Hans Lipinsky-Gottersdorf

Das Epos der Revolution

In der weltweiten Diskussion um den Nobelpreis für Literatur 1958 wurde, das dürfte noch erinnerlich sein, neben dem Namen Boris Pasternaks stets noch der eines anderen russischen Schriftstellers genannt, und es ist kein Geheimnis, daß es nicht die ungewichtigsten Stimmen gewesen sind, die diesen anderen, nämlich Michail Scholochow, für den der hohen Auszeichnung Würdigsten erklärten. Es hat wenig Sinn, hier einen weiteren Beitrag zu der immer wieder erhobenen Frage zu leisten, ob die schließliche Entscheidung des Preisgerichts wirklich nur von literarischen Erwägungen bestimmt worden ist; das alles ist oft und ausgiebig genug erörtert worden. Wichtig ist vielmehr, darauf hinzuweisen, daß jetzt jeder Interessierte die Möglichkeit hat, sich selbst ein Urteil zu bilden.

In zwei schönen Bänden von zusammen fast siebzehnhundert Seiten sind im Paul List Verlag, München, für Westdeutschland zum erstenmal ungekürzt die vier Bücher des gewaltigen Kosaken-Epos „Der stille Don", Scholochows Hauptwerk, erschienen. Romane solchen Umfangs können naturgemäß nicht billig sein. Das Wagnis, sie herauszubringen, ist also nicht gering, darum selten. Noch seltener ist freilich der Fall, daß literarische und historische Bedeutsamkeit eines Werkes das Wagnis so glänzend rechtfertigen wie hier. Um so herzlicher sei der Dank an den Verlag, der uns überdies in der letzten Zeit auch eine von Werner Bergengruen besorgte, vorzügliche Neuübersetzung von Tolstojs „Krieg und Frieden" bescherte. Dies Zusammentreffen ist auch insofern zu begrüßen, als diese beiden Epen einige Gemeinsamkeiten aufweisen; auch für Scholochows Werk gilt im wesentlichen, was der Literarhistoriker Stender-Petersen von Tolstojs Romanen sagte: Sie „waren langsam strömende Flüsse schwerer Wortmassen. Dieser syntaktisch-stilistischen Eigentümlichkeit entspricht eine aus ihr folgende: sie waren langsam strömende Flüsse reicher Schilderungsmassen". Solche Verwandtschaft mit dem genialen Dichter des vergangenen Jahrhunderts macht Scholochow alle Ehre; er ist dennoch ganz und gar er selbst. Wenn ihm hier und da Epigonentum vorgeworfen wird, so ist das etwa ebenso gerechtfertigt, wie wenn man es dem Don ankreiden wollte, daß auch die Wolga ein Strom ist.

Michail Alexejewitsch Scholochow wurde 1905 im Vorwerk Krushilino der Kosakensiedlung Weschensk am Don geboren; er lebt heute noch dort. Im Vorwort zu seinem Buch „Lazurfarbene Steppe", das 1926 in der Sowjetunion erschien, erzählt er kurz von seiner Kindheit. „Meine Mutter ist halb Kosakin, halb Bäuerin. Schreiben hat sie gelernt, als der Vater mich aufs Gymnasium brachte; sie wollte mir ohne seine Hilfe Briefe schreiben können. Vor 1912 hatten wir beide, sie und ich, Landbesitz, sie als Kosakenwitwe, ich als Kosakensohn, aber 1912 adoptierte mich mein Vater Scholochow — vorher war er mit der Mutter nicht getraut — und ich war von nun an Sohn eines „Kleinbürgers". Bis 1917 besuchte ich verschiedene Schulen. Während des Bürgerkrieges war ich am Don. Von 1920 an diente ich in der Armee und trieb mich im Dongebiet umher. Wir jagten die Banden, die damals am Don herrschten, und die Banden jagten uns. Ich geriet verschiedentlich in die Klemme dabei — aber heut ist alles vergessen."

Was in dieser Autobiographie von lapidarer Kürze für ein simplizianisches Erleben enthalten ist, wird klar, sobald man sich vergegenwärtigt, daß der junge Michail bei Ausbruch der Revolution zwölf, bei seinem Eintritt in die Armee fünfzehn Jahre alt gewesen ist. In den drei Jahren der Zwischenzeit — ich war am Don, sagt er lakonisch — aber vollzog sich dort bekanntlich jenes ungeheuer-

liche Geschehen, Aufstand, Bruderkrieg und Untergang der Kosaken, das den größten Teil seines Werkes füllt. Die bärenhafte Vitalität kosakischer Vorfahren, die dem Jungen geholfen haben mag, jene Jahre ungebrochen zu überstehen, durchweht wie ein Steppensturm auch die Seiten dieses Buches.

Die Handlung setzt ein in der Zarenzeit, einige Jahre nach der Revolution von 1905, mit der Chronik der Kosakensippe Melechow. In kraftvollen, farbensatten Bildern, ein neuer Gogol, beschwört Scholochow noch einmal diese versunkene Welt. Breit wie der Don, den die vorangestellten, wundervoll poetischen Volkslieder besingen, strömt das Leben der Kosaken in der überkommenen, patriarchalischen Ordnung dahin, und aller düstere Glanz, der das gefürchtete Reitervolk vom Don umgibt, alle unbändige Wildheit seiner Sagen und Balladen bricht aus der Leidenschaft jener ehebrecherischen Liebe zwischen Grigori Melechow und der jungen Kosakenfrau Axinja, einer Liebe, die hier in den ersten Kapiteln beginnt und als roter Faden durch das menschheitserschütternde Geschehen des Romans bis zu ihrem bitteren Ende führt. Fern der romantischen Blut- und Boden-Idylle strahlen die urmenschlichen Tätigkeiten: Fischen und Pflügen, Lieben und geliebt werden, Sterben und Gebären in Scholochows Darstellung ihren seltsamen, schöpfungsnahen Zauber aus; und doch tickt in jeder Stunde der Totenwurm für die alte Welt, grollt aus den unüberbrückbar tiefen Abgründen zwischen Herr und Knecht drohend der Donner der nahenden Revolution. In ein paar unaufdringlichen, darum um so überzeugenderen Szenen hat Scholochow diesen Abgrund geschildert: die eisige Nichtachtung, welche die Herrenschicht jenes Rußlands, das man bei uns gern „das Heilige" nennt, für ihre getretenen Untertanen übrig hatte, strahlt, alles Menschliche ertötend, aus den Vorgängen bei der Musterung und auf dem Listnitzki'schen Gut.

Dann weitet sich das Panorama jäh zu den Fronten des Krieges: die Kosakenregimenter der Donarmee ziehen ins Feld, und im Blutsumpf der Schlachten vollzieht sich Rußlands Geschick. Grigori Melechow, ein begabter Einzelgänger, schwankend in einer schwankenden Zeit, dient, von Zweifeln geschüttelt, dem Zaren und bringt es zum Offizier. Im Kornilow-Putsch, 1917, verweigern die Kosaken zum erstenmal den Gehorsam; sie sind des Krieges müde und drängen in die Heimat, auf ihre Höfe zurück. Dort aber erwartet sie der Bürgerkrieg, und unter ihnen, die eine eigentümliche Tradition und Verfassung besonders eng mit dem Zarenregime verband, wütet er mit verheerender Macht, bis er langsam und qualvoll im Blute erstickt. Lenin siegte, er mußte siegen, weil es keine Alternative zu ihm gab und weil das Recht der Gepeinigten auf seiner Seite war.

Grigori kämpft zunächst auf der Seite der Roten, dann, nach einer Massenvernichtung konterrevolutionärer Offiziere, wendet er sich erschüttert von ihnen ab. Aber auch bei den Weißen erlebt er Grauen und Mord, dazu die schäbige Feigheit, den Egoismus vieler Offiziere und die perverse Tatenlosigkeit endlos das Schicksal Rußlands diskutierender Teile der Intelligenz. Vor den Bolschewiki — sagt Scholochow — waren sie davon gelaufen; den kämpfend untergehenden Weißen schlossen sie sich nicht an; sie schwatzten und schwatzten, verdienten zähneklappernd ein wenig Geld, um sich am nächsten Tag Milch kaufen zu können, und warteten darauf, daß alles endlich ein Ende nähme. Wer Rußland dann regieren würde, die Deutschen, die Entente oder Lenin, das war ihnen im Grunde gleich.

Während des letzten Aufstandes der Kosaken, die in verzweifelter Ratlosigkeit eine Position zwischen Weiß und Rot zu halten suchen, einen „Kommunismus ohne Kommunisten", wird Grigori zum Ataman gewählt und befehligt zuletzt, ein moderner Stenka Rasin, eine ihm ergebene Division. Doch die Kosaken werden zwischen den Mühlsteinen zerrieben; zuletzt steht Grigori, ein ein-

samer Mann, getrennt von seinem Volk, auf der Schwelle seines zerstörten Hauses. Familie und Geliebte sind tot, nur ein kleiner Sohn ist ihm geblieben. Und, so endet das Buch, „das war alles, was ihn einstweilen noch mit dieser Erde, mit dieser ganzen gewaltigen, in den kalten Strahlen der Sonne gleißenden Welt verband".

So endet das Buch, ein gewaltiges Denkmal von der Menschen Größe und Not, aber so endet nicht alles. Das Wort Auswegslosigkeit hat es im russischen Wörterbuch zu keiner Zeit gegeben. Irgendwo auf den Seiten des Romans findet sich diese Stelle: „Gras überwuchert die Gräser, die Zeit überwuchert den Schmerz. Der Wind verweht die Spuren der Hingeschiedenen — die Jahre werden das bittere Leid und die Erinnerung jener verwehen, die ihre Angehörigen nicht wiedersahen. Kurz ist das Menschenleben und nicht bestimmt ist es uns, viel Gras auf der weiten Erde niederzutreten. . ."

Grigori und Axinja, dazu die Melechows und ihre Nachbarn, begüterte und arme Kosaken, einige Mühlenarbeiter, das sind die zentralen Figuren des Romans; um sie gruppiert sich eine unübersehbare Zahl anderer: Rotarmisten und Kommissare, Gutsbesitzer und Generale, das ganze riesige Rußland brodelt und dampft, flucht, lacht, leidet und hofft im Hexenkessel der tobenden Zeit. Dazu geht Scholochows Darstellung, bei der Schilderung des Krieges vor allem, chronikartig in die Breite; es ist wie so oft in den großen Epen, die aus dem Osten zu uns kamen, wie in „Krieg und Frieden" und in Reymonts „Bauern": das ganze Volk wird zum Handelnden des Buches, und erst diese schier unerschöpfliche Fülle gibt auch dem „Stillen Don" jene geniale Dimension, die ihn zum literarisch wertvollsten und zugleich ehrlichsten Zeugnis einer uns alle angehenden Epoche der Menschheitsgeschichte macht.

Freilich, solche Fülle hätte jedem schwächeren Autor zum Verhängnis werden müssen; Scholochow hat sich an ihr bewährt. Die scheinbar so unbekümmerte Hand, die mit wenigen, kraftvollen Strichen ein Menschenbild, eine Situation umreißt, sie gehört einem großen und begnadeten Dichter, der sich auf zarteste Nuancen versteht. So kommt es, daß jemand auftauchen kann, eine Frau, ein Mädchen, ein Mann; er kommt und verschwindet für Hunderte von Seiten vielleicht — plötzlich, in einem knappen Satz, in einer Wendung ist er wieder da, und man erkennt ihn sofort. Schließlich Scholochows Metaphern, seine Sprache, noch in der Übersetzung spürt man die Meisterschaft: nach schwarzer Erde riechend, von Eidechsengeschmeidigkeit — so wie er die Ausdrucksweise einer seiner Gestalten charakterisiert — verfügt sie über das unverbrauchte Reservoir kosakischer Mundart ebenso souverän wie über den Wortschatz der klassischen russischen Literatur, deren berufenster Erbe und Fortsetzer dieser Kosakensproß ist — trotz den beiden Nobelpreisträgern Bunin und Pasternak. Zwei Beispiele nur: wer in der Zeitgenossenschaft vermöchte die Schönheit eines Menschenantlitzes so zu schildern, wie es Scholochow hier fast beiläufig tut: „Buntschuk lächelte ein klares, einfaches, kindliches Lächeln. Seltsam sah dieses Lächeln auf seinem großen, ernsten Gesicht aus, so als jage ein hellgrauer kleiner Hase spielend und sich überschlagend über ein herbstliches, vom Regen überströmtes Feld." — Das ist, scheint mir, von einer berückenden, schlichten Zärtlichkeit. Und nun ein anderes, ein schreckliches Bild. Es findet sich in der atemberaubenden Schilderung eines Reitergefechts. Im Nahkampf werden die Säbel gebraucht. „Hackt man mit einem kräftigen Hieb eine Weinrebe ab, so fällt die schräg durchschnittene Rute ohne zu zittern, ohne sich zu überschlagen herab. Weich bohrt sie sich neben den Stamm, von dem sie der Kosakensäbel trennte, mit dem schräggeschnittenen Ende in den Sand. So fiel auch der schöne Semiglasow unter das sich bäumende Pferd; still sank er vom Sattel herab und preßte mit

den Händen die quer durchhauene Brust." Das könnte aus einer Sage stammen, aus einem düsteren alten Lied; es ist von Scholochow und es ist nicht epigonal.

Man mißverstehe das nicht, so als sei hier ein Mann am Werk, der in bekannter Manier im Krieg eine Einrichtung zur Erzeugung männlicher Tugenden erblickt. Scholochow kennt des Krieges entmenschlichende Macht. Er spart wahrlich nicht mit seinem Grauen, im Paroxismus des Hasses vertieren Männer, Frauen und Kinder, ob Rot oder Weiß. Eines allerdings wird man bei ihm vergeblich suchen, obwohl — nein, weil er ein großer Gestalter der Liebe und ihrer Leidenschaften ist: Jene groteske Prozession einer bestimmten Gattung unserer „harten" Literatur, die mit pathetischem Gedröhn und gedämpftem Trommelklang um das makabre Feldzeichen des Phallus herummarschiert, sexuelle und seelische Wehwehchen hätschelnd wie eine alte Jungfer des vergangenen Jahrhunderts ihren Mops, nackt, tot und verdammt in alle Ewigkeit — sie findet man bei Scholochow nicht. Ich habe es nicht vermißt. Es gibt eine sehr intensive Wechselbeziehung zwischen Literatur und Leben, und ein Volk ist nicht zuletzt, was seine Dichter aus ihm machen. Wo sich die Schriftsteller jahrelang bemühen, den Menschen als eine Art von unwesentlichem Anhängsel seiner Genitalien zu zeichnen, wird das notwendig auch seine Folgen haben; es ist nicht sonderlich schwer, sie zu entdecken.

Etwas anderes unterscheidet Scholochows Roman wesentlicher und diesmal von aller Literatur, die wir gewöhnt sind, als „modern" zu bezeichnen. „Der stille Don" ist ein Roman ohne das Experiment. Und dennoch: wer ihn nicht kennt, weiß nicht nur nicht alles über die literarischen Ausdrucksmöglichkeiten in dieser Zeit — ihm fehlt ein wichtiges Stück der Weltliteratur überhaupt. Denn gerade indem Scholochow, der Kommunist, die Ausdrucksformen der radikalen Individualisierung, der äußersten Vereinsamung des Menschen meidet, vollzieht er das Erbe der klassischen russischen Literatur, die alle Realität und sich selbst — darin sind sich gerade ihre bedeutendsten Vertreter bei aller sonstigen Verschiedenheit stets einig gewesen, von Puschkin bis Majakowski, von Lermontow bis zu Dostojewski, Gorki und Blok — als zwischenmenschliche, soziale, ja, wenn man so will, politische Kategorie verstand.

Im Zentrum von Scholochows Epos, am Ende des zweiten Buches, steht ein Satz, der wie die Ampel vor einer alten Ikone die düstere Szenerie der Zeit tröstlich erhellt. Zum Grabe eines Erschossenen kommt ein Namenloser und baut eine kleine Kapelle. „Unter ihrem Dach", so erzählt Scholochow, „schimmerte im Dunkel das traurige Gesicht der Mutter Gottes, darunter standen in zottigen altslawischen Buchstaben die Worte: In den Jahren der Unruhe und der Sünde beschuldige niemand seinen Nächsten".

Ich spreche als gläubiger Christ, wenn ich sage, daß dies Zeugnis schlichter Menschlichkeit im Munde eines großen Dichters manche Bibliothek Theologie aufwiegt, die in der Sowjetunion in den schweren Jahren, da dieser Roman entstand, nicht erschienen ist.

Univ.-Prof. Dr. Dr. Hans Bayer, Leiter der Sozialakademie Dortmund

Vergeudeter Reichtum?

(Zum Wirtschaftsproblem Kohle)

Es ist mir nicht leicht gefallen, der Aufforderung Folge zu leisten, einen Aufsatz zum Kohleproblem zu schreiben und damit die Flut der Veröffentlichungen auf diesem Gebiete zu vermehren. Wenn ich dennoch zugesagt habe, so deswegen, weil wir hier im Ruhrgebiet die Fragen nicht nur nüchtern durchdenken und diskutieren, sondern das wissenschaftliche Interesse durch persönliches Verbundensein verstärkt wird.

Die folgenden Überlegungen sind auf wirtschaftliche Probleme beschränkt. Sie gehen von der Frage nach der Zukunft der Kohle aus. Verkennen wir nicht manchmal ihre Bedeutung und sind bereit, Förderungen auch dort einzuschränken, wo diese Maßnahmen im long run vielleicht nicht gerechtfertigt sind? Wir sind oft nur allzu geneigt, den bequemen Weg von kaum aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen zu gehen. Haben wir nicht gelegentlich Angst vor Schritten, die entscheidend sein könnten für Sicherung und Aufstieg des Kohlenbergbaus?

I. Die Kohle in Gegenwart und Zukunft

Einschränkung der Kohleproduktion, insbesondere durch Stillegung von Zechen, erscheint vielen fast selbstverständlich. Es habe sich eben die Struktur im Energiesektor geändert. Im Rahmen der Weltwirtschaft gilt keineswegs die Tendenz zur Einschränkung der Kohlenförderung allgemein. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist die Steinkohlenförderung zwar von 1956 bis 1958 von 249 Millionen auf 248 Millionen t gesunken, in Europa insgesamt von 614 auf 609 Millionen t. Gleichzeitig aber ist die Produktion in Rußland von 303 Millionen auf 350 Millionen t gestiegen; in Asien von 212 Millionen auf 383 Millionen t; in Nord- und Mittelamerika ging die Produktion von 488 Millionen auf 388 Millionen t zurück. Die Steinkohlenförderung betrug im Jahre 1958 insgesamt 1,8 Milliarden t, das sind 70 Millionen t mehr als im Vorjahre. Die Zunahme von 4 % war doppelt so hoch als die Erhöhung von 1956 auf 1957. Die Steinkohlenförderung der Ostblockländer stieg um 13 %. China konnte seine Steinkohlenförderung auf 270 Millionen t erhöhen und wurde damit zum drittgrößten Kohleproduzenten der Welt. In den letzten 10 Jahren wurden 700 neue Schächte mit einer Jahresförderung von 230 Millionen t niedergebracht. Im Jahre 1959 weist die Kohlenförderung eine neuerliche Steigerung auf. Im Jahre 1958 war in den USA der stärkste Förderungsrückgang mit 18,5 % festzustellen.

Der Weltenergiekonsum hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Hierbei ist der Anteil der Kohle zurückgegangen. Die Kohleproduktion erhöhte sich von 1937 auf 1957 von 1,3 Milliarden Tonnen auf 1,7 Milliarden t. Gleichzeitig erhöhte sich die Erdölproduktion von 279 auf 880 Millionen t, das ist in Kohlenwerten ausgedrückt von 363 Millionen t auf 1,1 Milliarden t.

In Deutschland ist der Absatz an Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Steinkohlenkoks von 1957 auf 1958 um rd. 14 % gesunken. Die Entwicklung des Jahres 1959 zeigte, daß der Tiefpunkt der Kurve Ende des Jahres 1958 erreicht worden war. Im Laufe des Jahres 1959 nahm der industrielle Verbrauch an Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Steinkohlenkoks zu. Immerhin übersteigt auch heute noch die Förderkapazität des deutschen Steinkohlenbergbaus die Absatz-

möglichkeiten um rd. 10 %, wie der Vorsitzende des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Dr. Ing. H. Burckhardt, kürzlich ausführte. Hierbei spielen Verschiebungen auf der Nachfrageseite, u. a. der Rückgang des spezifischen Verbrauches und das Vordringen des Heizöls, auf der Angebotsseite die Steigerung der Schichtleistung eine wichtige Rolle. Wir befinden uns auf dem Wege zur 2-t-Schichtleistung, wie u. a. E. Schrumpf in der Zeitschrift „Die Arbeiterkammer" Heft 7/1959 ausführte.

Im Rahmen des Energieverbrauches Deutschlands kommt dem Heizölverbrauch besonderes Interesse zu. Hier zeigen sich außerordentliche Steigerungen. Er betrug im Jahre 1958 8 Millionen t, während er 1957 nach 5,3 Millionen t hoch war. Die Zuwachsrate des Heizölverbrauchs hat sich im Jahre 1958 nahezu verdoppelt. Für 1959 wird ein Heizölverbrauch von 9,5 Millionen t erwartet. In den Monaten Januar bis Juli 1959 wurden insgesamt 10,7 Millionen t Mineralöle verbraucht. Wichtig ist hierbei festzuhalten, daß der Anteil der Kohle an der Deckung des Gesamt-Primärenergieverbrauches in Deutschland wesentlich höher als etwa in den Vereinigten Staaten oder in Rußland ist. Im Jahre 1957 betrug in Deutschland der Anteil der Kohle 85 %, in Rußland 68 %, in den Vereinigten Staaten 27 %. Der Anteil des Erdöls an der Deckung des Primärenergiebedarfes betrug in Deutschland bloß 12 %, während er sich in Rußland auf 24 % und in den Vereinigten Staaten auf 38 % belief. Diese Zahlen lassen erkennen, daß in Deutschland mit einer weiteren Steigerung des Anteiles des Mineralöls an der Deckung des Gesamtverbrauches zu rechnen ist.

Damit kommen wir schon zu den Problemen der künftigen Entwicklung des Kohleverbrauches. K. Koch hat in den „Vierteljahresheften zur Wirtschaftsforschung" (Heft 2/1959, S. 191 ff.) Struktur und Rationalisierung des Energieverbrauches der verarbeitenden Industrie des Bundesgebietes bis 1958 untersucht. Er kommt hinsichtlich der künftigen Entwicklung zu folgenden Feststellungen: „Da die westdeutsche Industrie die ihr durch den technischen Fortschritt gegebenen Wachstumschancen in Zukunft (Arbeitskräftemangel) besser wird ausnützen müssen als in den letzten Jahren, besteht durchaus die Hoffnung, daß der aus der Produktionssteigerung resultierende zusätzliche Verbrauch von Energie bzw. speziell auch von festen Brennstoffen — befriedigende konjunkturelle Entwicklung vorausgesetzt — in den nächsten Jahren wieder größer sein wird als die aus dem Substitutionsprozeß resultierende Absatzeinbuße." Das Internationale Arbeitsamt hat einen Bericht über die Entwicklung des Kohlenbergbaus für eine Kommission der Kohlenindustrie, die Ende April/Anfang Mai in Genf tagte, verfaßt. Hier wird festgestellt, daß die langfristigen Perspektiven für die Kohlenindustrie angesichts der steigenden Weltnachfrage nach Energie nicht ungünstig sind. Der neue Präsident der Hohen Behörde vertrat in seiner Antrittserklärung im September 1959 die Auffassung, daß die Kohle nach wie vor eine Zukunft habe, wenn planmäßig und rechtzeitig die Produktivität gesteigert wird. Im Juli 1959 hatte Dr.-Ing. E. Burckhardt vor einem Ausschuß von Vertretern der Regierungen und der Hohen Behörde der Montanunion Zahlen über den Primärenergiebedarf in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft bekanntgegeben: Heute beträgt er 400 Millionen t Steinkohleneinheiten. Im Jahre 1965 wird er schätzungsweise 540 Millionen t, also 35% mehr als heute, betragen. Für 1975 nimmt man eine Steigerung um 75 % gegenüber dem heutigen Stand an, also einen Primärenergiebedarf von rd. 700 Millionen t. Freilich werde das Tempo der Bedarfs- und der Produktionsentwicklung nicht immer gleichmäßig erfolgen, so daß Spannungen zwischen Förderung und Nachfrage auftreten können.

So ist auch im nächsten Jahr in den Ländern der Montanunion mit einem Kohlenüberschuß zu rechnen. Für 1959 wird ein Kohlenüberschuß von 6,8

Millionen t, für 1960 von 7,5 Millionen t erwartet. Auf lange Sicht aber wird die Kohle ihre Bedeutung behalten.

Was die deutsche Kohle im besonderen anlangt, so steht ihre Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Revieren der Montanunion außer Zweifel. Sie zählt zu den billigsten Kohlen, die in der Montanunion gefördert werden. Auch gegenüber den Vereinigten Staaten ist die Wettbewerbsfähigkeit nicht von vornherein ausgeschlossen. Augenblicklich wirken sich die niedrigen Frachtsätze besonders ungünstig aus. Es ist ferner nicht anzunehmen, daß auf die Dauer der Heizölpreis so niedrig wie heute bleiben wird. Im long run ist der in den nächsten Jahren außerordentlich steigende Bedarf an Mineralöl zu berücksichtigen. In einer Studie der UNO über das zukünftige Wachstum der Weltbevölkerung ist auch auf die zu erwartende Steigerung des Mineralölverbrauches eingegangen. Nimmt man eine jährliche Zunahme des Verbrauches infolge Steigerung des Realeinkommens und eine den statistischen Berechnungen entsprechende Bevölkerungsvermehrung an, dann wird im Jahre 1975 der Verbrauch in Asien 27 Millionen t, in Latein-Amerika 50 Millionen t, in den USA 400 Millionen t betragen.

Überblicken wir die vorliegenden Daten und Schätzungen, dann können wir zusammenfassend sagen, die Kohle hat eine Zukunft, wenn sie nur will.

II. Einzelmaßnahmen

In verschiedener Weise kann man an die Lösung schwieriger Aufgaben herangehen. Sehr oft wird jene Art gewählt, die man im Englischen treffend als patchwork-approach bezeichnet, als Methode des Flickens. Einzelmaßnahmen werden getroffen, die sich teils widersprechen, teils ergänzen, teils nebeneinander laufen. Es fehlt die systematische Gesamtkonzeption.

Auch bei den Versuchen, das Kohleproblem zu lösen, verfällt man nicht selten in diesen pachwork-approach. Selbst der Krisenplan der Hohen Behörde war nicht ganz frei von diesen Gesichtspunkten. Sicher liegt es nahe, im Falle eines Überangebotes die Förderquoten der einzelnen Länder begrenzend festzulegen. Damit aber ist vielleicht im Augenblick eine gewisse Erleichterung erzielt, aber das Übel ist zweifellos nicht an der Wurzel erfaßt. Wenn die Stillegung von Zechen bloß vom Gesichtspunkt der Einschränkung der Kapazität erfolgt und nicht im Hinblick auf eine Rationalisierung, ist sie zweifellos bloß als Flickarbeit zu bezeichnen, ja als eine Maßnahme, die sich auf die Dauer als sehr gefährlich erweisen kann. In diesem Sinne ist es zweifellos nicht ohne Bedenken, wenn es in einem Bericht in „Blick durch die Wirtschaft" (16. 9. 59) unter der Überschrift „Was hat der Kohlenbergbau unternommen?" heißt: „Zum Teil handelt es sich um Maßnahmen, die im Rahmen der schon seit langer Zeit im Gange befindlichen Maßnahmen zur Kostensenkung vorgenommen wurden, zum Teil handelt es sich vor allem bei den erst in jüngster Zeit verfügten Einschränkungen um direkte Auswirkungen der Absatzschwierigkeiten."

Angesichts der hohen Einfuhren an Kohle lag es nahe, sich gegen die, wie man sich ausdrückte, „Einfuhr der Kohlenhalden" zur Wehr zu setzen. Es wurden die Kontraktfristen für liberalisierte Kohleneinfuhren herabgesetzt. Man erreichte, daß die Genehmigungspflicht für Länder, die nicht der Montanunion angehören, eingeführt wurde. Im Rahmen der Notgemeinschaft des deutschen Bergbaus wurden große Mittel zur Ablösung von Importverträgen verwendet. Bis zum Frühjahr 1959 war diese Summe bereits auf über 250 Millionen DM angewachsen. Der Kohlenzoll wird wohl kaum mehr praktische Bedeutung erreichen. So wichtig, insbesondere als short-run-Maßnahme, die Einschränkung der

Einfuhr sein mag, auf die Dauer liegt in dieser handelspolitischen Maßnahme keine Lösung des Kohleproblems.

Ähnlich verhält es sich bei dem Kampf zwischen Kohle und Mineralöl. So manche Maßnahmen, die hier getroffen wurden, oder beabsichtigt sind, machen zu sehr den Eindruck eines Herumkurierens an Symptomen. Das gilt auch für die Heizölsteuer. Es ist zweifellos zu berücksichtigen, daß in manchen Ländern eine unterschiedliche steuerliche Belastung von Kohle und Heizöl gegeben ist. Im Juli 1959 wurden Untersuchungen der Kohlenbehörde über die steuerliche Belastung, und zwar durch indirekte Steuern, von Kohle und Heizöl herausgegeben. Eine gleichmäßige Besteuerung liegt in den Niederlanden vor, beide, Kohle und Heizöl, sind mit 5 % belastet. In der Bundesrepublik ist das Heizöl begünstigt, in Frankreich und Italien ist die Situation für die Kohle günstiger. In Italien z. B. beträgt die Belastung des Heizöles das fünf- bis sechsfache der Belastung der Kohle. Hier spielen vor allem auch fiskalische Gründe eine Rolle. In Frankreich ist die steuerliche Belastung prozentuell wohl dieselbe, aber die Methoden der Durchführung sind hinsichtlich der Kohle günstiger. Sofern es sich bloß um Korrekturen einer ungleichen Belastung handelt, kann gegen eine Heizölsteuer nichts eingewendet werden. Wenn aber die Heizölsteuer sozusagen ein Schutzzoll gegen das Vordringen des Heizöls sein soll, muß sich diese Maßnahme auf die Dauer volkswirtschaftlich schädlich auswirken.

Wir haben vorhin anhand von Zahlen gesehen, wie gering der Anteil des Mineralöls an der Energieversorgung Deutschlands ist. Es wäre vom Gesichtspunkt der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und ihrer Konkurrenzfähigkeit verfehlt, wenn man durch eine Heizölsteuer das auf die Dauer nicht zu verhindernde Vordringen des Mineralöls aufhalten wollte.

In die Gruppe des patchwork-approach gehören auch Kartell- und kartellähnliche Vereinbarungen. Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, daß derartige Verabredungen nicht geeignet sind, in Krisenzeiten volkswirtschaftlich richtige Lösungen durchzusetzen. Das Kohle-Öl-Kartell, das, kaum geschlossen, wieder zerfallen ist, ist ein Beleg hierfür. Auch in dem Zusammenschluß von Kohlebergbau- und Erdölunternehmen ist keine volkswirtschaftlich befriedigende Lösung zu erblicken. Für das Unternehmen selbst mag durch den Zusammenschluß eine Erhöhung der Stabilität erreicht sein. Die Elastizität des Unternehmens ist verbessert; bei Nachfragerückgang auf dem Kohlesektor kann das Schwergewicht auf Erdöl verlagert werden. Damit aber ist das Grundproblem der Kohle nicht gelöst, denn es geht ja nicht um eine Erhöhung der Elastizität des einzelnen Unternehmens sondern des Kohlesektors als Ganzem. Diese Elastizität wird aber nicht dadurch erhöht, daß ein Unternehmen in der Lage ist, in der Richtung Erdöl auszuweichen. U. U. mag freilich die finanzielle Besserung des Unternehmens auch dem Kohlebergbau zugute kommen.

Es geht aber beim Kohleproblem nicht in erster Linie um finanzielle Fragen. Das gilt auch hinsichtlich der Vorschläge, eine Anleihe für den Kohlebergbau aufzulegen. Selbst wenn wir annehmen, daß diese unter günstigen Bedingungen gezeichnet wird, so können die auf diese Weise zur Verfügung gestellten Beträge nicht ihren Zweck erfüllen, sofern nicht bestimmte Voraussetzungen in der Kohlewirtschaft geschaffen sind. Fehlen z. B. die organisatorischen Grundlagen, dann müssen die Rationalisierungsbestrebungen als Einzelmaßnahmen verpuffen. Nur dann könnte die Anleihe volkswirtschaftlich und im long run auch privatwirtschaftlich ein Erfolg sein, wenn nicht Flickwerk-Methoden zur Anwendung kommen, sondern systematisch vorgegangen wird.

III. Systematische Maßnahmen

Systematische Maßnahmen sind auf eine dynamische Stabilisierung des Kohlenbergbaus ausgerichtet, d. h. sie tragen dazu bei, den Kohlenbergbau auszugestalten und in das Wachstum der Volkswirtschaft und die strukturellen Wandlungen einzuordnen. Es handelt sich also von vornherein nicht um Oberflächenmaßnahmen, die bei Behandlung von Äußerlichkeiten stehen bleiben, sondern um Maßnahmen, die solche Änderungen im Bergbau herbeiführen, daß seine Stellung in der wachsenden Wirtschaft gewährleistet ist.

Im Vordergrund der systematischen Maßnahmen steht die Investitionstätigkeit. Ganz besondere Bedeutung kommt der Errichtung neuer Schachtanlagen zu. Hier bestehen sehr günstige Voraussetzungen. Auf lange Sicht betrachtet könnten hierdurch die Förderungskosten wesentlich gesenkt werden. Bis jetzt freilich ist auf diesem Gebiet noch verhältnismäßig wenig geschehen. In Klepzig Fachberichten für die Führungskräfte aus Industrie und Technik, September 1958, ist in einem Aufsatz „Forschungs- und Entwicklungsprobleme der Kohlenwirtschaft" auf diese Aufgaben besonders hingewiesen: „Im Gegensatz zu Frankreich, wo nach Kriegsende, besonders im Lothringer Raum, eine starke Modernisierung der Schachtanlagen betrieben wurde und in dem neue Schächte abgesteuft wurden, ist im Ruhrgebiet seit dem Kriege nur das Abteufen einer Schachtanlage begonnen worden. Kapitalbildung und Investierungsmöglichkeit sind naturgemäß Voraussetzung eines derartigen Beginnens. Trotzdem müssen sich die Verantwortlichen heute schon im klaren darüber sein, daß auch auf dem Gebiete des Bergbaues Neuland nottut. Jeder Beitrag in dieser Richtung dient der Zukunft."

Der verstaatlichte französische Steinkohlenbergbau hat in den letzten 11 Jahren insgesamt 770 Milliarden ffrs. investiert. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, die französische Förderung um 30 % zu steigern und gleichzeitig die Produktivität der französischen Zechen an die Spitze der europäischen Bergbauländer zu bringen. In einer Konferenz, die im Mai 1959 stattfand, konnte der Generaldirektor M. Baseilhac berichten, daß trotz der großen Aufwendungen heute bereits ein finanzielles Gleichgewicht erreicht sei. Die Investitionspolitik kann jedoch nur dann zum Erfolg führen, wenn sie einheitlich gestaltet ist. Der Präsident der Charbonnages M. Verret betonte in einer Konferenz am 28. Mai die Notwendigkeit einer umfassenden Energiepolitik: „Il est inéluctable que soient prises des mésures de coordination assurant un dévelopment harmonieu et cohérent de nos richesses en énergie." Wohl müssen auch in Frankreich unrentable Gruben stillgelegt werden. Nach Auffassung der Charbonnages de France soll jedoch die Einschränkung des Abbaus von ungünstig gelagerter Kohle von einer Intensivierung der Förderung in den rentablen Gruben begleitet sein, u. U. durch Errichtung neuer Schachtanlagen.

Auch die Montanunion vertritt die Auffassung, daß der Bergbau auf neue Schachtanlagen nicht verzichten dürfe. Die Hohe Behörde bemerkte hinsichtlich der Steinkohle ausdrücklich, daß trotz ihrer schwierigen Konkurrenzlage neue Gruben auf den noch nicht erschlossenen Vorkommen der Gemeinschaft geschaffen werden müßten und sei es auch nur, um ausgekohlte oder unrentable Gruben zu ersetzen. In der Straßburger Parlamentsperiode befaßte sich der Ausschuß für Energiefragen mit dem ersten Bericht über eine koordinierte Energiepolitik, den der gemischte Ausschuß der Hohen Behörde und der Regierungen im Frühjahr vorgelegt hatte. Bei einer Diskussion am 27. September wurde von der deutschen parlamentarischen Seite geltend gemacht, daß die Bedeutung eines Investitionsproblems beim Bergbau nur anzuerkennen sei, sofern es sich um Investitionen mit rationalisierender Wirkung handelt, nicht aber um

Schaffung neuer Zechenanlagen. Der Wortlaut der Diskussion liegt mir nicht vor, sondern bloß eine auszugsweise Widergabe des Handelsblattes vom 29. 9. Die Formulierung könnte zu Mißverständnissen Anlaß geben. Sicher ist eine Neuerrichtung von Schachtanlagen nur sinnvoll, wenn dort bessere oder billigere Kohle gewonnen werden kann. Aber es besteht kein Zweifel darüber, daß Neuerrichtung von Schachtanlagen eines der wichtigsten Mittel ist, um zu einer Rationalisierung des Kohlenbergbaus und zu einer Kostensenkung im Kohlenbergbau zu gelangen.

Freilich ist die Errichtung neuer Schachtanlagen für ein einzelnes Unternehmen außerordentlich schwierig. Es ist zu berücksichtigen, daß der Bau einer neuen Schachtanlage mit einer Tagesförderung von 8000 t einschließlich Kokerei, Kraftwerk und dazugehörigen Wohnungen eine Bauzeit bis zur Förderaufnahme von rd. 6 Jahren und bis zur Erreichung der Endförderung etwa 12 bis 13 Jahre in Anspruch nimmt. Die Kosten betragen 400 Millionen DM und mehr. Das einzelne Unternehmen ist von sich aus jedenfalls nicht in der Lage, durch Selbstfinanzierung auch nur annähernd diese Beträge aufzubringen. Dazu ist zu bedenken, daß im Augenblick große finanzielle Mittel in den Haldenbeständen gebunden sind. Auch die Beschaffung der Mittel auf dem Kapitalmarkt ist für das einzelne Unternehmen außerordentlich schwierig. Vor allem deswegen, weil ja die Ertragslage verhältnismäßig ungünstig ist.

Wenn die Errichtung neuer Schachtanlagen auch ein besonders wichtiges Mittel der Rationalisierung ist, so stellt sie keineswegs das einzige Mittel dar. Darüber freilich kann kein Zweifel herrschen, daß Kostensenkung entscheidend für eine dynamische Stabilisierung des Bergbaues ist. Treffend erklärte der Vorsitzende des Coal-Board (The Times, 11. 6. 1959) hinsichtlich der Produktivitätssteigerung und Kostensenkung im Jahre 1958: „The only way of ensuring the survival of the industry is to keep costs down." Wichtig ist auch in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß sich Rationalisierung nicht nur auf den Erzeugungsbetrieb sondern auch auf die Verteilung bezieht. Man müsse errichten „a realy efficient system of coal distribution". Die Kaufleute sollten die Methoden und die Organisation verbessern. Auch die Verpackungsprobleme der Kohle müßten ins Auge gefaßt werden.

Zu den Rationalisierungsmaßnahmen können auch Stillegungen gehören. Diese Rationalisierungs-Stillegungen sind, wie u. a. Burckhardt betonte (Glückauf, 14. 2. 1959) scharf zu trennen von jenen, die bloß wegen Absatzmangel erfolgen. Diese sollten, wie Burckhardt in dem genannten Aufsatz ausführt, nicht nötig werden.

Zur Rationalisierung im weiteren Sinne gehören auch alle Maßnahmen, die geeignet sind, Kohle näher an den Konsumenten heranzubringen und ihr neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Wir haben bei Analyse der Schwierigkeiten des Bergbaues infolge struktureller Wandlungen der Wirtschaft erkannt, daß einer der Nachteile des Bergbaues darin liegt, daß er in Preisen und Angebot nicht so beweglich ist wie das Mineralöl. Diese Schwierigkeiten können durch Veredelung der Kohle bis zu einem gewissen Grade überwunden werden, insbesondere durch Umwandlung der Kohle in Gas und Elektrizität. Es ist entscheidend wichtig, daß die Kohle an einem Ort, wo sie gewonnen wird, nach Möglichkeit auch verbraucht wird. Ferngasleitungen sind weiter auszubauen. Es handelt sich hierbei freilich keineswegs um neue Wege, sondern nur darum, die Wege, die in dieser Richtung schon beschritten worden sind, weiterzugehen und auszubauen. U. a. weist G. Gebhardt in seinem Buche „Ruhrbergbau", Essen 1957, auf das zunehmende Gewicht der Kohlenveredelung hin (S. 75).

Der Forschung erwachsen wichtige Aufgaben hinsichtlich der Erweiterung des Absatzes der Kohle. Der Direktor des Coal-Boards wies in dem erwähnten Vortrag auf die Möglichkeit hin, die Verwendung der Kohle als Rohmaterial für die Produktion von Öl, Gas und Chemikalien zu verwerten. Wohl sei für den Augenblick hier noch keine Lösung zu erwarten, aber die Befassung mit diesem Problem sei wichtig für „the industries long turn problems."

Wenn Rationalisierungsmaßnahmen in großem Umfange durchgeführt werden sollen, dann ist entscheidende Voraussetzung dafür, daß optimale Unternehmensgrößen erreicht werden. Es müssen organisatorische Maßnahmen getroffen werden, um dies sicherzustellen. Das Problem der sog. Grenzzechen taucht immer wieder auf. Es ist wohl richtig, daß man in außergewöhnlichen Zeiten, wie sie heute für die Kohlenwirtschaft vorliegen, nicht leicht entscheiden kann, welche Zechen rationellerweise stillgelegt werden. Im Jahre 1956 z. B. waren auch die Kohlen der Grenzzechen immer noch billiger als amerikanische Kohlen. Auf die Dauer aber wird sich das Schwergewicht der Produktion auf die neuen günstigen Anlagen mehr und mehr verlagern. Voraussetzung für eine organische Ausgestaltung des Kohlenbergbaus ist aber die Erreichung der optimalen Unternehmensgröße. Wiederum weist Gebhardt nachdrücklich auf die Schwierigkeiten, die gerade hier liegen, hin. Er betont auf S. 80 die großen Investitionsaufgaben, die dem Ruhrbergbau gestellt sind. Er fährt fort: Der erforderliche größere Aufwand zwingt zu ungewöhnlichen Maßnahmen, für die es alle Möglichkeiten der Forschung und des technischen Fortschrittes auszuschöpfen gibt. Im Jahre 1955 gab es im Ruhrbergbau 136 Schachtanlagen mit einer durchschnittlichen arbeitstäglichen Förderung von 3369 t, mit Fördereinheiten von 4000 t täglich werden sich in Zukunft die höheren Kosten für Anlagen der Betriebe nicht mehr erwirtschaften lassen. Bisherige Untersuchungen und Berechnungen empfehlen daher, Groß-Schachtanlagen und Verbund-Bergwerke mit bis zu 20 000 t täglicher Förderung anzustreben.

Die Zusammenlegungen im Ruhrbergbau sind aber nicht nur Voraussetzung entsprechenden technischen Fortschrittes, sondern auch Voraussetzung einer Erweiterung der Finanzkraft. Denn große Summen sind es, die aufgebracht werden müssen, um die notwendigen Anlagen zu finanzieren. Große Unternehmen und Unternehmenszusammenschlüsse können leichter das erforderliche Kapital aufbringen als kleinere und mittlere Unternehmen.

Noch in einer weiteren Hinsicht ist die Erreichung entsprechender Unternehmensgröße notwendig, nämlich als Voraussetzung für eine gleich starke Stellung des Bergbaus gegenüber der Mineralöl-Industrie. Die internationalen Bindungen dieses Wirtschaftszweiges verleihen ihm eine außerordentliche Stärke. Nur ein entsprechender Zusammenschluß im Kohlensektor kann ein gleich starkes Zusammenwirken von Kohle und Mineralöl im Gesamtenergiesektor auf die Dauer sicherstellen.

In dem Jahresbericht 1958 des Steinkohlen-Bergbau-Vereines (der Bericht erschien im Oktober 1959) wird darauf hingewiesen, daß die Förderung mehr und mehr auf Groß-Schachtanlagen mit Tagesförderungen von 10 000 bis 15 000 t konzentriert werden müsse. In zahlreichen Grubenfeldern seien bis zu einer Teufe von 1200 m Kohlenvorräte von 500, 800 oder mehr Millionen t vorhanden. Neue Zechen als Anschlußanlagen könnten auf dieser Kohlengrundlage erstellt werden. Andere Anlagen müßten auf Reservefeldern errichtet werden. Schließlich könnten derartige Großanlagen durch Zusammenlegung mehrerer Betriebsanlagen entstehen, die mit Hilfe leistungsfähiger Fördermaschinen und sonstiger Einrichtungen solche Förderungen übernehmen. Untersuchungen haben ergeben, daß der Bau von etwa 40 Groß-Förderanlagen im

eben genannten Ausmaß an der Ruhr technisch möglich ist. Die Notwendigkeit sei vielerorts erkannt, die Arbeiten aber nur zu einem kleinen Teil im Gange.

Die einschlägigen Fragen der Zusammenarbeit führen zu einem weiteren entscheidenden Problem, zur Koordination der Energiepolitik. Ende September 1959 hat Bundesminister Dr. Balcke auf die Notwendigkeit einer Integration der Industriequellen hingewiesen. Im Rahmen einer Informationstagung für Journalisten führte er aus, daß sich bei der Gesamtbetrachtung einer energiewirtschaftlichen Politik von morgen zwar zwangsläufig eine neue Rangordnung der Energien ergebe. Eine Integration der Quellen Kohle, Öl und Kernbrennstoff zunächst auf nationaler, danach auf internationaler Basis, werde das Problem lösen helfen. In Frankreich hat der Wirtschafts- und Sozialrat — das ist das die Regierung beratende Organ von Vertretern der Wirtschaft und der Beamten — die Vorarbeiten zur Koordinierung der französischen Energiepolitik aufgenommen. Sie soll in den Grundzügen formuliert sein, bevor Gespräche Frankreichs mit den Partnern des Gemeinsamen Marktes begonnen werden. Die Hohe Behörde hat Mitte September den übrigen beiden Europa-Gemeinschaften Vorschläge zur Koordinierung der Energiepolitik gemacht, die dem Ministerrat später zur Diskussion und zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Danach soll in sämtlichen Gemeinschaftsländern ein besonderer Dienst mit Fragen der Koordinierung der Energiepolitik betraut werden. Ferner soll auf Gemeinschaftsebene ein beratender Energie-Ausschuß gebildet werden, in dem Produzenten, Verteiler, Verbraucher und Arbeiter des Bergbaues, der Erdöl-, Erdgas-, Elektrizitäts- und Kernenergie vertreten sein sollen.

Die Erkenntnis, daß neue Wege der Koordination gegangen werden müssen, ist allgemein. So sehr auch die Vorschläge von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in dieser Hinsicht voneinander abweichen mögen, so stimmen sie doch darin überein, daß neue Wege gegangen werden müssen. Ganz deutlich ist dies in den Vorschlägen, die von IG Bergbau gemacht wurden. Aber auch in dem Jahresbericht des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau für die Jahre 1955—1957 ist darauf hingewiesen, daß die Koordinierung der Energiepolitik unerläßlich und eine Neuorientierung der Kohlenwirtschaftspolitik notwendig ist. Da heißt es u. a. auf S. 16: „Die Entwicklung der einzelnen Energieträger und der Sekundärenergie muß aufeinander abgestimmt sein. Nicht nur in langfristigem, unverbindlichem Ziel, sondern auch im kurzfristigen Auf und Ab der Konjunktur. Geschieht das nicht, werden den Steinkohlenbergbau weitere schwere Rückschläge treffen." Nachdem in dem genannten Bericht auf die wiederholten Besprechungen der Sozialpartner des Steinkohlenbergbaus hingewiesen ist, wird noch einmal betont: „Die Interessen und Programme der verschiedenen Energieträger müssen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden, so daß die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit des Steinkohlenbergbaus und eine gleichmäßige Beschäftigung der Bergarbeiter gesichert bleiben."

Die Industriegewerkschaft Bergbau hat ihre Auffassung wiederholt eindeutig dargelegt. Insbesondere sei verwiesen auf das Referat von H. Gutermuth (Bergbau und Wirtschaft, 1. Sept. 1959). Mit besonderer Deutlichkeit wurde eine politische Entscheidung gefordert, damit der Bergbau seine Grenzen für Investitionen, Rationalisierung und den Grad der Beschäftigung der Belegschaft kennt. Wie dringend die Erfüllung dieser Forderung ist, zeigt u. a. die Abwanderung der Arbeitnehmerschaft aus dem Bergbau. In den Berichten der Arbeitsämter wird von einem beängstigenden Umfang der freiwilligen Abgänge in den letzten Wochen infolge der im Revier entstandenen Unruhe gesprochen.

Bei der Neuordnung im Kohlen- und im gesamten Energiesektor handelt es sich um weitreichende Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung. Fehler können hier meist nicht mehr gut gemacht werden. Eine stillgelegte Grube bleibt eben stillgelegt. Es hat den Anschein, als ob Doktrinarismus manchen Fortschritt bei Stabilisierung des Kohlenbergbaues hindern würde. Die Notwendigkeit, die Probleme und Aufgaben nüchtern zu sehen, hat u. a. W. Utermann in einem Aufsatz „Mit zweierlei Maß" klar hervorgehoben (Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, April 1959). „Die beste Wirtschaftspolitik ist diejenige, die ohne Ansehen einer Industrie ihr Augenmerk darauf richtet, die allgemeinen wirtschaftlichen Wachstumsbedingungen zu verbessern. Ein derart vernünftiger „Dirigismus" würde allen die gleiche Chance geben, sich zu entwickeln, manche krisenhaften Erscheinungen, die man häufig schlechthin auf strukturelle Veränderungen zurückführt, würden gar nicht auftreten." Wie dogmatisch klingt dagegen die Feststellung, die in einem anderen Aufsatz über „konstruktive Kohlenpolitik" gemacht wird: „Wer einen schwarzen Plan als Patentrezept empfiehlt, erweist sich als Gegner unserer Wirtschaftsordnung." Sicher wäre es falsch, einen Plan, wie immer man ihn bezeichnen mag, als Patentrezept zu empfehlen, aber ein Vorschlag ist zweifellos nicht schon deswegen verfehlt, oder im Gegensatz zu einer bestimmten Wirtschaftsauffassung, wenn er ein planmäßiges Vorgehen verlangt. Hans Ilau hat sich in einem Aufsatz „Doktrinäre und rationale Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Kohlenkrise" mit diesen Gedankengängen auseinandergesetzt. (Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, März 1959) Ilau betont dort: „Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß u. U. ein allzu starres und prinzipienstrenges Operieren mit der marktwirtschaftlichen Doktrin das Gegenteil von dem erreichen kann, was mit ihm angestrebt wird." „Wir stehen dann vor der paradoxen Situation, daß um der Autorität des marktwirtschaftlichen Systems willen die Intervention abgelehnt wird, aber gerade infolge der hierdurch sich ausbreitenden wirtschaftlichen Störung das marktwirtschaftliche Prinzip mehr an Autorität und Geltung einbüßt, als wenn interveniert worden wäre."

Wir kommen auf die Frage, die wir an die Spitze des Aufsatzes gestellt hatten, zurück: Wird im Kohlenbergbau Reichtum vergeudet? Es ist schon viel Reichtum vergeudet worden, insbesondere durch Unterlassungen. Flickwerk bedeutet weitere Vergeudung; jede Stillegung, die nicht aus Rationalisierungsgründen notwendig ist, kann dauernden Verlust bringen. Mit jedem Tag, der ungenützt für systematische Maßnahmen verstreicht, geht Reichtum verloren.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Warum der Westen nicht Abrüsten kann?!

Für die menschenreichen kommunistischen Mächte Asiens genügt es, um zu siegen, wenn es keine Waffen mehr gibt. Nehru hat schon recht: Man kann auch mit Keulen Krieg führen. Der Fuchs war immer für die Abschaffung des Schießgewehrs. Dschingis-Khan errichtete ein Reich von Peking bis Breslau, Budapest und Teheran: nur mit Pferden, Pfeil und Bogen... Für die Sowjets ist — man kann das Clausewitz-Wort umdrehen — die Weltpolitik eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Bolschewisten scheuen Gewehre und Bomben nicht; aber diese müssen nicht sein. Nur der Sieg muß sein. Die Sowjets sind zur Erreichung dieses Ziels, das sie nie und nimmer aus dem Auge verlieren, bereit, alle Mittel anzuwenden, selbst gute.

FAZ vom 25. 9. 1959

Wilhelm Elfes: Mit Humor ...

Mit einigem Humor nehme ich zur Kenntnis, welche Verlegenheit der Chrustschow'sche Abrüstungsvorschlag hierzulande ausgelöst hat, wo die Nutznießer der Aufrüstung als Fachleute für Abrüstung gelten.

Diplomatische Beziehungen sind schädlich

Unter der Überschrift „Diplomatische Beziehungen zu Polen sind kein westpreußisches Dorf wert" schreibt die „Deutsche Soldaten-Zeitung" von Ende September 1959:

„Polen hat es nicht bei seinen Rechtsbrüchen zwischen den beiden Weltkriegen belassen, sondern hat dem die ungeheuerlichste Tat der Geschichte angefügt: Es hat zwölf bis fünfzehn Millionen Menschen aus ihrer ostdeutschen Heimat ausgetrieben; wohl zwei Millionen Deutsche sind dabei ermordet worden oder anderweit auf der Strecke geblieben ... Selbstvertrauen und Härte ist das Gebot der Stunde, nicht Kontakte. Diplomatische Beziehungen zu Warschau und Prag sind im Hinblick auf unsere Rechtsansprüche schädlich und überdies gänzlich unnütz ..."

1. September 1939 — 1. September 1959
Deutsch-Polnische Bilanz

Deutschland beklagt 5 500 000 Tote — Davon 3 300 000 gefallen — 500 000 durch Bomben getötet — 200 000 gemordet — 1 500 000 vermißt. Polen beklagt 6 000 000 Tote — Davon 600 000 gefallen — 5 400 000 gemordet — sie hinterließen 5 000 000 Waisen.

Protestmarsch in die Sahara

„The Direct Action Committee against Nuclear War", London N 4, England, 344 Seven Sisters Rd., bittet uns um Veröffentlichung folgenden Appells:

Immer mehr Menschen auf der Welt sind nicht länger gewillt, beiseitezustehen und zuzuschauen, während sich ihre Regierungen für den nuklearen Krieg vorbereiten.

Sehr große Unruhe erregte der französische Plan, einen Atombombentest in der Sahara durchzuführen. Bisher kam der stärkste Protest von den Menschen Nigerias und Ghanas. Denn der in der Sahara vorherrschende Wind, der zwei Monate lang ständig innerhalb der trockenen Jahreszeit weht, kann radioaktive Sandteilchen über ihre Länder tragen. Marocco und der französische Sudan gehören ebenfalls zu den Ländern, die gegen die Tests sind.

Das britische Direct Action Committee against Nuclear War hat vor, einen dramatischen Protest durchzuführen, indem es eine internationale Gruppe in das Testgebiet der Sahara sendet. Diese Gruppe, die das Risiko eingeht, verhaftet, verletzt oder getötet zu werden, hofft auf diese Weise die Welt an die ungeheure Gefahr und den Wahnsinn der nuklearen Waffentests zu erinnern. Zugleich wendet sie sich dagegen, daß sich diese Art der Aufrüstung noch auf andere Länder ausbreitet. Das Ziel der Gruppe ist es, die wirkliche Bedeutung dieser Tests zu demonstrieren und gleichzeitig die Einbildungskraft und das Gewissen der Menschen überall auf der Welt aufzurühren, um etwas gegen die Atom- und Wasserstoffbomben zu unternehmen, ehe es zu spät ist.

Das Direct Action Committee — eine Organisation, die zu keiner politischen Partei gehört — wurde von einer Gruppe Menschen gegründet, die Harold Steele unterstützten, den Engländer, der vorhatte, aus Protest gegen die Tests in das britische Testgebiet bei den Weihnachtsinseln (1957) zu fahren. Die Ziele des Committees sind eine einseitige nukleare Abrüstung durch jede Macht, die jetzt schon nukleare Waffen besitzt, und es widersetzt sich der Durchführung nuklearer Waffentests durch jedes Land. Es organisierte den Aldermaston-Marsch von London aus und den gewaltlosen Widerstand bei der Raketenbase von Swaffham. Die drei englischen Teilnehmer der Sahara-Protestgruppe, Reverend Michael Scott, Michael Randle und Francis Hoyland, nahmen alle an der Aktion in Swaffham teil. Michael Randle ist einer von der Gruppe, die freiwillig in das Testgebiet bei den Weihnachtsinseln wollte.

Die Protestgruppe versammelt sich in Ghana. Sie wird vorher ihre Ansicht der französischen Regierung mitteilen und mit dem Auto von Ghana in das Gebiet von Reggan in der Sahara fahren, wo die erste französische Atombombe binnen kurzem getestet wird. Wenn es ihnen gelingt, ihren Bestimmungsort zu erreichen, dann wollen sie versuchen, das auf dem Platz befindliche wissenschaftliche und militärische Personal zu überreden, von dem Test Abstand zu nehmen. Wenn sie nicht so weit kommen, bleiben sie in dem Gebiet, selbst wenn der Test durchgeführt wird. Wir appellieren an alle die, die mit unserem Projekt sympathisieren, finanziell zu den riesigen Kosten beizutragen, die dadurch entstehen.

Hochachtungsvoll

gez. Lord Boyd Orr
der Earl von Russel
Dr. Donald Soper
Dr. Alex Comfort
April Carter
Pat Arrowsmith

Ulbricht: Abrüstungsgespräche

„... Vor dem SED-Zentralkomitee empfahl Ulbricht am Wochenende in Berlin, „daß sich beide deutsche Staaten verständigen sollten über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte, über Stationierung und über Ausrüstung". Folgende Punkte sollten beraten werden:

1. Einstellung aller Experimente mit Kernwaffen. Die Bundesrepublik soll darauf verzichten, an französischen Kernwaffenexperimenten in der Sahara teilzunehmen.
2. Verzicht auf Atomrüstung. Bonn und Ostberlin sollen die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone unterstützen.
3. Sofortiger Rüstungsstop und Nichtangriffspakt. Über die Zahlen, Ausrüstung und Standort der militärischen Streitkräfte soll verhandelt werden.
4. Vertreter der Bundesrepublik und Mitteldeutschlands sollen sich gemeinsam für den schrittweisen Abzug der ausländischen Streitkräfte und die Beseitigung der ausländischen militärischen Stützpunkte einsetzen.
5. Bildung eines gesamtdeutschen paritätischen Ausschusses. Vertreter der Regierungen in Bonn und in Ostberlin sollen sich mit der Erhaltung des Friedens, der Vorbereitung eines Friedensvertrages und der Schaffung der Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands beschäftigen. „Zur Wiedervereinigung", sagte Ulbricht, „kann man erst

kommen, wenn der Weg dazu frei gemacht wird. Dieser Weg ist gegenwärtig durch den westdeutschen Militarismus verbarrikadiert"...

Die Welt vom 21. 9. 1959

SS droht ÖTV-Funktionären

Die Bezirksfachabteilung Polizei der Gewerkschaft ÖTV in Nordrhein-Westfalen hat in der neuesten Ausgabe ihres Mitteilungsblattes zu der Unterwanderung der Kriminalpolizei im Lande NRW durch ehemalige SS-Führer Stellung genommen. Viele Tageszeitungen haben den Bericht veröffentlicht und auf die unmögliche Personalpolitik hingewiesen.

Mitglieder des Bezirksfachabteilungsvorstandes erhielten jetzt anonyme telefonische Anrufe, in denen es hieß: „Wir wissen, daß Ihr Eure schmutzigen Finger auch nach uns ausstreckt. Aber seht Euch vor, es ist noch nicht aller Tage Abend, und die SS ist noch nicht tot. Mit Eurem lächerlichen Artikel in Eurem ÖTV-Schmutzblättchen könnt Ihr keinem imponieren. Wir warnen Euch!"

DGB-Nachrichtendienst vom 23. 9. 1959

Times und Oder-Neiße-Grenze

Seit der Veröffentlichung des Leitartikels der „Times", in dem von der Bundesregierung die Anerkennung der Oder-Neiße als Grenze gefordert wurde, hat das Blatt eine Reihe von Zuschriften gebracht, die mit Ausnahme eines deutschen Briefes alle zustimmend waren. Am Dienstag hat Lord B o o t h b y, der frühere konservative Abgeordnete, mit einem Brief in die Diskussion eingegriffen. Es heißt darin: „Falls Deutschland jemals wieder vereinigt werden sollte, und dagegen läßt sich vieles sagen, dann muß es die Oder-Neiße-Grenze anerkennen und darf niemals danach trachten, eine nukleare Macht zu werden. Das ist ein sehr kleiner Preis, den man von den Deutschen verlangen kann für den Schaden, den sie der westlichen Zivilisation im 20. Jahrhundert angetan haben."

FAZ vom 16. 9. 1959

Eigenes Staatsbewußtsein

Innerhalb der Zone vollziehen sich Tatbestände, die wir nicht einfach mit einer Handbewegung aus der Welt schaffen können. Den Menschen geht es wirtschaftlich besser als noch vor zwei oder drei Jahren. Der jungen Generation werden Bildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen geboten. Wer Gelegenheit hatte, sich für einige Tage im Kreise von Bekannten in der Zone umzuhören, ist über die Entwicklung gerade in dieser Hinsicht überrascht und zugleich bestürzt. Allzulange hat sich die westdeutsche Öffentlichkeit in der Hoffnung erschöpft, das sogenannte Wirtschaftswunder mit seinen verlockenden Schaufenstern werde seine Anziehungskraft auf die Deutschen jenseits der Zonengrenze nicht verfehlen.

Noch beängstigender aber ist die Tatsache, daß sich in Mitteldeutschland immer stärker ein eigenes Staatsbewußtsein herausbildet. Wir mögen die Bezeichnung ‚Deutsche Demokratische Republik' ignorieren, wir mögen sie lächerlich machen, im mitteldeutschen Sprachgebrauch ist sie bereits zu einem festen Bestandteil geworden.

Die Freiheit, Mainz, SPD-nahestehend, vom 5. 10. 1959

Fünf Punkte

In einem Interview mit der Iswestija entwickelte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert W e h n e r ein Fünf-Punkte-Programm als möglichen Beitrag der Bundesrepublik zur internationalen Entspannung: Erstens Verzicht der Bundeswehr auf atomare Aufrüstung, zweitens Abschluß eines Abkommens im Geiste des Rapacki-Planes, das auch den Verzicht Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und Ungarns auf Atomwaffen vorsehen würde, sowie Errichtung eines Kontrollsystems und

eines Abkommens über die stufenweise und gleichmäßige Zurückziehung ausländischer Truppen aus diesen Ländern; drittens Verbesserung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion sowie Intensivierung des Warenaustauschs; viertens Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor allem mit Polen und der Tschechoslowakei; fünftens Bereitschaft, das deutsche Problem unter Berücksichtigung der im „Deutschland-Plan" der SPD enthaltenen Vorschläge zu erörtern.

Wie so viele deutsche Führer vor ihm

„... Mr. Macmillan muß sich mit diesem gefährlichen Peter Pan vom Rhein in dem Geiste befassen, den Monty hatte, als er 1945 jenen Fluß überschritt. Konrad Adenauer wird ein paar Wochen vor Weihnachten als arroganter Sieger seine Residenz in Belgrave Square 21 in London (der deutschen Botschaft) aufschlagen. Er wird schließlich überzeugt sein, daß er geschafft hat, was seinem Vorgänger Hitler nicht gelang ... Der alte Fuchs aus Bonn wird der Meister, nicht der Unterlegene sein, denn er steht in Europa als zynische Schlüsselfigur, die die Lösung der Weltprobleme blockiert. Wie so viele deutsche Führer vor ihm weiß er, daß der Frieden zu seinem Niedergang führen würde. Es ist manchmal schwer zu fassen, warum wir diesen Deutschen erlauben, so fortzufahren. Anscheinend lehren uns unsere Geschichtsbücher nichts."

Daily Sketch vom 20. 10. 1959

Bis zur Isolierung

„Adenauers Irrtum — wenn wir es vorziehen, es eher einen Irrtum zu nennen als die Unfähigkeit, den Sinn der Änderung der Weltlage zu verstehen — war es, sich auf die Wirksamkeit der klassischen deutschen Verteidigung zu verlassen, mit anderen Worten: Ansprüche zu stellen anstatt Verhandlungen zu führen ... Die Wahrheit ist anders: Die Bundesrepublik strebt der Isolierung zu, einer isolierten Stellung, die durch die Politik Adenauers wahrscheinlich noch verstärkt werden wird."

Il Giorno vom 20. 10. 1959

Brief eines Arztes an das Kreiswehrersatzamt

Dr. med. H.-J. Tepe
(24a) Hamburg-Bramfeld
Hohnerkamp 89

den 3. Oktober 1959
Dr. Tp/Gae

Einschreiben

An das
Kreiswehrersatzamt
Hamburg Nord
(24a) Hamburg 22
Humboldtstr. 49/55

Meine vor einigen Tagen erfolgte Registrierung im Zuge der Erfassung des Jahrganges 1922 für die Bundeswehr durch das Ortsamt Bramfeld nehme ich zum Anlaß, Ihnen zu erklären, daß ich den Dienst in jeglichen militärischen Formationen aus religiösen Gründen verweigere.

Nachdem die Regierungen der Völker innerhalb eines Menschenalters zweimal zu dem sinnlosen Mittel „Krieg" Millionen friedlich gesonnener Menschen verführt oder gezwungen haben und für alle direkt und indirekt Beteiligten unendliches Leid und namenloses Elend entstanden ist, sollten alle dem christlichen Glauben verpflichteten Menschen endlich einsehen, daß Rüsten und Kriegführen — ob mit oder ohne Atomwaffen — wider die Gebote Gottes und die Lehre Jesu Christi war und ist.

Allen Kriegen mit ihrem Blutvergießen, angefangen von den Kreuzzügen über die Schlachten „Allerchristlichster Könige", den 30jährigen Krieg, der Segnung der für Japan bestimmten Atombomben durch kirchliche Würdenträger bis zu den jüngsten „bewaffneten Konflikten" in den verschiedensten Teilen der Welt liegt ein verhängnis-

volles Mißverständnis bzw. ein bewußter, mehr oder minder sophistisch verbrämter Verstoß gegen die Lehre der Heiligen Schrift zugrunde, zu der zumindest wir Abendländer uns doch offenbar so eindeutig bekennen.

Meine Auffassung ist: Es gibt kein Töten, keine Kriege, die wir vor Gott als Menschen zu verantworten in der Lage wären. Die These vom Zweck, der die Mittel heiligt, ist eine blasphemische Erfindung. Sie ist keineswegs in Einklang zu bringen mit der Lehre des Neuen Testaments, z. B. Matth. V, 21, 22, 39, 43/44.

Wie ein Hehler sich beim Diebstahl mitschuldig macht, so jeder Mensch am Verstoß gegen das 5. Gebot, der in Institutionen tätig wird, die der Vorbereitung eines Krieges oder der Erhaltung der Kampfkraft militärischer Verbände dienen. Auch ein Arzt macht sich also insofern mitschuldig, als er die ihm anvertrauten Soldaten betreut, pflegt und heilt, um sie baldmöglichst instandzusetzen, andere Menschen zu töten.

Nachdem ich als junger Mensch mit Millionen anderer Menschen aller am Krieg beteiligten Nationen gegen die Gebote der christlichen Religion verstoßen habe, bin ich nicht gewillt, dieses noch einmal in meinem Leben zu tun, gleich, wer mir dies befiehlt.

gez. Dr. Tepe
(Facharzt für Radiologie)

Deutschland in der UNO?

Die dem Außenministerium der DDR nahestehende Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik" befürwortete in der August-Ausgabe die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in die Vereinten Nationen. Für die DDR bestünden schon heute alle rechtlichen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft, während die Bundesrepublik durch ihre militaristische und revanchistische Politik die Charta der Vereinten Nationen verletze. Wenn die Großmächte bei weiteren Verhandlungen über Deutschland und Berlin zu Vereinbarungen gelangten, die den westdeutschen Militaristen Zügel anlegten, und wenn sich in der Bundesrepublik und in Westberlin nach dem Abschluß eines Friedensvertrages die Friedenskräfte durchsetzen sollten, so wäre allerdings auch für die Bundesrepublik der Anspruch auf Aufnahme in die Vereinten Nationen begründet. Eine solchermaßen „gebändigte Bundesrepublik" könne dann an der Seite der DDR in die Weltorganisation eintreten, womit eine zusätzliche Klammer für die beiden friedliebenden deutschen Staaten und eine Voraussetzung für ihre schrittweise Angleichung aneinander geschaffen sein würde.

Mit der Unterschrift Globkes

Staatssekretär Dr. Hans Globke, Intimus des Bundeskanzlers, gehört nicht nur zu den Kommentatoren der schändlichen Nürnberger Rassengesetze, er war auch dabei, — „juristisch" — als Hitler in der Tschechoslowakei viele viele Menschen aus den ihnen angestammten Heimatorten vertreiben ließ. Auf diese Tatsache macht ein in der „Welt" (26. 9. 59) veröffentlicher Leserbrief aufmerksam, in dem der Verfasser an den Vertrag erinnert, der zwischen der damaligen deutschen Reichsregierung und der tschechoslowakischen Regierung nach der Einverleibung des Sudetenlandes durch Hitler im Herbst 1938 in Berlin abgeschlossen wurde, um die Staatsangehörigkeit und Optionsfrage zu regeln.

Der § 2 dieses Vertrages hielt die Verpflichtung der tschechoslowakischen Regierung fest, Personen aufzunehmen, die die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit besaßen, in den abgetretenen Gebieten wohnten und von der deutschen Regierung als unerwünscht ausgewiesen wurden. Im § 12 hieß es, daß die Personen, die das Gebiet des Deutschen Reiches verlassen müssen, zwar ihr bewegliches Gut mitnehmen dürfen, aber kein bares Geld, keine Wertpapiere und Sammlungen (Kunstgegenstände und dergleichen). Dieser Vertrag trug für das „Dritte Reich" die Unterschrift von Dr. Friedrich Gaus, Dr. Hans Globke; als tschechischer Partner zeichnete ein Dr. Antonin Koukal.

Einige hunderttausend Tschechen mußten damals ihre Heimat verlassen und Zuflucht im Inneren der Tschechoslowakei suchen. Sie waren die Unglücksboten und Vorläufer

jener gewaltigen Vertreibungswelle, die sich nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes aus den Ostgebieten und aus der Tschechoslowakei nach Deutschland ergoß — nur waren es diesmal Deutsche. Mehr als zehn Millionen Deutsche mußten dafür büßen, was ihnen mit den Tschechen einige Jahre vorher demonstriert worden war. Ein Mitwirkender an dieser gewaltigen Tragödie sitzt heute wieder in Amt und Würden, Dr. Hans Globke. Seine Tätigkeit im „Dritten Reich" hat Bundeskanzler Dr. Adenauer nicht daran gehindert, diesem Mann besondere Gunst zu erweisen.

SPD-Pressedienst vom 30. 9. 1959

Amerikanische Truppen nur solange wie nötig

Der Bundeskanzler hat am Donnerstag den früheren amerikanischen Außenminister Acheson empfangen... Auf Fragen, ob Amerika bereit sein könne, seine Truppen aus Berlin abzuziehen, wenn an ihre Stelle Truppen der Vereinten Nationen treten, betonte der Senator, die amerikanischen Truppen würden in Berlin bleiben, solange sie nötig seien, aber nicht länger. Er machte darauf aufmerksam, daß er als Senator und nicht als Regierung spreche. Aber er glaube, im Gespräch mit dem Kanzler nichts gesagt zu haben, was die amerikanische Regierung nicht unterstützen könne...

„Die Ost-West-Spannung" ... FAZ 2. 10. 1959

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.